International
S.F.C.

Die sozialistische Arbeiter-Internationale

Deutsche Ausgabe

Die sozialistische Arbeiter-Internationale

Berichte

der sozialdemokratischen Organisationen Europas, Australiens und Amerikas an den Internationalen Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart (18. bis 24. August 1907) über ihre Tätigkeit in den Jahren 1904—07

Herausgegeben vom Internationalen sozialistischen Bureau mit einem **Vorwort** von **Emil Vandervelde**

Deutsche Ausgabe

Berlin 1907
Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
(Hans Weber, Berlin)

Inhaltsverzeichnis.

Vorrede.

Um die Fortschritte des Sozialismus in den letzten drei Jahren zu ermessen, muß man die Berichte des Amsterdamer Parteitages mit jenen vergleichen, die wir in diesem Bande, der anläßlich des Stuttgarter Kongresses erscheint, veröffentlichen.

Im Jahre 1904 befanden sich unsere deutschen Genossen unmittelbar nach einem glänzenden Siege, der vielleicht nicht so glänzend geworden wäre, wenn nicht die Schutzzollpolitik der Regierung die Bevölkerung zur Verzweiflung gebracht hätte. In der Schweiz und in Italien überstieg die Vertretung der Sozialdemokraten in den Parlamenten an Zahl die heutige. In Frankreich aber war die sozialistische Macht geteilt. In Belgien hatte das Mißlingen des Generalstreiks für das allgemeine Wahlrecht (1902) Mißerfolge bei den Wahlen zur Folge, die zwar das Heer der Arbeiterschaft unberührt ließen, aber ihre Vertretung im Parlament verringerte sich um einige Sitze. In England war unser Genosse Keir Hardie der einzige, der im Unterhause die Prinzipien der internationalen Arbeiterschaft aufrecht erhielt. In Schweden und Oesterreich gab das beschränkte Wahlrecht der Arbeiterklasse nur eine lächerliche Vertretung. In Rußland hegten die kämpfenden Sozialisten die größten Hoffnungen; aber der Zarismus war noch keinen Schritt zurückgewichen, und die Revolution, die sich vor unseren Augen abspielt, hatte kaum begonnen.

Welche Veränderungen seither, nicht nur vom Gesichtspunkt der Eroberung politischer Rechte durch die Arbeiter, sondern auch in bezug auf das Wachsen des Sozialismus bei den Wahlen!

Gewiß, Belgien ist noch immer nicht vom Pluralwahlrecht befreit; dazu müßte die schon jetzt sehr zusammengeschmolzene klerikale Majorität vollständig verschwinden. Holland hat noch sein verkürztes Wahlrecht. Preußen scheint nicht so bald mit seinem Dreiklassen-Wahlrecht aufräumen zu wollen. Aber die ungarische Regierung war genötigt, das allgemeine Wahlrecht zu versprechen. Das schwedische Parlament hat es im Prinzip angenommen. Es ist in Finnland, in Oesterreich, in Süddeutschland zum Gesetz geworden. Und wenn die russische Revolution auch nur halb vollendet ist, wenn der Zarismus seine letzten Kräfte in vorübergehenden Taten der Reaktion erschöpft, so steht es doch schon heute fest, daß in diesem Riesenkampfe das Volk das letzte Wort sprechen wird.

Als Demokraten haben wir also ein Recht, uns zu freuen.

Für uns als Sozialisten ist die Genugtuung, die uns erfüllt, nicht geringer.

In Frankreich wurde unmittelbar nach dem Amsterdamer Kongreß die sozialistische Einigung durchgeführt; und schon wenige Monate später brachten die Parlamentswahlen die Zahl der Vertreter des geeinigten Sozialismus auf 52. In England wurden im Januar 1905 die Konservativen vernichtet, die Liberalen kamen wieder zur Macht; und von den 50 Arbeitern, die in das Unterhaus einzogen, gehörten 29, die zu zwei Dritteln Sozialisten sind, der Labour Party an. In Belgien stieg die Zahl der Abgeordneten des Parti ouvrier von 28 auf 30 von 166 Mitgliedern; in Dänemark von 16 auf 28 von 114; in Norwegen von 3 auf 10; in Schweden von 1 auf 4. In den Ländern endlich, wo die Arbeiterklasse zum erstenmal in der Lage war, ihre Kraft kennen zu lernen, in Finnland, Rußland und jüngst auch in Oesterreich, erhielt der Sozialismus einen größeren Anteil an der Volksvertretung als in irgendeinem anderen Lande.

Neben diesen Siegen haben wir allerdings auch einige Niederlagen zu verzeichnen. In Italien, in der Schweiz und in Deutschland waren uns die letzten Wahlen nicht günstig. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen ist gewachsen, die der Gewählten hat abgenommen.

Insbesondere in Deutschland haben die letzten Wahlen in gewissen Kreisen einen tiefen Eindruck gemacht.

Seit den schon fernen Zeiten der Ausnahmegesetze war die Sozialdemokratie in Deutschland von Sieg zu Sieg geeilt. Man hatte sich daran gewöhnt, das stete Fortschreiten der sozialdemokratischen Stimmen im Lager unserer Freunde wie unserer Feinde als unvermeidliche Tatsache anzusehen. Auch hat es genügt, daß diese Progression unterbrochen wurde oder wenigstens, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen nicht in demselben Maße zugenommen hat wie die der bürgerlichen, daß die Konservativen in ein Triumphgeheul ausbrachen und überall verkündeten, um die deutsche Sozialdemokratie sei es geschehen.

Wir wollen unseren deutschen Genossen nicht den Schimpf antun, solchen Vorhersagen mehr Bedeutung beizulegen, als sie verdienen.

Die Wahrheit ist, daß, wenn einerseits die fluktuierenden Elemente — einige Tausend Mitläufer — sich jetzt von der Sozialdemokratie getrennt, andererseits die bürgerlichen Parteien mit ungeheurer Anstrengung ihre letzten Reserven mobil gemacht haben, doch die Arbeiterorganisationen in Deutschland riesige Fortschritte machen.

Drei Viertel der Organisierten in Deutschland gehören den freien Gewerkschaften an, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und deren Gefolgschaft in den letzten Jahren wie folgt zugenommen hat:

1903	887 698
1904	1 052 108
1905	1 344 803

Uebrigens ist es ja für jeden bewußten Sozialdemokraten unbestreitbar, daß die Entwickelung der gewerkschaftlichen Organisationen für die Arbeiterklasse von ganz anderer Bedeutung ist, als die Eroberung einiger parlamentarischer Mandate.

Es gab Zeiten, wo in manchen Ländern der politische Sozialismus alles, die gewerkschaftliche Organisation nichts oder fast nichts bedeutete. Heute erscheinen die Gewerkschaften im Gegenteile als ein wesentlicher

Faktor im Kampfe des Proletariats gegen den Kapitalismus, und in allen Ländern — es genügt, die Berichte an den Stuttgarter Kongreß zu lesen, um sich davon zu überzeugen — sehen wir ein beträchtliches Emporwachsen der gewerkschaftlichen Bewegung.

Hierin liegt ohne Zweifel die wichtigste Erscheinung in der Welt der Sozialdemokratie seit dem Amsterdamer Kongreß.

Die Internationale ist nicht mehr allein eine Vereinigung von Parteien; sie wird mehr und mehr eine Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterschaft, die im Zeichen der politischen und der gewerkschaftlichen Aktion an der Befreiung der Arbeit und an der Expropriation des Kapitalismus tätig sind.

Emil Vandervelde.

Vereinigte Staaten von Amerika.

Die Socialist Party.

Die sozialistische Bewegung. Die Vereinigten Staaten nähern sich mehr und mehr der kapitalistischen Entwickelung: der Trustifizierung der Industrien. Dieser Prozeß wird nicht nach Generationen, sondern nach Jahren abgeschätzt. Während der sechs Jahre, die seit der Volkszählung von 1900 verstrichen sind, hat die kapitalistische Produktion viel bedeutendere Fortschritte bestimmter Art gemacht, als während der zehn Jahre, die zwischen diesem Jahre und dem Jahre der vorhergegangenen Volkszählung liegen.

Von 1900 bis 1905 ist das Kapital, das in die großen Fabriken gesteckt wurde, von 9 Milliarden zu 12,7 Milliarden Dollar herangewachsen, in runden Zahlen von 45 auf 63½ Milliarden Frank, während die Zahl der Großbetriebe in der Industrie in Wirklichkeit dieselbe geblieben ist. Der jährliche Produktionswert der Unternehmungen, die in diese Kategorie gehören, ist in derselben Zeit von 11½ Milliarden auf ungefähr 15 Milliarden Dollar gestiegen (d. h. ungefähr von 57½ auf 75 Milliarden Frank); die Zahl der Lohnarbeiter, die dort beschäftigt sind, ist von 4 715 000 auf 5 470 000 angewachsen.

Die im vorigen Jahre vom Departement des Handels und der Arbeit veröffentlichte Zählung der Fabriken hat das erstaunliche Resultat ergeben, daß im Jahre 1904 11½ Proz. der Fabriken 81,5 Proz. aller Erzeugnisse umfaßten. 38 Proz. des Gesamtwertes waren Erzeugnisse von ungefähr 1900 Fabriken — 1 Proz. weniger als das ganze.

Die Entwickelung der Eisenbahnindustrie steht hinter der der Fabrikindustrie nicht zurück, aber beide wurden von der Spekulationstätigkeit der Finanzwelt übertroffen. Die letzten Jahre sind mehr als alle übrigen durch den Erwerb kolossaler Vermögen und staunenswerter industrieller Kombinationen gekennzeichnet worden.

Die fortschreitende kapitalistische Entwickelung hat auf ihrer wahnwitzigen und törichten Jagd nach Vermögen eine Degeneration hervorgerufen. Tausende von Leuten haben Millionen verdient und andere Existenzen sind zugrunde gegangen.

Der Kapitalismus ist vorherrschend geworden, und die mit diesem System unzertrennlich verbundene Lasterhaftigkeit ist jedes Jahr sichtbarer und offenbarer geworden. Die politischen und industriellen Kämpfe der feindlichen Spitzen der Finanz haben bei der Gelegenheit solchen Umfang angenommen, daß sie sogar auf die Allgemeinheit zurückwirkten, und die Führer der Industrie, die sich ihrer unbegrenzten Macht bewußt waren, sind bei der Gelegenheit so kühn geworden, daß sie jede Zurückhaltung außer Acht ließen.

Bericht über die Korruption. Während des Sommers 1904 veröffentlichte Thomas Lawson, ein Finanzier aus Boston, der sich mit einigen der bedeutendsten Geldmänner Amerikas, die an der Standard Oil Company groß wurden, entzweit hatte, eine Reihe statistischer Angaben, die das Vorgehen dieser Leute beleuchteten, und das Land

schreckte vor diesem Gemisch von Falschheit, Gemeinheit und Verderbtheit zurück, das die Mittel kennzeichnet, die von unseren hervorragenden Mitbürgern unter sich und dem Volke gegenüber angewandt wurden.

Diese Enthüllung des Mechanismus der Hochfinanz wurde noch vervollständigt durch die offizielle gerichtliche Untersuchung bei den Lebensversicherungsgesellschaften, die von der gesetzgebenden Versammlung des Staates New-Jersey im Jahre 1905 vorgeschrieben wurde. Die Angelegenheiten der Lebensversicherungsgesellschaften haben in den Vereinigten Staaten eine große Ausdehnung angenommen. Hunderte von Millionen Dollars sind von allen Klassen der Gesellschaft in diese Unternehmungen hineingesteckt worden, und große Summen sind oft die einzige Hülfsquelle für Witwen und Waisen, die Inhaber von Policen sind. Die gerichtliche Untersuchung hat die skrupellosesten Mißbräuche, begangen von diesem Trust, enthüllt. Diese Finanziers und hervorragenden Bürger, welche die Fonds ordnungsmäßig als Depositäre verwalteten, scheuten sich nicht, diese Fonds in Belohnungen und übertrieben hohen Gehältern zu verschwenden, um sie in ihren eigenen zweifelhaften finanziellen Unternehmungen arbeiten zu lassen und um sie dazu zu benutzen, die herrschende politische Partei aufrecht zu erhalten und selbst zu dem Zwecke, die Gesetzgeber verschiedener Staaten zu bestechen.

Das Echo der Skandale in der Finanzwelt war kaum verhallt, als ein junger Sozialist, Upton Sinclair, eine Bombe in das Lager des industriellen Kapitalismus schleuderte, indem er seinen berühmt gewordenen Roman „Der Sumpf" herausgab. Der Roman, der eine sehr wahre Beschreibung der empörendsten Zustände unserer Hauptindustrien enthält, machte einen so tiefen Eindruck auf die Oeffentlichkeit, daß der Präsident der Republik sich genötigt sah, eine offizielle Untersuchung einzuleiten. Diese bestätigte völlig die Anklagen des Romanschreibers, und durch den Kongreß der Vereinigten Staaten wurden Reformgesetze vorgeschrieben. Zur selben Zeit, und aus verschiedenen Gründen, enthüllte man die zügelloseste Verderbheit, die in der Verwaltung der meisten unserer größten Städte vorherrschte. Man bewies, daß New York, Chicago, Philadelphia, Minneapolis, Pittsburg, Milwaukee und St. Louis verschiedentlich in den Händen habsüchtiger politischer Gesellschaften gewesen sind, die sich ohne Skrupel Geld verschafft hatten aus dem Eigentum und den Geschäften der Stadt, und all dieses warf ein sonderbares Licht auf die Methoden und die Moral unseres Landes. Kurz, die Schönheiten und Vorzüge des vereinigten Kapitalismus kamen auf einmal an die Oeffentlichkeit.

Radikale Literatur. Die allgemeine Unzufriedenheit des Volkes über die herrschenden Zustände vergrößerte sich und wurde tiefer, und äußerte sich in allen Organen unseres öffentlichen Lebens, besonders in unserer Literatur und in unserer Politik.

Wenn die Literatur eines Landes die geistige Stellung einer Nation widergibt, so muß man sagen, daß in diesem Falle die Amerikaner kürzlich einen sehr entschiedenen Widerstand gegen die bestehenden politischen und ökonomischen Mißbräuche an den Tag gelegt haben, und daß sie eine ganz bestimmte Richtung zum Radikalismus gezeigt haben. Die Kritik der bestehenden Institutionen und die Diskussion sozialer Hülfsmittel sind das Leitmotiv unserer Nationalliteratur und Presse während dieser letzten Jahre gewesen.

Im Reiche der Dichtung haben der radikale Roman und sogar der sozialistische Roman die erste Stellung eingenommen, was Bedeutung und Volkstümlichkeit anbelangt. Nicht nur Jack London und Upton Sinclair, Sozialisten und Mitglieder der „Socialist Party", sind die am meisten gelesenen Romanschriftsteller, sondern es ist für einen neuen Roman fast unmöglich geworden, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken oder sich der Volksgunst zu erfreuen, wenn sich durch denselben nicht ein sozialer oder sozialistischer Faden zieht. Und gewöhnlich ist der Sozialismus das häufigste und lebhafteste Motiv zu Erörterungen in unseren Büchern, unseren Revuen und unseren Zeitungen geworden.

Obgleich es uns vor einigen Jahren unmöglich war, die Aufmerksamkeit auf unsere Bewegung zu lenken, wie es die amerikanische Presse tat, sind wir jetzt dahin gelangt, zu sehen, daß unsere bedeutendsten Verlagsbuchhandlungen sozialistische Werke drucken und wieder abdrucken, daß unsere Revuen ihre Spalten mit sozialistischen und halbsozialistischen Artikeln füllen, und daß sie unsere Tageszeitungen Seite auf Seite erklärenden Anmerkungen über die sozialistische Bewegung und Philosophie widmen.

Ein anderes Zeichen dieses Zeitgeistes ist die soziale Literatur, die in den letzten Jahren die begabtesten jungen Journalisten und Schriftsteller angeworben hat.

Diese moderne Schule der amerikanischen Literatur hat viel dazu beigetragen, die Fäulnis und Verderbheit mancher unserer politischen und industriellen Einrichtungen zu enthüllen, und hat eine Ausdehnung angenommen und einen Einfluß ausgeübt, denen nur die alte soziale russische Literatur gleichkommt, die mit der Bewegung Hand in Hand ging, um die Leibeigenschaft aufzuheben.

Es muß noch zuletzt die pseudo-sozialistische Presse erwähnt werden, die das Gefühl der allgemeinen Unzufriedenheit ausbeutet, eine kolossale Auflage auf den Markt bringt und die in allen Fragen, die die öffentliche Meinung betreffen, eine ultra-radikale Haltung annimmt. Der Begründer dieses zündenden Sozialismus ist Herr William Randolph Hearst, der eine Anzahl von Zeitungen dieser Art in den Hauptstädten der Vereinigten Staaten ins Leben gerufen hat, einer Auflage, die auf rund 2 Millionen Exemplare täglich berechnet wird.

Politische Reformen.

Wenn die allgemeine Unzufriedenheit und das „soziale Mißbehagen" der Schlüssel für unsere eben entstandene Literatur waren, sind sie in noch höherem Maße der Leitstern unserer jetzigen Politik gewesen. Es gibt wahrscheinlich kein Land in der Welt, wo die politischen Parteien so aller bestimmten Parteiprinzipien beraubt und so dem Geist des Zeitwechsels ausgesetzt sind, wie in den Vereinigten Staaten. Während der beiden letzten Jahre haben unsere bestehenden politischen Parteien mit dem Radikalismus rivalisiert. Die republikanische Partei, die jetzt die mächtigste ist, hat auf Befehl ihres Präsidenten, einen systematischen Krieg gegen „die Mißbräuche der Trusts und Monopole" begonnen; das Parlament hat Gesetze erlassen, die eine Ueberwachung der Fabriken von Nährprodukten, durch die Regierung bestimmen, eine Regelung der Transporttarife auf den Eisenbahnen und die Einschränkung der Kinderarbeit, während die Gerichte der Vereinigten Staaten mit außerordentlichem Eifer die Anwendung der Gesetze gegen die Trusts, sowie die Verurteilung der kapitalistischen

Missetäter betrieben. Die demokratische Partei ihrerseits hat in zahlreichen lokalen und nationalen Parteiversammlungen beschlossen, mit noch größerem Eifer die Abscheulichkeiten der Trusts und der Monopole zu denunzieren, und die Ausbeutung gewisser Industrien durch die Kommune oder den Staat zu fordern.

Gleichzeitig und als Folge desselben Prozesses sind in allen Teilen des Landes neue Parteien und Reformbewegungen entstanden.

Die „American Federation of Labor", die größte Korporation der organisierten amerikanischen Arbeiter, verletzte zum erstenmal seit ihrem 25jährigen Bestehen ihre politische Neutralitätsverpflichtung, indem sie bei den Parlamentswahlen im Jahre 1906 vermittelnd eintrat.

In einigen Teilen des Landes, besonders im Staate Kalifornien, organisierten sich die lokalen Trade Unions selbst in politische unabhängige Parteien, unter dem Namen der „Union Labor Party". In San Francisco, der Hauptstadt Westamerikas, gelang es dieser Partei zweimal, den Sieg bei den städtischen Wahlen davonzutragen.

Aber eine Bewegung viel größeren Umfangs als diese „Labor Parties" wurden die reformfreundlichen Bewegungen der Mittelklassen in der letzten Periode der amerikanischen Politik.

Das Jahr 1905 war für diese Bewegungen bedeutend. Beweise: Die Wahl des Richters Eduard F. Dunne zum Bürgermeister von Chicago auf einer Parteiversammlung zugunsten der Ausbeutung der Straßenbahnen und anderer städtischen Monopole durch die Stadt; die Wahl Joseph W. Folks zum Statthalter von Missouri, der bei der Verfolgung der verbrecherischen „Bosses" von St. Louis, der städtischen Verwalter und der Politiker, den Rekord geschlagen hatte; die Wahl Robert M. La Folettes, eines bekannten Radikalen und politischen Reformators, zum Senator der Vereinigten Staaten und endlich die bezeichnende Tätigkeit William R. Hearsts im Arbeiterviertel von New York.

Die Bewegung Hearsts.

Herr Hearst, der sich bis jetzt wenig an der demokratischen Politik beteiligt hatte, warf bei den Wahlen der New York City im Jahre 1905 die Frage über das Gemeindeeigentum auf, und als die herrschenden politischen Parteien sich dieser These nicht anschließen wollten, verzichtete er auf seine früheren politischen Verbindungen und schuf eine Bewegung auf eigene Faust. Die Organisation, in der die Bewegung eine selbständige Form annahm, war die „Municipal Ownership League", und ihr Kandidat war Mr. Hearst selbst.

Die Organisation war in aller Eile während der Wahlkampagne begründet worden und sie existierte nur dem Namen nach. Sie kämpfte für die Munizipalisierung und für viele andere verworrene Projekte radikaler Natur, aber vor allem war sie erfüllt vom Geiste der Empörung gegen die bestehenden Zustände.

Anfangs wurde die Bewegung von den traditionellen Politikern New Yorks nicht für voll angesehen, aber bei dem Herannahen der Wahlen nahm sie eine unerwartete Kraft und Verbreitung an. Am Tage der Wahlen ergab das offizielle Resultat für Mr. Hearst 222 929 Stimmen gegen 228 397 für seinen siegreichen Gegner auf der demokratischen Liste, Georges B. Mc Clellan. Mr. Hearst und seine Anhänger behaupteten von da ab mit augenscheinlicher Berechtigung,

daß man die Stimmzettel gefälscht hätte, und der Streit um den Bürgermeisterposten New Yorks ist immer noch bei den Gerichten anhängig.

Durch den unerwarteten Erfolg ermutigt, nahmen die Freunde Hearsts an den gesetzgebenden Wahlen von 1906 in größerem Umfange teil. Mr. Hearst organisierte von neuem seine Partei im Staate New York unter dem Namen der „Independent League" und nahm die Kandidatur des Gouverneurs dieses Staates mit einem etwas unbestimmten aber durchaus radikalen Programm an. Er erhielt auch die Beitrittserklärung der demokratischen Partei auf Grund eines diesmal ganz bestimmten, aber rein reaktionären Programms und er erhielt 691 105 Stimmen gegen 749 002, die sein siegreicher republikanischer Gegner aufzuweisen hatte. Seine Kampfgenossen auf der gemeinsamen Liste wurden für bestimmte Aemter gewählt. Die Bewegung Hearst spielte eine bedeutende Rolle bei den Wahlen in Massachusetts, wo ihr Kandidat, Mr. Morgan, 192 295 Stimmen von einer Gesamtzahl von etwas weniger als 400 000 erhielt, und in Kalifornien erhielt Hearsts Kandidat für den Gouverneurposten, Mr. Langdon, 45 008 von allen Stimmen, die ungefähr 300 000 betrugen.

Die „Socialist Party".

Der Augenblickserfolg, den diese Entwickelung des Radikalismus im ökonomischen, literarischen und politischen Leben unseres Landes auf die organisierte sozialistische Bewegung gehabt hat, ist, wie man wohl erwarten konnte, nicht sehr günstig gewesen. Die starke Reformbewegung, die jetzt unter der ungeduldigen Volksmenge herrschte, die trügerische Hoffnung auf baldige Verbesserung, lenkte ihre Aufmerksamkeit von den radikaleren aber langsameren Hülfsmitteln ab, die die „Socialist Party" vorschrieb, und während die sozialistischen Stimmen in diesen letzten Jahren sich wirklich vermehrten, entsprachen sie nicht dem Anwachsen des sozialistischen Empfindens in den Vereinigten Staaten.

In der letzten Wahlkampagne für die Präsidentschaft in den Vereinigten Staaten (1904) waren die politischen Bedingungen für den Sozialismus außerordentlich günstig. Die beiden großen Parteien hatten sichere konservative Kandidaten aufgestellt (den republikanischen Präsidenten Theodor Roosevelt und den Demokraten Alton B. Parker, oberster Richter beim Appellationsgericht von New York), die alte „Peoples party" waren durch ihre früheren Verbindungen mit den Demokraten diskreditiert worden und sie war geteilt. Die „Socialist Party" war also der einzige Vertreter des wahren politischen Radikalismus und imstande, ihre ganze vorhandene Kraft zur Geltung zu bringen. Dadurch kannte die „Socialist Party" die Lage der Dinge und begann einen Feldzug, der durch seine Heftigkeit, seine Ausdehnung und seine Wirksamkeit alle früheren Anstrengungen der sozialistischen Bewegung in dieser Gegend übertraf. Die Wahl erlangte dieses Jahr für Eugen V. Debs, den Präsidentenkandidaten der Partei, 408 230 Stimmen gegen 229 762 im Jahre 1902; die höchste Zahl, die die Partei jemals erhalten hatte. Bei den Wahlen von 1906 indessen drückten die zahlreichen Reformparteien außerordentlich auf die Stimmenzahl der „Socialist Party" ein und verminderten sie auf 330 158, einer Zahl, die nach der größten Zahl der in jedem Staate erlangten Stimmen be-

rechnet ist. Die „Socialist Labor Party“ erreichte in der gleichen Zeit 33 536 Stimmen im Jahre 1904 und 24 880 im Jahre 1906.

Die „Socialist Party“ hat keine Abgeordneten im Parlament der Vereinigten Staaten, aber sie hat verschiedene Mitglieder in staatlichen und lokalen Verwaltungsbehörden in einigen Teilen des Landes. Im Staate Wisconsin beträgt die Zahl dieser Beamten nicht weniger als 126, unter denen sich ein Senator und 5 Mitglieder des Rates befinden. Die Stadt Monitowoc hat einen sozialistischen Bürgermeister, während in Milwaukee, der Hauptstadt des Staates, die Partei 12 Mitglieder im Gemeinderat besitzt und die demokratische Partei in der Stimmenzahl übertroffen hat.

Aber, wie bereits erwähnt, darf die fortschrittliche sozialistische Bewegung in den Vereinigten Staaten keinesfalls nach der veränderten Stimmenzahl beurteilt werden. Im allgemeinen hat die Bewegung seit damals einen großen Fortschritt zu verzeichnen.

Gegen Ende des Jahres 1903 bestand die „Socialist Party“ aus einer Gesamtzahl von ungefähr 20 000 Beitrag zahlenden eingetragenen Mitgliedern. Ende 1906 waren die lokalen Organisationen auf 1900 gestiegen mit mehr als 35 000 Mitgliedern. Die Partei hat jetzt regelrechte Bezirksorganisationen in 39 Staaten der Union, und lokale Organisationen in anderen Staaten und Gegenden. Und man muß gestehen, daß die „Socialist Party“ nicht die ganze sozialistische Bewegung des Landes umfaßt. Die gegnerische Organisation, unter dem Namen S. L. P. bekannt, hat viele tausend Mitglieder, und außer diesen beiden Parteien, die sich beide auf den Sozialismus berufen, gibt es Tausende von unabhängigen Gesellschaften und Klubs in verschiedenen Teilen des Landes, zu dem alleinigen Zweck organisiert, um sozialistische Propaganda zu machen.

Die sozialistische Presse.

Ein anderer Beweis für den Fortschritt der sozialistischen Idee ist die Zunahme der sozialistischen Presse. Im Jahre 1903 wurde die „Socialist Party“ von ungefähr 30 herausgegebenen Werken in verschiedenen Sprachen unterstützt. Während des letzten Jahres hat die Zahl der rein sozialistischen Werke ungefähr 50 betragen. Unter diesen sind mehr als die Hälfte periodisch erscheinende Zeitschriften in englischer Sprache, drei Blätter erscheinen monatlich und die übrigen wöchentlich; 23 sind in fremden Sprachen geschrieben: 8 deutsch (von denen 2 täglich erscheinen), 4 in jüdischem Jargon (eine monatliche Revue, eine tägliche Revue und zwei wöchentliche), 2 in finnischer Sprache, je eine in französischer, italienischer, tschechischer, polnischer, ungarischer, lettischer, slavischer und schwedischer Sprache. Man ersieht aus diesen Tatsachen, daß die sozialistische Propaganda sich über alle Nationalitäten sowie über alle Teile des Landes erstreckt.

Seit vorigem Herbst geben die Chicagoer Sozialisten ein tägliches Blatt in englischer Sprache heraus, und eine ähnliche Zeitungsausgabe bereitet sich eifrig in New York und in Kalifornien vor.

Die periodischen Zeitschriften sind nicht das einzige Organ der Propaganda für den Sozialismus. Während der letzten Jahre sind eine ungeheure Anzahl sozialistischer Werke und Flugblätter in den Vereinigten Staaten gedruckt und in bedeutenden Quantitäten verkauft und verteilt worden. Eine Anzahl dieser Werke oder Flugblätter ist von

Verlagsbuchhandlungen unter dem Namen Handelsunternehmungen herausgegeben worden, aber der größte Teil ist von Spezialverlegern sozialistischer Zeitschriften herausgegeben worden, besonders von der Firma Kerr u. Co. in Chicago und von dem „Appeal to Reason“ von Girard (Kansas). Eine andere Art Literatur, und nicht die unbedeutendste, ist die Propagandabroschüre, die die Sozialisten das ganze Jahr im Lande drucken und verteilen, hauptsächlich während der Wahlperiode. Diese Broschüren, welche verschiedene Erscheinungen der Bewegung und der Philosophie in volkstümlicher Form behandeln, sind das Werk verschiedener staatlicher oder lokaler Organisationen der S. P. Wir besitzen keine Statistik über ihre tatsächliche Anzahl. Aber wir glauben nicht zu übertreiben, wenn wir behaupten, daß während der letzten drei Jahre nicht weniger als 100 Millionen dieser Schriftstücke in den verschiedenen Teilen des Landes verteilt worden sind.

Der Charakter der Bewegung. Wie in allen anderen Ländern ist die sozialistische Bewegung der Vereinigten Staaten vor allem eine Bewegung der Arbeiterklasse. Aber es würde falsch sein, zu behaupten, daß die Propaganda einzig und allein von den Proletariern geleitet wird. In den Vereinigten Staaten, wahrscheinlich mehr als wo anders, hat der Sozialismus viele Anhänger unter den höheren Volksklassen erworben. Die S. P. hat unter ihren Anhängern viele Männer, die den liberalen Ständen und der Geschäftswelt angehören, und sogar reiche Leute in bedeutender sozialer Stellung.

Im Sommer 1905 hat Frau Carrie Rand, die Schwiegermutter des Schriftstellers und wohlbekannten sozialistischen Propagandisten George Herron, die Einkünfte eines Fonds von ungefähr 1 Million Fr. für die Errichtung eines Gebäudes testamentarisch vermacht, das zur Lehre des Sozialismus und der verwandten sozialen Wissenschaften dienen sollte. Aus dem Vermächtnis wurde die Rand School of Social Science in dem Arbeiterviertel New Yorks gegründet, wo viele eifrige Schüler systematischen Unterricht durch fachkundige Kräfte erhalten, die aus mehreren wohlbekannten Universitätsprofessoren und auch aus berühmten sozialistischen Schriftstellern und vortraghaltenden Leuten bestehen.

Im selben Jahre haben einige Akademiker und Universitätsstudenten eine „Intercollegiste Socialist Society“ begründet, um das Studium des Sozialismus in den Kreisen unserer die Universität besuchenden Jugend zu ermutigen und zu begünstigen.

Sozialistische Perspektive. Die Resultate unserer sozialistischen Bewegung während der letzten drei Jahre sind nicht unwichtig. Aber die große Bedeutung dieser Periode liegt nicht soviel in ihren bestimmten Arbeiten, als in der Tatsache, daß sie das Material beschafft hat und das Terrain für eine viel größere und imposantere Bewegung geebnet hat, die sich sicherlich in kurzem in den Vereinigten Staaten entfalten wird.

Ein tiefes Gefühl der Unzufriedenheit, welches durch die letzte Entwickelung unserer Industrie und Politik hervorgerufen ist, hat sich eines großen Teils der Bevölkerung bemächtigt. Diese Volksmengen werden sich nie mehr mit den herrschenden Zuständen und den schweren Ungleichheiten aussöhnen. Sie sind bereit, sich den Gegnern des jetzigen Regimes anzuschließen. In kurzer Zeit werden sie wahrscheinlich die leichte Beute der politischen Schwindler und Abenteurer, der Träger irgendwelches radikalen oder reformistischen Banners. Aber diese reformistischen Be-

wegungen werden nicht lange standhalten. Sie haben kein Programm und keine verständliche Philosophie, kein bestimmtes soziales Ideal, keine Einheit in der Handlung. Sie vertreten nicht beständig die ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse; sie werden schließlich verschwinden und werden ihre Anhänger veranlassen zu verschwinden, wie so viele andere reformfreundliche Parteien untergegangen sind.

Der Tag des Zusammenbruchs wird kommen, die sozialistische Bewegung Amerikas wird eine gute Ernte haben. Und diese Zeit ist nicht mehr fern.

Die Trade-Union-Bewegung und die „American Federation of Labor".

Die letzten drei Jahre sind an Ereignissen reich gewesen sowohl für die gewerkschaftliche Bewegung als auch für die sozialistische Bewegung.

Dieser Zeitraum ist für die „American Federation of Labor eine Zeit des Gedeihens und des Kampfes gewesen. Während der Jahre 1904, 1905 und 1906 hat die Federation mehr als 1000 neue Verbände, nationale und lokale Vereinigungen, aufgenommen. Während dieser Zeit ist die Zahl der beitragzahlenden Mitglieder aller verbündeten Organisationen von 1 500 000 auf mehr als 2 000 000 gestiegen. In seinem Bericht auf dem letzten jährlichen Kongreß der Federation, der im November 1906 abgehalten wurde, hat der Präsident Samuel Gompers folgende Statistik herausgegeben, die sich auf die verbündeten Arbeiterverbände bezieht:

Nationalverbände (National Unions) 119, Staatenbunde (State Federations) 36, Zentral-Arbeiterverbände (Central Labor Bodies) 538, professionelle, lokale und föderative Arbeitervereinigungen (Local Trade and Federal Labor Unions) 759. Die 119 Nationalverbände umfaßten nicht weniger als 27 500 Lokalorganisationen.

Die „American Federation of Labor" ist die größte Arbeiterorganisation der Vereinigten Staten, aber sie umfaßt nicht alle Gewerkschaften des Landes. Man nimmt an, daß 500 000 bis 1 000 000 Arbeiter in kleineren professionellen Verbänden und in nicht verbündeten National- und Lokalverbänden organisiert sind, und daß diese Organisationen ebenfalls große Fortschritte in den letzten Jahren gemacht haben.

Der Schutz der nicht zur Gewerkschaft gehörigen Arbeiter.

Der rapide Fortschritt der gewerkschaftlichen Bewegung verfehlte nicht, Verwirrung in den Reihen der besitzenden Klasse hervorzurufen, und diese versuchte mit vereinten Kräften den Fortschritt der organisierten Arbeiter aufzuhalten. Die bedeutendste Bewegung zu diesem Zwecke ist die Schutzbewegung der nicht zur Gewerkschaft gehörigen Arbeiter (Open shop agitation). Die Bewegung ist auf Befehl des Präsidenten der Vereinigten Staaten angeregt worden, der bestimmte, daß die Staatsdruckerei für alle Arbeiter als open shop funktionieren sollte, d. h., daß kein Unterschied zwischen den zur Gewerkschaft gehörigen und den nicht zur Gewerkschaft gehörigen Druckern gemacht werden sollte. Dies war ein Schlag gegen das Lebensprinzip der trades-unionistischen Bewegung, gegen den Versuch, alle organisierten gewerblichen Arbeiter der Gerichtsbarkeit ihrer betreffenden Organisationen unterzuordnen. Die Kapitalisten des Landes beeilten sich, sich diesen Hinweis zu eigen zu machen und schufen eine Bewegung unter dem Namen „offene Werkstätten", die darauf hinzielte, die Trade-Unions zu vernichten. Das wichtigste Organ dieser Bewegung ist die „Citizens Industrial Asso-

ciation", die im Jahre 1903 in Chicago begründet worden ist. Die Organisation nahm eine Prinzipienerklärung an, in der sie ihren ablehnenden Standpunkt formulierte gegen den „Kollektivvertrag", gegen die staatlichen Schiedsgerichte in Arbeiterkonflikten und gegen alle Projekte, die dazu bestimmt sind, den Arbeiterkampf zu schlichten, der das Recht jedes Menschen unterdrückt, zu arbeiten wo und wann und zu welchem Lohn es ihm beliebt, ebenso wie das Recht des Arbeitgebers, zu engagieren wen er will und zu welchem Preise es ihm beliebt.

Im November 1904 hat die Organisation einen Nationalkongreß in New York abgehalten, an dem sich, wie man sagt, 400 Delegierte aus allen Teilen des Landes beteiligt haben. Im folgenden Jahre behauptete der Sekretär der Vereinigung, Mr. Eduard H. Davis, daß die Vereinigung mehrere hunderttausend Fabrikanten und Geschäftsleute der Vereinigten Staaten zu ihren Mitgliedern zähle. Diese Statistik ist wahrscheinlich übertrieben, aber die Citizens Industrial Association und die verschiedenen verbündeten gewerbetreibenden Vereinigungen besitzen gewiß genügend Kräfte, um zahlreiche Lock-outs zu organisieren und zahlreiche Ausstände hervorzurufen, und um die Arbeiterorganisationen ihrer betreffenden Industrien abzuschwächen. Man sagt, daß allein im Jahre 1904 die Arbeiterklasse in mehr als 1200 Konflikten zu kämpfen hatte, die auf diese Art hervorgerufen waren. Auf jeden Fall sind diese Anschläge hartnäckigem Widerstand von seiten der organisierten Arbeiter begegnet und ihr Feldzug ist insofern ein Mißerfolg gewesen.

Die „Civic Federation".

Noch ein anderer, etwas fühlbarerer Versuch ist von den Arbeitgebern gemacht worden, um die Arbeiterbewegung aufzuhalten. Das ist die Gründung der „National Civic Federation". Diese Organisation, welche die Phantasie des Senators Hanna ganz erfüllte, besteht aus einem merkwürdigen Gemisch von Millionären, Arbeiterdirektoren und „hochstehenden Bürgern". Sie hat den Hauptzweck, die friedliche Verständigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu bewirken, was nicht sagen will, daß sie ein Schiedsgericht darstellen will; in Wirklichkeit dient sie dazu, agressive Stimmungen der organisierten Arbeiter abzuschwächen und verlangt keine Konzessionen von dem organisierten Kapital. In einer Konferenz, die am 7. Mai 1904 in New York von dieser Organisation abgehalten wurde, wurde festgestellt, daß sie Hunderte von Millionen an Kapital repräsentiere und mehr als 2 500 000 Besoldete. Diese Behauptung läßt keinen Zweifel über das Vorhandensein eines Präsidenten und einiger anderer Beamten der „American Federation of Labor", die sich leider an der Sache beteiligen wollten, aber die „Civic Federation" hat niemals den geringsten Einfluß auf den Gang der gewerkschaftlichen Bewegung gehabt.

Die „American Federation" in der Politik.

Ein anderes wichtiges Ereignis in der Geschichte des amerikanischen Trade-Unionismus ist der politische Feldzug der „Federation of Labor" im Jahre 1906 gewesen. Während vieler Jahre hatte die „Federation" sich das Prinzip der Enthaltung der organisierten Arbeiterklasse von der Politik zum Grundsatz gemacht, und sie hatte die Taktik befolgt, von den staatlichen Versammlungen und vom Kongreß der Vereinigten Staaten auf dem Wege der Hintertreppenpolitik Vergünstigungen zu erlangen.

Die Früchte dieser Tätigkeit waren sehr gering. Verschiedene Staaten erließen Gesetze, die die Arbeitszeit der Frauen und Kinder und auch die der Männer in einigen gefährlichen und ungesunden Erwerben verkürzte. Andere nahmen Gesetze an, die ein Lohnminimum für bestimmte Arbeiter festsetzten, die bei staatlichen und städtischen Arbeiten beschäftigt waren, und das National House of Representatives (Delegiertenkammer) nahm ein Gesetz an, das den Achtstundentag für die Arbeiter bestimmte, die von der nordstaatlichen Regierung beschäftigt werden. Aber diese Gesetze boten in Wirklichkeit der Arbeiterklasse keinen Vorteil.

Dank der Befugnis, die unsere Gerichte haben, bei der Gesetzgebung vermittelnd einzugreifen oder sie vollständig nichtig zu machen, unter dem Vorwand, daß sie mit verschiedenen Bestimmungen der Staatsverfassung kollidieren, hat man nach und nach alle diese Gesetze aus dem gesetzgebenden Codex der Vereinigten Staaten gestrichen. Die Jahre 1905 und 1906 waren durch eine wahre Epidemie der Abschlachtung dieser Gesetze gekennzeichnet.

Zur selben Zeit haben die Regierungsdepartements der Vereinigten Staaten eine außerordentliche Abneigung an den Tag gelegt, das Gesetz des Achtstundentages sowie die verschiedenen gesetzlichen Maßregeln, die von der „American Federation of Labor" anempfohlen waren, anwenden zu lassen. Das Achtstundentaggesetz, das doch viel wirksamer war als die Gesetze gegen die billige Arbeit in den Gefängnissen, das Gesetz gegen die Einmischung der Gerichte in die Arbeiterkonflikte durch Beeinflussung oder durch summarische Verhandlungen, sowie auch andere ähnliche vorgeschlagene Maßregeln, all dieses ist von den Kammern systematisch ignoriert oder verworfen worden.

Die ausübenden Mitglieder der Federation sind schließlich müde geworden, und nach einer Beratung mit den Präsidenten der 117 Nationalverbände haben sie das sogenannte „Labors bill of grievances" (Arbeiter-Beschwerdebuch) abgefaßt, ein Dokument, das berichtet: über die beständigen Versuche der „American Federation of Labor", die von dem Kongreß eine entsprechende Gesetzgebung und von der Regierung eine ehrliche Anwendung der bestehenden Arbeitergesetze fordert, und schließlich über das vollständige Mißlingen dieser Versuche, sowohl in der einen, wie in der anderen Richtung. Die Verfasser dieses Gesuchs forderten eine Abhülfe dieser Beschwerden.

Das Dokument, das dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, dem Präsidenten „pro tempore" der Vereinigten Staaten und dem Präsidenten des Hauses der Abgeordneten vorgelegt wurde, schloß mit folgender Konstatierung, die es verdient, mitgeteilt zu werden:

„Wir lenken Ihre Aufmerksamkeit auf diese Beschwerden, weil wir lange geduldig und vergebens auf Abhülfe gegen dieselben gewartet haben. Es gibt keine Bestimmung, über die wir uns beklagt haben, ohne daß wir vorher auf die ehrenhaften und gesetzlichen Mittel zu deren Abhülfe hingewiesen hätten. Die Abhülfsmittel, die von dem Referat vorgeschlagen werden, entsprechen den Grundgesetzen, dem Fortschritt und der Entwickelung, wie sie durch die Aenderung der ökonomischen Zustände notwendig geworden ist.

Das Referat unterbreitet Ihnen diese Beschwerden, weil es in Ihnen die verantwortlichen Vertreter der Gesetzgebung und des Mangels an solcher sieht. Die Arbeiter kommen zu Ihnen als Bürger, die infolge

ihrer Lebenslage nicht nur gleiche Interessen mit den Bürgern an unser Land haben, sondern noch das besondere Interesse, diejenigen zu sein, die das Los haben, die Lohnarbeiter Amerikas zu sein. Wir verlangen von Ihnen, als Vertreter der „Arbeit", diesen Beschwerden abzuhelfen, denn es liegt in Ihrer Macht, es zu tun.

Das Referat appelliert an Sie und wir hoffen, daß es nicht vergebens sein wird. Aber sollten Sie uns wider Erwarten kein Gehör schenken, so werden wir an das Gewissen und an die Hülfe unserer Mitbürger appellieren."

Der Präsident und die Bureaus des Senats und der Kammer beachteten das Beschwerdebuch sehr wenig, und im Herbst 1906, während der folgenden Kampagne für die Wahl einer neuen Kammer, nahm die A. F. of L., ihrer Warnung getreu, aktiven Anteil an der Bewegung. Leider wurde die Kampagne von den Beamten der Federation geführt, die eine kurzsichtige Taktik befolgten. Ohne großen Mut, immer bezeichnend für ihr Verständnis und für ihre Handlungsweise, erhoben sie sich nicht zur Höhe der Politik einer klassenbewußten Arbeiterschaft. Sie stellten nicht sofort Kandidaten auf und sie unterstützten nicht die Kandidaten der sozialistischen Partei. In der Tat, sie kannten nie den Unterschied zwischen der sozialistischen Partei, der Arbeiterpartei und den beiden alten Parteien, die von der besitzenden Klasse und den Kapitalisten delegiert waren. Die „Federation" beschränkte ihre Tätigkeit darauf, gewisse republikanische und demokratische Kandidaten zu bekämpfen und andere zu unterstützen, einzig und allein, weil diese den organisierten Arbeitern entweder persönlich feindlich gegenüberstanden oder sie begünstigten.

Das Resultat war, daß die größte amerikanische Arbeiterorganisation mit ihren 2 Millionen Mitgliedern und ihrer furchtbaren Macht bei der Arbeiterwelt ein klägliches Debut in der Politik hatte. Nichtsdestoweniger ist der Eintritt der „Federation" auf den politischen Kampfplatz eine bemerkenswerte Tatsache gewesen.

Die Unzufriedenen der „Federation".

Die drei letzten Kongresse der A. F. of L. sind durch zwei besondere Gesichtspunkte charakterisiert worden. Durch den Verzicht der Delegierten auf Diskussion über die unabhängige politische Aktion und durch die Zunahme der Kompetenzkonflikte unter den verbündeten Vereinigungen.

In den vorhergegangenen Jahren hatten die sozialistischen Delegierten der alljährlich stattfindenden Kongresse der A. F. of L. ihre ganze Energie darauf konzentriert, dieselbe dahin zu bringen, insoweit die Organisation in Betracht kam, sich an der Politik auf Grund eines radikalen Programms der Arbeiterklasse zu beteiligen, und in einigen Fällen waren ihre Bestrebungen von Erfolg gewesen.

Schon im Jahre 1886 faßte der Nationalkongreß der A. F. of L. den Beschluß, die Mitglieder aufzufordern, „die von der Arbeiterklasse unabhängigen politischen Bewegungen zu unterstützen", und sieben Jahre später unterbreitete ein ähnlicher Kongreß der „Federation" den Lokalvereinigungen die Frage der Notwendigkeit einer unabhängigen Politik auf der Basis eines Programms, das namentlich die Forderung einer Grundreform enthielt, nämlich für das Volk das Kollektiveigentum aller Mittel der Produktion und des Vertriebs.

Diese Bestrebungen der Sozialisten waren natürlich zu einer Zeit, wo die politische Organisation des Sozialismus nur dem Namen nach in den Vereinigten Staaten existierte und die ganze Kraft der organisierten Arbeiter tatsächlich in der Gewerkschaftsbewegung lag. Aber sobald die sozialistische Partei ihre Fähigkeit für die politische Organisation der Arbeiterklasse auf den festen Grundlagen des internationalen Sozialismus bewiesen hatte, wurde die Idee, eine politische rivalisierende Arbeiterpartei von wahrscheinlich weniger genügsamem Charakter zu gründen, ernstlich in Erwägung gezogen. Die Sozialisten der A. F. of L. ließen also das Projekt fallen, sich des gewerkschaftlichen Organismus zu bemächtigen, um daraus eine politische Körperschaft zu machen, und sie haben ihre Energie dazu benutzt, die Gewerkschaftsmitglieder durch Meetings und Staats- und Lokalkongresse zu belehren, um sie zu Menschen heranzubilden, die die sozialistische Philosophie verstehen können.

In allen Diskussionen über den Sozialismus, die auf den Gewerkschaftskongressen stattfanden, haben Mr. Samuel Gompers und die anderen Mitarbeiter oder Führer der Organisation fortwährend die alte Auffassung des reinen und einfachen Trade-Unionismus verteidigt, und bei der Gelegenheit haben sie ihre Feindseligkeit der sozialistischen Bewegung gegenüber nicht verheimlicht. Diese rückschrittliche Haltung der Führer ließ bei gewissen organisierten Arbeiterverbänden Unzufriedenheit mit der „Federation" aufkeimen, und dieses Gefühl hat sich als Folge der häufigen gerichtlichen Konflikte auch auf verschiedene verbündete Vereinigungen übertragen.

Die „American Federation of Labor" basiert auf dem Prinzip der strikten Selbstverwaltung der einzelnen Berufe, und jede nationale Vereinigung hat innerhalb der „Federation" eine ausschließliche Gerichtsbarkeit in dem betreffenden Gewerbe. Folglich sind da, wo Arbeiter verschiedener Berufe in einem Unternehmen beschäftigt sind, dieselben oft in viele getrennte Organisationen geteilt, was dem Unternehmertum gegenüber zu verschiedenen und entgegengesetzten Haltungen Anlaß gibt. In ähnlichen Fällen kommt es häufig vor, daß, falls sich eine günstige Gelegenheit für eine gemeinschaftliche Handlung gegen den Arbeitgeber bietet, wie z. B. bei den Ausständen, es den Arbeitern an Einigkeit und gegenseitiger Unterstützung mangelt. In gewissen Fällen ist es schwierig, lokale gemeinschaftliche Komitees zu gründen, die mit der Leitung der ganzen Bewegung gegen den gemeinschaftlichen Arbeitgeber beauftragt sind, aber in anderen Fällen, wie z. B. bei den Eisenbahnarbeitern oder bei den Brauern, hat die abweichende und manchmal entgegenwirkende Haltung, die gelegentlich von den abgesonderten bei derselben Firma beschäftigten Berufen eingenommen wurde, oft auf den Kongressen der „American Federation of Labor" zu großen Mißhelligkeiten und starken Debatten geführt.

Die Opposition dieser Elemente der „Federation" und die konservative Haltung der Leiter, führte zuletzt zu der Begründung einer rivalisierenden Körperschaft organisierter Arbeiter: den „Industrial Workers of the World".

Die Organisation der „Industrial Worker of the World" ist eines der neuesten und interessantesten Experimente der organisierten Arbeiterbewegung.

Sie entstand bei einer geheimen Konferenz, die in Chicago Anfang Januar 1905 abgehalten wurde. An dieser Konferenz beteiligten sich

ungefähr 25 Personen. Die meisten von ihnen waren Beamte der Trade-Unions, die mit der A. F. of L. nicht verbündet waren, und einige hervorragende Sozialisten, die nicht den Trade-Unions angeschlossen waren.

Der Beschluß der Konferenz hatte die Publikation eines Manifests an die Arbeiterklasse Amerikas zur Folge, das als Bekanntmachung der Prinzipien der neuen Bewegung angesehen werden kann.

Folgende Stelle wird eine Idee von der Beweisführung dieses bemerkenswerten Dokuments geben:

„Die sozialstischen Gruppierungen und Beziehungen sind der Abglanz der ökonomischen und industriellen Zustände. Die vorherrschenden Tatsachen der jetzigen Industrie sind einerseits die Ersetzung der Handarbeit durch die Maschine, die Zunahme der kapitalistischen Macht durch den Besitz und die Konzentration der Werkzeuge und Mittel, durch welche die Produktion und Verteilung der Reichtümer stattfindet.

Infolge dieser Tatsachen scheinen die Uneinigkeit unter den Arbeitern und die Konkurrenz unter den Kapitalisten gleichzeitig zu verschwinden. Die Trennung in Klassen wird schärfer und ihr Gegensatz viel hervorstechender. Ganze Gewerbszweige gehen vollständig auf in dem Handlangertum, das allen Arbeitern, welche Maschinen bedienen, gemein ist.

Der Arbeiter ist heute vollständig vom Boden und vom Werkzeug getrennt, verloren in der Masse der Sklaven der Lohnarbeit. Er sieht seine Widerstandskraft durch die fortwährende Fluktuation gebrochen.

Die Arbeiter sind nicht mehr nach Berufen klassifiziert, sondern nach den Maschinen, bei denen sie arbeiten. Diese Teilungen, weit entfernt die Verschiedenheiten der Fähigkeiten unter den Arbeitern darzustellen, werden von den Arbeitgebern ausgespielt, um die Arbeiter gegeneinander aufzuhetzen, ferner um sie in der Werkstatt noch mehr anzustrengen und um jeden Widerstand gegen die kapitalistische Tyrannei durch gekünstelte Auszeichnungen abzuschwächen.

Während die Kapitalisten diese alten Uneinigkeiten unter den Arbeitern ermutigen, passen sie sich selbst sorgfältig den neuen Bedingungen an. Sie verwischen alle Differenzen, die unter ihnen bestehen und bilden eine einige Front im Kriege gegen die Arbeiter.

Die Taktik, die von den Arbeitgebern in diesem Kriege gegen die Arbeit befolgt wird, harmoniert mit ihrer Solidarität in der industriellen Konzentration, während die der organisierten Arbeiter sich noch durch den alten Gegensatz der Berufe beeinflussen läßt.

Dieselben Uneinigkeiten unter den Berufen stellen sich der Entwickelung der Solidarität und dem Klassenbewußtsein der Arbeiter entgegen; sie bringt die Idee einer Interessenübereinstimmung zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Ansehen. Sie gestattet die Vereinigung von Kapitalisten und Arbeiterführern. in dieser „Civic Federation“, z. B. wo sie Vorschläge für die Fortpflanzung des bürgerlichen Regime und für die ewige Sklaverei der Lohnarbeiter macht.

Die ökonomischen Uebel sind allgemein, darum ist eine allgemeine Bewegung der Lohnempfänger notwendig. Aber diese Bewegung ist unmöglich, sofern die Arbeiter in ihren betreffenden Berufen allein dastehen werden und sofern die Kräfte von einer unnötigen administrativen Komplikation ausgenutzt werden, was nur für den persönlichen Ehrgeiz der Vereinsführer von Vorteil ist.

Damit die Bewegung den jetzigen Umständen entsprechen soll, muß ein großer Arbeiterverband begründet werden, der alle Industrien einschließt.

Dieser Verband wird als Prinzip und als Grundlage den Klassenkampf haben und die allgemeine Verwaltungsbehörde, die beauftragt sein wird, die Tätigkeit auf freundschaftliche Weise zu regeln, wird den unvermeidlichen Konflikt zwischen der besitzenden und produzierenden Klasse anerkennen müssen.

Die lokale, nationale und allgemeine Verwaltungsbehörde muß überall einheitlich sein, und zwar bis in die Einzelheiten der materiellen Organisation, der Vereinsabzeichen, Bänder, Karten, Beitrittsgebühren und monatlichen Beiträge.

Die ausländischen Arbeiter, die im Besitz einer Vereinskarte sind, müssen als Mitglieder aufgenommen werden, und alle Mitglieder werden sich an der lokalen, nationalen oder internationalen Vereinigung der Industrie, der sie angehören, beteiligen müssen.

Schließlich muß ein zentraler Abwehrfonds begründet und mit erhalten werden, für den alle Mitglieder gleich große Beiträge zahlen werden.

Das Manifest schloß mit einem Aufruf zur Zusammenberufung eines Kongresses, der dazu bestimmt sein sollte, eine neue Organisation zu gründen, die auf diesen Prinzipien ihre Grundlage hat, und es war von den Mitgliedern der geheimen Konferenz und einigen anderen, in der gewerkschaftlichen Bewegung des Landes wohlbekannten Personen, namentlich dem letzten Kandidaten im Vorstand der „Socialist Party", Eug. V. Debs, unterzeichnet.

Der infolge des Manifests zusammenberufene Kongreß versammelte sich am 27. Juni 1905 in Chicago, und er war einigermaßen eine Enttäuschung für die Urheber der Bewegung. Die erwartete Spaltung bestimmter nationaler Vereine, die aus der „American Federation of Labor" austreten sollten, fand nicht statt. Von 212 Delegierten, die am Kongreß teilnahmen, vertraten 5 die „Western Federation of Miners" mit 27 000 Mitgliedern, 7 die „American Labor Union", eine mit Trade Unions, die fast alle im äußersten Westen liegen, verbündete Korporation mit 16 780 Mitgliedern; und 2 Delegierte vertraten die „United Metal Workers International Union" mit 3000 Mitgliedern. Alle diese Organisationen waren nicht mit der „American Federation of Labor" verbündet. Die meisten der anderen Delegierten vertraten kleine lokale Organisationen, und 60 Delegierte vertraten nur ihre eigene Person.

Aber fehlte es dem Kongreß auch an Zahl und an Kraft, so ersetzte er alles durch seinen Enthusiasmus. In den 11 Tagen ihrer Beratung unterwarfen die Delegierten das bestehende System der „Trade Unions" einer scharfen Kritik, bestätigten alle Punkte und Hauptbestandteile des Manifests, begründeten eine neue Organisation unter dem hochtrabenden Titel der „Industrial Workers of the World", wählten ihre Beamten und nahmen ihre Statuten an.

Die Organisationsform der neuen Korporation wurde durch die im Manifest festgesetzten Forderungen bestimmt. Wie die Begründer der Bewegung es sagten, sollte die Organisation nach der „Ordnung der Sozialistischen Gesellschaft" begründet werden, die in sich die Arbeiterklasse mit annähernd denselben Industrieverbänden und Departements, deren Arbeiter in der Arbeiterverwaltung der korporativen

Republik die Aufsicht übernehmen sollten. Die Organisation wird in 13 Industriedepartements geteilt, die Minendepartements, die Transportdepartements, die Nährmitteldepartements usw., die zusammen den ganzen Komplex der modernen Industriewelt umfassen sollen. Diese Departements bestehen aus getrennten Industrieverbänden, die „eng miteinander verwandt sind". Die Geschäfte jedes Industriedepartements werden von getrennten ausübenden Komitees verwaltet, die nichtsdestoweniger der Leitung und Kontrolle eines allgemeinen ausübenden Komitees unterstellt sind, das aus je ein Mitglied der 13 Departements besteht. Der ausübende Vorsitzende der Organisation ist der allgemeine Präsident, der die Generalkontrolle aller Angelegenheiten unter sich hat. Alle Mitglieder der lokalen Verbände zahlen einen einheitlichen Beitrag von 25 Cents (1,25 Frank — 1 Mark — 1 Sh.) pro Kopf und Monat, von denen ⅔ auf die betreffenden Departements gehen und ⅓ auf die allgemeine Organisation. Ein besonderer Teil der Beiträge, der von der allgemeinen Organisation eingeht, wird dazu benutzt, um einen zentralen Abwehrfonds zu gründen.

Während des ersten Jahres ihres Bestehens haben die „I. W. of the W." langsame aber beständige Fortschritte gemacht und beim zweiten jährlichen Kongreß, der im September 1906 stattfand, konnte der Generalpräsident Charles O. Sherman in einem Bericht eine ziemlich bedeutende Zunahme an Mitgliedern konstatieren. Aber der Fortschritt der neuen Bewegung ist durch einen inneren Streit plötzlich aufgehalten worden.

Unter den Organisationen, die sich an der Begründung der „I. W. of the W." beteiligt hatten, befanden sich auch die Reste der „Socialist and Labor Alliance", das Stiefkind der „Socialist Labor Party", deren Mitglieder nach Aussage ihrer Delegierten auf 1400, nach Aussage anderer auf 600, heruntergegangen waren. Die „Socialist Trade and Labor Alliance" hat den Rekord darin geschlagen, daß sie während der letzten Jahre viele Streitigkeiten und Spaltungen bei den sozialistischen und Arbeiterbewegungen Amerikas hervorgerufen hat, und ihr Beitritt zur neuen Bewegung ist dieser verhängnisvoll gewesen. Mehrere Monate vor dem zweiten Kongreß, nahm sich die „Alliance", unter der Leitung des gewandten Oberhauptes der „Socialist Labor Party", Daniel de Leon, vor, sich der Verwaltung der „I. W. of W. zu bemächtigen, und dank einer geschickten Manipulation der Delegierten, gelang es ihm, auf dem Kongreß die Majorität zu erhalten. Die „Socialist Trade and Labor Alliance" leitete tatsächlich diesen Kongreß. Sie änderte die Konstitution der Organisation vollständig ab, schaffte die Stelle des Generalpräsidenten ab und wählte ein neues ausübendes Komitee unter ihren Freunden und Anhängern. Aber der Triumph der „Alliance" war nicht von langer Dauer. Gemäß dem Wortlaut der Statuten der „S. W. of the W." haben die Akten des Kongresses nur dann Gültigkeit, wenn sie von der Volksabstimmung der Mitglieder bestätigt sind. Die Führer der „Alliance", welche fürchteten, daß sie von dieser Volksabstimmung nicht gebilligt würden, verweigerten es, diese Kongreßakten den Mitgliedern zur Abstimmung vorzulegen und die früheren Beamten erklärten sofort die Kongreßakten für null und nichtig. Die Spaltung in der „I. W. of W." war also vollkommen. Die beiden Fraktionen behielten rivalisierendes Beamtenpersonal bei und der Konflikt kam vor das Gericht, das zugunsten der Behauptung der alten Verwaltung

aussagte. Die enorme Majorität der Mitglieder unterstützte die erste Organisation, die von Mr. Sherman als Präsident geleitet wurde, während die Zahl der Mitglieder der Fraktion De Leon, wie man sagt, nicht mehr als 2000 überschreitet.

Das Schicksal der „I. W. of. W." hat also im ganzen nicht die lebhaften Hoffnungen ihrer Begründer verwirklicht, wenigstens nicht bis zu der Zeit, da der Bericht geschrieben worden ist. Die folgenden Jahre werden beweisen, ob die Organisation, von dem Druck der „Socialist Trade and Labor Alliance" befreit, in der Zukunft befriedigendere Fortschritte machen wird, oder ob der „Trade Unionisme" dazu berufen ist, eine ernste Rolle in der amerikanischen Arbeiterbewegung zu spielen, dank dem Einfluß der neuen Organisation in der Bewegung.

Die Socialist Party hat bei ihrem letzten Kongreß, der im Jahre 1906 abgehalten wurde, sich nicht in neue gewerkschaftliche Streitigkeiten mit fortreißen lassen, aber sie hat ihre Solidarität mit allen ehrlich gemeinten ökonomischen Organisationen und mit allen Lohnkämpfen zugegeben, und die Partei als solche ist nicht von ihrer Haltung der I. W. of W. gegenüber zurückgewichen.

Um die Lage der amerikanischen politischen und ökonomischen Kämpfe zusammenzufassen, müssen wir sagen, daß sie durch einen Zustand allgemeiner Gärung charakterisiert wird und vor einer großen Veränderung steht. Der mächtige Fortschritt der ökonomischen Bewegung ist dazu berufen, die Arbeiterklasse zu wecken, sie zu harmonischerer Tätigkeit und zum sozialistischen Bewußtsein zu bringen.

Die Angelegenheit Moyer—Haywood.

Wir können bei dieser Schilderung nicht die Episode unerwähnt lassen, die wahrscheinlich die bedeutendste und interessanteste in der neuesten Geschichte des organisierten Proletariats und des Sozialismus in den Vereinigten Staaten ist — das Drama der Arbeiterkämpfe in Kolorado und ihren Höhepunkt —, die Verhaftung und Gefangennahme der Beamten der Western Federation of Miners, Moyer, Haywood und Pettibone, unter Anklage des Mordes.

Der Ursprung der Unruhen in Kolorado.

Die Minenindustrie ist die hauptsächlichste in Kolorado, und der größte Teil der Bevölkerung dieses Staates besteht aus Minenarbeitern. Diese sind schrecklich ausgenutzt worden, und man verlangte von ihnen übermenschliche Arbeit, bezahlte sie schlecht und betrog sie noch obendrein. Dieser Zustand hat bis 1893 gedauert, als sie eine Organisation gründeten, die den Namen „Western Federation of Miners" führte. Diese Federation hat sich rapid vergrößert, und im Jahre 1899 hatte sie genügend Kräfte und Einfluß gesammelt, um die gesetzgebende Versammlung Kolorados zu zwingen, ein Gesetz über den Achtstundentag der Minenarbeiter zu beschließen.

Dieses Gesetz wurde, wie gewöhnlich, vom obersten Gerichtshof durch ein erstes Urteil für verfassungswidrig erklärt, aber die Arbeiterbevölkerung Kolorados ließ sich nicht beruhigen. Sie nahm den Kampf von neuem auf, und im Jahre 1902 gelang es ihr, einen konstitutionellen Verfassungsantrag durchzubringen, der der neuen gesetzgebenden Versammlung einschärfte, ein Achtstundengesetz für die Minenarbeiter zu beschließen.

Aber die von den Mineneigentümern gewonnene und zu pflichtwidrigem Handeln verleitete gesetzgebende Versammlung beachtete die konstitutionelle Bestimmung nicht und wurde vertagt, ohne das Gesetz zu beschließen.

Die organisierten Arbeiter von Kolorado, auf diese Weise zweimal von den politischen Vertretern ihrer Herren verraten und hartnäckig wegen ihres Festhaltens an ihren Organisationen verfolgt, beschlossen, die Schlacht auf eigene Rechnung zu gewinnen. Sie kämpften für den Achtstundentag und für eine menschlichere Behandlung in den Minen.

Der Ausstand war gut organisiert und hatte Erfolg. Die Ausständigen blieben fest und entschlossen. Sie hatten die ungeteilte Sympathie der Bevölkerung auf ihrer Seite und ihr Sieg schien sicher zu sein. Die Minenbesitzer waren sehr beunruhigt. Sie beschlossen, die Arbeiterausstände und ihre Organisationen mit allen anständigen oder unanständigen Mitteln zum Scheitern zu bringen; und sie schritten zur Ausführung ihres Vorhabens mit einer skrupellosen Brutalität. Sie vertrieben die Arbeiter aus ihren Wohnungen, und dort, wo es möglich war, schnitten sie ihnen die Lebensmittel ab; sie mieteten Gesindel, um die Ausständigen anzugreifen, und sie vertrieben, mißhandelten und verfolgten wehrlose Frauen und unschuldige Kinder. Aber die Ausständigen wollten sich keineswegs unterwerfen. Sie lagerten auf den großen Landstraßen. Sie boten den Entbehrungen, der Krankheit und dem Elend die Stirn, und trotzdem verringerten sich ihre Reihen keineswegs. Sie blieben fest entschlossen, bis zum Ende zu kämpfen und die Schlacht über ihre Arbeitgeber zu gewinnen.

Die Herrschaft der Ungesetzlichkeit.

Damals suchten die herrschenden Klassen Kolorados Schutz bei dem Gouverneur des Staates, James A. Peabody, und derselbe entsprach sofort ihrem Wunsche. Die friedlichen Minendistrikte wurden von einer Horde unverantwortlicher Truppen, die von brutalen Befehlshabern geführt wurden, überfallen. Man erklärte den Belagerungszustand in allen Distrikten, wo der Ausstand erklärt worden war, und alle gesetzlichen Garantien und Konstitutionen wurden aufgehoben. Der Staat Kolorado wurde mit einem Schlage auf dasselbe politische Niveau zurückgebracht wie Rußland, mit dem Gouverneur Peabody und dem Generalleutnant Sherman Bell als unbestrittene Selbstherrscher an der Spitze.

Die mit der Western Federation of Miners verbündeten Arbeiter und die Bürger, die laute Sympathie für sie bekannten, wurden wie „outlaws" behandelt, wie Menschen, die keinerlei Recht auf gesetzlichen Schutz haben; sie wurden ohne jeden Grund zu Hunderten verhaftet, in schreckliche Viehställe, sogenannte „bull-pens", gesteckt, und ohne Gericht und Urteil aus dem Staate verwiesen. Die Schreckensherrschaft, die von den Minenbesitzern Kolorados veranlaßt war, machte vor nichts Halt. Die öffentlichen Beamten, die von der Bevölkerung gewählt waren, wurden mit Gewalt ihres Amtes entsetzt, als sie sich weigerten, sich an den Orgien der Ungesetzlichkeit zu beteiligen. Die Minen wurden gewaltsam geschlossen, nachdem ihre Besitzer den Leuten des Verbandes gestattet hatten, dort zu arbeiten; die Gerichtshöfe, die Kirchen und die Presse wurden eingenommen und gezwungen, die Herrschaft dieser Infamie zu verteidigen; das Gesetz des „habeas corpus" wurde aufgehoben; die Zivilbehörden der Stadt wurden nicht beachtet, und Dieb-

stahl, Verwüstung, Angriffe und Mord wurden mit größter Freiheit von den „höherstehenden Klassen“ begangen.

Aber der Ausstand scheiterte nicht. Er wurde buchstäblich von der physischen Kraft „zermalmt“. Und als die Verwüstungen des Minendistriktes von Kolorado beendet waren, zog sich die Soldateska mit militärischen Ehren zurück.

Auf der Suche nach einem Opfer.

Aber die herrschenden Klassen Kolorados waren keineswegs befriedigt. Während der Ausstand erstickt wurde, blieb die größte Gefahr trotzdem bestehen, nämlich die Arbeiterorganisation, „die unrechtmäßige und verbrecherische“ Western Federation of Miners war noch am Leben. Die Erfahrung der Arbeiter Kolorados während der Regierung der Vandalen des Gesetzes und der Ordnung hatte nur dazu gedient, das Band, das sie vereinigte, nämlich das Band der Leiden und der gemeinsamen Kämpfe, zu befestigen und enger zu knüpfen. Die Organisation hatte sich bald von diesem schrecklichen Schlag erholt und blühte wieder auf unter der Leitung von fähigen und mutigen Beamten, wie Charles H. Moyer, William D. Haywood und anderer. Diese Führer haben weder bestochen noch gekauft werden können. Deshalb mußten sie auf andere Weise entfernt werden, auf eine Weise, die sie und ihre Genossen in dauerndes Mißgeschick gebracht hätte, und die imstande wäre, die Arbeiterbewegung für lange Jahre zu hemmen.

Das war das beständige Ziel der Minenbesitzer des Westens, und zu diesem Zwecke machten sie sich eine große Anzahl geheimer Spione dienstbar. Sie hatten den Regierungsmechanismus zu ihrer Verfügung; sie hatten die Richter bestochen, sie warteten nur auf einen Vorwand.

Der Vorwand fand sich. Am 30. Dezember 1905 wurde Frank Steunenberg, der ehemalige Gouverneur von Idaho vermittels einer Höllenmaschine vor seiner Haustür getötet. Steunenberg ist während seiner Regierung für Idaho das gewesen, was Peabody für Kolorado war, und natürlich wurde geargwöhnt, daß seine Ermordung ein Racheakt sei. Aber wer hatte diese barbarische Tat begangen? Das war ein Gegenstand wochenlanger Forschung. Plötzlich wurde die organisierte Arbeiterwelt durch die Nachricht alarmiert, daß Moyer, Haywood, Pettibone und St. John, alles Beamte der Western Federation of Miners, verhaftet worden sind, weil sie der Mittäterschaft an diesem schrecklichen Verbrechen beschuldigt wurden. Die Anklage trug das Zeichen grober Mache. Moyer und die anderen sind der Typus der vorgeschrittenen Arbeiter, gebildete Männer, Mitglieder der sozialistischen Partei. Sie sind in der Arbeiterbewegung wohl bekannt als Gegner einer jeden Gewalttätigkeit; während der größten Verfolgungen in Kolorado ermahnten sie die Ausständigen, Ordnung zu halten und baten ihre Genossen, sich nicht durch unberechtigte Handlungsweise der Soldateska hinreißen zu lassen.

Andererseits beweist der Bericht über die offizielle von der Regierung angeordnete Untersuchung der Unruhen in Kolorado, daß die Besitzer bei ihren früheren Kämpfen mit den Minenarbeitern versucht hatten, den Führern des Ausstandes verschiedene gräßliche Verbrechen anzudichten; und sie gingen soweit, Freveltaten zu organisieren, wie die Entgleisung von Zügen, sprengten Eisenbahnstationen in die Luft, um die öffentliche Meinung gegen die Ausständigen zu richten und um sie jeden Einflusses zu berauben.

Steunenberg hatte sich übrigens einige Jahre vor seinem Tode vom politischen Leben zurückgezogen und hatte aufgehört, eine politische Persönlichkeit zu sein. Es lag also kein Grund für die Western Federation of Miners vor, dieses Verbrechen zu begehen, selbst wenn sie die nötige moralische Verderbtheit dazu besessen hätte. Kurz, die ganze Anklage beruht auf dem sogenannten Geständnis eines entarteten Verbrechers niedrigster Art, ein Geständnis, das man sich durch einen Privatdetektiv verschafft, der im Dienste der Minenbesitzer steht.

Die Entführung Moyers und Haywoods.

Aber was diese Angelegenheit noch charakteristischer macht, das ist die Art, in der man bei der Festnahme der Angeklagten vorging. Die Gefangenen waren Bürger des Staates Kolorado. Das Verbrechen war im Staate Idaho begangen worden. Nach den Bestimmungen unserer Verfassung hat jeder Staat seine ausschließliche Gerichtsbarkeit über die in den Grenzen des Landes begangenen Verbrechen, aber wenn eine Person ein Verbrechen begangen hat und sich „der Gerechtigkeit entzieht" und in einem anderen Staat gefunden wird, darf der Gouverneur eines solchen Staates, auf ausdrücklichen Wunsch, den Flüchtling dem Gouverneur des Staates ausliefern, in welchem das Verbrechen begangen war.

Moyer, Haywood und Pettibone waren zur Zeit des Mordes Steunenbergs nicht in Idaho gewesen, selbst nicht einige Jahre früher, und daher hatte der Gouverneur von Kolorado nicht das Recht, weder die Angeklagten festzunehmen, noch sie den Behörden von Idaho auszuliefern. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, verbanden sich die Gouverneure von Idaho und Kolorado, um die Beamten der Federation of the Miners in Haft zu nehmen und sie schleunigst über die Grenzen des Staates zu befördern, ohne ihnen Gelegenheit zu geben, bei den Gerichtsbehörden Berufung einzulegen oder ihre konstitutionellen Rechte zu verteidigen. Und die Verschwörung ist bis in die kleinsten Details gut durchgeführt worden. Am Donnerstag, den 15. Februar 1906, erschien ein Bevollmächtigter des Staates Idaho in Denver mit einem Haftbefehl gegen Moyer, Haywood und Pettibone, aber infolge einer Uebereinkunft mit den Behörden des Staates Idaho wurde dieser Haftbefehl vertagt. Am folgenden Sonnabend, gegen Abend, als die Gerichte geschlossen wurden, wurden die Angeklagten plötzlich verhaftet und in ein Bezirksgefängnis geworfen. Es wurde ihnen nicht gestattet, sich mit ihren Freunden oder mit Rechtsanwälten in Verbindung zu setzen, und sehr früh am folgenden Morgen wurden sie von einer bewaffneten starken Wache umstellt und gewaltsam und in größter Eile in einem Sonderzug nach Idaho gebracht.

Die gefangenen Gewerkschaftsbeamten legten sofort bei den Gerichten der Vereinigten Staaten Berufung ein und forderten, daß ihre unrechtmäßige Haft aufgehoben würde, aber die Gerichte verweigerten es, in dieser Angelegenheit vermittelnd einzutreten. Nach Ausspruch dieser endgültigen Entscheidung nahm der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten eine befremdende Ansicht an. Sie gab zu, daß die Verhaftung der Gefangenen unrechtmäßig sei, daß sie das Resultat des Betruges und der Verschwörung der Gouverneure der beiden Staaten sein könne, aber der Staat Idaho sei nun im Besitz der Angeklagten und diese könnten nicht zu den Gesetzen und der Konstitution der Vereinigten Staaten Zuflucht nehmen. Der Richter Mackenna, dessen Meinung von der seiner Kollegen des obersten Gerichtshofs abwich, bezeichnete die

Handlungsweise der beiden Gouverneure als ein verbrecherisches Komplott und die Verhaftung von Moyer, Haywood und Pettibone als einen Entführungsakt, als eine offenbare Vergewaltigung der konstitutionellen Rechte der Angeklagten. Inzwischen sind die Beamten der Minengewerkschaft seit mehr als einem Jahre widerrechtlich bis zu ihrer Urteilsfällung gefangen gehalten worden. Der Gouverneur von Idaho sprach offen seine Ueberzeugung aus, daß die Angeklagten schuldig wären und verheimlichte seinen Wunsch nicht, daß er sie am liebsten am Galgen sehen möchte, während die reaktionäre Presse des Landes ihren Lesern schreckliche Geschichten über die angebliche verbrecherische Laufbahn der Western Federation of Mines auftischte und auf diese Weise unaufhörlich die öffentliche Meinung zum Nachteil der Gefangenen vergiftete.

Eine ähnliche Episode.

Diese Episode ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht ohne Parallele.

Die starke Agitation für den Achtstundentag im Jahre 1886 verursachte die Verhaftung und den berühmten oder vielmehr berüchtigten Prozeß der intellektuellen Führer dieser Bewegung in Chicago, des Verbandes der Männer, welche die Anarchisten Chicagos genannt wurden. Die Angelegenheit wurde mit einer formellen Nichtbeachtung der aufgestellten Gesetze und Prozeßverfahren geführt, und sie wird immer ein abschreckendes Beispiel der brutalen Klassenjustiz bleiben. Die Angeklagten wurden ohne Beweise für schuldig erklärt und mehrere von ihnen zu langen Gefängnisstrafen verurteilt, während 4 der Angeschuldigten, Spies, Parsons, Fischer und Engel, am 11. November 1887 gehängt wurden. Sechs Jahre später brandmarkte der tapfere Gouverneur von Illinois, John P. Altgeld, indem er die anderen Opfer in Freiheit setzte, öffentlich das Urteil als ein juridisches Verbrechen.

Diejenigen, welche die Einzelheiten des Chicagoer Dramas kannten, seinen Anfang, seine Entwickelung und die dabei benutzten Methoden, werden über ihre Aehnlichkeit mit den Ereignissen von Kolorado frappiert sein, die wie eine verdächtige Nachahmung erscheinen, und unwillkürlich rufen wir mit dem großen deutschen Dichter aus:

„Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, ich kenne auch die Verfasser.“

Aber zwischen der Hinrichtung der Chicagoer Anarchisten und der Verhaftung von Moyer, Haywood und Pettibone ist ein Zwischenraum von fast 20 Jahren, und die Zustände haben sich während dieser Zeit sehr geändert. Während dieser 20 Jahre ist die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten ein Faktor größter sozialer Bedeutung geworden, und die sozialistische Bewegung ist bei allen die Arbeiterklasse bedrohenden Gefahren stark und wachsam geworden. Ein kaltblütig begangener Justizmord kann heute nicht mehr wie im Jahre 1887 unbemerkt durchgehen und ohne Rückwirkung bleiben.

Eine starke Protest- und Entrüstungsagitation gegen diesen Versuch sozialen Verbrechens, hat die Arbeiterbevölkerung des ganzen Landes aufgerüttelt. Der letzte jährliche Kongreß der American Federation of Labor, der im November 1906 in Minneapolis abgehalten wurde, hat das Vorgehen in der Angelegenheit Moyer-Haywood als ein Verbrechen und eine Parodie auf die Gerechtigkeit gebrandmarkt.

Zahlreiche nationale und lokale Organisationen verwenden große Geldsummen, um die Verteidigung der angeklagten Minenarbeiter zu sichern, stimmen Resolutionen ab, die das ungesetzmäßige Vorgehen der ausübenden Mächte von Idaho und Kolorado verurteilten; die Arbeiterpresse widmet der Diskussion der Angelegenheit ganze Spalten; Millionen von Flugschriften sind verteilt worden und Tausende von öffentlichen Versammlungen haben im letzten Jahre in allen Teilen des Landes stattgefunden, um das Volk zum Bewußtsein der absoluten Ungeheuerlichkeit des Verbrechens zu bringen, das gegen die organisierte Arbeiterklasse angestiftet wurde, und eine Agitation ist entfaltet worden, die gelegentlich einige einflußreiche Zeitungen gezwungen hat, das Schweigen in dieser Frage zu brechen, und sie schließen sich jetzt den Stimmen der organisierten Arbeiter an und kritisieren die bei der Verhaftung der Minenarbeiter von Kolorado angewandten illegalen Mittel.

Bei dieser Agitation haben die Sozialisten den ersten Anstoß zum Feldzug gegeben und seine intellektuelle Führung übernommen. In jedem Staate und jedem Arbeiterviertel sind sie die unermüdlichsten und einflußreichsten Arbeiter in der Bewegung, und wenn es der Arbeiterklasse der Vereinigten Staaten endlich gelingt, den Hieb abzuwenden, der auf ihre Organisationen und Führer gezielt ist, werden die Sozialisten dieses Landes sich in hohem Maße die Ehre zuschreiben können, zu diesem Erfolge beigetragen zu haben.

Brüderliche Grüße

Morris Hillquit,

Internationaler Sekretär für die Socialist Party der Vereinigten Staaten.

J. Mahlon Barnés, Sekretär.

Die sozialistische Arbeiterpartei.

Der Bericht der Socialist Labor Party an die Genossen der anderen Länder, die sich in Stuttgart versammeln werden, ist augenscheinlich die Fortsetzung des vorangegangenen Berichtes für den Kongreß von Amsterdam im Jahre 1904. Aber leider ist letzterer Bericht im Band der bald nach Beginn des Amsterdamer Kongresses veröffentlichten Berichte ausgelassen worden. Da die heutige Lage sich aus der früheren erklärt, da man sich des öfteren auf die Ereignisse aus dem Bericht von 1904 beziehen wird, und endlich, da das Bureau uns versprochen hat, das Versehen wieder gut zu machen, hat die Socialist Labor Party es für richtig befunden, an dieser Stelle das Dokument aus jener Periode als Einleitung zu veröffentlichen.

Es liegt auch noch ein anderer Grund vor, so zu handeln: Wir sind in den Vereinigten Staaten sehr beschäftigt, und außerdem halten wir es für wichtig, daß die Kämpfe der amerikanischen Bewegung auf amerikanischem Boden geführt werden sollen und nicht in den Zeitungen und Revuen des Auslandes. Wir haben daher davon Abstand genommen, mit den uns feindlich gesinnten Schriftstellern, die an die europäischen Zeitungen tendenziöse Artikel über unsere Bewegung senden, zu polemisieren. Die Folge davon war, daß die sozialistische Presse

Europas eine ungünstige Meinung von der Taktik der Socialist Labor Party bekommen hat, und die europäischen Genossen blieben vollständig im Dunkeln über die Vorgänge in den Vereinigten Staaten. Möge nun die Socialist Labor Party Recht oder Unrecht haben, eines ist sicher, daß die Tatsachen, die die Bewegung charakterisieren, nicht verfehlen werden, das Interesse bei denen hervorzurufen, die die internationale Bewegung studieren. Wir sind also der Meinung, daß die folgende Schilderung dazu beitragen wird, sie aufzuklären, um so mehr, da der Bericht im Namen der Socialist Labor Party selbst geschrieben worden ist.

Der Bericht, der für Amsterdam bestimmt war, war wie folgt abgefaßt*):

An den internationalen Sozialistenkongreß zu Amsterdam. August, den 14., 1904.

Genossen!

Den in europäischen Kreisen häufigen Ausdrücken des Erstaunens über die Rückständigkeit der sozialistischen Bewegung in Amerika nach zu urteilen — eine Rückständigkeit, welche lediglich nach der Stimmenabgabe bemessen wird — ist die Schlußfolgerung gerechtfertigt, daß dem vornehmsten Zug Amerikas nicht das Gewicht beigemessen wird, zu dem er berechtigt ist, oder daß derselbe gänzlich übersehen wird. Was dieser Zug ist, dazu liefert der Zensus des Landes das Material zur Bearbeitung, und der unsterbliche Genius von Karl Marx versieht uns hinwiederum mit der Richtschnur, um uns zu leiten in der Auswahl der notwendigen Kategorie von Tatsachen, sowie mit der Norm, womit das so gesammelte Material zu messen und zu analysieren ist.

In dem Werk „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" wird die proletarische Insurrektion von 1848 als ein Text für die nachstehende Generalisation verwendet:

„. . . daß in altzivilisierten Ländern mit entwickelter Klassenbildung, mit modernen Produktionsbedingungen und mit einem geistigen Bewußtsein, worin alle überlieferten Ideen durch jahrhundertelange Arbeit aufgelöst sind, die Republik überhaupt nur die politische Umwälzungsform der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet und nicht ihre konservative Lebensform", und diese schwerwiegende Tatsache wird auf das schärfste hervorgehoben, wenn man solch ein Land, Frankreich, kontrastiert mit den „Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo zwar schon Klassen bestehen, aber sich noch nicht fixiert haben, sondern in beständigem Flusse fortwährend ihre Bestandteile wechseln und aneinander abtreten, wo die modernen Produktionsmittel, statt mit einer stagnanten Uebervölkerung zusammenzufallen, vielmehr den relativen Mangel an Köpfen und Händen ersetzen, und wo endlich die fieberhaft jugendliche Bewegung der materiellen Produktion, die eine neue Welt sich anzueignen hat, weder Zeit noch Gelegenheit ließ, die alte Geisterwelt abzuschaffen."

Dieses wurde im Jahre 1852 geschrieben. Die Riesenschritte, seither von Amerika gemacht, seine märchenhafte Reichtumsproduktion, sein Aufschwung in Industrie und Agrikultur, welche es in dieser Hinsicht tatsächlich an die Spitze aller anderen Nationen stellen, mit einem Wort:

---

*) Anmerkung: Dieser Bericht ist abgedruckt aus der in deutscher Sprache erscheinenden „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung", Cleveland, Ohio, 20. August 1904.

Der Herausgeber.

der geradezu erstaunliche Status kapitalistischer Entwickelung, welchen das Land erreicht hat, löscht scheinbar diesen Kontrast aus. Aber er tut es nicht. Diese Aenderungen genügen nicht, um Schlüsse zu ziehen auf die Entwickelung des Sozialismus, welche etwa zu erwarten wäre. Der vorstehende Auszug von Marx erklärt warum und deutet an, welch andere Faktoren zu erwägen sind, ehe eine Bourgeoisrepublik ihre „konservative Lebensform" hinter sich läßt und eintritt in ihre „politisch-revolutionäre Lebensform", ohne welche nicht erwartet werden kann, daß eine sozialistische Bewegung ihren freien Kurs findet. — Diese Faktoren — „die entwickelte Klassenbildung" und deshalb das „geistige Bewußtsein" der Klassen erzeugt, weil „alle überlieferten Ideen durch jahrhundertlange Arbeit aufgelöst sind", die Reife der materiellen Produktion, welche nicht länger „eine neue Welt sich anzueignen hat", sondern die notwendige Zeit und Gelegenheit hat, „die alte Geisterwelt abzuschaffen" usw. — benötigen ebenfalls Erwägung und Fixierung ihres Status. Sie sind notwendig zu einer endgültigen und intelligenten Schlußfolgerung. Ein roher und rapider Umriß der Tatsachen, welche Licht auf diese Faktoren werfen, wird die Situation klären.

Seit den Zensustatsachen von 1850, welche Marx benutzte, ist der Flächenraum der Vereinigten Staaten um nicht weniger als 1 057 441 Quadratmeilen erweitert worden, oder nicht weit von einer Verdoppelung von dem, was er in 1850 war; als ein Resultat wurde das Zentrum der Bevölkerung, welches in 1850 im 81. Grad, 19 Min. Längegrad oder 23 Meilen südwestlich von Parkersburg in dem gegenwärtigen Staat West-Virginia lag, um volle vier Längegrade verschoben und liegt jetzt sechs Meilen westlich von Columbus im Staate Indiana, und als ein weiteres oder Begleitresultat ist das Zentrum der Industrie, welches in 1850 im 77. Grad 25 Min. Längegrad, nahe Mifflintown im Staate Pennsylvanien lag, seither stetig westwärts gezogen, bis es heute den 82. Grad 12 Min. Längegrad, nahe Mansfield im mittleren Ohio, erreicht hat, und noch hat diese Westwärtsbewegung nicht aufgehört. Eine weitere Tatsache von Bedeutung, entlang dieser Untersuchungslinie, wird genügen, um eine Vorstellung zu bilden über die meteorologische Beschaffenheit der sozialen Zustände. Während vor so kurzer Zeit als 1880, 30 Jahre nach dem Marxschen Werk, die Zensusberichte 55 404 Wasserräder und keine elektrischen Motoren zeigten, fiel die Zahl der Wasserräder zehn Jahre später auf 39 008, und die elektrischen Motoren, um diese Zeit beginnend, sind seither auf 16 923 gestiegen mit einer proportionalen Vermehrung der Dampfkraftanwendung. Die Situation, herbeigeführt durch diese Tatsachen, kann summiert werden im Lichte der fremdartig klingenden Berichte, daß ausgespielte Lokomotiven, welche einstmals auf unseren städtischen Hochbahnen Dienste taten und durch elektrische Motoren ersetzt wurden, heute Züge auf den Eisenbahnen Chinas führen. Maschinen und Produktionsmethoden, überholt in den mehr fortgeschrittenen Zentren, tauchen beständig wieder auf in weniger fortgeschrittenen Gegenden, dorthin getragen von dem westwärts strebenden Flusse unserer Bevölkerung. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß unter solchen Zuständen die Bevölkerung nicht nur noch nicht „stagnant" ist; nicht nur besteht immer noch ein „beständiger Fluß", nicht nur besteht noch immer ein „beständiger Wechsel der Bestandteile" oder ein „Abtreten aneinander" seitens der Klassen, sondern die eigentümliche Erscheinung ist noch immer sichtbar in Amerika von Familien mit Mitgliedern in allen Klassen, von der oberen pluto-

kratischen Klasse durch die verschiedenen Gradationen der Mittelklasse, bis hinunter zu dem Zwergeigentum des Lohnsklaven der Fabrik und sogar weiter hinunter bis zu dem gänzlich eigentumslosen Proletariat. Es braucht kaum gesagt zu werden unter solchen Umständen, daß es in Amerika immer noch „die fieberhaft jugendliche Bewegung der materiellen Produktion" gibt und daß, im Einklang damit, es noch nicht Zeit gab, „die alte Geisterwelt abzuschaffen". Noch hat die Einwanderung von Europa geholfen. Im allgemeinen ist dieselbe mit dem Strom geschwommen. Es ist z. B. eine konservative Schätzung, daß, wenn nur die Hälfte der Europäer gegenwärtig in Groß-Newyork wohnend, welche in ihrer alten Heimat sich als Sozialisten betrachteten, es hier bleiben würden, die sozialistische Organisation dieser Stadt allein nicht weniger als 25 000 eingeschriebene Mitglieder haben würde. Und doch gibt es keine auch nur annähernd so große Mitgliedschaft. Die alten Illusionen der Eingeborenen in bezug auf materielle Aussichten ziehen den größten Teil der Eingewanderten in denselben Wirbel.

Es braucht auch kaum gesagt zu werden, daß solche Zustände anzeigen, daß die bestehende Bourgeoisrepublik von Amerika sich noch immer in dem Kreise bewegt, in welchem Marx sie in 1852 beobachtete: in ihrer konservativen und noch nicht politischen Umwälzungsform ihrer Existenz. In kurzem, diese Zustände erklären, warum bis jetzt trotz der erstaunlichen Entwickelung des Kapitalismus in diesem Lande eine numerisch starke sozialistische Arbeiterpartei, wie solch eine kapitalistische Entwickelung auf den ersten Blick den oberflächlichen Beobachter zu erwarten verleitet, noch nicht besteht und noch nicht bestehen kann. Beiläufig werfen diese Zustände wertvolles Licht auf die Natur der „revolutionären Bewegungen", welche periodisch entstehen, deren mißhellige Wallungen grollend gegen die sozialistische Arbeiterpartei schlagen und deren Wortführer so viel Lärm machen — in Europa. Sie erklären z. B. das Aufflackern der Single Tax-Bewegung mit ihren 300 000 Stimmen in den achtziger Jahren; sie erklären die populistische Bewegung um ein Jahrzehnt später, in den neunziger Jahren, mit ihren 1 200 000 Stimmen; sie erklären die neueste der Serie in direkter Nachkommenschaft, die sogenannte „Socialist" oder „Social Democratic"-Bewegung dieses Jahrzehnts mit ihren 250 000 Stimmen. Die zwei erstgenannten sind schon ausgestorben, und von der letzteren — nach Adoptierung eines revisionistischen Programms und einer Trades Union-Resolution, von welch letzterer ihr eigener Delegat zu diesem internationalen Kongreß, Herr Ernst Untermann, in der „Neuen Zeit" vom 28. Mai dieses Jahres, zugibt, daß sie „eine verkappte Begünstigung der „American Federation of Labor" ist und nichts anderes bedeute, als einen Schlag gegen die „American Labor Union", welche sich von der ersteren Organisation getrennt hatte, um sich von der Herrschaft der Reaktionäre und Kapitalistendiener frei zu machen" und welche das „American Labor Journal" vom 26. Mai, bisher ein Unterstützer dieser sogenannten „Socialist Party", mit stärkerer Emphase brandmarkt als „eine Bloßstellung der Partei als Scabhirtin", kann man sagen, daß sie in die Periode ihrer Auflösung eingetreten ist.

Eine jede dieser Bewegungen gerierte sich in ihrer Reihenfolge als die „amerikanische sozialistische Bewegung" und führte einen ungestümen Kampf gegen die Sozialistische Arbeiterpartei während der Dauer ihres flackernden Daseins, und dann — hinabgezogen und erwürgt an der

Nabelschnur der Illusionen, entspringend den bereits geschilderten Zuständen in diesem Lande —, nachdem sie ihre lärmenden Tage gelebt, traten sie regelmäßig und unabänderlich in die Periode ihrer Auflösung ein,*) jedoch nie ohne stets einen mehr oder weniger soliden Bodensatz für die Sozialistische Arbeiterpartei zu hinterlassen, welch' letztere sie anderseitig mit gleicher Regelmäßigkeit, während der Periode ihres Aufkommens und Wachstums, reinigten, durch Anziehung zu sich selbst all der untauglichen oder unreifen Elemente, welche in den zeitlichen Zwischenräumen nach der Sozialistischen Arbeiterpartei gravitierten. Auf diese Weise, seit dem Anfangsvotum von 13 387 in 1890, dem ersten Jahre ihrer wirklichen Existenz, präsentiert das Votum der Sozialistischen Arbeiterpartei während der drei folgenden Präsidentschafts- oder nationalen Wahljahre die folgende Tabellierung:

In 1892: 21 157 Stimmen.
In 1896: 36 564 Stimmen.
In 1900: 34 191 Stimmen.

In 1902, zwar nicht ein Präsidentschaftsjahr, aber doch die seither nächste Annäherung an ein solches durch die Staatswahlen, stieg das Votum wieder auf 53 763 Stimmen.

Wenn man den vorher skizzierten sozialen Zuständen genügendes Gewicht gibt, so tritt ein anderer gewichtiger Umstand zutage — der Umstand, daß in Amerika das geringe Votum einer bona fides sozia-

---

*) Der Abschnitt in dem erwähnten Artikel des „American Labor Union Journal" ist einer vollen Wiedergabe wert, denn er illustriert einen guten Teil der Nabelschnur, welche die angeblichen „American Socialist"-Bewegungen, periodisch gegen die Sozialistische Arbeiterpartei entstehend, verhängnisvoll hinabzieht und erwürgt. Der Abschnitt lautet:

„Die Männer, welche in Unterstützung der Resolution (des Substituts) sprachen, von Ben. Hanford bis zu Hilquit, versuchten nicht, diesen Argumenten entgegenzutreten. Sie beschränkten sich auf eine konstante Wiederholung der Anklage, daß diejenigen, welche der Resolution opponierten, gegen die Trades Unions seien, was tausend Meilen von der Wahrheit entfernt war, denn tatsächlich war die Opposition nicht gegen Indossement der Trades Unions gerichtet, sondern gegen die Abart von Trades Unionismus, welche man zu indossieren suchte. So wie sie steht, ist die „Socialist Party" als Stabhirtin bloßgestellt, als für die Organisierung von dualistischen Unions, die Verleitung der Arbeiterklasse, die Verwendung von Unionfonds, um sozialistische Kandidaten zu schlagen, die Absonderung der Arbeiterklasse in Gewerkschaftseinheiten, welche machtlos sind, irgendetwas zu erringen. Und sie ist so bloßgestellt worden, weil ein paar strebsame östliche Genossen begierig waren, in den pure und simple Unions die Dinge für sich selbst angenehm zu gestalten."

Und in einem späteren Artikel, am 2. Juni, erklärt dasselbe Blatt, worin das „die Dinge für sich selbst angenehm zu gestalten" seitens der östlichen Mitglieder, dem dominierenden Element seiner Partei, besteht. Es sagt:

„Die, so in Reih und Glied stehen, haben keine „Aexte zu schleifen". Sie haben keine Veranlassung, „gleich geprügelten Hunden zu den Füßen der nationalen Labor Fakirs zu kriechen". Diejenigen in Reih und Glied suchen keine Beförderung in pure und simple Körperschaften. Sie suchen keine „ausländischen Delegierten-Passionen", noch jagen sie nach einem „Organisator-Mandat" im Fakirtum. Sie haben keine Zeitungen zu kolportieren im Fakirtum", mit einem Worte, die Nabelschnur der Privat- und Zunftinteressen jenes östlichen dominanten Elementes, der sogenannten „Socialist" alias „Social Democratic Party", ist so beschaffen, daß sie die Arbeiterklasse unabänderlich verraten und, in natürlicher Folge, die genannte Partei erwürgen muß, genau wie ihre Vorgänger es getan.

listischen Organisation kein Maßstab ist für ihre Stärke oder für die von ihr geleistete Arbeit, noch für das sozialistische Gefühl im Lande, mit einem Wort, es ist kein Maßstab für die Nähe oder Ferne des kritischen Moments — die Entthronung der Kapitalistenklasse. In Amerika ist die kapitalistische Moral in den Wahlplatz eingedrungen. Die Schikanen, praktiziert von der herrschenden Klasse in der Fabrik, den Verkaufshallen oder in den legalisierten Spielhöllen, bekannt als „Börsen", sind von ihr in das Feld der Wahlen eingeführt worden und herrschen dort unumschränkt. Die Gesetze, welche sie erlassen, um ihre resp. Parteien zu verhindern, einander zu betrügen, würden einem lebenden Montesquieu ein unvergleichliches Thema liefern zu einem unvergleichlichen Kapitel über „Den Geist der Gesetzgebung". Natürlich erlaubt der Geist dieser Anti-Schwindelwahlgesetze den streitenden Parteien der herrschenden Klasse, dieselben zuungunsten einer bona fides Partei des Sozialismus zu ignorieren und zu verletzen. Die Absetzung eines Kongreßabgeordneten wegen schwindelhafter Wahlpraktiken ist zwar nicht unbekannt, wird aber nie angewendet, ausgenommen seitens der Majoritäts- gegen die Minoritätspartei, wenn die erstere das Mandat benötigt. Solch ein Vorkommnis, wie die Absetzung eines kapitalistischen Abgeordneten zum Reichstage wegen Wahlschwindel und die Anordnung einer Neuwahl, bei der ein sozialistischer Kandidat erwählt wird, wie in Deutschland vorgekommen, oder die Absetzung, aus ähnlichen Gründen, eines Grafen Boni de Castellane, dem Teilhaber, durch Verheiratung, der Millionen unseres amerikanischen Kapitalisten Jay Gould, wie kürzlich in Frankreich passiert, erscheint unseren amerikanischen Kapitalisten und allen anderen, beeinflußt durch deren Gedankenrichtung, als unfaßbar albern. Sie verstehen dies so wenig, als westliche Völker das Gefühl eines japanesischen Soldaten verstehen, lieber zu sterben, als sich den Russen zu ergeben. Was dieses bedeutet für ein Votum, welches die herrschende Klasse wirklich bedroht, liegt auf der Hand. Und folglich liegt auf der Hand die Tatsache, daß der Tag des sozialistischen Votums noch nicht gekommen ist. Der kapitalistische Korruptionist durchkreuzt heute den Machtspruch des Stimmzettels. Aber Tändeleien mit dem Thermometer haben noch nie die Temperatur beeinflußt.

Daher liegt der Maßstab der Seetüchtigkeit einer sozialistischen Bewegung auf den Wassern amerikanischer Zustände in dem Charakter ihrer agitatorischen, erzieherischen und organisatorischen Propaganda; der Quantität und Qualität der Literatur, welche sie verbreitet; der Straffheit ihrer selbstauferlegten Disziplin: der Festigkeit und Furchtlosigkeit ihrer Haltung. Die Sozialistische Arbeiterpartei hat seit nun vier Jahren die einzige sozialistische Tageszeitung der englisch sprechenden Welt publiziert — den „Daily People"; während der letzten dreizehn Jahre publizierte sie ein Wochenblatt — den „Weekly People". Diese Organe, neben der umfangreichen Literatur, welche sie durch ihre eigene Druckerei herausgibt — vieles davon Original und vieles Uebersetzungen des Besten, was die revolutionäre Bewegung in anderen Sprachen hervorgebracht — sind maßgebend innerhalb der englisch sprechenden Bewegung. Sie atmen den kompromißlosen Geist, welchen amerikanische Verhältnisse für eine sozialistische Bewegung zu einer gebieterischen Notwendigkeit machen, wofern sie nicht entweder sich lächerlich machen oder aber die Arbeiterklasse mit revisionistischen Flachheiten verraten will. Im Einklang mit dieser Haltung enthält sich die

Sozialistische Arbeiterpartei nie eines Schlages gegen ein Unrecht, aus Furcht, sich einen Feind zu schaffen oder einen Freund zu verlieren. Sie unterliegt keiner Verlockung. Wenn in anderen Ländern die Verhältnisse einen anderen Kurs gestatten oder gar notwendig machen, so ist dies hier nicht der Fall: Die Sozialistische Arbeiterpartei von Amerika haut gerade der Schnur entlang. In ihrem Kampfe gegen die Kapitalistenklasse erlaubt die Partei nicht, daß man sie gebraucht als einen Pfeiler, um diese Klasse zu stützen. Ob die kapitalistische Formation erscheint in der Form eines „Trusts" oder in der Form einer aufgefrischten Zunft, unter der falschen Flagge des „Trades Unionismus", die Partei stellt beide unbarmherzig bloß — sie stellt sie beide bloß — selbst wenn Arbeiter Aktieninhaber des ersteren, des „Trusts" sind, wie z. B. die sogenannte Trades Union der „Amalgamated Iron and Steel Workers" es in der Carnegieschen „United States Steel Corporation"; und selbst wenn es Arbeiter sind, welche die Mitgliedschaft der aufgefrischten Zunft bilden und auf diese Weise die Arbeiterklasse zerteilen durch die chinesische Mauer unerschwinglich hoher Beiträge und Aufnahmegebühren oder andere Zunftpraktiken, befolgt von vielen sogenannten Trades Unions. Die entschlossene Haltung, welche in Amerika einer **bona fides** Partei des Sozialismus auferlegt, ist unverständlich für die successiven Wellen der angeblichen revolutionären Bewegungen sowie der amerikanischen Reformisten im allgemeinen, welche mit der Hartnäckigkeit einer Krankheit auf der politischen Bühne des Landes auf- und niedertauchen. Und weil unverständlich für sie, wird die Sozialistische Arbeiterpartei das Objekt ihrer ungestümen Feindseligkeit und wird immer wieder von ihr totgesagt — auf dem Papier. Die Sozialisten Europas werden dieses Phänomen verstehen, wenn sie erfahren, daß dieselben Beiwörter, mit welchen die Millerand-Jaurès-Revisionisten Frankreichs die „Parti Socialiste de France" (U. S. R.) beehrten — „bösartig", „engherzig", „reizbar", „unduldsam" usw. — fortdauernd mit eintöniger Regelmäßigkeit seitens dieser amerikanischen „Revisionisten" auf die Sozialistische Arbeiterpartei angewendet werden.

Es ist diese „Bösartigkeit", „Engherzigkeit", „Unduldsamkeit" usw., welche den Tag der Entthronung der amerikanischen Kapitalistenklasse beschleunigt. Zum Beispiel: Zur Zeit der Ermordung McKinleys im Jahre 1901, als die kapitalistische Klasse bestrebt war, die Gelegenheit auszunützen, um alle Impulse in der Richtung ihres Sturzes auszurotten, waren alle Stimmen, welche in irgendeiner Weise in Opposition zur Klassenherrschaft standen, mit einer einzigen Ausnahme, verstummt; man wagte nicht, sich auszusprechen. Diese einzige Ausnahme war die Stimme der Sozialistischen Arbeiterpartei. Eine Anzahl ihrer Redner wurden verhaftet und anderweitig verfolgt, standen aber fest und triumphierten schließlich über den Versuch, die Stimme des Proletariats zu ersticken. Die kapitalistische Entwickelung in Amerika überholt und überwindet jetzt rapide die Hindernisse, welche Marx aufzählte, für die konservative Form der amerikanischen Bourgeois-Republik, um in ihre politisch-revolutionäre Form einzutreten. Die Verhältnisse reifen schnell. Wenn der Tag des Stimmens gekommen ist für die sozialistische Bewegung Amerikas, dann werden ihre Stimmen gezählt werden — oder aber die Männer, welche die sozialistische Arbeiterpartei sammelt und drillt, werden den Grund wissen wollen. Die Rückständigkeit der sozialistischen Bewegung in

Amerika liegt nur an der Oberfläche. Was immer das Thermometer des sozialistischen Votums, gestört durch kapitalistische Korruption, registrieren mag, die Temperatur ist im Steigen begriffen. Das Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei verlangt — und jede Handlung der Partei ist in strikter Uebereinstimmung mit diesem Verlangen — die bedingungslose Kapitulation der Kapitalistenklasse; die Partei wird geleitet von dem Leitstern des Diktums, daß „die Befreiung des Arbeiters das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß". — Die Partei besteht darauf und auf nichts weniger als das, denn sie weiß, daß etwas weniger den „Revisionismus" bedeutet.

Daniel De Leon,
Delegat der Sozialistischen Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Im Auftrage des National-Exekutiv-Komitees der Sozialistischen Arbeiterpartei.

Henry Kuhn, Nationalsekretär.

New York, den 15. Juli 1904.

* * *

Es ergibt sich aus dem Vorangegangenen, daß die amerikanische Arbeiterbewegung durch streitsüchtige, feindlich gesinnte Fraktionen gehemmt wurde. Der gewonnene Eindruck läßt uns auf ein Chaos oder Mangel an Energie schließen. Das Resultat der Wahlen scheint diese Ansicht zu bestätigen. Einige Beispiele scheinen diese Feststellung zu bewahrheiten. Ich werde diese Beispiele hauptsächlich aus dem Staate New York wählen, dem Ursprungsorte der Streitigkeiten zwischen den beiden sozialistischen Parteien.

Bei den Gouverneurswahlen für den Staat New York im Jahre 1898, unmittelbar vor der Spaltung der Socialist Labor Party und der Begründung der Socialist Party in diesem Staate, erhielt die Partei 22 301 Stimmen. Das letzte Jahr, d. h. acht Jahre später und sieben Jahre nach der Spaltung, erhielten beide Parteien zusammen nur 26 375 Stimmen, das heißt also 4000 Stimmen mehr. Aber dieser kleine Zuwachs darf nicht irreführen. Die wirkliche Lage ergibt sich, wenn man die Stimmen der beiden Parteien vom Jahre 1904 und vom letzten Jahre für den Gouverneursposten vergleicht. Im Jahre 1904 erhielten die beiden Parteien 45 233 Stimmen und im Jahre 1906 26 375. Das bedeutet einen Verlust von 18 858, von denen 4624 auf die Socialist Labor Party und 14 506 auf die Socialist Party gerechnet werden.

Im Jahre 1896, vor der Spaltung, erhielt die Socialist Labor Party für die Wahlen auf dem Kongreß im 9. Distrikt von New York (einem Distrikt des „Arbeiterviertels" von New York) 4371 Stimmen. Im letzten Jahre, d. h. zehn Jahre später und sieben Jahre nach der Spaltung, ließ die S. L. P. das Feld für den Kandidaten der Socialist Party frei, der nur 3586 Stimmen erhielt, das sind also 785 Stimmen weniger. Die Gesamtzahl der Wähler dieses Distrikts hatte allerdings seit 1896 abgenommen, aber nichtsdestoweniger, trotz zehnjähriger Agitation und außerordentlicher Veranlassungen, verursachten sieben Jahre des Konflikts einen Verlust von 785 Stimmen.

Ein drittes Beispiel ist das der „Assembly districts" in dem Arbeiterviertel New Yorks. In diesem Distrikt, früher unter dem

Namen „Sechzehnte Versammlung“ bekannt, jetzt der sechsten einverleibt, erhielt die Socialist Labor Party für die gesetzgebende Versammlung im Jahre 1899 genau 2141 Stimmen. Im letzten Jahre, d. h. sieben Jahre später und nach der Spaltung, betrugen die sozialistischen Stimmen der beiden Parteien zusammen nur 471. Mit anderen Worten: es ist ein starker relativer und absoluter Verlust, der sich auf 1670 Stimmen beläuft.

Wenn man das ganze Land in Betracht zieht, erhält man da, wo man Vergleiche anstellen kann, dieselben Resultate. Die Wahl in Kolorado, wo Wm. D. Haywood, der jetzt in Idaho im Gefängnis sitzt, im letzten Jahre an der Spitze der sozialistischen Wahlliste stand und ihr einen erkünstelten Wert verlieh, bestätigt nur um so nachdrücklicher durch ihre in die Augen springende Ausnahme die Regel. Der Kampf zwischen den beiden Parteien hat auf die Abgabe der Stimmen im allgemeinen ungünstig gewirkt. Die Sozialistische Partei, die vor zwei Jahren 400 000 Stimmen umfaßte, ist überall ein wenig zurückgegangen. Ebenso war es bei der S. L. P. mit ihren 34 172 Stimmen im Jahre 1904.

Diese Tatsachen und diese Zahlen hätten zu der Annahme berechtigen können, daß das Bestehen des politischen Konflikts zu einer Kraftvergeudung und zu Verlusten an sozialistischer Energie führe. Dies war aber nicht der Fall. — Gerade dieser Konflikt hat die Grundlage zu einer starken sozialistischen Bewegung geschaffen — einer ökonomischen und politischen Bewegung. Trotzdem die persönlichen Feindseligkeiten sich entwickelten und eine Hauptrolle zu spielen schienen, waren sie dennoch nicht die Ursache der Ereignisse. Die Ursache des Konflikts ist der Gegensatz der beiden Prinzipien. Wir geben zu, daß Stimmen und Anstrengung verloren gingen, zu Nutz und Frommen der Erkenntnis dessen, was richtig ist.

Die beiden großen Prinzipien, welche die Ursache des Streites zwischen der sozialistischen und Arbeiterbewegung in Amerika waren, sind folgende:

1. Die politische Bewegung des Sozialismus kann nicht, selbst wenn sie es wollte, und sollte nicht, selbst wenn sie es könnte, die ökonomische Bewegung ignorieren. — Eine rein sozialistische politische Bewegung, gesund und gedeihlich, ist nur dann möglich, wenn sie auf einer gesunden ökonomischen oder gewerkschaftlichen Bewegung begründet ist. Kurz, dieses Prinzip bestätigt, daß in Amerika eine politische Bewegung des Sozialismus nur der Reflex einer ökonomischen revolutionären Bewegung sein kann. — Das andere Prinzip ist, daß die politische Bewegung des Sozialismus nicht sollte, wenn sie es könnte und nicht dürfte, wenn sie es wollte, irgend etwas mit der ökonomischen Bewegung gemeinsam haben. Es predigt die Neutralität gegenüber der Trade Unions und betrachtet den Unionismus für eine vorübergehende Erscheinung.

Alle Mißhelligkeiten, manchmal sogar blutige, die die Arbeiterbewegung Amerikas kennzeichneten, stammen vom Zusammenstoß dieser beiden Prinzipien her. Die S. L. P. faßte den Marxschen Gedanken dahin zusammen, daß nur auf dem Boden der Gewerkschaften eine wirkliche politische Arbeiterpartei geschaffen werden könne, und da sie infolgedessen die ökonomische Organisation für den Keim der künftigen Gesellschaft hielt und auf dem Standpunkt steht, daß die Macht sich

auf das Recht stützen muß, so nimmt sie das erste der Prinzipien an. Daher gibt sie sich alle Mühe, Gewerkschaften im Lande zu gründen.

Die politische Bewegung fand den Boden der Arbeiterbestrebungen bereits von dem reinen und einfachen Trade Unionismus eingenommen. Dieses System organisiert die Gewerkschaften nicht nur als Einheiten, sondern auch als souveräne Körperschaften mit Selbstverwaltung. Dieses System machte jede ökonomische Bewegung unfruchtbar. Und in der Tat, wenn die Löhne der der Gewerkschaft angehörenden Arbeiter höher waren als die der Arbeiter, die nicht der Gewerkschaft angehörten, so entzweite der Preis, welcher von den Gewerkschaften für diese höheren Löhne gezahlt wurde, hoffnungslos die Arbeiterklasse. Vor allem schlossen diese Vereinigungen die Mehrzahl der Mitglieder von der Teilnahme aus, und zwar durch die Einteilung nach Kunstfertigkeit, durch hohe Beiträge, durch bestimmte Einführungsrechte und durch andere Verstöße. Zweitens konnte jede dieser Vereinigungen ihren Judasheller bei den Arbeitgebern verdienen. Es erübrigt sich, die lange Reihe der wohlerwägten verräterischen Handlungen aufzuzählen, die an den amerikanischen und ausländischen Arbeitern begangen wurden und das Verderben, das diese Art der Vereinigung verursacht hat. Es genügt zu sagen, daß die Gewerkschaften mit einer kapitalistischen Organisation verbündet sind mit Namen Civic Federation, deren Ziel es ist, freundschaftliche Beziehungen zwischen dem Kapital und der Arbeit herzustellen. Diese Verbände gehören größtenteils zur American Federation of Labor. Eine politische Arbeiterbewegung — und was ist eine politische sozialistische Partei, wenn sie nicht eine politische Arbeiterbewegung ist — kann nur ihre Hauptkräfte unter der Arbeiterklasse sammeln. Es ist unvermeidlich, daß der Streit, der durch den reinen und unpolitischen Trade Unionismus unter der Arbeiterbewegung verursacht wurde, auf die politische Bewegung Rückwirkung hat. Unter ähnlichen Umständen teilt sich nicht nur die Arbeiterklasse auf politischem Gebiete, indem sie sich unter das Banner verschiedener politischer kapitalistischer Parteien einreihen läßt, sondern wirken schließlich auch zurück auf die beiden feindlichen sozialistischen Bruderparteien, — die eine, die S. L. P., die sich in voller Anerkennung der verschiedenen Wirkungskreise, auf die sich die Bestrebungen der politischen und ökonomischen Bewegung erstrecken, nichtsdestoweniger auf die ökonomische Tendenz stützt; die andere, die S. P., welche als Folge ihrer Theorie von der vorübergehenden Natur gewerkschaftlicher Vereinigungen, die Neutralität gegenüber dem Unionismus proklamiert.

Der Lauf der Ereignisse seit Amsterdam auf sozialistischem und auf dem Arbeitergebiete und als Folge des oben geschilderten Konflikts ist durch zwei Tatsachen charakterisiert worden: durch die Begründung der „Industrial Workers of the World" und durch die „Conférence de l'unité de New Yersey".

Im Jahre 1905 wurden die „Industrial Workers of the World" begründet, eine ökonomische revolutionäre Organisation, die auf dem Prinzip des Klassenkampfes basierte, das bis jetzt nur von der „Socialist Trade and Labor Alliance" angenommen war, setzte ihren Weg auf dem Wege der Entwickelung fort, verwarf das genossenschaftliche System der Organisation, um an dessen Stelle das sogenannte industrielle zu setzen. Sie legte den Grund zu den verfassunggebenden Körperschaften, welche dazu berufen waren, eine sozialistische Republik zu verwalten. Das war der erste vorbereitende Schritt zur

Revolution in Amerika, die die Vereinigung aus dem ökonomischen Unwetter in den Hafen der genossenschaftlichen Republik führen soll.

Das zweite Ereignis ist die Vereinigung der Konferenz von New Jersey für die sozialistische Einigkeit gewesen, eine Konferenz, die im Staate New Jersey von einer gleichen Anzahl Vertretern der S. L. P. und der S. P. dieses Staates im Dezember des Jahres 1905, im Januar, Februar und März 1906, abgehalten wurde. Der Beschluß des Amsterdamer Kongresses, welcher die rivalisierenden politischen Parteien aller Länder aufforderte, sich zu vereinigen und sich als eine einzige sozialistische Partei gegen die kapitalistischen Parteien zu konstituieren, hat dazu beigetragen, diese Konferenz entstehen zu lassen. Aber die Strömung war schon vor Amsterdam vorhanden. Man fand Spuren davon in dem Bericht der S. L. P. auf dem Kongreß von Amsterdam, in den Sätzen, welche wörtlich Stellen aus mit der sozialistischen Partei sympathisierenden Arbeiterschriften wiedergaben. Die Neutralitätstheorie in dem Syndikatsprinzip hat sich als ein Irrtum erwiesen, der dazu verurteilt war, zum entartetsten Nepotismus während der sechs vorangegangenen Jahre zu führen, seit der Zeit, da er zum Glaubensartikel des politischen Sozialismus erhoben wurde, im Gegensatz zur Lehre der S. L. P. Das neutralistische Prinzip offenbarte sich in der Anwendung, wie es sich fortwährend offenbaren muß, als eine Maske, die dazu bestimmt war, den Unionismus zu verbergen, als ein Zeichen dieser verbrecherischen Politik, die für die Entstehung der Anarchisten verantwortlich ist, die schließlich nur die Verteidiger der Gewalttätigkeit sind. Entrüstet über das unwürdige Benehmen der Politiker, die diese Benennung verdienen, sofern sie nicht ihren Sozialismus auf der ökonomischen Arbeiterorganisation basieren, Menschen, die durch den Zorn blind gemacht, das Kind mit dem Bade ausschütten und die politische Agitation zurückweisen, weil sie ihre Handlungsweise verurteilen. Der Sturz der Neutralitätstheorie ließ es zu, daß die historische Mission des Unionismus vollständig anerkannt wurde und führte auch direkt zum Sturze seiner treuen Gefährtin der „Neutralität“, d. h. der Theorie vom vergänglichen Charakter des Unionismus. Vor der Abstimmung des Beschlusses über die Tätigkeit in Amsterdam, einige Zeit vor der Versammlung des Kongresses in Chicago, der die J. W. of the W. begründete, hatten sich einige der besten Elemente der S. P. der S. L. P. genähert. Der Einigungsbeschluß von Amsterdam, dem sofort die Begründung der J. W. of the W. folgte, brach das Eis. Das unmittelbare Resultat war eine Aufforderung, die im Jahre 1905 durch den jährlichen Kongreß der S. P. von New Jersey an die S. L. P. desselben Staates erging, die Möglichkeit der Begründung einer politischen Einigung in den Vereinigten Staaten zu erwägen. Die Beschlüsse der Einigungskonferenz von New Jersey, die zusammen veröffentlicht wurden, sind der Glanzpunkt der amerikanischen Bewegung. Das Manifest, welches mit vollkommener Einstimmigkeit von der Konferenz an die Mitglieder von New Jersey gerichtet wurde — es wurde von den 12 Delegierten der S. L. P. und 11 Delegierten von den 12 der S. L. P. abgestimmt — enthielt folgende Stelle:

„Die Konferenz glaubt, daß, wenn die politische Bewegung nicht auf einer ökonomischen Klassenorganisation basiert, bewußt, angemessen begründet, bereit, die produktiven Kräfte des Landes zu ergreifen und zu erhalten und außerdem bereit und imstande, wenn und wann notwendig das Resultat des sozialistischen Stimmrechts der Arbeiterklasse

zu verstärken, — daß, falls eine solche Körperschaft nicht existiert, die politisch sozialistische Bewegung nur ein vorübergehendes Aufleuchten sein wird und nur darin bestehen wird, um Intellektuellen und Intriganten politische Betätigung zu verschaffen und nur daher ähnliche Elemente wird heranziehen können. Aus diesem bestimmten Grunde glaubt die Konferenz, daß eine politisch sozialistische Partei, die zur Wahl schreitet, ohne mit einer solchen ökonomischen, gut ausgearbeiteten Organisation ausgerüstet zu sein, nur eine Katastrophe über das Land heraufbeschwört, in dem Maße, wie sie nach dem politischen Erfolg trachtet und in dem Maße, wie sie ihn erlangt. Alle ernsten Beobachter werden verstehen, daß der Tag, da eine solche Partei einen Erfolg in Amerika zu verzeichnen haben wird, auch der Tag ihrer Niederlage sein wird, der sofort eine industrielle und finanzielle Krise zur Folge haben wird, unter der niemand mehr leiden würde, als die Arbeiterklasse selbst.

Die Konferenz glaubt, daß die politisch sozialistische Bewegung, welche die American Federation of Labor begünstigt, es darauf abzielt, ganz einfach das sozialistische Prinzip und Ziel zu verleugnen. Was liegt daran, daß die A. F. of L. stark auf die Organisation schimpft. Tatsächlich vertreibt sie die größte Mehrzahl der Arbeiter aus der Organisation. Die Tatsachen werden allen Leuten den Beweis liefern. Die kolossalen Einschreibegebühren, die Beschränkungen der Lehrlinge, die Art und Weise, die Arbeit nur den Arbeitern zuzuweisen, die in die Organisation aufgenommen werden, sind nur einige Beispiele für die Methode, die darauf hinzielt, die Organisation zu entmutigen, das sind Resultate, die nicht allein aus Mangel an Organisation hervorgehen, sondern auch aus der Art der Organisation, aus dem System, die Arbeiter in Gruppen abzusondern, die während der Zeit des Konflikts für sich selbst kämpfen und so eine leichte Beute der Kapitalisten werden. Andererseits ist die Beharrlichkeit, mit der gewisse Elemente der ausbeutenden Klasse ihre Opfer zwingen, sich der A. F. of L. anzuschließen, eine genügende Verurteilung der Organisation selbst.

Durch ihre eigenen Handlungen und Erklärungen zeigt die A. F. of L., daß sie die Abhängigkeit des Lohnempfängers zum Ziel hat.

Indem die A. F. of L. zugibt, daß eine Interessengemeinschaft zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht, setzt sie ihrem Verhalten die Krone auf, indem sie für ihren Vorsitzenden Gompers den Vorsitz in der Civic Federation of Belmonte annimmt, und sich so mit einer Organisation verbündet, die von der kapitalistischen Klasse unterstützt wird, um den Klassenkampf zu verschleiern und das jetzige System zu verlängern, welches auf der Ausnutzung der Arbeit basiert.

Aus diesen Gründen beschließt die Konferenz, daß die politisch-sozialistische Partei die Pflicht hat, die Organisation einer gut begründeten Vereinigung ins Leben zu rufen, indem sie die Vorzüge einer solchen Vereinigung beleuchtet und die Fehler des alten Systems bloßstellt. Folglich, und um diesen Punkt zum Abschluß zu bringen, verwirft sie die Neutralitätstheorie in ökonomischer Hinsicht als unpraktisch, fehlerhaft und verderblich. Die jetzige Konferenz, die ihren Grundsätzen treu bleibt, verurteilt die A. F. of L. als Hindernis für die Emanzipation der Arbeiterklasse.

Von dem Glauben ausgehend, daß die politische Macht von der ökonomischen Kraft herkommt und ein Resultat derselben ist, daß der

Einfluß des Kapitalismus auf die Regierung das Resultat seiner ökonomischen Macht ist, so erachtet die Konferenz die „Industrial Workers of the World“ für die Gleichstellung der Arbeiterklasse für nützlich, die, anstatt den Klassenkampf zu verhindern, sich geradezu auf das Prinzip stützen und mutig das sozialistische Prinzip behaupten, daß die Arbeiterklasse und die Arbeitgeber nichts miteinander zu tun haben, und daß die Arbeiterklasse sich ebensogut auf politischem Boden wie auf ökonomischem Boden vereinigen muß, um zu nehmen und zu behalten, was sie durch ihre Arbeit schafft.“

Dieses Manifest wurde von den Vertretern der beiden Parteien einer Volksabstimmung ihrer beiderseitigen Verbände von New Jersey, die der S. L. P. angehörten, unterbreitet, aber sie wurde von der Mehrzahl der Mitglieder der S. P. desselben Staates verworfen.

Jedoch ist die Angelegenheit damit nicht beendet. Sie konnte es nicht sein. Die Arbeit, die durch die Konferenz von New Jersey beendet war, wirkte weit über die Grenzen dieses Staates hinaus und hat auf viele Genossen der S. P. in anderen Staaten Eindruck gemacht. Das Resultat davon waren viele Vorschläge, von denen der charakteristischste aus dem Staate New Orleans zu uns gelangt ist, aus dem Zentrum der Socialist Party. Dieser Vorschlag bittet das ausübende Nationalkomitee der S. P., einer Volksabstimmung aller Verbündeten die Angelegenheit zu unterbreiten, die S. L. P. aufzufordern, ein entsprechendes Nationalkomitee zu wählen, welches den Zweck haben soll, über die nationale Einigung der beiden Parteien zu diskutieren. Der Vorschlag der Sozialisten von New Orleans hat Anklang bei vielen Organisationen der S. P. in anderen Städten gefunden, und wird vielleicht im Laufe des Jahres einer allgemeinen Abstimmung dieser Partei unterworfen werden. Inzwischen sind viele Mitglieder und Verbände, welche zu ungeduldig waren, um das langsame Vorgehen der Volksabstimmung abzuwarten, und welche fanden, daß ihre Partei in so wenig hoffnungsvoller Weise mit der Taktik der A. F. of L. verbündet ist, aus der S. P. ausgetreten und der S. L. P. unter Angabe der Gründe ihrer Handlungsweise beigetreten. Dies fand statt in Minnesota, Ohio, im Staate Washington und in vielen Städten des Landes.

Wenn die Entwickelung der Propaganda, trotz ihres langsamen Fortschritts, beständig und gesund ist, so sorgt der amerikanische Kapitalismus, das Werk zur Vollendung zu bringen. Er bringt die revolutionäre Frucht zur Reife. Den Beweis dafür finden wir in zwei Bekanntmachungen, die von Kapitalisten ausgehen. Bei einem Gastmahl, das im Dezember vorigen Jahres von Kapitalisten veranstaltet worden war, sagte M. Leslie M. Shaw, damals Schatzmeister des Präsidenten Roosevelt:

„Wir wollen hinknien und Gott bitten, daß er uns von unserem Wohlstand errettet.“ Einen Monat später, am 28. Dezember vorigen Jahres, veröffentlichte die „Sun“ von New York, ein wachsames Blatt der Kapitalisten, das immer bereit ist, Gewalttätigkeiten gegen die Ausständigen anzuraten, folgenden Artikel:

„Wir haben solche Jahre des Wohlstandes und guten Erfolgs gehabt, wie sie noch niemals in der Geschichte der Nation verzeichnet wurden, aber es schwebt eine größere Unruhe und Not in der Luft, wie vor dem Angriff von Sumter während des Bürgerkrieges.

Es gibt eine Zeit im Leben,
Wo jeder Traum enden muß.
Eine Zeit, wo die suchende Seele
Sich auf sich selbst besinnen muß.

Der Traum, der solange unser Volk gewiegt hat, nämlich, daß die kapitalistischen Institutionen Amerikas ausgezeichnet sind, verfliegt. Der Traum von der Wirkungskraft des reinen und einfachen Unionismus, der auf den patriarchalischen Beziehungen des Kapitals und der Arbeit basiert, der Traum des reinen und einfachen Sozialismus, d. h. des Sozialismus, der zum Kampf schreitet, ohne auf die Macht der ökonomischen Organisation des Proletariats rechnen zu können, — sie verschwinden beide vor dem allgemeinen geistigen Zustand. Aus diesen Gründen erachtet die S. L. P. ihren engsten Anschluß an die Entwickelungslehre gemäß der Philosophie von Marx und Morgan für außerordentlich wichtig. Aus dieser Vorstellung ergibt sich auch die Haltung der S. L. P. in betreff der Resolution Kautsky, die im Jahre 1900 in Paris gefaßt wurde. In Anbetracht der Tatsache, daß die Resolution, die sich auf diese Frage bezieht und die von Daniel de Leon, dem Delegierten auf dem internationalen Kongreß zu Amsterdam niedergelegt wurde, nicht in dem offiziellen Bericht des Kongresses veröffentlicht worden ist, und als Beweis für die Haltung, die von der S. L. P. in Amerika und im Ausland eingenommen wurde, geben wir hier den vollständigen Text wieder:

„In Anbetracht, daß der Kampf zwischen der Arbeiter- und der kapitalistischen Klasse ein fortgesetzter und ununterdrückbarer Konflikt ist, ein Konflikt, der sich jeden Tag verschärft, anstatt milder zu werden; in Anbetracht, daß die bestehenden Behörden nur Organe der besitzenden Klasse sind, bestimmt, das Joch der kapitalistischen Ausbeutung, das die Arbeiterklasse niederdrückt, aufrecht zu erhalten;

in Anbetracht, daß der letzte internationale Kongreß zu Paris (1900) eine Resolution angenommen hat, allgemein unter dem Namen der Resolution Kautsky bekannt, deren Schlußanträge die Möglichkeit in Erwägung ziehen, daß die Arbeiterklasse Anstellungen aus den Händen ähnlicher kapitalistischer Behörden annehmen könnte, und hauptsächlich auch die Möglichkeit voraussetzt, daß die Behörden der herrschenden Klasse unparteiisch in den Konflikten zwischen der Arbeiterklasse und der kapitalistischen Klasse sein könnten;

in Anbetracht, daß die erwähnten Vorschläge vielleicht in Gegenden anwendbar sind, welche vollkommen frei von feudalen Institutionen sind — unter Bedingungen angenommen worden sind, die in Frankreich und auf dem Kongreß selbst vorherrschten, die irrigen Schlußfolgerungen über die Natur des Klassenkampfes, über den Charakter der kapitalistischen Behörden und über die Taktik rechtfertigen, die für das Proletariat maßgebend sind, das seinen Feldzug fortsetzt, um das kapitalistische System in den Ländern, die, wie die Vereinigten Staaten Amerikas, vollständig frei von feudalen Institutionen sind;

aus diesen Gründen erstens erklärt der Kongreß, daß besagte Resolution Kautsky abgewiesen ist, da sie von der jetzigen verworfen wird, insofern sie das Prinzip einer allgemeinen sozialistischen Taktik ist;

zweitens, weil in Ländern mit großer kapitalistischer Entwickelung wie Amerika, die Arbeiterklasse, ohne das Proletariat zu verraten, nicht politische Aemter ausfüllen kann, die sie nicht für und durch sich selbst hat erwerben können."

So wird die allgemeine und besondere Lage der Vereinigten Staaten kurz geschildert. Verschiedene Diagnosen, das Resultat der Verschiedenheit der Methode, können und werden noch gestellt werden. Aber die Methoden, die durch eine Diagnose vorgeschrieben werden, die sich von derjenigen der S. L. P. unterscheidet, sind jede der Reihe nach, trotz der Versprechungen bei ihrem ersten Auftreten, gescheitert. Die S. L. P. ist immer bereit, ihre Theorien immer wieder zu prüfen und zu revidieren. Sie prüft und revidiert sie immer wieder, sie verfolgt ihren rechten Weg und hat nur das Ziel, das eine zu erreichen, das ist die Befreiung des Proletariats.

Während wir kämpfen können die Träumer, die unserem Kampfe mit den Wellen zuschauen, uns in der Sonne oder im Schatten sehen; aber unserer Sache treu, selbst wenn unser Schatten sich verdunkelt, richten wir unsere Segel wie vorher, wir bleiben dem Steuer nahe, das unserem Boot die Richtung vorschreibt, und wir beschäftigen uns sehr wenig mit der Frage, um zu erfahren, welchen Anblick wir von der Küste aus bieten.

Daniel de Leon.
Im Auftrage des Nationalkomitees der S. L. P.
Frank Bohn, Sekretär.

Kanada.

Die sozialistische Partei Kanadas.

Die „Herrschaft" von Kanada umfaßt ein Gebiet, das fast ebenso groß ist wie Europa und zwischen dem Atlantischen und Großen Ozean gelegen ist. Auf dieser großen Fläche ist eine Bevölkerung von nicht mehr wie 6 Millionen Einwohner verstreut.

Diese Lage macht die Arbeit der Propaganda und der Organisation ungemein kostspielig und schwer, aber trotzdem gibt es sozialistische Verbände in allen Teilen des Landes.

Vor dem 1. Januar 1905 waren diese Verbände unabhängig und ohne Bedeutung, mit Ausnahme derjenigen von Britisch-Kolumbien, das eine starke provinziale Organisation bildete und schon die Vertretung im Parlament gesichert hatte. Man erinnere sich des Resultats der Provinzialwahl im Laufe des Jahres 1903, wo jubelnd der Bürger J. H. Hawthorthwaite im Distrikt Nanaimo und Parker William im Distrikt Newcastle gewählt wurde. Es fehlten nur noch einige Stimmen und Ernst Mills wäre siegreich in Greewood hervorgegangen, und es gibt mehr als einen Verdacht, der die Vermutung rechtfertigt, daß seine Niederlage nur durch Betrug herbeigeführt wurde. Man erhielt gute Resultate in anderen Distrikten, wo die Kandidaten durchgefallen sind.

Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1904 wurden 5 Kandidaten aufgestellt, und obgleich keiner von ihnen gewählt wurde, konstatierte man einen großen Fortschritt.

Ende 1904 wurde ein Kongreß abgehalten, auf dem die Partei sich für die Organisation für die übrigen Teile des Landes entschied, und man begründete die „Sozialistische Partei von Kanada". Von da ab sind große Fortschritte zu verzeichnen, besonders in diesem letzten Jahre in Britisch-Kolumbien.

Die Ursache des rapiden Fortschritts der sozialistischen Bewegung besteht in der Tatsache, daß dank der Beschaffenheit des Landes die Haupterwerbszweige nicht ackerbautreibend sind wie diejenigen der anderen Provinzen. Man findet dort Minen, Hochöfen, Bauunternehmungen, Fischereien und andere stark kapitalisierte Industrien. Aus diesem Grunde besteht die Mehrzahl der Einwohner aus Proletariern.

Bei den provinzialen Wahlen Britisch-Kolumbiens, im Februar 1907, stellte die Partei ungefähr 20 Kandidaten und schickte 3 Mitglieder ins Parlament dieses Staates: die Genossen J. H. Harthorthwaite von Nanaimo, Parker Williams von Newcastle und John Mc. Innis von Grand York. In anderen Fällen wurde die Partei in kleiner Minderzahl geschlagen, trotzdem sie eine große Anzahl Stimmen erwarb, während das allgemeine Resultat einen großen Fortschritt für die Partei verkündete, angesichts der Zahl sowohl, als auch der Qualität der Stimmen.

Eine bedeutende Tätigkeit ist in der ganzen „Herrschaft" Kolumbien entfaltet worden, obgleich die Organisation durch die große Ausdehnung des Territoriums und durch den Mangel an Geldmitteln gehemmt wird.

Lokalorganisationen sind jetzt über das ganze Territorium verbreitet, vom Bezirk Yukon bis Newfoundland, und es fehlt nicht an Zeichen des allgemeinen Erwachens, welches nur wenige Organisationsreisen erfordert, um die aufklärende Tätigkeit anzuregen. Der Distrikt Toronto, das tatenreichste Gebiet außerhalb Britisch-Kolumbiens, hat sehr gute Fortschritte bei den kürzlich stattgefundenen Gemeindewahlen gemacht. Unser Kandidat für die Bürgermeisterstelle erhielt 8200 Stimmen und erreichte nicht die Zahl des siegreichen Kandidaten.

Die syndikale Bewegung ist in allen großen Arbeiterzentren sehr tätig, aber ihre Mitglieder sind dem Sozialismus nicht besonders sympathisch und scheinen geneigt, eine „Arbeiterpartei" nach britischem Muster zu gründen.

Die Landwirte, dem Namen nach Besitzer ihrer Güter, bilden die Mehrheit der Bevölkerung. Sie sind ihrer Lage nach ebenso schlimm daran als das Proletariat der Städte. Sie haben angefangen, zu erkennen, wo ihre Interessen liegen, und zahlreiche Lokalverbände der Partei sind in den Landdistrikten gegründet worden.

Es gibt nur eine sozialistische Zeitung im Staate Kanada, „The Western Clarian", die wöchentlich in Vancouver, in Britisch-Kolumbien, erscheint. Dieses Blatt ist das Parteiorgan und wird von dem Genossen E. T. Kingsley geleitet. Es hat viel dazu beigetragen, um der proletarischen Bewegung des Landes eine klare und freie revolutionäre Auffassung zu verschaffen im Bewußtsein der Klasseninteressen.

Kanada steht in Ideengemeinschaft mit der sozialistischen Bewegung und beabsichtigt, nicht in dem internationalen Kampfe gegen den Kapitalismus zu fehlen. Unsere Arbeiter sind ebenso hochherzig und intelligent wie die irgend eines anderen Verbandes, der an dem Kampf zur Verwirklichung des Sozialismus beteiligt ist.

J. G. Morgan,
Sekretär des nationalen ausübenden Komitees der sozialistischen Partei Kanadas.

Bolivia.

Arbeiter-Vereinigung des 1. Mai. (Union Ouvriére du 1. Mai.)

Gründung unserer Organisation. Am 6. Mai 1905 trat eine Anzahl junger Leute mit Handwerkern und Tagelöhnern in Verbindung, um ein Widerstandszentrum zu begründen und aktive Propaganda zugunsten der sozialistischen Ideen zu machen. Sie setzten alles ans Werk, um den jungen Verband mit den anderen Arbeiterorganisationen im Innern des Landes zu vereinigen.

In der schon angeführten Versammlung beschloß man, die Gesellschaft „Arbeiter-Vereinigung des 1. Mai" zu nennen und sogleich ein Manifest zu veröffentlichen, durch welches alle Proletarier der Gegend aufgefordert wurden, sich uns anzuschließen.

Kämpfe. Als der Grundgedanke festgelegt und die Vereinigung endgültig begründet war, wurde letztere der Gegenstand eines erbitterten Kampfes von seiten der Ortsbehörden, der Polizei, der Geistlichkeit und des Bürgerstandes. Aber die Verfolgung konnte uns nicht entmutigen, sondern trug nur dazu bei, den Genossen, welche täglich in großen Mengen herbeiströmten, neue Kraft zu verleihen.

Propaganda. Die Propaganda ist gemacht worden und wird auch jetzt noch vermittels aller uns zu Gebote stehenden Mitteln gemacht hauptsächlich durch Korrespondenzen mit Personen, welche in ihren Ideen weit vorgeschritten sind. Sie wurde gleichfalls durch Theatervorstellungen gefördert. Die erste dieser Vorstellungen hat uns den Kirchenbann der römischen Geistlichkeit eingebracht, die wir mit der größten Erbitterung bekämpfen müssen, weil sie die Hauptursache der rückständigen Ideen und der Untätigkeit einer gewissen Anzahl unserer arbeitenden Genossen ist.

Politik. Da wir uns vollständig von der im Lande herrschenden Politik absondern, haben wir es für notwendig erachtet, an den Gemeindewahlen teilzunehmen. Wir haben in den beiden einzigen Wahlen, an denen wir uns beteiligt haben, zwei vollständige Siege errungen. Heute besteht die Mehrzahl der Einwohnerschaft von Tupiza aus unseren Anhängern. Wir haben sogar die Hoffnung, siegreich bei den Wahlen, die im Jahre 1907 stattfinden werden, hervorzugehen.

Beitrittserklärungen. Bis heute sind zwei Genossenschaften unserer Sache beigetreten. Die eine ist die Gesellschaft Augustin Aspiazii de la Pay, welche aus den jungen Elementen besteht, aus Lehrern und Studierenden der Landes-Lehranstalten. Wir hoffen, daß die Arbeiten dieser Genossenschaft die besten Resultate erzielen werden. Die zweite Genossenschaft ist der in der Stadt Potosi begründete „Arbeiter-Bund" (Union ouvriére). Sie besteht aus Handwerkern, aber es gibt unter ihnen noch Leute, die Anhänger der alten Ideen bleiben. Wir werden versuchen, sie allmählich zu entfernen.

Intellektuelle Elemente. Mehrere Journalisten, Rechtsanwälte und Politiker haben unseren Aufforderungen Folge geleistet und beschäftigen sich in den von ihnen bewohnten Bezirken mit der sozialistischen Propaganda.

Programm. Wir haben das Programm der argentinischen sozialistischen Partei (Parti Socialiste Argentin) mit einigen

den Landesverhältnissen angepaßten Aenderungen angenommen. Wir haben es auch der Genossenschaft Aspiazii unterbreitet, die es ebenfalls angenommen hat.

Statuten. Um scharfe Konflikte mit den Behörden zu vermeiden, haben wir beschlossen, unsere Statuten so abzufassen, daß sie von der Regierung genehmigt werden können. Diese Genehmigung wurde am 2. Juni 1906 erteilt.

Zeitschriften. Die einzige sozialistische Zeitschrift des Landes ist die unserige, d. h. die Zeitschrift „Die soziale Morgenröte" („L'Aurore Sociale"). Ihr Erscheinen ist günstig aufgenommen worden, nicht nur von unseren Anhängern, sondern auch von der bürgerlich-nationalen Presse, welche häufig unsere Artikel abdruckt.

Beziehungen. Wir unterhalten Beziehungen zu den sozialistischen Organisationen von Chile, Peru und der Republik Argentinien, und wir streben danach, sie zu universellen auszugestalten.

Bibliothek. Wir haben in unserem Verband eine Bibliothek eingerichtet, die endgültig Anfang 1907 eröffnet wurde.

Kundgebungen. Wir haben mehrere Kundgebungen veranstaltet. Die erste ist organisiert worden, um die Befreiung einiger unserer Genossen zu fordern, die ungerechterweise von der Polizei gefangen gehalten wurden, und die letzte bei Gelegenheit der Maifeier. Das Resultat war glänzend. Es war die erste Demonstration dieser Art in unserem Lande.

Vorträge. Vorträge werden häufig abgehalten, um die organisierten Massen aufzuklären. Die erreichten Resultate sind überraschend.

Kongreß. Wir haben vorgeschlagen, im August 1907 einen Kongreß zusammenzuberufen, und zu diesem Zweck haben wir Einladungen ausgeschickt. Wenn es uns gelingt, diese Idee zu verwirklichen, so wird der Hauptgegenstand unserer Beratungen sein: die Genehmigung des Programms, die definitive Begründung der Partei, und welche Maßregeln zur schnelleren Verbreitung unserer Ideen zu ergreifen sind.

Ergänzende Einzelheiten. Obgleich bis heute unsere Bewegung noch nicht mit derjenigen einer großen Partei zu vergleichen ist, so hegen wir die Hoffnung, daß sie in kurzer Zeit mächtig sein wird und durch die Einigkeit mit den Genossen des Inlandes wird der Sieg viel leichter sein.

In unserem Lande gibt es bedeutende Minenunternehmungen, welche mit Hülfe der Regierung, der Bürgerschaft und der Geistlichkeit unsere Genossen ebenso wie die Eingeborenen ausnutzen. Die Geistlichkeit, deren Lehren noch das Volk verwirren, ist eine der Mächte, die uns am meisten befehden und gegen die wir unaufhörlich kämpfen. Die fortschrittlichen Elemente der Bevölkerung sind glücklicherweise dahin gelangt, den Artikel 2 der politischen Konstitution umzugestalten und die militärischen und geistlichen Privilegien abzuschaffen. Diese Umgestaltung hat unsere Arbeit erleichtert, denn wir sind nicht mehr gezwungen, an der christlichen Religion festzuhalten und die apostolische und römische Kirche als die einzige vom Staate autorisierte Konfession anzuerkennen, wie es in der alten Abfassung des Textes vorgeschrieben war.

gez.: Matéo Skarnici. Nicolas Tejeinca.

Australien.

Der Staat Victoria.

Die australische Gemeinschaft umfaßt sechs einzelne Staaten: Victoria, Neu-Südwales, Südaustralien, Westaustralien, Tasmanien und Qeensland. In jedem dieser Staaten gibt es ein Parlament mit zwei Kammern, deren Vorrechte ungefähr in jedem Bezirke identisch sind. Das „Oberhaus", unter dem Namen „Gesetzgebender Rat" („Conseil legislatif") ist rein reaktionär, und die Mehrheit der Mitglieder in jedem Unterhause, „Gesetzgebende Versammlung" genannt, ist wesentlich bürgerlich. Ein Drittel der Mitglieder des Unterhauses sind Vertreter der Arbeiter, d. h. sie sind ins Parlament geschickt worden als Gegner der plutokratischen Klassen, nach einem Programm, welches von den gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen ausgearbeitet ist. Diese sind nicht sozialistisch, aber sie sind rein sozialistisch in ihren Tendenzen, und die tatkräftigsten Männer und Frauen dieser Organisationen sind bewußte Sozialisten.

Keines der Mitglieder der beiden Parlamente hat offiziell als Sozialist in den Wahlen gekämpft, obgleich eine gute Anzahl von ihnen sich ohne jede Furcht als Sozialisten erklärt und an der sozialistischen Propaganda teilgenommen haben. Bis in diese letzten Zeiten hat die fiskalische Frage, das Schutzzollsystem und der freie Austausch vor allem unsere politischen Männer ausschließlich beschäftigt, aber tatsächlich, dank der Entwickelung des Sozialismus, sind die Probleme auf ihren richtigen Platz, als der ökonomischen Frage untergeordnet, verwiesen. Die fiskalische Frage ist nicht mehr den Staatsparlamenten zuständig. Was die Entwickelung des Sozialismus in Australien beweist, ist die innere Lage des Bundesparlaments, welches zwei Kammern umfaßt, die dem Bundesrat und dem Reichstag von Deutschland entsprechen.

Das Wahlsystem der beiden Kammern ist das Stimmrecht der Erwachsenen, Männer und Frauen, die das Recht haben, die Mitglieder einer jeden der Kammern zu wählen, und darum hat das „Oberhaus", der Senat, nicht den reaktionären Charakter, der die hohen Parlamentskammern des Staates, wo das allgemeine Stimmrecht viel beschränkter ist, bezeichnet.

In der hohen Bundeskammer, dem Senat, sind 36 Mitglieder, von denen 15 Vertreter der Arbeiter sind. In der zweiten Kammer, der Kammer der Vertreter, sind 75 Mitglieder, von denen 26 Abgeordnete der Arbeiter sind. Keiner dieser Arbeitervertreter ist dem Sozialismus feindlich, denn die Hälfte von ihnen erklärt sich gern für sozialistisch. Die Presse stellt die Klassen übrigens alle für sozialistisch hin, und die verschiedenen Nuancen der Geldaristokratie haben ihre Kräfte vereint, um zu verhindern, daß diese „Arbeitenden" ins Parlament eindringen.

Wir können als einen Schritt vorwärts in der Entwickelung die Tatsache erwähnen, daß in den Bundeswahlen des letzten Dezembers und hauptsächlich was den Senat in Victoria betrifft, welcher das Recht auf drei Mitglieder hat, die freien Austauscher und die Anhänger des Schutzzollsystems der Bürgerschaft ihren Differenzen ein Ende gemacht und sich mit einer rein antisozialistischen Politik in Einklang gesetzt haben. Die Arbeiterpartei stellte drei Kandidaten auf, alle Sozialisten, von denen zwei einflußreiche Mitglieder der sozialistischen Partei sind,

und einer von ihnen hat selbst im ausübenden Komitee unserer Organisation einen Sitz. Das Resultat war, daß die kapitalistischen Kandidaten den 1. und 2. Platz erhielten, und die sozialistischen den 3. und 4. Da nur drei gewählt werden durften, erhielten zwei Kapitalisten und ein Sozialist die Mandate. Dieses Verhalten zeigt „grosso modo" die beiderseitige Macht der Parteien. Es ist dennoch möglich, daß unser Mitglied nicht gewählt worden wäre, hätte es nicht unter dem Schutz der Arbeiterpartei gestanden.

Im benachbarten Staate Neu-Südwales gibt es eine sozialistische Organisation unter dem Namen „The Socialist Labour Party". Diese stellte drei Kandidaten als reine Sozialisten den Kandidaten der Kapitalisten und Arbeitenden entgegen. Die sozialistischen Kandidaten wurden nicht gewählt, aber sie hatten ungefähr ein Fünftel der Stimmen von den Kandidaten, welche sie fortnahmen.

In ökonomischer Hinsicht sind die Arbeiter nur in den Trade Unions von Australien leidlich organisiert, aber bei Gelegenheit wurden dort ausdauernde Ausstände von den Syndikaten erklärt und geleitet. In den verschiedenen Staaten existiert eine industrielle Gesetzgebung über den Schiedsspruch, die dazu gedient hat, zahlreichen Konflikten ein Ende zu machen, aber sie hat in keiner Weise alle befriedigt. Der Trade Unionismus war nicht stark sozialistisch bis zu diesen letzten Tagen, aber tatsächlich studiert ein großer Teil der Trade Unionisten die industrielle Oekonomie und diese machen sich eine sehr richtige Idee von der Arbeiterbewegung, vom internationalen Standpunkt aus betrachtet.

Was uns, die Mitglieder der sozialistischen Partei, betrifft, so profitieren wir von allen Wandlungen der industriellen und sozialen Agitation, um die Sache vorwärts zu bringen, wo wir es irgend können. Wir haben kürzlich eine ernste Agitation über die Frage der Ruhezeit angeregt und wir haben öffentlich auf eindringliche Weise die Schmerzen der Arbeiter dargelegt. Wir haben uns von Wohnung zu Wohnung begeben in den industriellen Gebieten, wir haben bestimmte Tatsachen, auf soziale Bedingungen bezüglich, gesammelt und wir haben diese Untersuchung gemeinverständlich gemacht vermittelst öffentlicher Meetings und Diskussionen. Wir haben eine Liste von 50 bedeutenden Rednern, die jede Woche Meetings im Freien abhalten und die Prinzipien des revolutionären internationalen Sozialismus darlegen. Wir führen die Kinder der Sozialisten in Sonntagsschulen und lehren sie Sozialökonomie und soziale Ethik.

Unser Genosse Viktor Kroemer, unser Delegierter nach Stuttgart, ist der allgemeine Leiter dieser Sonntagsschule.

Augenblicklich ist die Einigung unter den sozialistischen Parteien noch nicht als wichtig anerkannt, aber ohne jeden Zweifel wird dieses Einverständnis bald kommen. Inzwischen hoffen und wünschen wir, daß man es weiß, wie sehr wir wirklich das große Werk unserer Genossen in Europa und Amerika schätzen, das Werk der Verteidiger der sozialistischen Sache, und im Augenblick, wo der nächste internationale Kongreß zusammenkommen wird, werden wir Gelegenheit haben, dort die großen Entwickelungen zu vernehmen. Wir bitten unsere Freunde der verschiedenen Länder, unsere aufrichtigen Grüße entgegenzunehmen, und wir danken ihnen für das edle Beispiel und versprechen, unsererseits nicht zurückzustehen, um die vollständige Verwirklichung unseres Ideals zu beschleunigen.

Wir wünschen dem V. S. J. den besten Erfolg zu seinem guten und nützlichen Werk und hoffen, daß der Kongreß in Stuttgart dauernde Früchte für die ruhmreiche Sache des Sozialismus tragen wird, für den wir leben und sterben wollen.

Als Soldaten der sozialistischen Armee in der sozialistischen Partei Australiens begrüßen wir Sie brüderlich.

gez.: Jones, Präsident. Tom Mann, Sekretär.

Spanien.

Sozialistische Arbeiterpartei.

Seit dem Kongreß von Amsterdam haben unsere Verbände und infolgedessen hat die Zahl unserer Mitglieder eine Abnahme an Kräften erlitten gegenüber vor drei Jahren. Man muß die Ursache dieses Rückschrittes nicht in der Unzulänglichkeit unserer Propaganda und der Feindseligkeit der Massen gegen unsere Ideen suchen, sondern in der ökonomischen Krise, die auf unserem Lande lastet. Den Jahren eines tatsächlichen Wohlstandes nach Beendigung unserer Kolonialkriege folgte eine furchtbare ökonomische Depression, die über unserem ganzen nationalen Leben lastet, und die durch Unfähigkeit und Dummheit unserer Regierung, die nicht imstande war, der Lage der Dinge abzuhelfen, verschlimmert wurde. Um diese Ausbreitung der Krise, die uns zu Boden drückt, zu verstehen, genügt es zu sagen, daß es ganze Gegenden gibt, die durch die Auswanderung entvölkert sind, und der Fall, daß eine ganze Stadt in Massen von ihren Einwohnern verlassen ist, die sich bei anderen Völkerschaften niederlassen, steht nicht vereinzelt da. Unsere Partei hat die bösen Folgen davon verspürt, und besonders unter unseren Feldarbeitern haben wir die größten Verluste zu verzeichnen.

Unsere Partei besteht tatsächlich aus hundert Verbänden mit ungefähr 6000 Mitgliedern.

Nachstehend folgt die ausführliche Angabe der Orte:

In den Provinzen Kastiliens.

Madrid	820	Salamanca	20	San Roman del Valle	26
Tetuan	19	Villanueva de Camp.	18	Segovia	22
Valladolid	68	Mora de Toledo	65	Rueda	34
Villanubla	86	Turlequi	30	Pobladura del Valle	26
Leon	25	Saludes de Camp.	11	Valcavado del Paramo	20
Burgos	42	S. Adrian del Valle	17	Temblegue	34
Miranda	50	Pozuelo del Paramo	16	Villabrazaro	30
Toledo	10	Villada	20	Sangenjo	20
Palencia	10	San Christobal	20		

In Aragonien, Katalonien und den Balearischen Inseln. 5

Saragossa	21	Cabrils	12	Reus	2
Barcelona	80	Manresa	10	Palma del Mallorca	35
San Andrés	20	Manbleu	10	Manacor	35
Mataro	70	Tarragona	30	Lluchmayor	20
Sitges	29	Tortosa	16		

In Valencia.

Valencia	30	Villanueva del Grao	10	Elche	136
Castellon	20	Alcoy	30	Crevillente	20
Jativa	30	Alicanta	22	Atmausa	25

In Andalusien und Estramadura.

Malaga	40	Linares	30	Cador	20
Véler-Malaga	12	Alméria	30	Baza	30
Puerto de S. Maria	50	Cuevas de S. Marcos	10	Olula de Castro	34
Sévilla	50	Porcuna	25	Gergal	50
Puebla de Cazalla	15	Mancha Real	10	Jerez de los Caballeros	10
Coroloba	10	Fuentecen	10		
Jaen	30	Torre del Valle	30		

In Santander und Biscaya.

Santander	100	Sestao	40	Baracaldo	70
Cabarceno	80	Erandio	40	Sopuerta	30
Astillero	50	San Julian	35	Aibar	87
Obregon	10	Duesto	30	Saint Sebastian	100
Bilbao	400	Begona	40	Victoria	30
Gattarta	40	Ortuella	50	Pampeluna	40
La Arboleda	80	Las Carrera	30		

In Asturien und Galicien.

Oviedo	95	Sama	50	Orenso	40
Gijon	35	Arenas	20	Pontevedra	18
Mieres	80	Vallinievllos	20	Lavadorès	20
La Rueva	37	Miono	30	Lugo	20
Trubia	35	Vigo	450		
Tremanes	25	Corogne	25		

Außerdem haben wir 15 persönliche Anhänger in einigen Städten, in denen unsere Partei noch nicht organisiert ist.

Die sozialistische Presse hat ebenfalls Verluste erlitten. Die Zahl unserer Zeitungen beträgt heute nur sieben, alle wöchentlich erscheinend, und zwar: „El Socialista“, Zentralorgan, das in Madrid erscheint; „La Lucha de Classe“, in Bilbao; „La Aurora Social“, in Oviedo; „Solidaridad“, in Vigo; „La Conciencia Obrero“, in Alcoy; „Al Sudor del Obrero“, in Puerto de Santa Maria; „El Obrero Balear“, in Palma del Mallorca. Die gewerkschaftliche Presse ist nicht in dieser Zahl mit einbegriffen.

Da unsere Partei fast vollständig aus Handwerkern bestand, hat unsere sozialistische Literatur bis jetzt keine bedeutenden selbständigen Werke hervorgebracht. Dennoch haben wir eine große Anzahl von Büchern und Broschüren der hauptsächlichsten sozialistischen Theoretiker herausgegeben.

Unsere Beziehungen zu den Arbeitersyndikaten, besonders zu denen, die den Allgemeinen Arbeiter-Verband bilden, die bedeutendste korporative Organisation unseres Landes, die jetzt 34 537 Mitglieder hat, sind sehr herzliche, denn es sind Sozialisten, die sie leiten und die Taktik bestimmen.

Die genossenschaftliche Bewegung befindet sich bei uns noch in den Kinderschuhen. Es besteht nur eine Genossenschaft, die diesen Namen mit Recht tragen kann.

Was die Auswanderung anbetrifft, so ist es sehr schwer, eine Statistik davon zu liefern, es gibt keine offizielle Zahl. Man kann nur eines konstatieren, daß sie sehr bedeutend ist, und daß täglich aus unseren Häfen überseeische Dampfer herausfahren, voll von Bauern und Arbeitern, die das Land verlassen, weil der Hunger sie dazu getrieben hat.

Trotz so vieler Hindernisse haben wir es nicht unterlassen, an allem teilzunehmen, was für unsere Ideen von irgendwelchem Nutzen sein könnte.

Bei den gesetzlichen Wahlen von 1905 haben wir 23 000 Stimmen erhalten, d. h. 3000 Stimmen weniger als im Jahre 1904. Dagegen ist es uns gelungen, für unsere Genossen Sitze in einigen obrigkeitlichen Gewalten zu erringen, wo man unseren Eintritt verhindern wollte. Das ist der Fall gewesen in Madrid, wo wir schon 3 Vertreter der Partei haben. Im ganzen hat die Partei 71 Gemeinderäte in 30 Gemeinden.

Unsere Zeitungen hatten während dieser Zeit Verfolgungen zu erleiden. Es gibt vielleicht keine unter ihnen, die der Verfolgungswut entgangen sind. Einige ihrer Leiter sind ins Gefängnis gesteckt worden, und kürzlich ist unser Genosse Acevedo, der Leiter der „La Lucha de Clases“ aus Bilbao, zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Der 1. Mai wird in Spanien mit der üblichen Feierlichkeit begangen. Das ist ein Tag, an dem in mehreren Städten nicht gearbeitet wird.

Infolge des Einsturzes eines im Bau befindlichen Wasserbassins, der 200 Opfer, Verwundete und Tote, gefordert hat, wurde eine Protestkundgebung von unserer Partei veranstaltet, an der Tausende von Arbeitern beteiligt waren, sowie alle Arbeiterverbände mit ihren Fahnen an der Spitze. Es war ein imposanter Zug.

Unsere Tätigkeit neben der Regierung ist unaufhörlich gewesen, um die Vervollständigung nicht allein der für die Arbeiter günstigen Gesetze zu verlangen, sondern auch die der gewöhnlichen Gesetze, die sich auf die Allgemeinheit der Bürger beziehen. Wir haben die Befriedigung gehabt, ziemlich oft zu sehen, daß unsere Forderungen bewilligt wurden.

Die Pflichten der Solidarität sind von den spanischen Sozialisten nicht vergessen worden. Wir haben sie bei unseren Landsleuten und den Arbeitern anderer Länder erfüllt. Wir haben 6000 Pesetas für die russischen Revolutionäre gesammelt, 2400 für die Minenarbeiter von Courrières und mehr als 2000 für die Opfer unserer letzten Streiks bei den Minenbassins von Biscaya und Santander.

Im Namen des Nationalkomitees der sozialistischen Arbeiterpartei:

Pablo Iglesias, Präsident.

Marvino Garcia Cortès, Sekretär.

Der Allgemeine Arbeiterverband Spaniens.

Der Allgemeine Arbeiterverband Spaniens ist im Jahre 1899 gegründet worden und hat sich in folgender Weise entwickelt:

November	1889	27	3 355	März	1901	172	29 383
September	1890	36	3 896	Oktober	1901	198	31 558
April	1891	54	5 457	März	1902	226	32 778
August	1891	58	5 304	Oktober	1902	251	40 087
Februar	1892	79	7 170	Januar	1903	282	46 896
August	1892	97	8 014	September	1903	331	46 574
Februar	1893	110	8 848	März	1904	352	56 900
August	1893	97	8 553	Oktober	1904	363	55 817
Mai	1895	79	6 276	Februar	1905	373	56 905
Februar	1896	69	6 154	Oktober	1905	346	46 485
September	1899	65	15 264	März	1906	274	36 557
März	1900	69	14 737	Oktober	1906	253	34 537
September	1900	126	26 088				

Seit dem Monat August 1904 hat die Arbeiterbewegung Spaniens auf ziemlich merkwürdige Weise abgenommen.

Seit dem Internationalen Kongreß von Amsterdam hatte der „Allgemeine Verband“ 352 Sektionen mit 56 900 Mitgliedern, im Oktober desselben Jahres 363 Sektionen mit 55 817 Mitgliedern, im Februar 1905 betrug die Zahl der Sektionen 373 und hatte nicht mehr als 56 905 Mitglieder. Aber von da ab nahm die Mitgliederzahl der Syndikate ab, so daß sie jetzt nicht mehr wie 36 537 Mitglieder haben, verteilt unter 9 Gewerkschaften und 253 Syndikaten.

Die Arbeitersyndikate, die dem Allgemeinen Verband nicht angehören, sind zahlreicher und haben viel mehr unter den Wirren gelitten als die uns angeschlossenen.

Wenn die Arbeiterbewegung in Spanien wenig entwickelt ist, so erklärt sich dieses durch unendlich viele Gründe. Die wichtigsten sind die folgenden: der Mangel einer starken industriellen Entwickelung; die Zahl der Ungebildeten, die Auswanderung und die ökonomische Lage der Arbeiter.

Diese Gründe genau zu erklären, würde für uns sehr schwer sein, weil die offiziellen Statistiken, die uns leiten könnten, um ein genaues und vollständiges Bild von der Lage der Arbeiterorganisation zu geben, unvollkommen sind.

Die industrielle Lage, die während dieser letzten Jahre etwas günstiger war, ist zurückgegangen oder stehen geblieben. Als die Kriege auf Cuba und den Philippinen beendet wurden, schien es, als ob die Bourgeoisie sich mit aller Macht auf die Höherentwickelung der Industrie legen würde, um sich nicht auf dem Weltmarkte besiegen zu lassen, und um zu verhindern, daß die Märkte von Cuba und den Philippinen auf die Vereinigten Staaten übergingen! Es ist dennoch sicher, daß dieses Bestreben vollständig ohne Erfolg endete!

Die Folge dieser Nachlässigkeit unserer Bourgeoisie und die schwache kapitalistische Konzentration sind die Ursachen des Fehlens eines starken Arbeiterkontingents in den Werkstätten und in den Fabriken. Dieser Umstand bildet ein großes Hindernis und läßt nur unter großer Schwierigkeit die Entwickelung der Arbeiterorganisationen zu.

Die Unkundigkeit des Lesens in Spanien ist enorm und für die Arbeiterorganisationen, die gegen einen der größten Feinde der Organisation, die Unwissenheit, zu kämpfen haben, von großem Nachteil. Um eine Idee von dieser Lage zu erhalten, wird es genügen, einige Angaben einer offiziellen Statistik des Jahres 1900 zu veröffentlichen:

Spanien hat 18 618 086 Einwohner — 9 087 821 Männer und 9 530 265 Frauen. Unter diesen Männern sind 178 615, die nicht lesen und 3 831 345, die nicht schreiben können: 5 068 056, die weder lesen noch schreiben können.

Es ergibt sich also daraus, daß von 18 618 086 Einwohnern nur 495 753 lesen können, 6 227 184 können lesen und schreiben und 11 874 890 Einwohner sind vollständig ungebildet. Außerdem gibt es 20 259 Personen, deren intellektuelle Lage man nicht kennt.

Man darf dennoch aus diesem Einblick in die Organisation nicht folgern, daß die Arbeiter Spaniens den Arbeitervereinigungen feindlich gegenüberstehen. Die Abnahme der syndikalen Macht rührt einfach von der ökonomischen Lage des Landes her.

Gegen Mitte des Jahres 1905 begann im Lande eine furchtbare Arbeitskrise, deren Folge eine übermäßige Auswanderung nach den amerikanischen Republiken war. Ganze Syndikate verschwanden, weil die Genossen, die sie begründet hatten, auf Arbeitssuche gegangen waren. Wenn wir zu diesem Uebel noch die Teuerung in Lebensmitteln und die kleinen Löhne hinzufügen, finden wir den augenscheinlichen Beweis für die Ursachen in Spanien, die eine Abnahme statt eine Zunahme der Klassenorganisation herbeigeführt haben.

Nach einer Statistik vom Jahre 1902, die ich vor Augen habe, betrug die Zahl der spanischen Auswanderer nach verschiedenen Ländern Europas 3064, nach Asien und Australien 1069, nach Afrika 22 557, nach Amerika 24 863, das macht zusammen 51 593.

Da das Jahr 1902 eine Periode der industriellen Entwickelung war, während welcher viele Leute regelmäßig Arbeit fanden, kann man sich die gegenwärtige Lage denken, charakterisiert durch eine stillstehende industrielle Lage und durch einen Stillstand, der erschreckende Dimensionen angenommen hat. Noch schlimmer ist es, daß bis jetzt die spanische Bourgeoisie nicht versucht hat, dieser furchtbaren Gefahr abzuhelfen, die einen großen Nachteil für die Arbeiter hat, und daß sie selbst deren Folgen tragen wird.

Meiner Meinung nach genügen die dargelegten Zustände, um zu verstehen, daß die Arbeit der Gewerkschaften nur langsam und schwer sein konnte, da bewiesen wurde, daß die Hauptursachen, die die Entwickelung der Industrie und der Bildung begünstigen, in unserem Lande mangelhaft sind.

Das will nicht sagen, daß die spanischen Arbeiter die Organisation nicht wünschen. Sie haben mehrere Beweise geliefert, die das Gegenteil äußern. Der Organisation verdankt man die Abstimmung der folgenden Gesetze: die Verantwortlichkeit der Arbeitgeber bei Unfällen während der Arbeit; das Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren; das Verbot der Arbeit von schwangeren Frauen einen Monat vor und einen Monat nach der Niederkunft; das Gesetz der Sonntagsruhe und anderer Gesetze von sozialem Charakter, wie die Organisation eines Instituts für soziale Reformen, von Lokal- und Provinzial-Kommissionen für soziale Reformen, welche aus Arbeitgebern und Arbeitern bestehen und die die Aufgabe haben, die Reformen in Sachen der sozialen Gesetzgebung zu studieren und darüber zu wachen, daß sie beachtet werden.

Wir müssen der sozialistischen Partei Gerechtigkeit widerfahren lassen, die immer arbeitet und gearbeitet hat, um die Arbeiterklasse zu organisieren, indem sie versucht, sie auszubilden und sie zu belehren, und dadurch, daß sie sie zum Kampfe anregt. Aus diesem Grunde sind die

Beziehungen des „Allgemeinen Arbeiterverbandes“ und der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ die herzlichsten. Diese beiden Verbände haben sich mit den Nationalkomitees ins Einvernehmen gesetzt mit allem, was eine vereinigte Tätigkeit erfordert, wie die Protestkampagnen, die Zurückforderung der öffentlichen Mächte, die Preisermäßigung der Lebensmittel und über alles, was den Mitgliedern der beiden Organisationen Vorteil bringen kann. Nur rein politische machten eine Ausnahme, da es uns verboten ist, sie zu behandeln, gemäß den Statuten des „Allgemeinen Verbandes“. Der „Allgemeine Verband“ hat keine Beziehungen zu anderen politischen Parteien wie der sozialistischen Partei.

Zum „Allgemeinen Verband“ gehören die nationalen Arbeiterverbände, die Lokalvereine und die unabhängigen Vereine. Es gibt einige Verbände von nationalem Charakter, wie derjenige der Seearbeiter, der nicht mit der Union verbündet ist, aber der trotzdem in guten Beziehungen mit der letzteren steht und der vielleicht in kurzer Zeit angeschlossen sein wird. Es gibt außerdem eine Anzahl von Syndikaten, die dem „Allgemeinen Verband“ nicht geneigt sind wegen der Verleumdungen der Leute, die Anarchisten genannt werden und sich selbst so nennen, und die in Europa die Organisation stören wollten und noch stören.

Der Haß dieser Elemente gegen den „Allgemeinen Verband“ ist groß, und um den Einfluß, den dieser auf die Arbeiter hat, aufzuhalten, haben diese Herren vor einem Jahre einen Nationalverband gegründet, der sich die „Federation Regionale“ nennt, und der keinen Anklang gefunden hat, denn er besteht nur dem Namen nach. Er wurde kurze Zeit nur von 2 oder 3 Syndikaten von sehr begrenzter Bedeutung unterstützt.

Die Beiträge, die die Verbände und Syndikate dem „Allgemeinen Verband“ als allgemeinen Beitrag zahlen, sind 5 Centesimos vierteljährlich von jedem dem Verband angehörenden Arbeiter und 10 Centesimos von jedem dem Verband angehörenden Arbeiter im Falle eines ordnungsmäßig durch den „Allgemeinen Verband“ erklärten Ausstandes.

Die Beiträge, die die Mitglieder gewöhnlich den einzelnen Syndikaten zahlen, sind 25 Centesimos wöchentlich.

Die Ausstände, die der „Allgemeine Verband“ während des Jahres 1905 unterhalten hat, sind folgende:

Industrie	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Gewonnen	Verloren	Durch Vergleich beendigt	Unbekannter Verlauf
Landwirtschaft	5	361	1	1	1	2
	12	3199	4	4	2	2
Maler . . .	6	233	2	3	1	—
Bauarbeiter .	28	3850	11	5	11	1
Lederarbeiter .	3	268	1	2	—	—
Tapezierer . .	1	9	1	—	—	—
Handwerker .	3	135	—	1	2	—
Tischler . . .	21	1112	7	4	10	—
Metallarbeiter .	11	751	5	5	1	—
Minenarbeiter .	15	5269	2	9	3	1
Möbelarbeiter .	2	63	—	2	—	—
Friseure . . .	2	433	—	2	—	—
Steinarbeiter .	6	629	4	1	1	—
Transportarb. .	8	810	5	1	2	—
Böttcher . . .	1	180	—	1	—	—
Schneider . .	17	1954	6	6	3	2
	141	19526	49	47	37	8

Ursachen, die die Ausstände veranlaßt haben.

Erhöhung des Lohnes	59
Verminderung der Arbeitszeit	36
Verteidigung des Verbandsrechtes	12
Forderung wöchentlicher Zahlung	2
Nichteinhalten der Verträge und Kontrakte durch die Arbeitgeber	12
Ungerechte Entlassung von Arbeitern	4
Die Abschaffung der Akkordarbeit	4
Angriffe auf die Arbeiterehre	12
	141

Von diesen 141 Ausständen war einer ordnungsmäßigen Charakters; er dauerte 7 Monate und kostete 65 000 Pesetas. Obgleich die anderen 140 nicht diesen Charakter hatten, wurden sie von den zur Union gehörigen Syndikaten unterstützt. Im Jahre 1906 betrug die Zahl der von den der Union verbündeten Syndikaten unterstützten 130, d. h. ungefähr dieselbe Anzahl von Ausständen wie im Jahre 1905, obgleich wir im Jahre 1906 einen von großer Bedeutung hatten. Wir wollen von dem Ausstand der Minenarbeiter von Bilbao und Santander sprechen, bei welchem die Regierung eingegriffen hat, indem sie Militär hinschickte, das eine große Anzahl der Ausständigen verwundet und getötet hat.

Das ist alles, was wir über den „Allgemeinen Verband" der spanischen Arbeiter und die hauptsächlichen Schwierigkeiten sagen können, die seine Entwickelung gehindert haben.

Es bleibt uns nichtsdestoweniger die Befriedigung, feststellen zu können, daß, indem wir die Bescheidenheit unserer Organisation und die vielen Schwierigkeiten, gegen die wir zu kämpfen haben, klarlegten, wir alles getan haben, was unsere Mittel und die Umstände zulassen, und wir haben die feste Hoffnung, daß alle Hindernisse, die sich uns bei der Entwickelung unserer Klassenorganisation entgegenstellen, durch unsere unaufhörliche Arbeit und Beständigkeit verschwinden werden.

Vincento Barrio, Sekretär.

Frankreich.

Französische Sektion des internationalen Arbeiterverbandes.

Es war eine geteilte Partei, die auf unserem letzten internationalen Kongreß in Amsterdam den französischen Sozialismus vertrat; es ist eine ganze, einige Partei, die dieses Jahr an den Sitzungen des organisierten Weltproletariats teilnehmen wird.

Seit 2 Jahren ist die sozialistische Einigkeit in Frankreich endgültig verwirklicht. Und man kann nicht nur sagen, daß sie unter der Leitung der Internationale entstanden ist, sondern daß es der internationale Arbeiterverband ist, der sie allein begründet hat. Indem man wirklich dem Beschluß zustimmte, welcher die internationalen Vorschriften der sozialistischen Politik festsetzte, so bestimmte der Kongreß von Amsterdam das Gebiet, auf welchem sich die verschiedenen Fraktionen des französischen Sozialismus versammeln konnten und sollten, das Gebiet des proletarischen Klassenkampfes gegen alle Fraktionen der Bourgeoisie.

Zu gleicher Zeit legte der Kongreß von Amsterdam allen die Pflicht auf, gemeinsam zu arbeiten. In seinem Beschlusse heißt es:

„Der Kongreß erklärt: Um der Arbeiterklasse ihre ganze Kraft in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus zu verleihen, ist es unerläßlich, daß es in allen Ländern den bürgerlichen Parteien gegenüber nur eine sozialdemokratische Partei geben darf, wie es nur ein Proletariat gibt.

Folglich haben alle, die für den Sozialismus kämpfen, die unabweisliche Pflicht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften auf die Verwirklichung der sozialistischen Einheit hinzuarbeiten, auf Basis der Prinzipien, die auf den internationalen Kongressen und im Interesse des internationalen Proletariats dargelegt wurden, denen gegenüber sie für die traurigen Folgen, die durch die Fortsetzung ihrer Uneinigkeit entstehen, verantwortlich sind.

Um zu diesem Resultat zu gelangen, stellen das internationale Bureau und alle Parteien, bei denen Einigkeit herrscht, sich ihnen zur Verfügung und bieten ihnen ihre Dienste an."

Dieser Beschluß wurde einstimmig durch Abstimmung genehmigt und die beiden dort vertretenen französischen Sektionen bekräftigten, die eine durch Vermittelung des Bürgers Edouard Vaillant, die andere durch den Bürger Pierre Renaudel, ihre feste Absicht, ihn auszuüben.

Der erste Schritt dazu wurde am 30. August von der ausländischen Kommission des französischen sozialistischen Parteirats gemacht, welcher sich bereit erklärte, schon jetzt diese sozialistische Einigkeit auf Basis der durch die internationalen Kongresse festgesetzten Prinzipien zu verwirklichen.

Am 4. Oktober rief der Zentralrat seinen früheren Schritt zurück, entschlossen, wie er sagte, so schnell wie möglich den sozialistischen Bund mit denen zu schließen, woher sie auch kommen mögen, die bereit sind, dem Ruf des „Internationalen Sozialismus" zu folgen. Damit die Konferenzen anfangen könnten, ernannte er eine Abordnung, die beauftragt war, sich mit einer Abordnung der Sektion zu bereden, die im Einvernehmen mit der Sektion der französischen sozialistischen Partei die französische Nationalität in Amsterdam vertreten hatte.

Die französische sozialistische Partei, direkt aufgefordert, machte ihrerseits bekannt, daß sie zu allen Unterhandlungen hinsichtlich der Einigung bereit sei und bildete ihrerseits eine Abordnung.

Die beiden Delegationen vereinigten sich am 27. November.

Sie bestanden aus 15 Mitgliedern der beiden Sektionen, und zwar waren es die Genossen Dubreuilh, Groussier, Guesde, Lafargue, Laudrin, J. Martin, Pedron, Prevost, Roland, Sembat, Vaillant für die sozialistische Partei Frankreichs; Briand, Cambier, Cardet, Cipriani, Devèze, Ducos de la Haille, Jaurès, Longuet, Orry, Marmonnier, de Pressensé, Rebim, Renaudel, Revelin, Viviani für die französische sozialistische Partei.

In dieser ersten Versammlung beschlossen die beiden Delegationen gewissermaßen die Bildung einer Einigungskommission, und waren darauf bedacht, in dieser Kommission den anderen sozialistischen Elementen einen Platz zu verschaffen (der nationalen Organisation und den autonomen Verbindungen) d. h. der sozialistischen revolutionären Arbeiterpartei und den autonomen Verbindungen. Sieben Abgeordnete aus der Mitte der Kommission waren für jede der nationalen Organisationen bewilligt und ein Abgeordneter für jede der autonomen Fraktionen.

Auf dieser Basis versammelte sich die Einigungskommission, welche aus den Genossen Allemane, Bernard, Cordé, Doulut, O. Hervé, Lavaud, Lauche bestand für die sozialistisch-revolutionäre Arbeiterpartei; Bracke, Cheredame, Constans, Delory, Dubreuilh, Lagradelle, Vannier für die sozialistische Partei Frankreichs; Briand, Jaurès, Longuet, Ory, de Pressensé, Renaudel, Revelin für die französische sozialistische Partei; Brunellière (Bretagne), Camélinat (Bouches du Rhône), Decamps (Somme), Desmons (Nord), Ferrero (Var), G. Hervé (Yonne), Willm (Hérault) für die autonomen Verbindungen.

Die Kommission nahm zuerst die schriftlichen Erklärungen entgegen, welche von jeder der Organisationen beigebracht wurden und in welchen diese die Bedingungen klar aussprachen, nach welchen die volle Einheit des französischen Sozialismus ihrer Meinung nach verwirklicht werden sollte in einer Partei des Klassenkampfes und der grundsätzlichen Opposition gegen sämtliche bürgerliche Parteien und den Staat, ihr Herrschaftsinstrument.

Diese Erklärungen glichen sich in einem Punkte, dem wesentlichen Punkte, daß die Einheit nur auf Basis der Beschlüsse der internationalen Kongresse und namentlich der kürzlich stattgefundenen, derjenigen von Paris (1900) und von Amsterdam (1904) begründet werden konnte. Auf diese Weise wurde eine Einigung ermöglicht, dank der sorgfältigen Arbeit der Einigungskommission.

Von einer Unterkommission, welche aus den Genossen Allemane, Bracke, Briand, G. Hervé, Lavaud, Renaudel, Willm bestand, wurde die Bekanntmachung einer gemeinschaftlichen Erklärung vorgeschlagen und deren definitiver Text in der Sitzung vom 30. Dezember 1904, welcher nachher von jeder der vertragschließenden Parteien bestätigt wurde, festgesetzt.

Es ist dies die Erklärung, welche das sozialistische internationale Bureau von Brüssel in seiner Sitzung vom 15. Januar 1905 entgegennahm, wodurch die Internationale die französische Einigung, für die sie quasi Bürge war, feierlich weihte.

Nachfolgend der Text dieses Dokuments:

Gemeinschaftliche Erklärung der sozialistischen Organisationen. Angenommen am 13. Januar 1905.

Die Abgeordneten der französischen sozialistischen Organisationen: der sozialistisch-revolutionären Arbeiterpartei, der sozialistischen Partei Frankreichs, der französisch sozialistischen Partei, der autonomischen Verbindungen an den Mündungen der Rhône, der Bretagne, von Hérault, der Somme und der Yonne, von ihren betreffenden Parteien und ihren Verbindungen beauftragt, die Einheit auf den durch den internationalen Kongreß von Amsterdam vorgeschriebenen Grundlagen zustande zu bringen, erklären, daß die Tätigkeit der vereinigten Partei vermittelst Prinzipien geleitet werden muß, welche die internationalen Kongresse, besonders die kürzlich stattgefundenen von Paris im Jahre 1900 und von Amsterdam im Jahre 1904 vorgeschrieben hatten.

Sie stellen fest, daß die Meinungsverschiedenheiten und die bis dahin verschiedene Taktik besonderen Umständen in Frankreich und dem Mangel einer allgemeinen Organisation zugeschrieben werden mußten.

Sie bekräftigen ihren allgemeinen Wunsch, eine Partei des Klassenkampfes zu gründen, die, selbst bei nachfolgenden Konflikten der Besitzenden, wo sich zufällig ihre Tätigkeit mit derjenigen einer politischen Partei zur Verteidigung der Rechte und der Interessen des Proletariats vereinigen, immer eine fundamentale und unauflösbare Oppositionspartei bleibt gegen alle Bourgeoisparteien und den Staat, deren Werkzeug.

Folglich erklären die Abgeordneten, daß ihre Organisationen bereit sind, unverzüglich mit allen sozialistischen Kräften an diesem Werk mitzuarbeiten auf folgenden Grundlagen, welche mit allgemeiner Bewilligung festgesetzt und angenommen sind:

1. Die sozialistische Partei ist eine Klassenpartei, die den Zweck hat, die Mittel der Produktion und des Tausches zu sozialisieren, d. h. die kapitalistische Gesellschaft in eine kollektivistische umzuwandeln vermittels der ökonomischen und politischen Organisation des Proletariats. Durch ihr Ziel, ihr Ideal und durch die Mittel, die sie anwendet, ist die sozialistische Partei, indem sie sich der Verwirklichung der nächsten Reformen im Interesse der Arbeiterklasse annimmt, keine Reformpartei, sondern eine Partei des Klassenkampfes und der Revolution.

2. Die Gewählten der Partei im Parlament bilden eine einzige Fraktion gegenüber allen politischen bürgerlichen Fraktionen. Die sozialistische Fraktion im Parlament muß der Regierung alle Mittel verweigern, die die Herrschaft der Bourgeoisie und ihre Behauptung der Macht sichern; sie muß folglich die militärischen Kredite, die Kredite der kolonialen Eroberung, die geheimen Fonds und das ganze Budget verweigern.

Selbst in Ausnahmefällen können die Gewählten die Partei nicht ohne deren Einwilligung verpflichten.

Im Parlament muß die sozialistische Fraktion sich der Verteidigung der politischen Freiheiten und der Rechte der Arbeiter widmen, der Verfolgung und der Verwirklichung der Reformen, die die Lebensbedingungen und den Kampf der Arbeiterklasse erleichtern.

Die Abgeordneten, wie alle Gewählten, müssen sich der Partei für ihre Tätigkeit im Lande, ihre allgemeine Propaganda zur Organisation des Proletariats und für das Endziel des Sozialismus zur Verfügung halten.

3. Der Gewählte steht, wie jeder Mitkämpfer, unter der Kontrolle der Zentralorganisation. In jedem Falle urteilt der Kongreß souverän.

4. Es herrscht vollständige Diskussionsfreiheit in der Presse in Fragen des Systems und der Methode, aber in der Aktion müssen alle sozialistischen Zeitungen sich streng nach den Bestimmungen des Kongresses richten, welche von dem Zentralorganismus der Partei ausgelegt werden.

Die Zeitungen, die Eigentum der Partei sind oder sein werden, sei es der Gesamtpartei oder ihrer Föderationen, stehen unter der Kontrolle eines von der Partei oder den Föderationen speziell errichteten permanenten Ausschusses.

Die Zeitungen, die, ohne Eigentum der Partei zu sein, sich auf den Sozialismus berufen, werden sich streng bei der Aktion den Beschlüssen des Kongresses unterwerfen müssen, welche von dem Föderations- oder zentralen Organismus der Partei festgesetzt werden, deren offizielle Mitteilungen sie bringen müssen.

Der Zentralrat wird diese Blätter an die Beachtung der Parteibeschlüsse erinnern dürfen, und gegebenenfalls dem Kongreß vorschlagen, alle Beziehungen zwischen ihnen und der Partei für abgebrochen zu erklären.

5. Die ins Parlament Gewählten dürfen nicht Abgeordnete im Zentralrat sein, sondern müssen von einer Kollektivdeputation vertreten werden, die dem 10. Teil der Deputierten gleich sein muß und nicht weniger als 5 betragen darf.

An einer Exekutivkommission dürfen sie sich nicht beteiligen.

Die Föderationen dürfen dem Zentralrat nur Mitglieder zuweisen, die in den Grenzen der Föderation wohnen.

6. Die Partei muß Maßregeln treffen, damit die Gewählten das Mandat wunschgemäß ausfüllen; sie muß ihren obligatorischen Beitrag bestimmen.

7. Ein Kongreß für die endgültige Organisation der Partei wird in kürzester Zeit zusammenberufen werden auf Grundlage einer Vertretung der sozialistischen Parteien im Verhältnis der Feststellungen zur Zeit des Kongresses von Amsterdam und hiernach berechnet, einerseits nach den zahlenden Mitgliedern, andererseits nach der Zahl der bei den allgemeinen Wahlen von 1902 erhaltenen Stimmen, wobei Bedingung sein soll, daß die Zahl der Mandate, die Wahlstimmen darstellen, nicht den fünften Teil aller Mandate übersteigen darf.

Auf den so fixierten Grundlagen setzte die Einigungskommission einen Entwurf für die Organisation fest. Und auf dem Kongreß in Paris, welcher vom 23. bis 25. April 1905 abgehalten wurde, erörterten und nahmen die Delegierten aller Organisationen die Statuten des Sozialistischen Parteitages (französische Sektion der Internationalen Arbeitervereinigung) an.

Die also unter großer Begeisterung verwirklichte Einigung war außerdem unter der Mitwirkung des Internationalen Bureaus hergestellt, welches durch die Genossen Emil Vandervelde und C. Huysmans vertreten war.

Der Zusammenschluß der sozialistischen Parteien wirkte wie ein Schlag auf die Bourgeoisie, die zu ihrem alten Verleumdungsverfahren Zuflucht genommen hatte, um die Gefahr, die ihr durch die Begründung einer eng verbundenen sozialistischen Partei drohte, zu bestreiten oder wenigstens zu versuchen, sie nicht zu sehen.

Sie versuchte in ihren Zeitungen eine Spaltung unter den Sozialisten herbeizuführen, indem sie die alten Organisationen gegeneinander zu hetzen versuchte und ihnen auseinandersetzte, daß die Einheit für sie eine Unterordnung und Unterwerfung unter fremde Elemente bedeute. Diese Versuche blieben ohne Erfolg, und die Herausgeforderten lachten nur darüber.

Die Presse behauptete dann, daß die Einigung auf keiner festen Grundlage ruhe, daß sie nur eine vorübergehende Verbindung sei angesichts der allgemeinen gesetzgebenden Wahlen des Jahres 1906. Außerdem hätte dieses Bündnis nur den Zweck, Stimmen und Sitze zu gewinnen dadurch, daß es so viel wie möglich das sozialistische Programm abschwäche; ferner würde am Tage der Wahlen das Bündnis gelöst werden und der Ehrgeiz der „Leiter" und die Rivalität der Verbände würde seine Elemente trennen.

Der Ausgang widerlegte beide Weissagungen. Auf dem nationalen Kongreß in Chalons nahm die Partei einen allgemeinen Manifestationsvorschlag für alle sozialistischen Kandidaten an. Weit davon entfernt, das System der Partei abzuschwächen, kann man sagen, daß der Kongreß im Gegenteil zum erstenmal den Kampf für die notwendige sozialistische Revolution in weitem Umfange aufnahm. Er rief alle Arbeiter zum Klassenkampf; er sagte ihnen, daß alle ihre Forderungen von Reformen nur einen untergeordneten Wert hätten und daß die Eroberung der Reformen den einzigen Zweck hätte, dem Proletariat neue Kampfmittel zu verschaffen; er wies darauf hin, daß das einzige Mittel zur Befreiung des Proletariats das Ergreifen der Macht in Hinsicht auf die Umgestaltung des kapitalistischen Besitztums in soziales Besitztum wäre. Die Frage des Eigentums stände also im Vordergrunde des Wahlkampfes.

Es hieß im Aufruf: Nieder mit dem kapitalistischen Eigentum an den Produktivmitteln! Es lebe die soziale Revolution! Die Wahlen hatten für die Partei die glücklichsten Resultate.

Die 346 Kandidaturen, die von der Partei in vielen Bezirken mit noch ungenügenden Hülfsquellen aufgestellt wurden, erhielten 896 000 Stimmen, also 12 Proz. mehr als im Jahre 1902 die von den verschiedenen Organisationen aufgestellten Kandidaten erhalten hatten; 52 Kandidaten wurden gewählt.

Die andere bürgerliche Prophezeiung brachte den Urhebern keine geringere Enttäuschung. Anstatt das Zeichen für die Zersplitterung der Partei zu sein, wurden die Wahlen von 1906 der Ausgangspunkt eines stärkeren Zusammenhanges. Das Hereinströmen der Elemente von verschiedenen Seiten ließ die ehemaligen Spaltungen vergessen. Die Agitation und die Propaganda führte unaufhörlich der Organisation neue Arbeiter zu.

Die Wendung war eine so günstige, daß 1½ Jahre nach der Entstehung der Partei der Nationalkongreß zu Limoges (vom 1. bis 4. November 1906) konstatieren konnte, daß die Zahl der Beitrag zahlenden Mitglieder, die seit dem Einigungskongreß der Partei angehörten, von 27 000 auf 52 000 anwuchs. Das heißt also, daß die Zahl sich verdoppelt hat.

Diese zunehmende Bewegung, die das Resultat der vollendeten Einigung ist, bleibt nicht stehen; es geht im Gegenteil daraus hervor, daß die Zahl der Anhänger der sozialistischen Armee die dreifache geworden ist bis zum Ende dieses Jahres.

Der Beweis der unzertrennlichen Einheit zeigt sich in der Tatsache, daß, sofern sich einige Individuen nicht anschlossen, die Menge ihnen nicht folgte. Selbst als ein Mitglied der Partei einen Sitz im Ministerium eines bürgerlichen Kabinetts annahm, ging für die Partei weder eine Spaltung noch eine Erschütterung daraus hervor. Die Nationalversammlung begnügte sich damit, einstimmig zu erklären, daß falls dieser Sozialist einwilligte, an den Verhandlungen mit Rücksicht auf seinen Eintritt ins Ministerium teilzunehmen, er sich selbst von der Partei losgelöst hätte. Einige Verbände, die direkt unter seinem Einfluß standen und die sich infolgedessen auch nur auf einen Augenblick von der Partei losgesagt hatten, sind einige Monate später wieder in dieselbe eingetreten. Welch' eine Aenderung, wenn man sich der langen Störung erinnert, die unter den

Sozialisten durch den Eintritt Millerands ins Kabinett Waldeck-Rousseau verursacht wurde, und was für ein viel stärkeres Zeugnis als der Beschluß von Amsterdam es war, ist für die Einheit des französischen Sozialismus diese Tatsache, die Meinung der Partei selbst!

Die französische sozialistische Partei (französische Sektion der Internationale) umfaßt 70 Bezirks- oder Departementsverbände. Sie besitzt Gruppen in 80 Departements Frankreichs.

Die sozialistische Fraktion im Parlament, die als Gegensatz aller bürgerlichen Fraktionen geschaffen wurde, umfaßt 53 Mitglieder.

Das sind: 1 Senator, der Genosse Chautagrel (Haute Loire); 52 Abgeordnete: Albert Poulain, Mechaniker (Ardennes); Aldy, Advokat (Aude); Alexander Blanc, Lehrer (Vaucluse); Allard politischer Schriftsteller (Var); Allemane, Buchdrucker (Seine); Basly, Bergwerksarbeiter (Pas de Calais); Bedouce, Beamter (Haute Garonne); Bénézech, Buchdrucker (Hérault); Betoulle, Rechnungsbeamter (Haute Vienne); Bouveri, Bergwerksarbeiter (Saône et Loire); J. L. Breton, Chemiker (Cher); Cadenat, Schuhmacher (Bouches du Rhône); Paul Constans, Mechaniker (Seine); De Jeaute, Hutmacher (Seine); Delory, Spinner (Nord); Devèze, Professor (Gard); Dubois, Kupferschmied (Seine); Jacques Dufour, Kaufmann (Indre); Durre, Beamter (Nord); Ferrero, Arbeiter der Artilleriewerkstätten (Var); Fiévet, Tüllmacher (Nord); François Fournier, Schmied (Gard); Ghesquière, Zeitungshändler (Nord); Groussier, Zeichner (Seine); Jules Guesde, politischer Schriftsteller (Nord); Jaurès, Professor (Tarn); Lamendin, Bergwerksarbeiter (Pas de Calais); Melin, Metallarbeiter (Nord); Meslier, Arzt (Seine); Lassalle, Mechaniker (Ardennes); Marietton, Advokat (Rhône); Paul Brousse, Arzt (Seine); Nicolas Léandre, Landwirt (Aube); Pastre, Professor (Gard); F. de Pressensé, politischer Schriftsteller (Rhône); Roblin, Advokat (Nièvre); Rouanet, politischer Schriftsteller (Seine); Rozier, Beamter (Seine); Selle, Chemiker (Nord); Marcel Sembat, Publizist (Seine); Thivrier, Arzt (Allier); Edouard Vaillant, Ingenieur (Seine); Varenne, Publizist (Puy du Dôme); Veber, Advokat (Seine); Vigne, Advokat (Var); Walter, Mechaniker (Seine); Willm, Advokat (Seine).

Sie wird in den Kantonalversammlungen von 60 Generalräten und von 51 Räten der Stadtbezirke vertreten.

Sie hat in den Gemeindebezirken 149 Bürgermeister, 219 Beigeordnetengehülfen und 2160 Stadträte.

Sie hat als Zentralorgan den „Socialiste“, der wöchentlich erscheint.

Die Bezirkspresse umfaßt: 2 täglich erscheinende Zeitungen: „Le Populaire du Centre“, in Limoges, und „Le Droit du Peuple“, in Grenoble; 4 zweimal wöchentlich erscheinende Blätter; 37 wöchentlich erscheinende Blätter; 2 monatlich erscheinende Blätter.

Die Zeitschrift „L'Humanité“, in Paris von einer sozialistischen Gruppe begründet, wird, wenn sie auch jetzt noch nicht Eigentum der Partei ist, es bald werden, wenn ihre Lage gänzlich gefestigt sein wird. Inzwischen wird die Partei in ihrem Verwaltungsrat vertreten und kann dort ihren Einfluß ausüben.

Die Agitation der Partei zugunsten des Achtstundentages am 1. Mai, des wöchentlichen Ruhetages, der von der Mehrheit der Kammern

teilweise und wirksam bedroht war, des Gewerkschaftsrechtes der Beamten hat die Macht der Partei bewiesen und ihre Anziehungskraft vergrößert.

Allein hat die Partei die Revolution in Rußland unterstützt und nicht nur ihren Protest gegen den Bund der französischen Republik mit der zaristischen Autokratie fortgesetzt, sondern dazu beigetragen, einem Teil der französischen Bevölkerung die Augen zu öffnen, indem sie sich jeder neuen Anleihe entgegenstellte, die, in welcher Form es auch war, von der zaristischen Regierung erreicht wurde.

Indem die Partei alle Arbeiterverbände zum Klassenkampf für die politische und ökonomische Zwangsenteignung der kapitalistischen Bourgeoisie herbeiruft, vergißt sie nicht einen Augenblick, daß die Sache des französischen Proletariats eng mit derjenigen aller Länder verbunden ist, und wenn sie sich vergrößert und unaufhörlich verstärkt, so beabsichtigt sie, der großen internationalen Armee neue Truppen zuzuführen.

Das Sekretariat.

Louis Dubreuilh. Bracke. P. Renaudel.

Belgien.

Die belgische Arbeiterpartei.*)

In einem am Tage vor dem Kongreß von Amsterdam veröffentlichten Bericht, der die Lage der Arbeiterpartei bis zum 31. Dezember 1903 bespricht, habe ich festgestellt, daß unsere Organisation 25 Bezirksverbände umfaßte. Seit damals haben wir die Begründung zweier neuer Bezirksverbände zu verzeichnen gehabt, und zwar den von Turnhout und von Roulers, die in stark klerikalen und fanatischen Bezirken arbeiten. Wir durften auf keinen so schnellen Erfolg hoffen, aber der Industrialismus hat sich in diesen Gegenden ausgebreitet und die natürliche Folge davon war: die Entstehung gewerkschaftlicher und politischer Verbände.

Unsere Zahl der vereinigten Verbände bleibt stationär, weil wir uns in unserem Verzeichnis darauf beschränkt haben, die regelrechten Verbände für die Beitragszahlungen zur Zentralkasse zu vermerken.

Wir haben im ganzen 803 Verbände und zwar: 117 Genossenschafts-Gesellschaften, 252 Berufsgewerkschaften, 229 politische Verbände, 25 Kunst- und Vergnügungsvereine und endlich 180 Gesellschaften für gegenseitige Hülfe. Wenn wir die zahlreichen Gesellschaften mitrechnen sollten, die ihren Sitz in unseren öffentlichen Gebäuden haben, Gesellschaften, die sich auf den Sozialismus berufen, deren Mitglieder mitkämpfende Sozialisten sind, so würde die Zahl der Verbände noch viel größer sein. Aber im Anfang wollen diese Verbände nicht gerne Beiträge für die Zentralkasse zahlen. Verschiedene andere sind von wildem Partikularismus. Noch andere lieben es, von der Partei zu profitieren, ohne etwas beizutragen. Diese unliebsame Neigung ist jedoch im Verschwinden begriffen. Aber aus Bedenken haben wir nur diejenigen beibehalten, welche ihren Beitrag der Zentralorganisation der Partei gezahlt haben.

*) Wir fügen diesem kurzen Ueberblick eine Tabelle bei, die ein genaues Bild über die Stärke der belgischen Arbeiterpartei gibt.

Die Zahl der Beitrag zahlenden Mitglieder hat sich von 130 000 auf 145 781 vermehrt, und wir dürfen hoffen, daß diese Zahl sich noch im Laufe des Jahres 1907 vergrößern wird.

Unsere Presse hat sich seit dem Kongreß von Amsterdam gehoben. Wir können bestätigen, daß unsere Tagesblätter eine Auflage von mehr als 127 000 Exemplare haben (es gibt deren 11), daß die sieben monatlichen Zeitungen oder Revuen, die 18 Gewerkschaftsblätter und die 20 wöchentlich erscheinenden sozialistischen Zeitungen sehr verbreitet sind. Die Tagesblätter sind: „Das Volk" (5 Centimes) und als Beilage „Das Echo des Volks" (2 Cts.), „Das Echo des Volkes von Borinage" (2 Cts.), „Das Echo des Volkes von Hainaut" (2 Cts.), „Das Echo des Volkes von Namur (2 Cts.), „Das Echo des Volkes von Lüttich" (2 Cts.), „Die Zeitung von Charleroi" (5 Cts.), „Die Zukunft von Borinage" (5 Cts.), „Die Arbeit" (Arbeiter-Zeitung der parteilosen und sozialistischen Gewerkschaften von Verviers), für Flamland, „Voruit" (2 Cts.) und „De Werker" (2 Cts.).

Wir besitzen seit einiger Zeit ein Werk, das große Dienste leistet. Das ist der Verlag Germinal (Rue Hauptort 29 in Gent). Mehr als 20 000 Parteimitglieder sind dort abonniert, und für 1 Frank verteilt die Verwaltung 12 bis 15 Broschüren jährlich. Die Gewerkschaften, Genossenschaften und politischen Verbände haben dort obligatorisch ihre Mitglieder abonniert. Andererseits haben die Partei sowohl als auch das Gewerkschaftszentrum im Januar 1907 beschlossen, eine Reihe von Broschüren über theoretische und taktische Fragen herauszugeben.

Wir wollen noch die kürzlich erfolgte Herausgabe einer kleinen illustrierten Zeitschrift „La Bonne Graine" (Das gute Korn) erwähnen, dessen Modell der italienische „Seme" gewesen ist, ein Organ, das, für das Volk bestimmt, immer verständlich ist, und das für 1 Centime pro Nummer verkauft wird. Die monatliche Auflage in französischer Sprache überschreitet schon 22 000 Exemplare. Die Abonnenten verpflichten sich, das Blatt bei Personen zu verbreiten, von denen sie annehmen, daß sie wahrscheinlich Sozialisten werden.

Unsere Fach-Zeitschriften, die 12, 14, 16 und mehr Seiten umfassen, machen natürlich im Verhältnis der Zunahme der gewerkschaftlichen Kräfte, Fortschritte. Das „Journal des Correspondances", das Organ der Gewerkschaftskommission, hat die Zahl ihrer Leser seit 3 Jahren verdoppelt.

* * *

Die legislativen Wahlen von 1902, die nach der Schlappe unserer Bewegung für das allgemeine Stimmrecht stattfanden, sind für uns nicht günstig gewesen. Sie haben einen leichten Rückgang der sozialistischen Stimmenzahl konstatiert, infolge des Abfalls der kleinbürgerlichen Elemente, die während einiger Zeit die zahlenmäßige Stärke unserer Partei künstlich vermehrt hatten.

Durch die Erneuerung der Kammer, die zur Hälfte stattfand, haben wir im Jahre 1904 neue Wahlen gehabt. Dabei wurde die klerikale Majorität auf 20 Stimmen herabgesetzt, und es schien möglich, sogar mit der Proportional-Vertretung und ganz einfach, indem man aussichtslose Wahlen vermied, die klerikale und reaktionäre Herrschaft über den Haufen zu werfen. Die Bezirksverbände der Partei wurden mit fortgerissen, um mit den anderen oppositionellen Parteien vieler Distrikte

einen Vertrag zu schließen. Darauf muß man die Tatsache zurückführen, daß verschiedene auf der Tabelle angegebene Zahlen sich seit 1902 nicht verändert haben; weil wir, trotz eines merklichen Fortschritts der oppositionellen Stimmen, nicht die Arbeiterpartei profitieren lassen wollten; weil wir lieber hinter der Wirklichkeit zurückbleiben wollen, als ihr vorauseilen.

Bei den Wahlen im Jahre 1904 verloren wir 5 Abgeordnete, ein tatsächlicher und scheinbarer Verlust. Tatsächlich in zwei Orten, wo wir einen leichten Rückgang erlitten haben. Scheinbar in anderen Bezirken, wo wir bei den partiellen, durch die Zunahme der Bevölkerung notwendig gewordenen Wahlen aus der Aufstellung eines Porportionalgesetzes Nutzen zogen, welches nur dazu diente, die Stichwahlen zu verhindern und die relative Majorität veranlaßte, den streitig gemachten Sieg zu bewilligen. Bei den Wahlen von 1906 haben wir 2 Sitze wieder zurückerobert, von denen derjenige von Courtrai das erste sozialistische Mandat ist, welches in dem armen und klerikalen West-Flandern erworben wurde.

Wenn wir die Zahlen von zwei gesetzgebenden Beratungen addieren, erhalten wir für die Periode 1904—1906 eine Zahl von 4 690 904 Stimmen, d. h. 600 mehr als in der Zeit von 1902—1904. Es ist das also kein wirklicher Fortschritt, aber unser Verlust ist nicht geblieben. Wir müssen sogar hinzufügen, daß die sozialistische Qualität unserer Wähler sich gebessert hat, was nicht ohne Bedeutung ist. Wir sagen es nebenbei. Der Kartellvertrag mit den liberalen und demokratischen Parteien hat durchaus nicht die Politik der Partei und unserer Kandidaten beeinflußt, die in allen Punkten das sozialistische Programm verteidigt haben, ohne um dasjenige ihrer momentanen Verbündeten besorgt zu sein.

Die Gemeindewahlen von 1904 haben 650 sozialdemokratische Kandidaten durchgebracht. Wir haben in 193 Gemeinden eine sozialistische Vertretung erlangt und in 22 Gemeinden die sozialistische Majorität. Es besteht seit mehreren Jahren ein Nationalverband der sozialistischen Gemeinderäte. Mehr als 350 Räte nehmen daran teil und zahlen einen jährlichen Beitrag, der ihnen das Recht auf ein Abonnement der Spezialrevue „Die Gemeinde-Bewegung" gibt. Der Verband veranstaltet mindestens einmal jährlich einen Kongreß, um die Frage über die Verwirklichung des sozialistischen Gemeindeprogramms zu prüfen.

Wir haben 91 sozialistische Provinzialräte, die in vier Provinzen verteilt sind, 4 beständige Abgeordnete und schließlich 7 sozialistische Mitglieder im Senat (von denen 6 solche sind, die nach dem Klassensystem gewählt wurden und 5 durch die Provinzialräte gewählte), der im ganzen 100 Mitglieder hat.

Unsere jährlichen Kongresse der Arbeiterpartei konstatieren ein wirkliches Einverständnis zwischen den verschiedenen Elementen, aus denen sie besteht. Obgleich die Fragen oft mit großem Eifer und großer Leidenschaft geprüft werden, fassen wir gewöhnlich fast einstimmige Resolutionen.

Außer mit dem Verlangen nach dem allgemeinen Stimmrecht haben sich unsere Kongresse noch mit dem Verbot des Alkoholverkaufs in unseren Volkshäusern beschäftigt und, ohne äußerste Maßregeln ergreifen zu müssen, hat dieser Verkauf fast gänzlich aufgehört. Der Kongreß von 1906 hat die Begründung einer Lebensversiche-

rungs-Gesellschaft bei der Arbeiterpartei beschlossen. Die Vorverhandlungen sind beendet und die Zeichnungen für die Beschaffung des Kapitals betragen jetzt schon mehr als 60 000 Frank. Wenn erst die Summe 100 000 Frank beträgt, wird das neue Unternehmen zu arbeiten beginnen und wieder einmal wird die belgische Arbeiterpartei durch eine direkte Aktion die kapitalistische Profite angreifen, d. h. dadurch, daß sie einer durch eine Solidaritätsidee hervorgerufenen, aber durch das kapitalistische Regime entstellten Organisationsmethode sozialistischen Geist, zum großen Nutzen des Proletariats, einflößt. Wir setzen große Hoffnungen in diese Lebensversicherungs-Gesellschaft, die bei vollständiger Inschutznahme der Arbeiter gegen die Ausbeutung durch kapitalistische Gesellschaften, uns ein neues Heer von Propagandisten stellt, und welche uns die nötigen Hülfsquellen für die Gründung einer Arbeiterbank verschaffen wird, deren große Notwendigkeit unsere Genossenschafts-Gesellschaften seit lange empfinden.

Wir müssen außerdem noch die Arbeitsverteilung bestätigen, die von unseren verschiedenen Organisationen verwirklicht wird, und die sogar unsere Arbeiterpartei einschließt. Darum sprachen wir von der Tätigkeit des Verbandes der Gemeinderäte. Wir können dasselbe auch von dem Verband der jungen sozialistischen Garde sagen, der die jungen Leute gruppiert und sie für die antimilitärische Propaganda spezialisiert durch Ausgabe periodischer Zeitungen und Revuen, besonders bei Gelegenheit des Aufrufs der Miliz durch Beratungen und Meetings, zu welchen die Alten sich einfinden, um die Forderungen und die antimilitärische Bewegung der Jungen zu unterstützen.

Der Genossenschafts-Verband Belgien, ebenfalls unter der Leitung der Partei begründet, entwickelt sich mit einer gewissen Autonomie und hält, wie die anderen Verbände, besondere Kongresse ab, deren Entscheidungen die einzelnen Gruppen nur insofern binden, als sie von den jährlichen Parteikongressen bestätigt werden.

Nach dem Bericht, welcher von dem Genossenschafts-Verband dem am 31. März in Brüssel abgehaltenen Parteikongreß vorgelegt wurde, ist folgendes zu konstatieren:

1. der Verband hat jetzt einen Umsatz von 2 500 000 Frank. Er würde noch viel mehr umsetzen, wenn alle seine Verwalter und Geschäftsführer alles bei ihrem Verband kaufen würden und wenn alle Zweck und Bedeutung erkennen würden;
2. hat er zum zweiten Male seine Jahresübersicht herausgegeben, der die Größe der Genossenschaftsbewegung Belgiens und des Auslandes bewiesen hat;
3. hat er die Zählung unserer Genossenschaften ausgearbeitet, die folgende Angaben ergibt:

	1905:	1906:
Zahl der Genossenschaften	168	161
Zahl der dazu gehörigen Familien	103 349	119 581
	Frank:	Frank:
Verkäufe	26 936 873,06	31 174 552,91
Wert der Immobilien	10 302 058,76	12 091 299,52
Wert des veranlagten Kapitals	1 666 650,66	1 655 061,33
Nutzen	3 140 209,72	3 035 940,95

Der Fortschritt ist bemerkenswert.

4. gibt er eine illustrierte Revue „Die Genossenschaft" heraus, die eine genossenschaftliche und sozialistische Erziehung der männlichen und weiblichen Genossenschaftsmitglieder bezweckt. Die Aufnahme, welche der Verband gefunden hat, zeigt, daß sein Fortbestehen gesichert ist;
5. er hat sich bemüht, mehrere Genossenschaften von neuem zu organisieren und zu unterhalten, deren Existenz in Frage stand;
6. er hat in einem Wort, eine kommerzielle und erzieherische Tätigkeit ausgeübt.

Dies ist der klare und deutliche Beweis dafür, daß die belgische Arbeiterpartei bestrebt ist, sich mehr und mehr zu organisieren und durch sich selbst zu leben und um den Kampf gegen den Kapitalismus mit allen Mitteln zu führen, ohne irgendeine der Organisationsformen auszuschließen, weder die Gewerkschaft, noch die Genossenschaft, noch den politischen Verband, noch die Jugendorganisation, noch den Vergnügungsverein.

* * *

Unsere nationalen professionellen Verbände besitzen auch die nötige Autonomie, um alle Beschlüsse anzunehmen, die sie direkt für die Verteidigung ihrer professionellen Lage interessieren, oder um neue Vorteile zu erlangen. Die Metallarbeiter, die Minenarbeiter, die Holzarbeiter, die Buchbinder, die Zigarrenarbeiter, die Textilindustrie, die Bauarbeiter, die Steinarbeiter, die Bäcker, die Handlungsangestellten halten getrennte Kongresse ab, aber alle diese Verbände können sich bei der Generalversammlung der Arbeiterpartei durch besondere Delegierte vertreten lassen. Die Arbeiterpartei ist aus dem Proletariat hervorgegangen. Aus den getrennten Gewerkschaften, deren Verbände noch kein Ganzes bilden, sowohl wie auch aus der Mitwirkung der unabhängigen oder parteilosen Gewerkschaften, aus unseren professionellen Verbindungen setzt sich die Gewerkschaftskommission zusammen. Diese erhält einen jährlichen Zuschuß vom Generalrat der Arbeiterpartei. Der Beitrag ist auf 10 Centimes jährlich für jedes Mitglied für die Gewerkschaftskommission festgesetzt, was verursacht, daß die mit der Arbeiterpartei und gleichzeitig mit der Gewerkschaftskommission Verbündeten in Wirklichkeit einen doppelten Beitrag zahlen. Wenn die C. S. unter den Mitgliedern der Arbeiterpartei 35 624 Mitglieder hat, so hat sie trotzdem im ganzen 54 000 gewerkschaftliche Arbeiter, die der Gewerkschaftskommission Beiträge zahlen. Die Differenz zwischen diesen beiden Zahlen erklärt sich durch die Tatsache, daß mehrere Verbände noch nicht für ihre Zugehörigkeit zur Partei zahlen, und andererseits durch die Zugehörigkeit von ungefähr 5000 unabhängigen Gewerkschaftsmitgliedern zur Gewerkschaftskommission. Diese Zahl von 54 000 ist viel niedriger als in Wirklichkeit. Wie aus dem Vorhergegangenen hervorgeht, ist der Lokalgeist noch stark ausgeprägt. Die belgische Arbeiterklasse zentralisiert sich nicht leicht und es gibt noch feste und starke Gruppen, die, dem Sozialismus ganz ergeben, noch aus verschiedenen Gründen, welche bald verschwinden werden, außerhalb der Partei bleiben. Die Gewerkschaftskommission ist noch jung und sie wird durch die Macht der Ereignisse größer werden. Wenn sich die Organisation der Minenarbeiter durch den Anschluß an die Partei und die Gewerkschaftskommission verstärken würde, zählten wir mehr als 100 000 der Ge-

werkschaft zugehörige Arbeiter in beiden Organisationen. Das ist die Frucht unserer Arbeit!

Die Gewerkschaftskommission hält ebenfalls besondere Kongresse ab, aber jedes Mal wo die Beschlüsse die allgemeine Propaganda oder Taktik der Partei in Anspruch nehmen müssen, unterliegen diese den allgemeinen Kongressen zur Bestätigung.

So hat auch die von der Gewerkschaftskommission geführte Propaganda gegen den Artikel 310, der von besonderen und drakonischen Maßregeln gegen die sogenannten Verletzungen der Arbeitsfreiheit und den Streik strotzt, durch unseren Kongreß den Beschluß einer nationalen Kundgebung für die Beschränkung des Arbeitstages und die Abschaffung des Artikels 310 aus dem Strafgesetzbuch veranlaßt. Diese Kundgebung ist die größte der jemals von der belgischen Arbeiterpartei organisierten gewesen. Gruppen von Frauen aus der Textilindustrie, von Kindern aus den Zündholzfabriken in Arbeitstracht verlangten die Verminderung der Arbeitszeit und machten tiefen Eindruck auf die öffentliche Meinung.

Um den beständigen Fortschritt unserer gewerkschaftlich-sozialistischen Armee zu beweisen, wird es uns genügen, den nationalen Verband der Metallarbeiter zu nennen, der zur Zeit des Kongresses von Amsterdam 7000 Mitglieder zählte und der jetzt seinen Bestand fast verdoppelt hat.

Unser Land ist noch nicht auf dem Punkte, seinen Ruf, das Paradies der Kapitalisten zu sein, zu verlieren. Obgleich die unter dem Druck der Arbeiter stehenden klerikalen Regierenden daran gedacht haben, uns ein Arbeitsgesetz zu geben, ist die Arbeiterklasse dort noch immer der größten Ausnutzung unterworfen, die durchaus nicht durch die verschiedenen Gesetze gehemmt wird, die wir hier kurz aufzählen:

1. Gesetz über den Arbeitsvertrag.

Dieses Gesetz hat durchaus nicht die Lage der Arbeiter gebessert, denn es hat nur das bestehende Recht zusammengefaßt.

2. Gesetz über die Arbeitsbücher.

Seit lange schon ist der Zwang des Arbeitsbuchs abgeschafft worden, aber das hindert die Arbeitgeber nicht, sich untereinander zu verständigen und bei Angeboten in anderen Etablissements streikende Arbeiter abzuweisen.

3. Das Gesetz über die Regulierung der Arbeitslöhne.

Dieses Gesetz hatte den Zweck, die Zahlung der Löhne sowohl in Natura als auch in den Kneipen zu verhindern. Man kann sagen, daß es seinen Zweck vollständig verfehlt hat, denn das Zahlungssystem in den Kneipen des Hafens von Antwerpen besteht noch heute und das Trucksystem blühte mehr als jemals, sei es direkt, sei es durch eine untergeschobene Person.

4. Das Gesetz über die Pflicht der Werkstattsregulierung.

Dieses Gesetz hindert keinen Arbeitgeber, drakonische Bestimmungen festzusetzen, denen die Arbeiter sich unterwerfen müssen, unmäßige Strafen aufzuerlegen und infolge der ungenügenden Arbeitsinspektion nach seinem Belieben zu handeln.

5. Das Gesetz über die Einrichtung der Arbeitsinspektion.

Diese Inspektion ist vollständig illusorisch. Die 30 von der Regierung gewählten Inspektoren sind oft vielmehr die Hüter der kapitalistischen Interessen als derjenigen der Arbeiter. Das Arbeitgebertum ist immer von der Ankunft der Inspektoren benachrichtigt, was den Kapitalisten ermöglicht, alles oberflächlich zu ordnen. Die Unterdrückung der festgestellten Uebertretungen, besonders in der Textilindustrie um die von den Arbeitern geleisteten Arbeiten zu bemessen, ist von lächerlicher Oberflächlichkeit.

6. Das Gesetz über die Bestimmung der Ueberwachung gefährlicher, ungesunder oder beschwerlicher Fabriken.

Dieses Gesetz ist eher ein zur Verwaltung gehöriges Gesetz, das die Genehmigungen für diese verschiedenen Industrien erteilt und die Arbeitgeber zwingt, gewisse leichte Arbeiterschutzmaßregeln zu treffen.

7. Das Arbeiterschutzgesetz für Frauen, Jünglinge und Kinder.

Wenn man weiß, daß dieses Gesetz die Beschäftigung von zwölfjährigen Kindern in den Fabriken genehmigt, wenn man sieht, daß kleine Kinder tagelang in den Streichholzfabriken arbeiten; wenn man feststellt, daß es niemals die Heimarbeit betrifft, d. h. die ungesundeste Arbeit, muß man zugeben, daß dieser Schutz vielmehr illusorisch ist; besonders da wir kein Gesetz haben, welches die Dauer der Arbeit Erwachsener begrenzt.

8. Das Gesetz 1899 über das Schiedsgericht.

Auch ein unvollkommenes Werk, denn die Angestellten, die Diener, Kutscher, Dienstmädchen und eine Menge anderer Arbeiter haben nicht das Recht, sich weder vertreten zu lassen, noch ihre Klagen diesen Gerichten zu unterbreiten.

9. Das Gesetz, die Arbeitervertretung in den Gemeinderäten bestimmend.

Dieses Gesetz, das der Arbeiterklasse besondere Vertretung zu bewilligen scheint, wird nur in einigen großen Orten angewandt, und außerdem hat man, um seine Wirkung auszugleichen, dasselbe Gesetz auch den Vertretern der Arbeitgeber zuerteilt.

10. Das Gesetz über die Festsetzung von Industrie- und Arbeitsräten.

Die Räte haben nicht das Antragsrecht; sie werden einmal jährlich zusammenberufen, um ihre Meinung über irgendein soziales Gesetz zu äußern. Die Regierung ist nicht verpflichtet, diese Ansichten anzuerkennen. Die Industrieberatungen können auf Einberufung der Gouverneure der Provinz stattfinden, um sich über Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitern auszusprechen; aber ihr Beschluß hat keine legale Kraft.

11. Das Gesetz, das die Assoziation der Berufsvereine garantiert.

Hierbei ist bemerkenswert, daß keine ernsthafte Vereinigung die rechtmäßige Anerkennung bei der Regierung verlangt hat. Diese Anerkennung bildet vielmehr ein Hindernis bei der Arbeit der Gewerkschaften, die für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen kämpfen möchten, während die Vereinigungen verpflichtet sind, folgende Verbote einzuhalten, wenn sie von der Regierung rechtmäßig anerkannt werden sollen:

1. das Verbot, einer politischen Partei anzugehören,
2. das Verbot, Alters-Versorgungskassen zu gründen,
3. das Verbot, kranke Mitglieder zu unterstützen,
4. das Verbot, Geschäfte zu machen, bei einer Genossenschaft tätig zu sein, und durch Verkäufe im Beruf zu verdienen,
5. das Verbot, Werkstätten für Arbeitslose zu besitzen,
6. das Verbot, nationale oder internationale Solidarität zu beweisen, Streikende oder Arbeitslose zu unterstützen, die anderen Gewerben angehören,
7. das Verbot „unter Todesstrafe", nach einer ersten Warnung alles das zu tun, was nicht formell durch das Gesetz gestattet ist.

Dieses Gesetz, das das Verbot der Vereinigung abgeschafft hat, hat unsere Regierung nicht gehindert, die Bestimmungen des Artikels 310, alle Handlungen, die Streiks betreffend, zu verschärfen. Man findet übrigens in unserem freien Belgien sehr selten Mitkämpfer unter den Arbeitern, die nicht durch Anwendung des Artikels 310 des Strafgesetzbuches schon gefangen gewesen sind.

12. Das Gesetz, die Genossenschaften und die auf Gegenseitigkeit beruhenden Gesellschaften betreffend.

Wenn wir aus diesem Gesetz Vorteil gezogen haben, um zahlreiche Genossenschaften und auf Gegenseitigkeit beruhende Gesellschaften zu gründen, haben wir, ebenso wie für die gewerblichen Verbände, die legale Anerkennung verweigert, die für den sozialistischen und revolutionären Charakter unserer Werke ein Hindernis bilden würde.

13. Das Gesetz über die Erleichterung des Baues von Arbeiterwohnungen.

Dieses Gesetz verschafft den Arbeitern, die sich ein Haus bauen lassen wollen, gewisse Vorteile. Verminderung der Eintragungskosten, Aufhebung der Steuern während zwei Jahren. Aber die große Mehrzahl der Arbeiter ist unfähig, aus diesen Vorteilen Nutzen zu ziehen, da sie gezwungen sind, umzuziehen, um ihren Arbeitgebern zu folgen oder anderswo Arbeit zu suchen.

14. Das Gesetz über die Beschaffung von Altersrenten.

Wie in dem ganzen Gebiet des sozialen Schutzes, haben unsere Regierenden nicht gewagt, eine kategorische Haltung anzunehmen und haben nicht die obligatorische Pensionskasse gegründet. Der Staat beschränkt sich darauf, die individuellen oder gesamten Bestrebungen der Arbeiter betreffs der Altersrente zu unterstützen. Es würde jedoch ungerecht sein, nicht anzuerkennen, daß er neben den 100 Millionen des Kriegsbudgets nicht 12 Millionen Frank gefunden hätte, um den vor 1843 geborenen Greisen eine Rente von 18 Centimes täglich zu bewilligen. Alle diejenigen, welche seit 1843 geboren sind, sind von dem Vorteil des Gesetzes über die Altersrente ausgeschlossen, wenn sie nicht selbst Beiträge zahlen, um sie zu erwerben.

Seit dem Kongreß von Amsterdam hat unser Land nur die Abstimmung und Genehmigung von drei besonderen Gesetzen für die Arbeiter zu verzeichnen gehabt.

15. Das Gesetz über den Schadenersatz bei Arbeitsunfällen.

Ebenso wie bei allen sozialen Gesetzen, hat unsere Regierung sich darauf beschränkt, den Schadenersatz bei Unfällen zu organisieren, ohne

jedoch selbst die Leitung der finanziellen Organisation zu übernehmen. Das Prinzip des Gesetzes bietet diesen Vorteil nach dem alten System, welches auf dem Gemeinderecht basiert, daß es die Summe für den Unfall festsetzt. Diese Summe ist im Verhältnis von 50 Proz. berechnet und die Rente auf 25 Proz. des Lohnes. Die Entschädigung für Begräbnisse ist 75 Frank. Die Arbeitgeber können durch Vermittelung der durch die Regierung bestätigten Gesellschaften oder durch Hinterlegung eines genügenden Kapitals dem verunglückten Arbeiter eine Rente verschaffen. Leider schließt das Gesetz die Feldarbeiter aus. Es schließt den Schadenersatz für moralischen Schaden aus. Es schließt bei der Festsetzung der Taxe wichtige Elemente aus, besonders das Gehalt, welches der verunglückte junge Arbeiter äußerst hätte verdienen können, wenn er nicht verunglückt wäre. Es schließt den Schadenersatz bei der Arbeitsunfähigkeit von weniger als 8 Tagen aus.

16. Das Gesetz, welches vorschreibt, für die Angestellten Sitzgelegenheiten zur Verfügung zu stellen.

Die Benutzung der Sitzgelegenheiten muß den Angestellten gestattet werden während der Zeit, in der sie nicht gebraucht werden. Obgleich über dieses Gesetz auf Verlangen der Frauen abgestimmt wurde und infolge einer sozialistischen Anregung, so hat die klerikale Mehrheit es angenommen, wahrscheinlich weil es nicht die Autorität und die Profite der Arbeitgeber berührte.

17. Das Gesetz über einen wöchentlichen Ruhetag.

Die liberalen Vertreter bekämpften das Gesetz, welches sie als vom konfessionellen Charakter beeinträchtigt hielten. Die Gewerbetreibenden verlangten Ausnahmen, um ihren Nutzen zu schützen. Die kapitalistische Regierung mußte sie befriedigen, und das Gesetz ist so fast wirkungslos geworden und beschränkte sich darauf, nur den Arbeitern den Ruhetag zu bewilligen, die ihn bereits hatten.

Alle diese Gesetze sind von einem unserer Abgeordneten als Gesetze bezeichnet worden, die nur nach außen hin bestehen, weil sie wirklich nur Karikaturen dessen sind, was im Auslande vorhanden ist und weil man in jedem von ihnen eine Bestimmung sieht, die der kapitalistischen Klasse gestattet, es zu umgehen durch das Gesuch um einen königlichen Beschluß, der fast immer bewilligt wird.

Unsere Gewerkschaften haben also ein großes Arbeitsfeld vor sich, und wir sind glücklich, die unleugbaren Fortschritte unserer Organisationen bestätigen zu können. Unsere Maifeiern werden mehr und mehr Sitte, und zahlreiche Gemeinden betrachten bereits den 1. Mai als Feiertag und geben den Angestellten und Arbeitern sowie den Schülern diesen Tag frei.

Nun, das war nur als Beleg für die großen Kämpfe durch unsere Gewerkschaften! Außer der großen Anzahl lokaler Streiks, die wir täglich in allen Gewerben wegen der vielen Kämpfe zwischen den Arbeitgebern und den Lohnempfängern, selbst in den klerikalen Ortschaften Flanderns, verzeichneten, hatten wir verschiedene große Streiks auszuhalten.

Die Diamantarbeiter von Antwerpen kämpften seit mehreren Wochen um die Herabsetzung der Lehrzeit und des Arbeitstages, als sie im April 1904 sich an die Organisationen der Arbeiterpartei wandten, um sie um Unterstützung und Darlehen zu bitten. Mehr als 100 000 Frank wurden gesammelt und sicherten den Sieg der Arbeiter.

Seit dem großen Streik im Ruhrgebiet haben unsere belgischen Bergarbeiter, um ihre Solidarität zu beweisen und den Sieg der deutschen Bergarbeiter zu erleichtern, einen Generalstreik veranstaltet, der ungefähr drei Monate dauerte.

Die Handschuhmacher von Brüssel hatten ebenfalls einen langen Kampf auszuhalten, um eine Herabsetzung der Preise zu verhindern. Obgleich dieser Verband, sowie derjenige der Diamantarbeiter von Antwerpen von der Arbeiterpartei unabhängig war, trat diese stark vermittelnd ein und brachte mehr als 40 000 Frank in die Streikkasse.

Die Baumwollarbeiter von Gent, die eine Einschränkung der Arbeitszeit verlangten, hatten sich lange Monate mit den Arbeitgebern in Verhandlungen eingelassen. Durch die Hartnäckigkeit derselben wurden die Arbeiter gezwungen, die Arbeit niederzulegen, die in verschiedenen Fabriken 72 Stunden wöchentlich betrug. Das ganze belgische Proletariat kam den sozialistischen Baumwollwebern Gents zu Hülfe und spendete mehr als 150 000 Frank, um die Verminderung der Arbeitsstunden zum Siege zu verhelfen, und in den meisten Fabriken wurde die Arbeitszeit auf 63 Stunden die Woche herabgesetzt.

Schließlich, um die gewerkschaftliche Organisation der Weber von Verviers zu vernichten, vereinigten sich die Arbeitgeber und beschlossen, im gewerblichen Regime Aenderungen einzuführen, die das Resultat haben sollten, den Unternehmern unbegrenzte Selbstherrschaft zu verschaffen und die Arbeitergewerkschaften radikal zu unterdrücken. Die Arbeitgeber riefen den lock-out hervor. Die Arbeiterklasse Belgiens, die wohl verstand, daß das Recht der Arbeitervereinigung und Verteidigung in diesem Kampfe verwickelt war, zeigte sich in ihrer Solidarität sehr freigebig. Mehr als 350 000 Frank wurden gesammelt, um den 15 000 Familien, den Opfern der Rache der Arbeitgeber, zu helfen. Deutschland, Dänemark, Schweden, Norwegen schickten Unterstützungen. Man schritt dazu, die Kinder fortzubringen, und diese wurden von den Arbeiterfamilien anderer Industriezentren aufgenommen. Dieser Auszug trug nicht wenig dazu bei, den bedrängten Ausständigen allgemeine Sympathie entgegenzubringen. Es war eine bewunderungswürdige Bewegung der belgischen Arbeiterklasse, die diesen Kampf drei Monate aushielt, um schließlich die Waffe der Arbeitgeber, den lock-out, zu brechen und die gewerkschaftliche Verbindung aufrecht zu erhalten. Wie für die Diamantarbeiter und Handschuhmacher, verweigerte die belgische Arbeiterpartei ihre Mitwirkung den Arbeitern von Verviers nicht, die bei der Vereinigung mit der Partei widerspenstig waren. Wir können die Ehre für uns in Anspruch nehmen, alles getan zu haben, um die Einigkeit unter den Arbeitern herbeizuführen, aber wir haben noch nicht die erhofften Resultate erzielt. Unser letzter gewerkschaftlicher Kongreß änderte den Titel der Gewerkschaftskommission der Arbeiterpartei in denjenigen der Gewerkschaftskommission der Arbeiterpartei und der unabhängigen Verbände um, indem er in Betracht zog, daß dieser Titel besser die Zusammensetzung unserer Zentrale darstellte und auch in der Hoffnung, die nicht mit der sozialistischen Partei verbündeten Gewerkschaften uns zuzuführen, soweit sie das Prinzip des Klassenkampfes und die parlamentarische Tätigkeit anerkennen. Bis jetzt sind nur die Handschuhmacher der Gewerkschaftskommission beigetreten. Nachdem die Diamantarbeiter ungefähr drei Jahre der Gewerkschaftszentrale angehört haben,

zogen sie sich zurück, um die Konstitution einer neuen unabhängigen Gewerkschaftszentrale zu versuchen. Sie konnten nicht die Mitwirkung der anderen großen unabhängigen Vereinigungen erlangen, und sie haben sich mit einigen unbestimmten Beitrittserklärungen junger Gewerkschaften zufrieden geben müssen, die unter ihrem Schutze standen, sowie auch mit einigen unbestimmten anarchistischen Verbänden oder Anhängern „der direkten Aktion“. Wir fällen kein Urteil über diese Haltung, indem wir überzeugt sind, daß die gewerkschaftliche Einigkeit sich früher oder später von selbst ergeben wird.

* * *

Wir erwähnen nur noch einmal die Kundgebung, welche von unserer Partei am Jahrestage der Metzeleien von St. Petersburg veranstaltet wurde. Der Generalrat der Arbeiterpartei gab eine Broschüre über die russische Revolution heraus, Meetings und Konferenzen fanden im ganzen Lande statt. Unsere Beiträge zugunsten der russischen Revolution sind auf mehr als 15 000 Frank gestiegen, was uns relativ wenig erscheint. Aber man muß damit rechnen, daß während dieser drei letzten Jahre unsere Arbeitervereinigungen vielfältig in Anspruch genommen worden sind durch die vielen ökonomischen Konflikte, und im Augenblick, da die Revolution auf dem Höhepunkt war, war das belgische Proletariat gezwungen, Ausgaben, die fast eine Million Frank betrugen, zu machen.

* * *

Während der legislativen Wahlen von 1904—1907 hat sich das belgische Parlament mit vier Fragen beschäftigt, die ganz besonders die Arbeiterklasse betrafen:

Das Projekt über die Arbeitsunfälle, — das Projekt über die Sonntagsruhe, — das Projekt über die neuen Minen von Campine, — das Kolonialregime vom Kongo.

Der Parlamentsverband hat bei jeder dieser Debatten die ganz klaren Forderungen des Proletariats verteidigt. In Sachen der Unfälle hat er besonders eine viel höhere Entschädigung als 50 Proz. des Durchschnittslohnes gefordert, und er hat Zusatzanträge eingebracht, die diese Entschädigung auf 75 und 60 Proz. des Durchschnittslohnes brachten. Bei der Diskussion über die Sonntagsruhe hat er die Ausdehnung dieser Ruhe auf alle Arbeitskategorien verlangt, und zwar eine Ruhe so vollständig wie möglich; er war aber immer auf die technischen Notwendigkeiten der Industrie bedacht, und im Falle eines unmöglichen Stillstandes in der Produktion hat er vorgeschlagen, die Ruhe durch Ersatz zu ermöglichen. Aber die heißeste Schlacht ist bei dem Minenprojekt geliefert worden, bei welcher Gelegenheit die Frage über das Eigentum des Untergrundes, die Frage der Ausbeutungsart, die Frage der Arbeitsregulierung der Erwachsenen gestellt wurde, deren Lösung von der belgischen Arbeiterklasse mit größter Ungeduld erwartet wird. Bei der Frage über das Eigentum durch die Verbindung konservativer, klerikaler und liberaler Elemente besiegt, ist es ihm dennoch, dank dem Anteil einiger Elemente der konservativen Rechten und einer Anzahl Liberaler, gelungen, dem Staate einen Teil des neuen Minenbereichs reservieren zu lassen, dessen größter Teil schon Kapitalisten der beiden bürgerlichen Stände und sogar Parlamentsmitgliedern bewilligt worden war, — ein unerhörter Skandal, der durch die Regierung pro-

voziert wurde, eine Unverschämtheit dieser Abgeordneten. Das Gesetz hat eine Verbesserung bewirkt, welche die Regierung zwingt, die Arbeit zu regulieren, die den Bergarbeitern eine Rente bewilligt, und die in den Minen die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren verbietet, sowie auch die Arbeit von Frauen. Diese Einfügung der Verbesserung, welche sich auf die Verpflichtung bezieht, die Arbeit zu regulieren, hat sogar eine ministerielle Krise verursacht, und man muß abwarten, was die neue Regierung tun wird, ob sie beabsichtigt, das unveränderte Projekt vor dem Senat zu verteidigen oder ob sie bei der Verwerfung des Projekts behülflich sein wird. Die vierte noch immer anhängige Frage ist diejenige des Kolonialregimes vom Kongo, ein ernstes internationales und nationales Problem. König Leopold II, der Herrscher des unabhängigen Staates Kongo, beutet dieses Land wie sein Privateigentum aus, erntet die Früchte einer erzwungenen unmenschlichen Arbeit und stellt der Entwickelung des Handels der anderen Nationen die schwersten Hindernisse entgegen, trotz der formellen Bestimmungen des Vertrages zu Berlin. Leopold II. hat Belgien die Beibehaltung des autokratischen Regimes im Kongo auferlegen wollen, aber man kann schon voraussehen, daß es ihm nicht gelingen wird, seine Projekte auszuführen, trotz der Schlaffheit unserer Bourgeoisie.

* * *

Seit dem Kongreß von Amsterdam haben wir mit Vergnügen beobachtet, wie die allgemeine Organisation unseres Landes sich gebessert hat.

Die 26 Bezirksföderationen sind autonom und vervollständigen oder verbessern die Beschlüsse des Generalrates, in dem sie durch ihre Delegierten vertreten sind, die an der Seite der Delegierten der nationalen Berufsföderationen sitzen und alle Fragen und die Taktik, die von allgemeinem Interesse sind, prüfen.

Die föderative Grundlage unserer Partei schließt eine gewisse Zentralisation der Propaganda nicht aus. Der Generalrat tritt bei den legislativen Wahlen durch Broschüren und Wahlaufrufe, Flugschriften und durch Proklamationen politischer oder ökonomischer Art aller Bezirksföderationen hervor.

Die Beiträge zur Zentralkasse sind noch gering, aber man muß die Unkosten in Betracht ziehen, die auf jeder Föderation lasten und zu welchen die Verbände selbst beitragen müssen. Die schärfere Kontrolle der Zahl der Mitglieder hat schon in anerkennenswerter Weise die Hülfsquellen des Generalrats vermehrt und der wirkliche Beitritt vieler sozialistischer Verbände wird die Lage noch verbessern. Die Zahl der Sekretäre, angestellt durch die Arbeiterorganisationen, durch die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Föderationen, beträgt mehr als 30. Alle diese Genossen, die gewöhnlich frühere Arbeiter sind, leisten beträchtliche Dienste, nicht nur durch Ausübung ihres Verwaltungsamtes und durch Propaganda, sondern auch dadurch, daß sie als juridische Berater dienen. Die Organisation des belgischen Arbeiterproletariats tritt in eine Phase des festen Zusammenhanges.

Von Anfang an sind wir sehr ehrgeizig gewesen. Anstatt uns an eine einzige Art der Organisation zu halten, haben wir alle umfassen wollen und unser Bestreben, das sich auf drei oder vier verschiedene Punkte verteilte, hat nicht überall dieselbe Kraft und denselben Nachdruck gehabt. Aber dieses System ließ uns unfruchtbare Kämpfe über

den Vorteil einer oder der anderen Methode vermeiden. Wir haben gearbeitet. Wir haben die fertige Tatsache der Theorie vorgezogen. Wir haben den Sieg und den momentanen Rückschlag kennen gelernt. Aber wir sind stets in der Aktion einig geblieben. Wir besitzen schöne genossenschaftliche und politische Schöpfungen, wir befestigen jetzt unsere gewerkschaftlichen Schöpfungen, und in einigen Jahren, dessen sind wir sicher, dank unserem Bestreben, dank dem Nutzen, den wir aus der Belehrung durch unsere Genossen des Auslandes ziehen werden, werden wir gewerkschaftlich das sein, was wir genossenschaftlich und politisch sind.

Unsere Taktik ist die gewesen, dem Feinde auf allen Gebieten der menschlichen Tätigkeit Positionen zu nehmen, um unsere Klasse zu verstärken und sie sich ihres Erlösungswerkes durch sich selbst bewußt zu machen. Wir fühlen uns dabei sehr wohl und wir hegen den Wunsch, daß der Kongreß von Stuttgart durch seine wohltuende Aktion, durch die internationale Idee, die sozialistische Bewegung stark machen möge.

Der Sekretär der belgischen Arbeiterpartei.

Georges Maes.

Belgische Arbeiter-Partei. — Uebersicht vom 31. Dezember 1906.

Arondissements	Gruppen	Mitglieder	Davon gewerkschaftl. organisiert	Genossensch. Vereine	Gewerksch. Vereine	Politische Vereine	Künstl. Ver.	Hülfskassen	Zeitschriften: tägl.	Zeitschriften: monatl.	Zeitschriften: Gewksch.	Zeitschriften: wöchtl.	Abgeordnete	Abgegebene Stimmen 1900	1902	1904	1906
Anvers	27	2647	1654	1	12	14	—	—	1	—	2	2	1	13161	14303	—	14504
Malines	12	748	204	1	6	4	—	1	—	—	—	—	—	3264	6000	—	6000
Bruxelles	111	24237	5970	6	62	35	7	1	2	4	8	3	5	59389	57546	—	57722
Louvain	15	2900	630	2	6	7	—	—	—	—	—	1	1	11639	13020	—	13020
Nivelles	28	5143	576	2	5	11	—	10	—	—	—	—	1	20924	20140	—	20140
Gand	35	17119	6783	4	17	9	4	1	1	3	5	1	1	20692	24231	21746	—
St.-Nicolas	14	1284	450	3	6	5	—	—	—	—	—	1	—	2662	—	2662	—
Alost	17	2980	1125	3	9	5	—	—	—	—	—	1	—	3189	—	2839	—
Audenaerde	10	1065	630	1	4	5	—	—	—	—	—	—	—	727	—	2572	—
Bruges	5	845	5	1	1	2	—	1	—	—	—	—	—	633	—	—	—
Ostende	5	790	120	1	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Courtrai	19	3950	675	4	4	7	2	2	—	—	—	2	1	4595	—	4098	6238
Ypres	7	599	117	2	2	2	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mons	43	9481	1905	14	6	7	2	14	2	—	—	—	3	42451	—	39673	—
Ath-Tournai	30	2532	1547	4	15	9	—	2	—	—	—	1	—	13506	—	12718	—
Soignies	56	16735	1935	5	7	7	1	36	1	—	—	1	1	22732	26289	22298	—
Charleroi	80	21130	871	6	4	5	—	65	1	—	1	1	4	76008	74294	73075	—
Thuin	53	5943	1890	4	20	7	—	22	—	—	—	1	1	17279	—	15171	—
Namur	33	4594	71	6	3	14	—	10	1	—	—	1	2	25272	24537	—	24537
Dinant	13	2750	300	6	2	1	1	3	—	—	—	—	1	16487	15542	—	15542
Luxembourg (pr.)	11	490	—	4	—	7	—	—	—	—	—	1	—	3445	5744	—	5744
Liége	88	10122	2678	22	35	25	3	3	1	—	2	2	5	63965	65118	54783	—
Huy-Waremme	49	3515	636	12	10	17	4	6	—	—	—	2	1	21689	—	23689	—
Verviers	32	3120	1870	3	7	19	1	2	1	—	—	—	2	19325	25032	19085	—
Tongres	3	49	12	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	841	—	1238	—
Turnhout	5	522	460	—	4	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Roulers	2	500	500	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
															463967		
	803	145781	35624	117	252	229	25	180	11	7	18	20	30	443676		469094	

Holland.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in den Niederlanden.

Der jetzige Bericht enthält einen kurzen Ueberblick über die Entwickelung der Arbeiterbewegung in Holland seit dem internationalen Kongreß von Amsterdam im Jahre 1904.

In politischer Hinsicht ist das Hauptereignis die Wahl von 1905 gewesen, die den Sturz des klerikalen Ministeriums zur Folge hatte. Diese Wahlbewegung hat unter für die Sozialdemokraten sehr ungünstigen Bedingungen stattgefunden.

Nach der gewöhnlichen Regierungsperiode von vier Jahren hatte sich das klerikale Ministerium Kuyper so abscheulich gegen die Arbeiter benommen, daß wenigstens ein großer Teil vor allem nach der Erfüllung eines Wunsches strebte, der sich in den Worten äußerte: „Nieder mit Kuyper!" Die Arbeiter sahen außerdem in der Person des Ministers Kuyper die Personifizierung der Reaktion. Diese war plötzlich während des „roten Vierteljahrs", in den ersten Monaten des Jahres 1903, zum Vorschein gekommen, als die Regierung der gewerkschaftlichen Bewegung neue Hindernisse in den Weg stellte und durch einen Federstrich den Eisenbahn- und Staatsarbeitern das Streikrecht entzog. Die Arbeiter sahen in Kuyper den Mann, der während der Apriltage 1903 ihre rechtmäßige Opposition gegen den Angriff auf ihre Rechte niedergeschlagen hatte, und mit einem sehr begreiflichen Seufzer der Erleichterung nahmen sie seinen Sturz als Minister auf. Die Wahlen fanden noch mehr unter dem Einfluß des „Gegensatzes" (liberal-klerikal) statt, und konnte daher der Klassenkampf nicht voll zum Ausdruck kommen. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen erhöhte sich von 38 279 im Jahre 1901 auf 65 743 im Jahre 1905. Kein Sitz ging bei dem ersten Wahlgang verloren. Neun Sozialdemokraten kamen in die Stichwahl und sieben wurden gewählt, und zwar: Hugenholz in Westellngwerf, van Kol in Enschede, ter Laan in Hoogezand, Schaper in Appingedam, Tack in Franeker, Troelstra in Amsterdam III und van der Zwaag (der nicht Parteimitglied ist) in Schoterland. In der vorigen Kammer saßen acht Sozialdemokraten. Das erfreulichste Resultat war, daß die Partei in den großen Industriestädten rapide Fortschritte machte. Während im Jahre 1901 12½ Proz. der Wähler für Sozialdemokraten gestimmt hatten, erhöhte sich dieser Prozentsatz im Jahre 1905 auf 21,2 Proz. Trotz dieser Zunahme erlangte man bei 9 nur einen Sitz mehr. Die kleinen Industriebezirke wiesen einen gleichen Fortschritt auf. In einigen Teilen des Landes war die Zahl der Stimmen sogar heruntergegangen.

* * *

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei besaß in den Niederlanden:

Am 31. Dezember	1903	124	Sektionen	mit	6000	Mitgliedern,
„ „ „	1904	137	„	„	6100	„
„ „ „	1905	152	„	„	6816	„
„ „ „	1906	167	„	„	7471	„

Die Einflußsphäre der Partei auf politischem Gebiete entwickelt sich beständig. In 30 Gemeindeverwaltungen sind einer oder mehrere unserer Genossen vertreten. Wir haben eine Verbindung unter unseren

5*

Gemeindedeputierten durch die Begründung der „Vereinigung der Gemeinderäte“ hergestellt, die seit dem 1. Januar 1907 ein monatliches Blatt: „Die Gemeinde“ („De Gemeente“) herausgeben.

Wir machen besondere Propaganda unter den Frauen, dank unseren 5 sozialistischen Propaganda-Frauenklubs und dank deren monatlich erscheinendem Blatt „Die Proletarische Frau“ („De Proletarische Vrouw“).

Die jungen Arbeiter haben 14 Abteilungen in der Liga der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen der Niederlande „De Zaaier“, der ein monatliches Blatt unter demselben Namen herausgibt.

Die Parteipresse besteht aus: „Het Volk“, einem täglich erscheinenden Blatt (Amsterdam) und aus neun wöchentlich erscheinenden: „Friesch Volksblad“ (Leeuwarden), „Volksstryd“ (Groningen), „De Nieuwe Tyd“ (Enschede), „De Arbeid“ (Arnhem), „De Stem des Volkes“ (Utrecht), „De Voorpost“ (Zaandam), „Voorwaarts“ (Rotterdam), „De Baanbreker“ (Middelbourg), „Eendracht“ (Eindhoven).

Das „Volk“ gibt auch am Sonntag ein wöchentliches humoristisch-satirisches Blatt: „De Notenkraker“ („Den Nußknacker“) heraus, das sicherlich das beste derartige Blatt in unserem Lande ist. Neben diesen Parteiorganen erscheinen noch besondere: „De Nieuwe Tyd“ („Die Neue Zeit“), monatliche sozialdemokratische wissenschaftliche Revue, „De Kroniek“, ein wöchentliches, allgemeine Fragen behandelndes Blatt, und „De Blyde Wereld“ („Die Lustige Welt“), ein wöchentliches Blatt, das einen religiösen Sozialismus verteidigt. Es erscheinen ungefähr 40 periodische gewerkschaftliche Zeitungen.

* * *

Die sozialdemokratische Fraktion im Parlament der Niederlande hat jetzt während der letzten Jahre auch ihre vollständige Selbstverwaltung gegenüber den anderen bürgerlichen Parteien. Dieser Versuch war leicht unter dem Minister Kuyper, dessen Politik seit 1903 einen Charakter sozialistischer Provokation angenommen hatte. Er war schwerer unter dem jetzigen liberalen Ministerium, das infolge der Wahlen von 1905 zur Macht gelangt ist, deren Abstimmungen dank der sozialistischen Wähler für die Liberalen günstig und für die klerikale Reaktion ungünstig gewesen sind. Das Resultat davon war, daß die Liberalen 45 Sitze bekommen haben, die Klerikalen 48, während die Sozialdemokraten stark genug waren, die Wage im Gleichgewicht zu halten. Die sozialdemokratische Partei hat von Anfang an erklärt, daß sie zur Opposition gehöre, und daß sie die Regierung nur da unterstützen würde, wo sie es durch ihre Handlungsweise verdiente. Sie sind also verpflichtet gewesen, gegen den Vorschlag des Gesetzes über den Arbeitsvertrag zu stimmen, weil dieser Bestimmungen enthielt, die der Freiheit der gewerkschaftlichen Organisation schadeten. Es gelang ihr, die Regierung zu hindern, sich an die Gewerkschaften der Staats- und Militärarbeiter usw. zu wagen. Vorschläge, die unter der früheren Regierung an der Tagesordnung waren. Aus diesem Grunde kann man bei den großen, alljährlich stattfindenden Demonstrationen für das allgemeine Stimmrecht Soldaten und Matrosen manifestieren sehen, und die Minister verhandeln mit den betreffenden Gewerkschaftskomitees über die Bedingungen der staatlichen Beamten und Arbeiter.

Bei diesen Arbeiten legt die Fraktion die größte Bedeutung der Befestigung der autonomen Arbeiterorganisation bei. Sie verlangt, daß die Gewerkschaften der staatlichen Beamten und Arbeiter in die Dienst- und Arbeitsordnung miteinbegriffen werden, im übrigen befolgt sie dieselbe Taktik wie die sozialdemokratischen Parteien anderer Länder, wo der Klassenkampf ins Parlament eingedrungen ist.

Nach dem Zusammenbruch des Generalstreiks im Jahre 1903 hat die gewerkschaftliche Bewegung Hollands Jahre gebraucht, um diesen Schlag zu überwinden. Erst in der letzten Zeit macht sich ein wohltuendes Erwachen im ganzen Lande bemerkbar. — Ueberall beobachtet man eine Zunahme an Kraft bei den Organisationen, sowohl was die Zahl der Mitglieder betrifft, als auch ihren inneren Zusammenhang. Tatsachen haben bewiesen, daß das große Uebel, an dem die gewerkschaftliche Bewegung litt, der Anarchismus war, der den Arbeitern schöne Worte statt Kraft gab, Phrasen statt einer Richtschnur. Der Anarchismus zeigte sich in Holland auch in Form des Syndikalismus, und während langer Jahre hat er das „Nationale Arbeiter-Sekretariat" („Het National-Arbeiderssekretariaat") als seine Festung betrachtet. Diese Organisation wird mehr und mehr von den Gewerkschaften im Stich gelassen, und sie ist zu einer kleinen Gruppe ganz kleiner und sehr schwacher anarchistischer Organisationen reduziert worden. Eine neue und starke gewerkschaftliche Zentral-Organisation ist seit damals begründet worden.

Der Niederländische Gewerkschaftsverband (Nederlandsch Verbond van Vakvereenigungen), der am 1. Januar 1906 in Kraft trat, umfaßt jetzt schon 18 Nationalorganisationen mit ungefähr 28 400 Mitgliedern. Diese Organisation ist in einem Jahre stärker geworden, als es die S. O. N. jemals war. Durch diesen Verband steht jetzt die gewerkschaftliche Bewegung in regelmäßiger Beziehung zu der politischen Arbeiterorganisation unserer Partei. Konferenzen finden zwischen dem Komitee des Niederländischen Verbands der Gewerkschaften, dem Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratischen Parlamentsfraktion und der Redaktion des offiziellen Parteiorgans „Het Volk" statt. Auf diese Weise besteht ein Zusammenwirken, das überall eine gleichartige, gut ausgebildete Tätigkeit möglich macht.

In Kreisen und Berufen, wo niemals eine Bewegung zu beobachten war, sieht man jetzt die Arbeiter sich rühren. — In Leiden, einer Stadt mit entwickelter Industrie, die aber ein ganz demoralisiertes und energieloses Proletariat hat, ist ein Streik unter den Tischlern ausgebrochen, die zur Bewunderung der ganzen niederländischen Arbeiterklasse den Kampf mit großer Ausdauer drei Monate lang ausgehalten haben. Die Feldarbeiter, deren Beruf durch elende Arbeitsbedingungen gekennzeichnet ist, Arbeiter, die bis jetzt der Organisation nicht geneigt waren, haben in verschiedenen Gemeinden des Nordens gestreikt und haben einen Sieg davongetragen, der auch auf die Verhältnisse anderer Orte Einfluß ausgeübt hat. In der Jute-Industrie Ryssen, wo skandalöse Löhne, die Ausbeutung der Heimarbeit und die Schwindsucht Hand in Hand gehen, hat sich das erschöpfte Proletariat empört. Dieser Kampf, der durch seine Enthüllungen über die Lage des Proletariats im ganzen Lande einen Aufschrei der Entrüstung hervorgerufen hat, ist noch nicht beendet.

Das Erwachen der Arbeiterbewegung hat andererseits ein starkes Bündnis unter den Arbeitgebern hervorgerufen. Leiden und Nyssen sind typische Beispiele für das brutale und schamlose Benehmen des Arbeitgebertums, das auch nicht die geringste Verbesserung der Bedingungen zugeben wollte. In Enschede hat die Arbeitgeberorganisation 7000 Männer und Frauen auf die Straße gesetzt, weil 30 anarchistische Arbeiter aus eigenem Antriebe, außerhalb jeder Organisation, versucht hatten, einen Streik der Tat zu beginnen, ein Kampfsystem, das die letzte Erfindung des Anarchismus ist, und das, wie alle zerstörenden Methoden, sich hier die Gunst der Anarchisten erworben hat. Dieser Streik hat auch vielen Arbeitern der Provinz Twente die Augen geöffnet, und er hat auch einen starken Zusammenschluß der mit dem Niederländischen Gewerkschaftsverband verbündeten Organisation „Eendracht" bewirkt.

Man kann mit Recht behaupten, daß die niederländische Gewerkschaftsbewegung, von den Fehlern ihrer Vergangenheit geheilt, gereinigt und gekräftigt, in eine große Entwickelungsperiode tritt und einer schönen Zukunft entgegengeht.

* * *

Die genossenschaftliche Bewegung hat sich während dieser Periode langsam, aber sicher entwickelt, sehr langsam nach der Meinung der Begründer, die ihr Auge auf andere Länder gerichtet hatten. — Die Zahl der Arbeitergenossenschaften, die einen Teil des Nutzens dem politischen und ökonomischen Arbeiterkampf abtreten, ist von 22 auf 29 gestiegen. Der größte Teil dieser Genossenschaften ist mit dem „Niederländischen Genossenschaftsverband" („Neederland'sche Cooperatieven Bond") verwachsen, der sich im Jahre 1905 von der kleinbürgerlichen Genossenschaft „Eigen Hulp" getrennt hat und von da ab eine autonome und neutrale Vereinigung von Genossenschaftsgesellschaften geworden ist, der außerdem den Zweck hat, gemeinschaftliche Einkäufe zu machen. Ihr jährlicher Umsatz beträgt 1 500 000 Fl., das sind 3 150 000 Frank. Die Vereinigung betreibt eine eigene Seifensiederei und gibt ein monatliches Blatt heraus. Ungefähr 90 Organisationen sind mit ihr verbündet.

* * *

Der Anarchismus hat seit lange einen Einfluß auf die Maifeier, sowie auf die gewerkschaftliche Bewegung ausgeübt. Anstatt die internationale Forderung, die die Demonstration hervorgerufen hat, klarzulegen, manifestierten sie für alles mögliche. In dieser letzten Zeit war die Devise: „Für den Generalstreik" ohne jedes andere bestimmte Ziel. Die Rückwirkung des Anarchismus auf das gewerkschaftliche Gebiet brachte die internationale Devise: „Gesetzlicher Achtstundentag" mit der nationalen Forderung: „Allgemeines Stimmrecht" wieder in Gang.

Man veranstaltet jährlich Demonstrationen für diese Reformen, die mehr und mehr einen proletarischen Charakter annehmen. Da die bürgerliche Organisation der Frauen nicht mehr dem „Komitee für das allgemeine Stimmrecht" angehören wollte, und die bürgerlichen Anhänger des allgemeinen Stimmrechts verweigert hatten, sich an den internationalen Demonstrationen zu beteiligen, hat das oben erwähnte Komitee einen mehr und mehr ausgesprochenen Klassencharakter angenommen. Diese Veränderung hat sich noch durch die Gründung eines bürgerlichen Komitees für das allgemeine Stimmrecht verstärkt, das vor allem von sozialdemokratischen Elementen frei sein und bleiben sollte.

Trotz dieses Rückzuges der bürgerlichen Elemente kommen jährlich Tausende von Leuten, um sich der großen Arbeiterarmee wieder anzuschließen. Während im Jahre 1905 die Zahl der Gesellschaften 470 betrug, ist sie im Jahre 1906 auf 570 gestiegen, und sie vertreten 35 000 Gewerkschaftsmitglieder und 17 000 Mitglieder anderer Organisationen, unter diesen die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und 6800 Mitglieder von Genossenschaften.

Diese starke Bewegung hat ihren Einfluß auf verschiedene politische Parteien geltend gemacht, die genötigt waren, die Frage des Stimmrechts in Betracht zu ziehen. Das Ministerium hat in seinem Programm „der Blanko-Artikel" bekannt gemacht, daß es damit einverstanden ist, jedes Hindernis in der Konstitution gegen die Bewilligung des allgemeinen Stimmrechts zu unterdrücken.

* * *

Die Art, in welcher gewisse Genossen, die sich hauptsächlich der theoretischen Arbeit widmen, verschiedene praktische Fragen kritisiert haben, hat eine ziemlich unangenehme Lage in der Partei verursacht, die sogar unsere Einheit und unsere durchdringende Kraft bedroht hat. Aus diesem Grunde hat der Kongreß zu Utrecht im Jahre 1906 folgenden Beschluß gefaßt:

Der Kongreß der sozialdemokratischen Partei bedauert,

angesichts dessen, daß man seit Jahren in der Partei die Erscheinung hat konstatieren können, daß verschiedene Genossen sich systematisch dem Vorwurf der Prinzipienschwäche, dem Opportunismus, dem Revisionismus usw. aussetzen von seiten anderer Genossen, welche das ausdrückliche Recht und die Verpflichtung zu haben glauben, die Partei vor dem „Niedergang" zu schützen, d. h. vor der Abirrung des durch das Prinzip vorgeschriebenen Weges usw.,

daß diese Erscheinung andererseits eine Opposition hervorgerufen hat, die sich in ebenso beleidigenden Bezeichnungen gegen die beglaubigten Genossen geäußert hat,

daß infolgedessen die Einheit der Partei unvermeidlich in Gefahr gebracht werden muß,

diesen Mißbrauch der Kritikfreiheit, einer Freiheit, die bei unserer Partei über jeden Streit erhaben ist, und legt allen Genossen die Pflicht auf, die Kritik in solchen Grenzen zu halten, daß die gegenseitige Achtung sowie auch die Einheit der Partei nicht verletzt werde und geht zur Tagesordnung über.

Die betroffenen Genossen, die mit Unrecht in dieser Resolution eine Negation des Kritikrechts sahen, verweigerten es, sich an der politischen Arbeit zu beteiligen und der Kommissionssitzung beizuwohnen, die von dem Parteikomitee einberufen wurde, die sie über das Parteiprogramm aufklären und eventuell Revisionsvorschläge machen sollte. Diese Revision war schon im Kongreß zu Haag (1905) beschlossen worden und schien dem Parteikomitee als dringlich zu gelten, um in unseren Grundstatuten Stellen fortzulassen, die als undeutlich erkannt worden waren, und außerdem, um unsere Stellung im Verhältnis mit den liberalen Demokraten zu befestigen.

Infolge der vielen Umstände wurden die Differenzen in der Partei viel schärfer. Die obenerwähnten Genossen hatten die Partei in Marxisten und Revisionisten geteilt, was die Lage etwas verschlimmerte.

Sie glaubten die Tatsächlichkeit dieses Gegensatzes nachweisen zu müssen, was eine fortgesetzte Kritik der leitenden Parteimitglieder hervorrief. Diese wurden besonders angeklagt, sich vom Prinzip des Klassenbewußtseins zu entfernen, um eine Taktik der Annäherung zur Bourgeoisie anzunehmen.

Das Parteikomitee glaubte diesen Genossen die Pflicht auferlegen zu müssen, diese Anklagen auf dem letzten Kongreß zu beweisen.

Das Resultat war, daß der Kongreß zu Harlem (1907) mit 226 Stimmen gegen 11 und 14 Stimmenthaltungen folgende Resolution annahm:

„Der Kongreß, nachdem er die Debatte gehört hat, die Anklage verschiedener Genossen gegen die leitenden Mitglieder und die Mehrzahl der Partei betreffend, daß diese von der Taktik des Kampfes gegen die Bourgeoisie abgewichen sind; in Anbetracht, daß diejenigen, welche diese Anklagen erhoben haben, dieselben nicht beweisen konnten, weist diese Anklage zurück und leugnet die formelle Teilung der Partei in zwei Gruppen, deren eine im Besitz eines guten, umfassenden Verständnisses der sozialdemokratischen Theorie und Taktik sei, deren andere nach der bürgerlichen Seite neige.

Der Kongreß hat vollstes Vertrauen zu den vorzüglichen sozialdemokratischen Ansichten der leitenden Mitglieder der Partei und billigt im allgemeinen die bis zum heutigen Tage befolgte Taktik.

Der Kongreß appelliert schließlich an das sozialdemokratische Bewußtsein aller Mitglieder, damit alle gemeinsam als Genossen und vertrauensvoll im allgemeinen Kampfe gegen den Kapitalismus arbeiten mögen."

Die in Frage stehenden Genossen hatten schon vor der Abstimmung der Resolution erklärt, daß sie sich nicht der Entscheidung des Kongresses unterwerfen würden, und daß sie durch ihre Kritik in viel höherem Maße den Interessen der Partei Rechnung trügen. Andererseits nahm der Kongreß einstimmig eine Resolution an, in welcher die Kritikfreiheit über alle Kritik gestellt wurde.

Dieser Ausgang des letzten Kongresses ist allerseits als der Beginn einer neuen Aktion und Propaganda begrüßt worden.

Die Resolution des leitenden Komitees, die darauf hinzielte, eine Kommission für die Abfassung des Programms zu gründen, ist von dem Kongreß bestätigt worden, und das leitende Komitee ist beauftragt worden, diese Kommission durch Mitglieder zu vervollkommnen, die im vorhergehenden Jahre ihre Beteiligung verweigert hatten. Da der Komiteeleiter eine Enquete über die Organisation und die Tätigkeit eingeführt hat, an welcher sich alle Sektionen beteiligten, haben wir reichliches Material für die Befestigung der Partei in diesem Sinne bekommen.

So macht die niederländische Abteilung der internationalen Sozialdemokratie stete Fortschritte, im Bewußtsein innerer Kraft und im Einfluß auf die ganze Arbeiterbewegung. Unter den verschiedenen Verwaltungen sucht sie immer ihre Stütze in einer vollständigen Autonomie allen bürgerlichen Parteien gegenüber. Sie hat immer ihr Augenmerk auf die Arbeiterpartei geheftet. Ihr Ziel war und wird immer sein, für diese Klasse Reformen zu erwerben, die sie instand setzen werden, dem Kapitalismus Widerstand zu leisten, die den Arbeitern mehr Glück und

Wohlbehagen verschaffen werden, und es ihnen möglich machen werden, im Prinzip und in der Taktik mit der internationalen Sozialdemokratie im Einklang zu bleiben.

Im Namen des Leitenden Komitees der Niederländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei:

W. H. Vliegen, Präsident. J. van Kuykhof, Sekretär.

Die sozialdemokratische Bewegung in Dänemark.

Allgemeine und politische Uebersicht.

Indem wir auf unseren Bericht an den Internationalen sozialistischen Kongreß 1904 in Amsterdam und auf unsere Berichte an die früher abgehaltenen sozialistischen Kongresse über die Bewegung in Dänemark hinweisen, geben wir hiermit als Fortsetzung dieser Berichte folgende Aufschlüsse.

Wir wollen im voraus bemerken, daß sowohl unsere politischen wie unsere gewerkschaftlichen Organisationen der Sozialdemokratie angehören und deshalb keine voneinander abweichende Richtungen bilden. Jede für sich, sind sie Organe der gesamten Sozialdemokratie und hat jede von ihnen den Zweck, ihre eigene Aufgabe zu lösen in dem Klassenkampfe der Arbeiter hier im Lande, jedoch arbeiten sie zu jeder Zeit Hand in Hand sowohl auf dem politischen wie auf dem gewerkschaftlichen Gebiete. Die dänische Sozialdemokratie ist also eine Einheit, und es ist einigermaßen ein Mißverständnis, wenn man, wie es auf dem Amsterdamer Kongreß der Fall war (in der Anmerkung des Sekretariats Seite 256), nur die in der politischen Organisation eingeschriebenen Mitglieder als zur Partei gehörend betrachtet.

An und für sich ist die Einheit der dänischen Sozialdemokratie dadurch gegeben, daß sowohl die Mitglieder der politischen wie derjenigen der gewerkschaftlichen Organisation an allen Handlungen der Partei sowohl auf dem gewerkschaftlichen wie auf dem politischen Gebiete teilnehmen in allen den Fällen, wo ein gemeinsames Auftreten erforderlich ist. Aber um auch des weiteren die Einheit zu dokumentieren, wählt der Vorstand der politischen Partei 2 Mitglieder in die Zentralleitung der Gewerkschaften, ebenso wie diese wieder 2 Mitglieder in den Vorstand der politischen Partei wählt.

Die politische Organisation der dänischen Sozialdemokratie besteht gegenwärtig aus 230 Abteilungen, welche im ganzen zirka 35 000 Mitglieder zählen. Auf der anderen Seite steht die gewerkschaftliche Organisation, welche 58 Landesverbände mit einer Masse lokalen Abteilungen über das ganze Land umfaßt; außerdem gehören ihr 28 Organisationen an in den kleineren Branchen, welche nur in den einzelnen Städten, namentlich in Kopenhagen, ausgeübt werden. Im ganzen zählt die gewerkschaftliche Organisation zirka 99 000 Mitglieder. Da ein großer Teil der Mitglieder sowohl der gewerkschaftlichen wie der politischen Partei angehören, kann man die Mitgliederzahlen nicht direkt zusammenlegen, aber man wird nicht sehr fehlgehen, wenn man die Gesamtzahl

der Mitglieder in der dänischen Sozialdemokratie auf zirka **120 000** anschlägt. Seit Abhaltung des Amsterdamer Kongresses haben hier in Dänemark zwei Wahlen stattgefunden, und zwar zu beiden Abteilungen des dänischen Reichstages, nämlich dem Folketing und dem Landsting. Bei der Wahl zum Folketing am 29. Mai 1906 gelang es uns, 24 Mandate zu besetzen. Vor der Wahl war die Anzahl unserer Vertreter 16, sie stieg also um 8 neue Mandate bei der Wahl 1906. Unsere Partei stellte in 62 Kreisen Kandidaten auf (im ganzen zählt das Land 114 Wahlkreise für das Folketing) und erzielte insgesamt zirka 77 000 Stimmen.

Bei der Wahl zum Landsting, die im September 1906 stattfand, gelang es uns, die Wahl von 4 Vertretern unserer Partei durchzuführen. Wir besaßen vordem nur 1 Mandat im Landsting und errangen somit bei der Wahl 3 neue Mandate. Die Sozialdemokratie ist also nun durch 28 Genossen im dänischen Reichstag vertreten.

Mit Hinblick auf den Wahlmodus für jede Abteilung des Reichstags wollen wir folgendes anführen:

Die Grundlage für die Wahl zum Folketing ist das allgemeine Wahlrecht ohne irgend welchen Zensus. Das Wahlrecht tritt jedoch erst mit dem 30. Lebensjahre ein; Personen, welche Armenunterstützung genossen, ohne diese zurückbezahlt oder nachgegeben bekommen zu haben, gehen ihres Wahlrechts verlustig. Nur Männer können an der Wahl teilnehmen. Die Wahl ist direkt und geschieht durch geheime Abstimmung in Einzelkreisen, von denen jeder nur einen Vertreter in das Folketing entsendet. Im ganzen besteht das Folketing aus 114 Abgeordneten.

Die Wahl zum Landsting ist indirekt, indem innerhalb von Wahlkreisen, deren Umfang bedeutend größer ist als derjenigen zum Folketing, Wahlmänner gewählt werden, welche vermittels des Proportionalwahlsystems die Abgeordneten zum Landsting wählen. Die eine Hälfte der Wahlmänner wird von denselben Wählern gewählt, die das Wahlrecht zum Folketing haben, während die andere Hälfte von einer speziellen höchstbesteuerten Wählerklasse mit einem hohen Wahlzensus, der in den verschiedenen Gegenden des Landes etwas voneinander abweicht, gewählt wird. Die Zahl der Abgeordneten zum Landsting beträgt 66, von welchen die Regierung 12 „lebenslängliche“ ernennt. Die übrigen 54 werden auf die Weise erwählt, daß alle 4 Jahre die eine Hälfte (27) abgeht. Die ganze Wahlperiode zum Landsting ist 8 Jahre und zum Folketing 3 Jahre.

Seit dem Amsterdamer Kongreß haben wir ebenfalls an den hier in Dänemark stattgefundenen kommunalen Wahlen teilgenommen, und erzielte die Sozialdemokratie auch hierbei einen bedeutenden Zuwachs. Es gelang uns, in 50 Städten die Wahl von 450 Genossen teils zu den eigentlichen kommunalen Vertretungen, teils zu anderen kommunalen Vertrauensposten durchzuführen. Auf dem flachen Lande setzten wir in zirka 120 Gemeinden die Wahl von zirka 400 Genossen durch, und zwar ebenfalls sowohl zu den eigentlichen kommunalen Vertretungen wie zu den anderen kommunalen Vertrauensposten. Unsere Partei hat somit gegenwärtig zirka 850 Vertreter in den verschiedenen kommunalen Institutionen.

Unsere Parteipresse hat seit dem Kongreß in Amsterdam ebenfalls einen ganz bedeutenden Zuwachs gewonnen. Unsere Partei gibt jetzt 25 Tageszeitungen heraus, welche täglich in zirka 97 000 Exemplaren

erscheinen. Unser Zentralorgan „Social-Demokraten“ in Kopenhagen, welches in den angeführten Zahlen mit eingerechnet ist, erscheint täglich in zirka 55 000 Exemplaren. Außerdem besitzt die Partei 2 Wochenblätter.

Von unserer Tätigkeit im Reichstag wollen wir anführen, daß es uns gelungen ist, ein Gesetz durchzuführen, infolge welchem der Staat und die Gemeinden denjenigen Arbeiterorganisationen, die sich mit der Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder befassen, einen Zuschuß leisten sollen. In den zirka 20 Jahren, seit denen unsere Partei im Reichstag vertreten gewesen ist, haben wir beständig auf Durchführung dieser Sache hingearbeitet, was denn nun auch endlich von Erfolg war. Die Organisationen, welche diese Beihülfe verlangen können, müssen ausschließlich aus Lohnarbeitern bestehen, und kann der vom Staat und von den Gemeinden erteilte Zuschuß dieselbe Summe ausmachen, wie die von den Mitgliedern eingezahlten Beiträge.

Bis jetzt ist es uns noch nicht gelungen, ein Gesetz betr. Einführung des achtstündigen Arbeitstages als allgemein geltende Regel durchzusetzen, obgleich wir in jeder Session im Reichstag einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorlegen. Dessenungeachtet gewinnt der Achtstundentag eine immer größere Ausbreitung in Dänemark, indem er sowohl für einen beträchtlichen Teil der kommunalen Arbeiter wie in den sozialdemokratischen kooperativen Unternehmungen und durch die Anstrengungen der gewerkschaftlichen Organisationen ebenfalls in verschiedenen privaten Betrieben eingeführt worden ist.

Unsere Maidemonstrationen gewinnen mit jedem Jahre eine größere Ausdehnung überall im Lande.

An kooperativen Unternehmungen besitzt unsere Partei, außer der Parteipresse, in Kopenhagen eine Brotfabrik, eine Schlächterei und eine Bierbrauerei mit einem jährlichen Umsatz von 1 700 000 Kronen. Diese Unternehmungen haben unsere Wahlagitationen bei den letzten Wahlen mit zirka 6000 Kronen unterstützt, ebenso wie die Brotfabrik in arbeitslosen Perioden unsere Arbeitslosen durch Austeilung von Brot unterstützt hat. Außerdem existieren in der Provinz mehrere kooperative Bäckereien und Brauereien, welche durch die lokalen Parteiorganisationen geleitet werden.

Die dänische Sozialdemokratie arbeitet also Hand in Hand mit der organisierten Arbeiterklasse in allen Ländern auf der Basis des internationalen Sozialismus, indem unser Ziel darin besteht, die Kapitalherrschaft umzustürzen und eine auf den internationalen sozialistischen Prinzipien beruhende Gesellschaft zu errichten. In unserer Arbeit für Erreichung dieses Zieles haben wir seit dem Kongreß in Amsterdam bedeutende Fortschritte gemacht.

P. Knudsen, Geschäftsführer
des Sozialdemokratischen Verbandes in Dänemark.

Bericht
über die gewerkschaftliche Bewegung in Dänemark für die Jahre 1905 und 1906.

Eine der Fragen, welche das Interesse der zentralisierten Gewerkschaftsverbände in Dänemark ununterbrochen in Anspruch nehmen, ist die Arbeitslosigkeit; denn von dem Umfange der Arbeitslosigkeit ist es im höchsten Grade abhängig, inwieweit die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen imstande sind, die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter mit Erfolg durchzuführen. In den letzten Jahren hat man mit Genugtuung konstatieren können, daß die Arbeitslosigkeit hier in Dänemark bedeutend vermindert worden ist. Als Beweis hierfür dient das: während am 31. Dezember 1902 20 155 organisierte Arbeiter arbeitslos waren, ist deren Zahl am 31. Dezember 1906 auf 8 606 herabgegangen.

Die Unterstützungssummen, welche an Arbeitslose und Reisende ausbezahlt worden sind, zeigen ebenfalls einen bedeutenden Niedergang; während beispielsweise der Böttcherverband im Jahre 1904 durchschnittlich 25 Kronen 75 Oere per Mitglied ausbezahlte, hat er im Jahre 1906 nur 7 Kronen 20 Oere zu demselben Zwecke verausgabt. Der Verband der Schmiede und Maschinenbauer hatte im Jahre 1904 eine Ausgabe von 17 Kronen 93 Oere per Mitglied für die genannten Kategorien, im Jahre 1906 dagegen nur 11 Kronen 48 Oere, und ähnlich stellt sich die Sache auch für die übrigen Gewerkschaften. In den Jahren 1905 und 1906 wurden an Reisende und Arbeitslose 768 103 Kronen ausbezahlt, in den letzten 8 Jahren insgesamt 3 Millionen Kronen.

In der Reichstagssession im Winter 1906—07 wurde ein Gesetz betr. der „anerkannten" Arbeitslosigkeitskassen angenommen. Unter solchen Kassen versteht das Gesetz Vereine von Lohnarbeitern, welche den Zweck haben, sich gegenseitige Hülfe während der Arbeitslosigkeit zu sichern.

Die Unterstützung kann geleistet werden sowohl auf der Reise wie als Beitrag zur Hausmiete, und zwar entweder als Tagegeld oder als Hülfe in natura. Das Gesetz bestimmt, daß der Umfang und die Art der Unterstützung in jedem einzelnen Falle von dem betr. Kassenvorstand festgesetzt wird, aber dieser ist selbstredend an die Satzungen der Kasse gebunden.

Die durchschnittliche tägliche Unterstützung darf nicht mehr als zwei Drittel des in den betr. Branchen — oder wenn es sich um eine Kasse mit kommunaler Begrenzung handelt, an dem betr. Ort — üblichen Arbeitslohnes ausmachen, aber in keinem Falle darf die Kasse mehr als 2 Kronen und nicht unter 50 Oere täglich ausbezahlen.

Eine anerkannte Kasse darf keine Unterstützung leisten an: 1. Arbeiter, die entweder an einem Streik oder einer Aussperrung teilnehmen, 2. Kranke oder Arbeitsuntaugliche, 3. denjenigen, welcher die Arbeit ohne triftigen Grund verläßt oder diese wegen Trunksucht oder Streitsüchtigkeit verlassen muß, 4. diejenigen, welche sich entweder in Strafhaft oder 5. in Untersuchungshaft befinden, 6. diejenigen, welche Armenunterstützung genießen, 7. den, der sich weigert, die

ihm angewiesene Arbeit, welche seinen Kräften angepaßt ist, anzunehmen, 8. denjenigen, der seiner Militärpflicht genügt.

Die Entscheidung darüber, ob einem Mitgliede nach vorstehenden Bestimmungen die Unterstützung verweigert werden kann oder nicht, trifft der Vorstand der betr. Kasse.

Im Laufe eines Jahres — in 12 aufeinander folgenden Monaten — kann die Unterstützung für mindestens 70 Tage ausbezahlt werden, d. h. die Unterstützung, welche innerhalb eines Jahres erhoben wird, soll mindestens 35 Kronen betragen.

Der Fiskus leistet einen jährlichen Beitrag an die Arbeitslosigkeitskassen bis zu einem Höchstbetrage von 250 000 Kronen zur Verteilung an die Kassen im Verhältnisse zu den Prämiensummen. Die genannte Summe wird voraussichtlich den dritten Teil der als notwendig berechneten Gesamt-Prämiensumme decken. Man darf aber wohl davon ausgehen, daß auf dem jährlichen Staatshaushaltsetat ein höherer Beitrag bewilligt werden wird, wenn die erwähnten 250 000 Kronen nicht genügen sollten.

Die Gemeinden haben, auf Antrag einer oder mehrerer Abteilungen von Landeskassen oder von örtlich begrenzten Kassen, das Recht, den Antragstellern bis zu einem Sechstel der als notwendig berechneten Gesamt-Prämiensumme zu bewilligen, jedoch nur für diejenigen Mitglieder, deren Aufenthaltskommune die betr. Gemeinde bis zu dem vorhergehenden 31. März gewesen ist.

Das Gesetz tritt am 1. August d. J. in Kraft, und um es auf das vorteilhafteste für die Arbeiter zu verwerten, haben die zentralisierten Gewerkschaftsverbände eine Kommission eingesetzt, deren spezielle Aufgabe es sein soll, ein Musterstatut auszuarbeiten, das denjenigen Kassen, welche auf den fiskalischen Zuschuß Anspruch machen wollen, als Richtschnur dienen kann.

In den verflossenen Jahren sind die Lohnbewegungen recht umfassende gewesen. So waren beispielsweise im Jahre 1905 43 Organisationen mit zusammen 26 468 Mitgliedern und im Jahre 1906 41 Organisationen mit 39 952 Mitgliedern an Lohnbewegungen beteiligt — also im ganzen in den letzten 2 Jahren 66 420 Mitglieder. Von diesen befanden sich 8 278 Mitglieder im Streik, 414 waren ausgesperrt, während 57 728 ihre Forderungen ohne Konflikt durchführten.

Dieses Jahr — 1907 — waren bis jetzt 30 Organisationen mit über 20 000 Mitgliedern in der Lohnbewegung, davon 900 im Streik und zirka 2000 waren ausgesperrt.

Eine vorgenommene Untersuchung, zirka 50 000 männliche Arbeiter umfassend, über die Höhe des Minimallohnes hat ergeben, daß 17 000 Arbeiter einen Stundenlohn von 35 Oere und darunter haben, 7000 haben 36—39 Oere, 19 000 40—50 Oere und 6000 über 50 Oere.

Der Minimal-Stundenlohn der weiblichen Arbeiter variiert zwischen 10—27½ Oere.

Die Arbeitszeit für 69 684 Arbeiter stellt sich so, daß 4 eine tägliche Arbeitszeit von 6 Stunden haben, 30 haben 7 Stunden, 1038 8 Stunden, 1728 8½ Stunden, 5298 9 Stunden, 11 728 9½ Stunden, 40 583 10 Stunden und 9275 haben über 10 Stunden.

An Mitgliedern, die entweder im Streik standen oder ausgesperrt waren, wurden in den Jahren 1905 und 1906 ausbezahlt: im Auslande 369 486 Kronen, in Dänemark 787 768 Kronen, also im ganzen 1 157 254 Kronen.

In finanzieller Beziehung müssen die beiden Jahre für die zentralisierten Gewerkschaftsverbände als gute bezeichnet werden. Ausgangs 1906 war ihr Vermögen 3 242 483 Kronen oder durchschnittlich = 36 Kronen 27 Oere pro Mitglied.

Die zentralisierten Gewerkschaftsverbände umfassen gegenwärtig 49 Verbände mit 1 044 Lokalabteilungen sowie 12 einzelnstehende Vereine; die Mitgliederzahl aller dieser Organisationen beträgt 78 081.

Einige Organisationen stehen noch außerhalb der Zentral-Gewerkschaftsverbände, aber es ist wohl nur eine Frage der Zeit, wenn auch diese als Glieder der Landesorganisation mitgezählt werden können.

In vielen Fällen, wo es sich darum handelt, den Arbeitern von Nutzen zu sein, treten die Zentral-Gewerkschaftsverbände helfend bei. Beispielsweise werden den Organisationen Mittel zur Agitation und ebenfalls Agitatoren zur Verfügung gestellt.

Die Errichtung von kooperativen Unternehmungen wird gleichfalls von uns gefördert, ebenso wie die zentralisierten Gewerkschaftsverbände Untersuchungen anstellen lassen über die Arbeitsverhältnisse in verschiedenen Branchen. So wurde z. B. eine umfangreiche Untersuchung darüber angestellt, in wie hohem Grade die Unternehmer die fremden Arbeiter ausbeuten. Hier wurde in erster Linie an die Landarbeiter gedacht. Die Gutsbesitzer und größeren Landwirte importieren jedes Jahr im April eine große Schar polnischer Landarbeiter, sowohl aus Deutsch-Polen wie aus dem österreichischen und russischen Polen. Infolge dieser Untersuchungen, welche jedoch nur 64 Arbeitsplätze mit 834 polnischen Arbeitern (317 Männer, 510 Frauen und 7 Kinder) umfassen, ergab sich, daß der Lohn viel niedriger ist als der, welcher den dänischen Arbeitern geboten wird. Die Wohnungsverhältnisse sind ebenfalls miserable; sehr oft werden bis zu 20 Personen in ganz kleine Räume eingepfercht, und gar nicht selten müssen eine größere Anzahl Männer und Frauen dieselben Schlafräume gemeinschaftlich bewohnen.

Die Betten sind gleichfalls jämmerlich; sie bestehen aus einer Strohmatratze, einem Halmkissen und 2 wollenen Decken. Einige Parteigenossen, welche sich an den Untersuchungen beteiligt haben, stellten den erwähnten Aufenthaltsräumen folgendes Zeugnis aus:

1. Der Raum gleicht einer Wagenpforte und ist finster.
2. Das Zimmer ist finster und feucht.
3. Kleine dreckige Löcher.
4. Die Zimmer sind sehr klein, es ist gerade Platz für die Betten und einen Stuhl.
5. Die Wohnung ähnelt einem Schweinestall.
6. Die Betten sind in zwei Etagen übereinander aufgebaut, um Platz zu schaffen.

Die zentralisierten Gewerkschaftsverbände haben auf einer Generalversammlung beschlossen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aufzufordern, im Reichstag einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher die Ausbeutung der polnischen Arbeiter verhindern soll. Die Resultate der vorgenommenen Untersuchungen könnten dann dazu benutzt werden, einen solchen Gesetzentwurf zu fundamentieren.

Der geschäftsführende Ausschuß hat ebenso wie in früheren Jahren die gewerkschaftlichen Organisationen ersucht, in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Parteiorganisation am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen und Demonstrationen für eine gesetzmäßige Einführung des

achtstündigen Arbeitstages zu veranstalten. Aus den später eingeholten Mitteilungen über den Umfang der Demonstrationen geht hervor, daß im Jahre 1906 solche Demonstrationen in 59 Städten veranstaltet worden sind. Straßen-Demonstrationen fanden in 37 Städten statt. In 36 Provinzialstädten beteiligten sich 433 Vereine mit 25 255 Personen an den Prozessionen, und in Kopenhagen nahmen 124 Vereine mit 18 800 Personen an der Prozession teil. Im ganzen also 657 Vereine mit 44 055 Teilnehmern. In 35 Provinzialstädten wurden Versammlungen mitten am Tage mit 30 000 Teilnehmern und in Kopenhagen solche mit 25 000 Teilnehmern abgehalten; im ganzen 55 000 Teilnehmer. Versammlungen am Abend wurden in 29 Provinzialstädten mit 9801 Teilnehmern und in Kopenhagen solche mit 2300 Teilnehmern abgehalten; im ganzen 12 101 Teilnehmer.

Dieses intime Zusammenarbeiten zwischen den gewerkschaftlichen und den politischen Organisationen innerhalb der dänischen Arbeiterpartei zeigt sich beständig als zweckdienlich für die dänischen Arbeiter.

Obiger Bericht über die gewerkschaftliche Bewegung in Dänemark, in den Jahren 1905 und 1906 ist nur ein kurzer Auszug. In dem internationalen Gewerkschaftsbericht, welcher alljährlich von dem internationalen Gewerkschaftssekretariat in Berlin herausgegeben wird, kann man einen ausführlichen Bericht finden über die Gewerkschaftsbewegung in Dänemark für die Jahre 1903, 1904 und 1905.

C. M. Olsen,

Vorsitzender der vereinigten Gewerkschaften in Dänemark.

Norwegen.

Die Norwegische Arbeiterpartei.

Seit dem Kongreß von Amsterdam (August 1904) hat Norwegen zwei politische Ereignisse erlebt, deren ernste Bedeutung jedoch nicht überschätzt werden darf. Wir sprechen von dem Bruch des Bundes zwischen Norwegen und Schweden und der Errichtung der Monarchie. In der Geschichte der norwegischen Sozialdemokratie beginnt nach 1905 eine neue Periode. Aus diesem Grunde teilt sich unser Bericht in drei Teile.

Vor 1905.

Das größte Ereignis waren die Gemeindewahlen vom Dezember 1904. Die Arbeiterpartei entwickelte eine sehr energische Wahlbewegung. Eine Broschüre: „Was die Sozialdemokraten wünschen und warum sie es wünschen!“ ist in 30 000 Exemplaren gedruckt worden; aber diese Auflage hat nicht genügt. In dem Bericht, der dem Amsterdamer Kongreß vorgelegt wurde, kann man folgendes lesen:

„Im Jahre 1901 haben die Sozialdemokraten im ganzen 147 Mitglieder in den Gemeinderat gewählt, aber sie werden sicherlich diese Zahl im Laufe dieses Jahres verdoppeln (1904).“

Die Resultate dieser Wahlversammlung haben die kühnsten Erwartungen übertroffen. Die Wahl von 330 Mitgliedern in den Gemeinderat war die Trophäe dieses Sieges. Als Erläuterung kann man die Wahlresultate einiger Städte im Jahre 1901 und 1904 vergleichen:

	1901	1904
Christiania	14 gewählt	23 (bei 84) gewählt
Drontheim . . .	8 „	22 (bei 68) „
Drammen . . .	8 „	13 „
Hamar	1 „	6 „
Sarpsborg . . .	0 „	11 „

Selbst in der nördlichsten Stadt Europas — in Hammerfest — gelang es der Arbeiterpartei, 13 Vertreter durchzubringen.

Von den Gemeinderäten verlangte die Arbeiterpartei 1. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, 2. Zahlung der ärztlichen Unkosten vermittelst der Steuern, 3. Unentgeltliche Schulkantinen, 4. Freigabe des 1. Mai für die Schüler, 5. den Achtstundentag für die Arbeiter der Gemeinde, 6. Betrieb der Straßenbahnen durch die Kommune.

Die norwegische Bourgeoisie, die sehr konservativ ist, erhob gegen alle diese Forderungen Einspruch. Die beiden ersten, die schon lange in Rußland angewandt werden, galten in Norwegen als sozialistische Reformen im wahrsten Sinne des Wortes. Nur in ihrem Kampf gegen den Alkoholismus wurde der Sozialdemokratie Hülfe von seiten der bürgerlichen Parteien zuteil. Was die Arbeiterpartei anbelangt, so macht sie hauptsächlich Fortschritte auf Kosten der „linken“, der „liberalen Partei“.

Die Herausgabe sozialistischer Broschüren in norwegischer Sprache ist für die sozialdemokratische Verwaltung von großer Wichtigkeit gewesen. Bis jetzt begnügte man sich mit Ausgaben in dänischer Sprache. Aber während des Jahres 1904 und in der ersten Hälfte von 1905 erschienen: „Der Klassenkampf“ von M. Puntervold; „Der Sozialismus im Leben“ von H. Koht; „Die Elementarschule“ von O. Gjösteen; „Die Entwickelung des Sozialismus aus der Utopie zur Wissenschaft“ von Fr. Engels; „Das System des Unternehmens“ von Chr. Knudsen; „Die genossenschaftliche Organisation“ von O. Kringen; „Die Elementarschule auf dem Lande“ von T. Braa; „Das Problem der Ruhezeit“ von O. Kringen; „Die Moral des Anarchismus“ von P. Krapotkin; „Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel“ von O. Gjösteen, und schließlich eine Sammlung von sozialistischen Liedern. Im ganzen 31 000 Exemplare, von denen die meisten schon verkauft sind. Die Parteibuchhandlung hat auch 50 Exemplare von Karl Marx' „Kapital“, 1 und 2 Bände (in dänischer Uebersetzung) verkauft. Die Frucht dieser Arbeit offenbarte sich während der Parlamentswahlen im Jahre 1905. Unglücklicherweise hat man es übersehen, eine Broschüre auf die Republik herauszugeben, und diese Unterlassungssünde wurde bald bestraft.

Was die Organisation betrifft, so ist die Zeit gut benutzt worden, um die lokalen Verbände zu festigen. Man hat die Arbeitervereinigung von Aalsund, von Moß, von Narvick (über dem Polarkreis), de Smaalenene, von Hedemarken, von Bratsberg usw. begründet. Die Beziehungen zwischen den einzelnen Sektionen sind viel enger geworden.

Die politischen Ereignisse von 1905.

War das norwegische Volk auch im sozialen Gesichtspunkt uneinig, so war es doch vollständig einig in der Frage des Bruchs des Bundes mit Schweden, indem es sein Recht auf politische Unabhängigkeit verlangte.

Die sehr egoistischen Klasseninteressen der Bourgeoisie spielten in dem Konflikt eine große Rolle. Man kann sich davon Rechenschaft ablegen durch die wichtige Stellung, welche die Konsulate in der norwegischen Agitation gegen die schwedische Regierung einnahmen. Der norwegische Handel, der trotz dieser Lage sehr bedeutend war (7270 Dampf- und Segelschiffe mit zusammen 1 484 256 Tonnen), entwickelte sich sehr schnell. Der Import und Export hoben sich gemeinsam im Jahre 1895, 1900 und 1905 beträchtlich auf 359,6, 483,6 und 503,4 Millionen Kronen.*) Die Handelsinteressen Norwegens waren viel bedeutender als diejenigen Schwedens, und dennoch mußten die Norweger ihre Zuflucht zu den schwedischen Konsulaten nehmen. Der Haß der Bourgeoisie gegen das Konsulat und gleichzeitig gegen Schweden war sehr begreiflich, und es war gewiß nicht zufällig, daß sich die Regierung während dieses Konflikts in den Händen des Herrn Michelsen, dem Eigentümer der größten Schiffe des Landes, befand. Es war nur der blinde Widerstand Schwedens, welcher die norwegische Bourgeoisie zwang, diese Frage bis zum Bruch der Union kommen zu lassen.

Die Sozialdemokraten hatten diese Frage von jeher aus einem weniger engen Gesichtspunkt betrachtet. „Der Bruch der Union mit Schweden!" war ihr Losungswort seit 1892. Sie verlangten die Lösung dieses Bündnisses, um die Nation von der fortwährenden Furcht vor dem schwedischen Junkertum zu befreien, um den immer wachsenden militärischen Ausgaben ein Ende zu machen und endlich, um, wenn nötig, freie Hand zu haben für die gesetzgebende und soziale Arbeit.

Die norwegischen Sozialisten haben sich die Sympathien der schwedischen Arbeiterpartei zu erwerben gewußt. Der schwedische sozialdemokratische Kongreß im Monat Februar 1905 war einstimmig in dem Beschluß, das Recht des norwegischen Volkes zur Selbstbestimmung anzuerkennen. Da Norwegen sich damals, durch die Verzichtleistung des schwedischen Königs auf den norwegischen Thron, an der Schwelle einer politischen Revolution befand, sah sich die herrschende Bourgeoisie genötigt, das ganze norwegische Volk zu vertreten, und um diese Mission zu bekräftigen, beeilte sie sich, am 7. Juni 1905 der Ungerechtigkeit des indirekten Wahlsystems ein Ende zu machen. Aber das war auch die letzte demokratische Reform, welche von der linken Partei (der liberalen) bewilligt wurde, und ihre letzte Anstrengung auf dem Wege des politischen Fortschritts.

Da das Ziel durch die Begründung der norwegischen Konsulate und durch die Auflösung der Union erreicht war, gab die Bourgeoisie ihr wahres Gesicht zu erkennen. Die liberale Partei (die linke) löste sich in einen konservativen Block auf. Und dieser Block (samlings partiet) schenkte dem norwegischen Volke, das bisher in fast republikanischer Weise regiert war, als Morgengabe eines neuen Arbeitstages (den nye arbeidsdag) einen König schwedischer Abstammung. Die Sozialdemokratie kämpfte energisch für die Republik. Die Parteiblätter

*) 1 Krone = 1,12 Mk.

waren einstimmig. Aber die Periode der Propaganda war von zu kurzer Dauer. Trotzdem war das Resultat der Volksabstimmung vom 12. und 13. November 1905 doch kein so schlechtes: 259 563 stimmten für „ja" und 69 264 für „nein". Der neue König seinerseits erhielt ein nationales Geschenk von der Sozialdemokratie, nämlich ein Norweger von vieren erklärte, daß er gegen die Königsherrschaft sei.

Nach 1905.

„Es ist im Interesse des Vaterlandes, aber durchaus nicht im Interesse unserer Partei, wenn ich Euch empfehle, das Königtum nicht anzuerkennen. Das Wachsen unserer Partei wird nur gewinnen, wenn Ihr es anerkennt", sagte im Storthing der sozialdemokratische Abgeordnete Pastor Eriksen. Und wahrlich, der Weg für die Sozialdemokratie hat sich von da ab geöffnet, nachdem die Bourgeoisie ihr wahres Gesicht zeigte, nachdem die „linke" Partei ein konservativer Block geworden war, nicht allein in sozialer Beziehung, sondern auch in ihrer Politik.

In wenigen Ländern hat sich die Sozialdemokratie im Jahre 1906 so schnell entwickelt wie in Norwegen. Der starke Zufluß machte sich besonders in den Expeditionen unserer Zeitungen bemerkbar. Die Zahl unserer Abonnenten nimmt merklich zu. Eine unserer Zeitungen, welche im Jahre 1905 in Drammen, der konservativsten Stadt ganz Norwegens, begründet wurde, wird bald 3000 Abonnenten haben, eine beträchtliche Zahl im Vergleich zur Größe des Landes. Viel ältere Zeitungen würden sich schon über einen solchen Erfolg freuen.

Die Partei besitzt 4 tägliche Zeitungen: das Zentralblatt „Social-Demokraten" (Kristiania, Auflage 10 500); „Arbeit" („Arbeidet, Bergen, 5000); „Neue Zeit" („Ny Tid", Drontheim, 4500); „Der 1. Mai" (Stavanger, 3000); 3 Zeitungen, die viermal wöchentlich erscheinen: „Die Zukunft („Fremtiden", Drammen, 3000); „Smaalenenes Social-Demokrat" (Sarpsborg, 2500); „Die Neue" („Nybrot", Aalesund, 2000); 4 Zeitungen, die zweimal wöchentlich erscheinen: „Nordlicht" („Nordlys", Tromsö, 1000); „Vorwärts" („Fremover", Narvik, 1000); „Finmarken" (Vardö, 800); „Sörlandets Socialdemokrat" (Kristianssand, 800); 2 Zeitungen, die einmal wöchentlich erscheinen: „Tidens Krav" (Kristianssund, 500); „Die Ameise" („Mauren", Köros, 500). Die junge sozialistische Garde gibt einmal im Monat heraus: „Der junge Sozialist" („Ung-Socialisten") und zweimal jährlich die Revue „Das 20. Jahrhundert" („Det XX. Aarhundrede", Kristiania, 3000). Eine sozialistische Gesellschaft gibt „privatim" einmal im Monat heraus „Die satirische Wespe" („Hvepsen"), in einer Auflage von 10 000 Exemplaren. Im ganzen werden im Jahre ungefähr 8 758 000 Exemplare von Zeitschriften verteilt.

Die Partei besteht aus 396 Verbänden mit 20 000 Mitgliedern.

Der 19. Parteikongreß, der im Monat April 1906 in Kristiania stattfand, hat sich hauptsächlich mit den Beziehungen zwischen der Arbeiterpartei und den bürgerlichen Parteien beschäftigt. Man hat eine bestimmtere Haltung verlangt, eine gewissenhaftere Klassentaktik und ein wenig mehr Disziplin. Der Beschluß, der in Sachen der Taktik gefaßt wurde, der nicht nur beim ersten Wahlgang, sondern auch in der Stichwahl jedweden Verkehr mit den anderen Parteien sowie mit den Kandidaten, welche sich außerhalb der Arbeiterpartei befinden, verbietet,

hat eine außerordentliche Bedeutung für den ruhmreichen Sieg der Sozialdemokratie bei den Parlamentswahlen gehabt, welche Ende des Jahres 1906 stattfanden. Der Kongreß beschloß darauf, bei den Wahlen mit folgendem Programm zu arbeiten: Die Abschaffung des Militarismus; die Einführung des internationalen Schiedsgerichts; ein Beschluß, welcher nach erbitterten Reden gegen das System der nationalen Miliz oder „der Nation in Waffen" mit 169 gegen 39 Stimmen angenommen wurde. Endlich ernannte er zum Chefredakteur des „Social-Demokraten" Karl Jeppesen, als Präsidenten der Arbeiterpartei Dr. Oskar Nissen und als Sekretär Magnus Nilsen.

Die Wahlen zum Storthing im November 1906 waren eine moralische Niederlage der antisozialdemokratischen bürgerlichen Partei. Noch niemals hatte die Partei so viele sozialistische Stimmen erlangt als im Jahre 1906: 45 000. Niemals hatte der Storthing eine so zahlreiche sozialdemokratische Fraktion gesehen. Die Fraktion besteht aus:

1. Chr. H. Knudsen, Chef der Druckerei, Präsident der Fraktion, in Kristiania gewählt.
2. A. Egede Nissen, Chef der Post in Vardö, Sekretär der Fraktion und Mitglied der Fraktion, gewählt in Hammerfest, Vardö und Vadsö.
3. A. Buen, Redakteur, gewählt in Drontheim.
4. Alfred Eriksen, Dr. theol., gewählt in Tromsö.
5. M. Foschang, Fischer, gewählt im Departement Tromsö.
6. Lind Johansen, Landwirt, gewählt im Departement Tromsö.
7. Magnus Nilssen, Juwelier, Kristiania.
8. Isak Saba, Lapon, Departement Finmarken.
9. L. Säbö, Schuhmacher, Bergen.
10. F. Braa, Redakteur, Drammen.

Eine kürzlich vorgefallene Affäre charakterisiert die norwegische Bourgeoisie sehr gut. Man hatte im Jahre 1906 in der Druckerei der Zeitung „Finmarken" in Vardö einige russische sozialdemokratische Broschüren gedruckt; es waren hauptsächlich neue unveränderte Auflagen, welche in Genf und in Paris herausgegeben waren. In seinem Entsetzen über die Freiheitsbewegung in Rußland hatte der neue Minister der auswärtigen Angelegenheiten, ein „Liberaler", Mitglied des Nobel-Komitees, Mr. Lövland, die Konfiskation dieser Broschüren befohlen. Im Storthing brachten die Sozialdemokraten eine mißbilligende Resolution ein und befanden sich bei der Abstimmung allein. Diese Angelegenheit wird ein gerichtliches Nachspiel haben, denn Egede Nissen hat Schadenersatz und Zinsen im Namen der Druckerei, in welcher diese Broschüren gedruckt worden waren, verlangt.

Die gewerkschaftliche Bewegung in Norwegen.

Alle Arbeitergewerkschaften in Norwegen sind jetzt in einer einzigen Organisation zentralisiert, die sich „die Arbeiter-Gewerkschaftsorganisation in Norwegen" nennt. Die Zunahme der Mitglieder dieser Organisation war folgende:

Am 31. Dezember	1904	9 089	Mitglieder
„ 31. „	1905	16 862	„
„ 31. „	1906	25 308	„

Im Jahre 1904 war die Gewerkschaft der Buchdrucker und diejenige der Metallarbeiter noch nicht der allgemeinen Organisation bei-

getreten. Die 25 308 gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zahlten ihre Beiträge an die norwegische Arbeiterpartei.

Die Entwickelung der „Arbeiter-Gewerkschaften" (Norsk Arbeidsmandsforbund) und der Gewerkschaft der Metallarbeiter ist überdies charakteristisch.

Norsk Arbeidsmandsforbund.

Jahr	Zahl der Mitglieder	Gewöhnl. Beisteuer
31. Dezember 1904	4 675	30 464 Kronen
31. „ 1905	5 050	36 440 „
31. „ 1906	10 622	92 213 „

Gewerkschaft der Metallarbeiter.

Jahr	Zahl der Mitglieder	Gewöhnl. Beisteuer
31. Dezember 1904	4739	85 677 Kronen
31. „ 1905	4537	78 036 „
31. „ 1906	6183	186 932 „

Die gewerkschaftliche Bewegung in Norwegen wird immer mächtiger und bildet eine solide Grundlage für die Entwickelung der sozialistischen Bewegung.

gez.: B. Gander.

Bericht

des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an den internationalen :: Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart 1907 ::

über die Tätigkeit der Partei
vom Jahre 1904 bis zu den
Reichstagswahlen von 1907

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung.

Der Stuttgarter internationale Sozialistenkongreß ist die siebente Tagung der Vertreter des internationalen klassenbewußten Proletariats. Zum ersten Male tagt der internationale Kongreß im Deutschen Reiche. Es sei deshalb einleitend in Kürze etwas über die deutschen Verfassungszustände gesagt. Die deutsche sozialdemokratische Bewegung machte infolge des rapiden Aufschwungs, den seit den 70er Jahren Handel und Industrie in Deutschland nahmen, glänzende Fortschritte und sie erfreute sich deshalb im Auslande einer großen Beachtung. Dabei konnte oft beobachtet werden, daß die Genossen des Auslandes die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Agitation, Organisation und Presse als Muster priesen, aber die parlamentarischen Erfolge der deutschen sozialdemokratischen Partei kritisierten, als nicht im richtigen Verhältnis stehend zu der außerparlamentarischen Macht der Partei. Solche Urteile basieren sehr oft auf einer unzureichenden Kenntnis der deutschen Verhältnisse. Das nach den Kriegsergebnissen von 1866 und 1870/71 geeinte Deutschland wurde kein Einheitsstaat, wie es England und Frankreich längst waren und wie es im 19. Jahrhundert Italien wurde. Als der „Deutsche Bund" 1866 zu Grabe getragen wurde, war die Grundlage für das „Deutsche Reich mit preußischer Spitze" geschaffen. Im Artikel 4 des Prager Friedens vom 23. August 1866 mußte die österreichische Regierung ausdrücklich ihre Zustimmung zur „Gestaltung Deutschlands ohne Oesterreich" geben. Zunächst schloß sich Norddeutschland zu einem Staatenbund zusammen, in welchem Preußen um so mehr maßgebend war, als es durch den Krieg von 1866 die Staaten Hannover, Kurhessen, Hessen-Nassau, Holstein und Frankfurt a. Main sich einverleibt und dadurch die westlichen und die östlichen Provinzen seines früheren Besitzstandes eng aneinander geschlossen hatte. In Artikel 79 der Verfassung des „Norddeutschen Bundes" wurde bestimmt, daß die Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten Bayern, Baden und Württemberg durch besondere Verträge geregelt werden. Hessen schloß sich für seine nördlich des Mains gelegenen Gebietsteile dem Bündnisvertrage an. Im Verlauf des Krieges von 1870/71 wurden Verhandlungen angeknüpft und durchgeführt, die zum Eintritt der süddeutschen Staaten in den „Deutschen Bund" führten. Der Deutsche Bund erhielt den Namen „Deutsches Reich". Der König von Preußen erhielt als Bundespräsident den Titel: „Deutscher Kaiser", so wenig auch Wilhelm I. als preußischer Partikularist sich zuerst mit diesem Titel befreunden wollte. Die entsprechenden Verfassungsänderungen wurden von den gesetzgebenden Faktoren des „Norddeutschen Bundes" und der vier süddeutschen Staaten genehmigt, wobei die süddeutschen Staaten sich auf einigen Gebieten Reservatrechte

sicherten. Die Vereinigung der deutschen Staaten war eine notwendige Folge der wirtschaftlichen Entwickelung. Der Kapitalismus fühlte sich in seiner Ausdehnungstendenz gehemmt durch die Vielstaaterei, die bis 1866 die verschiedensten Systeme im Münzwesen, im Maßwesen, im Zollwesen, in Verkehrsfragen, in Fragen der Gewerbegesetzgebung usw. hatte. Zwar hatte sich seit 1819 unter Führung Preußens der Zollverein gebildet. Er konnte aber dem Tatendrang des entfesselten Kapitalismus nicht genügen. Im Nationalverein hatte sich seit 1859 die Bourgeoisie eine Organisation geschaffen, die zum engeren Aneinanderschluß der deutschen Staaten nach innen und außen eine eifrige Propaganda entfaltete, und zwar sollte die Grundlage des Deutschen Reiches unter Führung Preußens die Reichsverfassung bilden, die das erste deutsche Parlament im Jahre 1849 entworfen hatte, aber niemals Geltung erlangt hatte und später nicht erlangte. Dieselbe war schließlich der Bourgeoisie wie den Regierungen zu radikal.

Nach den Siegen des preußisch-deutschen Militarismus auf den böhmischen und französischen Schlachtfeldern und infolge der Befruchtung der deutschen Industrie durch den Milliardensegen der französischen Kriegsentschädigung hatte der Kapitalismus die schönste Gelegenheit, der Jagd auf Profit zu frönen. Er verzichtete auf Verfassungskämpfe für einen liberalen deutschen Einheitsstaat, nahm die vielgestaltigen Verfassungsverhältnisse der Einzelstaaten im Rahmen des neugegründeten Staatenbundes in Kauf, ebenso wie den preußischen Militarismus und drang auf eine straffe Vereinheitlichung in erster Linie nur in den Fragen, die für die Schaffung eines einheitlichen großen Wirtschaftsgebietes von maßgebendem Interesse waren. Die Verfassung des Deutschen Reiches datiert vom 16. April 1871. Neben der Reichsverfassung bestehen die Verfassungen der 26 Einzelstaaten. Die Verfassungen der Einzelstaaten werden durch die Reichsverfassung eingeschränkt, durch welche die Gebiete festgelegt sind, welche der Regelung durch die gesetzgebenden Faktoren des Reiches vorbehalten bleiben. Reichsgewalt geht vor Landesgewalt. Die Landesgesetzgebung kann nicht über die Grenzen hinausgehen, die ihr durch Reichsgesetze gezogen sind, wohl aber können die gesetzgebenden Faktoren des Reichs auf verfassungsmäßigen Wegen die Gebiete der Reichsgesetzgebung erweitern, was äußerst selten geschieht.

Das Präsidium des „ewigen Bundes zum Schutze des Bundesgebiets und des innerhalb desselben gültigen Rechts, sowie zur Pflege und Wohlfahrt des deutschen Volkes" steht dem König von Preußen zu, der den Namen „Deutscher Kaiser" führt. Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen und Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen. Zur Erklärung des Kriegs im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats — die Vertretung der 25 Regierungen, die das Reich bilden — erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt. In den Fragen der auswärtigen Politik sind die gesetzgebenden Faktoren der Einzelstaaten ausgeschaltet. Verträge mit dem Auslande können nur durch die Reichsgewalt geschaffen werden. Im Bundesrat ist ein Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten eingesetzt, in dem verfassungsgemäß Bayern den Vorsitz führt. Das weist keineswegs auf einen besonderen

Einfluß der Einzelstaaten in auswärtigen Angelegenheiten hin. Hier ist *vielmehr* Preußen mehr als sonstwo tonangebend. Die feudalsten Geschlechter — unter ihnen voran die preußischen Junker — betrachten die Diplomatenkarriere als ihr vornehmstes „Handwerk". Die Reichsbeamten werden vom Kaiser ernannt und empfangen von den einzelnen Bundesstaaten keine Anordnungen. Ein Reichsministerium kennt das Deutsche Reich nicht.

Als gesetzgebende Faktoren des Deutschen Reiches fungieren der Bundesrat und der Reichstag, die alljährlich vom Kaiser berufen werden müssen und ihre Beschlüsse mit Mehrheit fassen. Der Bundesrat besteht aus Vertretern der 25 Einzelstaaten. (Die Reichslande Elsaß-Lothringen, in denen der Kaiser die Reichsgewalt ausübt, haben keine Vertretung im Bundesrat.) Im Bundesrat sind vertreten Preußen durch 17, Bayern durch 6, Sachsen und Württemberg durch je 4, Baden und Hessen durch je 3, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig durch je 2 und die übrigen 17 Staaten durch je 1 Bevollmächtigten. Die Gesamtheit der Stimmen eines Einzelstaats kann nur einheitlich abgegeben werden. Die Bundesratsmitglieder *sind abhängig* von den Regierungen *der Einzelstaaten, von denen sie ihre Instruktionen empfangen.* Sie haben das Recht, im Reichstag zu erscheinen und müssen dort jederzeit gehört werden. Bismarck hat den Grundsatz vertreten, daß die Minister der Einzelstaaten die Haltung der Regierungen im Bundesrat *vor dem Forum der Landtage der Einzelstaaten zu vertreten haben.* Der Einfluß der Einzelstaaten, besonders des größten Einzelstaats Preußen auf die Reichsgesetzgebung ist aber noch größer. Preußen hat zwar nur 17 Stimmen unter 58, aber die kleinen norddeutschen Staaten stehen völlig unter dem Einfluß Preußens, so daß Preußen stets einer Mehrheit sicher ist. Nur Verfassungsänderungen gelten als abgelehnt, wenn im Bundesrat 14 Stimmen dagegen sind. Den Vorsitz im Bundesrat führt der Reichskanzler, der vom Kaiser ernannt wird. Die Angelegenheiten des Deutschen Reichs werden nicht durch ein Ministerium verwaltet. Das Deutsche Reich kennt *kein den gesetzgebenden Faktoren verantwortliches Ministerium.* Den einzelnen Verwaltungsressorts stehen vielmehr Staatssekretäre vor, die nur als Stellvertreter des Reichskanzlers fungieren. Der Reichskanzlerposten war seit der Reichsgründung verbunden mit dem Posten des Ministers des Aeußeren in Preußen. Von kurzen Zeiträumen abgesehen, war seit der Reichsgründung der Reichskanzler auch gleichzeitig Ministerpräsident Preußens. Es ist deshalb nicht auffällig, daß kein Reichsgesetz vorgelegt wird, das nicht vorher von dem preußischen Ministerium für gut befunden wird. In Preußen wird zu dem Landtag aber noch nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt, das das Proletariat vor jeder Vertretung im Parlament bislang ausschloß. Auf die partikularistischen Separatrechte, die sich Bayern und Württemberg auf einzelnen Gebieten (Postverwaltung, Heimatrecht, Militärwesen usw.) vorbehalten haben, einzugehen, würde in dieser kurzen Skizze zu weit führen.

Im Militärwesen ist der Einfluß Preußens ein vorherrschender, der sich auch äußerlich durch den Sieg der Pickelhaube*) deutlich manifestiert. Die deutschen Truppen sind durch den Fahneneid verpflichtet, dem Kaiser (der zugleich König von Preußen ist) unbedingt Folge zu

*) Der bekannte preußische Helm mit Spitze.

leisten. Außerdem werden sie auf die Monarchen der Einzelstaaten bezw. die Senate der Hansestädte vereidigt. Durch die Verfassung ist die allgemeine Wehrpflicht festgelegt. Die Friedenspräsenzstärke wird durch Gesetz festgelegt, zuletzt geschah das auf 5 Jahre. Die Kosten des Heerwesens werden durch Etatsgesetz jährlich festgestellt. Der Etat wird alljährlich vor Beginn des Etatsjahres beschlossen. Das Reich kennt bisher keine direkten Einkommen- und Vermögenssteuern. Diese sind vielmehr den Einzelstaaten vorbehalten. Die Reichseinnahmen setzen sich zusammen aus indirekten Steuern auf die Massenverbrauchsartikel, aus den Stempelsteuern und den Ueberschüssen der Post- und Telegraphenverwaltung. Erst im Jahre 1906 wurde neben den Erbschaftssteuern der Einzelstaaten auch eine Reichserbschaftssteuer eingeführt. Insoweit durch diese Einnahmen die Bedürfnisse des Reichs nicht gedeckt werden können, werden die Einzelstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung zur Kostendeckung herangezogen. Diese Berechnung nach der Kopfzahl der Bevölkerung trifft die kleinen Staaten mit vorwiegend armer Bevölkerung natürlich sehr schwer im Gegensatz z. B. zu den reichen Hansestädten. Nebenher ging seit Mitte der 70er Jahre, nachdem die von Frankreich gezahlten Milliarden verbraucht waren, zur Deckung der außerordentlichen Bedürfnisse des Reichs eine rapide Steigerung der Anleihen. Die Pumpwirtschaft hat das Reich in eine Schuldenlast von nahezu 4000 Millionen Mark gestürzt, die jährlich erheblich wächst.

Die Vorlagen der Regierung werden im Bundesrat beraten und gehen dann an den Reichstag. Der Reichstag besteht aus 397 Abgeordneten, die in ebenso vielen Wahlkreisen gewählt werden. Es entfallen auf Preußen 236, Bayern 48, Sachsen 23, Württemberg 17, Baden 14, Hessen 9, Schwerin 6 usw. Auf jeden Staat kommt aber mindestens 1 Abgeordneter. Nach dem Wahlgesetz vom 31. Mai 1869 sollte ein Abgeordneter auf je 100 000 Einwohner kommen. Nur die kleinen Staaten wie Waldeck, Lippe-Schaumburg usw. bekommen auf eine viel geringere Einwohnerzahl einen Abgeordneten zugestanden. Inzwischen konnte keine Neueinteilung der Wahlkreise durchgesetzt werden, trotzdem die Bevölkerung sich inzwischen kolossal vermehrt hat. So kommt es, daß die Bevölkerungszahl der Wahlkreise zwischen 50 000 und 700 000 schwankt! Die Abgeordneten wurden ursprünglich auf 3 Jahre gewählt. Im Jahre 1888 wurden die Gesetzgebungsperioden aber auf 5 Jahre verlängert. Der Reichstag ist ein mit dem Bundesrat gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung. Als ein großer Mangel ist zu bemerken, daß die deutsche Verfassung parlamentarische Untersuchungskommissionen nach englischem Muster nicht kennt. Der Reichstag ist auf die Auskünfte angewiesen, die die Regierung gibt. Die sozialdemokratische Fraktion hat jetzt wieder einen Antrag auf Einführung solcher Kommissionen gestellt. Dem Reichstag bleibt als Zwangsmittel nur die Verweigerung des Etats übrig, für die bis jetzt keine Mehrheit vorhanden war.

Soweit die ökonomischen Fragen in Betracht kommen, ist die Einheit des Reichs am weitesten gefördert. Hier war das Profitinteresse der Bourgeoisie für die Vereinheitlichung treibend. Das Deutsche Reich bildet ein Zoll- und Handelsgebiet mit gemeinschaftlichen Zollgrenzen. Nur Teile der Staaten Hamburg und Bremen sind als Freihafen Zoll-Ausland. Das Maß-, Münz- und Gewichtswesen, das Bankwesen, die Zollgesetzgebung, das Patentwesen, die Handelsgesetzgebung, die Seefahrt, der Schutz des gewerblichen Eigentums, die Gewerbegesetzgebung,

die Freizügigkeit, das Post- und Telegraphenwesen, das Paß- und Konsulatswesen, die Niederlassungsverhältnisse, die Kontrolle über die Eisenbahnen in Rücksicht auf das Netz, die Ausstattung und Sicherheit des Betriebswesens, die Verhältnisse der Handels- und Kriegsflotte u. a. m. sind für das Deutsche Reich einheitlich geregelt. (In bezug auf Heimatwesen, Niederlassungsrecht hat Bayern, in bezug auf das Postwesen haben Bayern und Württemberg Separatrechte.) Auch im Justizwesen sind, soweit das bürgerliche Recht in Frage kommt, seit 1900 einheitliche Grundsätze durch das Neue Bürgerliche Gesetz festgelegt. Das Strafrecht ist seit 1871 einheitlich geregelt.

Das politische Leben Deutschlands weist eine große Parteizersplitterung auf. Die Konservativen sind in zwei Parteien (abgesehen von den Antisemiten) gespalten. Die Liberalen gar in vier Parteien. Neben diesen bürgerlichen Parteien steht das Zentrum als stärkste Fraktion im Vordergrund. Das Zentrum ist eine konfessionelle Partei. Im ersten Deutschen Reichstag saßen nur 58 Zentrumsabgeordnete. Damals hatte das Zentrum einen partikularistischen Charakter. Die Fraktion des Zentrums wuchs zur Zeit des Kulturkampfes. Bismarck wollte die Macht der katholischen Kirche mit Polizeimitteln kleinkriegen. Er erlitt dabei ebenso elenden Schiffbruch wie mit seinem Sozialistengesetz. Seit den Tagen dieses „Kulturkampfes“ hat sich dann das Zentrum auf einer Fraktionsstärke von 90 bis 100 und mehr gehalten, d. h. den vierten Teil des Reichstages besetzt. Dank dem großen Einfluß, den der katholische Klerus auf weite Schichten der Bevölkerung ausübt, hat diese Partei heute noch nicht nur Bourgeois, Agrarier, Handwerker, Kleinbauern, sondern auch Land- und Industriearbeiter zahlreich hinter sich. In wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Fragen ist das Zentrum, solange es Oppositionspartei gegen die Regierung ist, zuweilen liberaler als die Liberalen. In kulturellen Fragen steht es auf seiten der schwärzesten Reaktion. (Die Schul- und Kultusfragen sind nicht durch Reichsgesetz geregelt, sondern hierfür sind die Einzelstaaten zuständig.)

Die vier liberalen Parteien lassen von Liberalismus nicht viel verspüren. So wenig wie die Sozialisten-Radikale Frankreichs Sozialisten sind, so wenig sind die deutschen Liberalen wirkliche Liberale. Auch die Unterschiede, die früher zwischen den einzelnen Fraktionen bestanden, sind mit der Zeit immer mehr verwischt. Bei den Wahlen von 1907 genoß der Liberalismus die „Wohltat“ der Regierungsunterstützung. Das hat den Liberalismus noch mehr korrumpiert. Er marschiert heute mit den Konservativen, aber als deren Lakai. Eine große liberale Oppositionspartei hat das Deutsche Reich nie gekannt. Die budgetverweigernde liberale Kammermehrheit Preußens brach am 3. Juli 1866, am Tage von Sadowa, zusammen. Aus der Fortschrittspartei bildete sich die nationalliberale Partei, die mit Bismarck ging. Sie besaß 1871 118 und 1874 151 Mandate. Mit ihr regierte Bismarck in den ersten Zeiten des neuen Reichs. Dabei kam der politische Fortschritt zu kurz. Um ihre Profitsucht befriedigen zu können, opferte die nationalliberale Bourgeoisie ihre liberalen Ideale. Der wirtschaftliche Umschwung, der sich Mitte der 70er Jahre vollzog — Deutschland wurde aus einem Getreide ausführendes ein Getreide einführendes Land und die Großindustriellen schrien mit Erfolg zur Plünderung der Inlandskonsumenten nach „Schutzzöllen“ —, machte der liberalen Herrlichkeit ein Ende. Die Wahlen von 1878 brachten eine

Mehrheit aus Konservativen und Klerikalen (Zentrum). Auch nach den Wahlen von 1907 ist im Reichstag eine Mehrheitsbildung aus Konservativen und Klerikalen möglich. Der Liberalismus hat im Deutschen Reiche keine Zukunft. Das lehrt die Geschichte der letzten dreißig Jahre. Es ist kein Zufall, daß der konsequent liberale Verfechter eines parlamentarischen Regierungssystems für das Reich, Herr Dr. Barth, am 1. April 1907 sein Organ „Die Nation" eingehen lassen mußte. Die demokratischen Grundsätze verficht im Deutschen Reiche dafür mit aller Kraft die sozialdemokratische Partei. Die sozialdemokratische Partei hat seit ihrem Bestehen jede Gelegenheit benützt, um im Parlament und außerhalb des Parlaments dem Liberalismus das Rückgrat zu stärken. Der Liberalismus ließ sich bei Stichwahlen die Unterstützung der Sozialdemokraten gern gefallen, um aber seinerseits die Reaktion nach Möglichkeit zu stärken. Man muß die politische Verelendung des in Fraktionen zersplitterten, nach der Gunst des Junkerregiments schielenden, deutschen Liberalismus eingehend studieren, dann wird man begreifen, daß die Hoffnung der Demokratie in Deutschland lediglich auf dem Fortschritt der Sozialdemokratie beruht.

Wohl kein Land des europäischen Festlandes hat eine so rapide industrielle Entwickelung wie Deutschland. Den ganzen wirtschaftlichen Umschwung kann man erst beurteilen, wenn die Resultate der Gewerbezählung vorliegen. Aber einige große Industriezweige kann man in ihrer Entwickelung genau verfolgen; da teils über ihre Produktion wie beim Bergbau, Salinen- oder Hüttenwesen genaue Statistik geführt wird oder wie bei der Baumwollproduktion aus dem Verbrauch der Menge des Rohprodukts die Entwickelung festzustellen ist.

Im letzten Jahrzehnt stieg die Bevölkerungsziffer von 52 753 000 auf 60 246 000, also um 14 Prozent. Die Montanindustrie, also Bergbau, Salinen und Hüttenwesen, war, was die Zahl der Betriebe anlangt, fast konstant. Die Zahl der Betriebe stieg von 2592 auf 2693. Die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter stieg aber von 484 011 im Jahre 1895 auf 725 989 im Jahre 1904. Hier trat also eine Steigerung von fast 50 Prozent ein. Noch stärker war aber die Steigerung der erzeugten Produkte. Diese stiegen von 127 546 300 Tonnen im Jahre 1895 auf 211 654 100 Tonnen im Jahre 1904. Noch stärker stieg aber der Wert, und zwar von 1 145 439 000 Mark im Jahre 1895 auf 2 207 663 000 Mark im Jahre 1904. Die großen Betriebe der Montanindustrie sind fast sämtlich zu großen Kartellen vereinigt. Im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier herrscht das 1893 gegründete rheinisch-westfälische Kohlensyndikat, dem das Kokssyndikat und der Brikettverkaufsverein angeschlossen ist. Die Eisenproduktion wird beherrscht vom Stahlwerksverband, einer Vereinigung von den 31 größten Werken, die mehr als vier Fünftel der gegenwärtig 12 Millionen Tonnen betragenden Eisenproduktion in Händen haben.

Für den Inlandmarkt ist durch diese großen Kapitalistenvereinigungen die freie Konkurrenz fast völlig ausgeschaltet. Für das unbestrittene Gebiet, d. h. für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk, setzen Kohlen- und Kokssyndikat die Preise willkürlich fest. Die großen Eisenwerke werden durch hohe Koks- und Kohlenpreise gar nicht berührt, weil sie neben den Eisenwerken Kohlenzechen haben und die in eigenen Werken verbrauchten Kohlenmengen dem Syndikat, welches sonst den ganzen Kohlen- und Kokshandel in Händen hat, nicht zur Verfügung zu stellen brauchen.

Die Eisensyndikate und der Stahlwerksverband sind durch die Zölle gedeckt und können für ihre Produkte Weltmarktpreis plus Zoll mit Leichtigkeit erlangen.

Auch die anderen Kohlenbezirke haben ihre Syndikate. Oberschlesien hat eine Preiskonvention, Niederschlesien das Kohlensyndikat in Waldenburg und der Zwickauer Bezirk seinen Förder- und Verkaufsverband. Der preußische Staat verfügt über große Steinkohlenbergwerke an der Saar, in Schlesien und am Niederrhein. Aber in seiner Preispolitik stört er nie die Pläne der Großkapitalisten, und in Entrechtung und Ausbeutung der Arbeiter konkurriert er immer mit den schlimmsten Ausbeutern.

Auch die Erzeugung der anderen Bergwerks- und Salinenprodukte befindet sich zum größten Teile in den Händen von Kartellen.

Einen ähnlichen Aufschwung nahm die Textilindustrie. Der Baumwollverbrauch stieg von 2 565 560 Doppelzentner im Jahre 1896 auf 3 943 130 Doppelzentner im Jahre 1905. Auch in der Spinnerei beherrschen Kartelle den Markt. Deutschland ist das Land der Kartelle. Mehr als 400 Kartelle bestehen, und sie sind in fast allen Industriegruppen vertreten.

Die Bildung der Kartelle wurde außer durch die Schutzzölle wesentlich durch die Arbeiterversicherung gefördert. Das Unfallversicherungsgesetz verlangte die Bildung von Berufsgenossenschaften als Träger der Versicherung. Die Kapitalisten der einzelnen Berufszweige wurden zwangsweise zusammengeführt. Das gemeinsame Verhandeln über Fragen der Arbeiterversicherung trug viel dazu bei, daß dieselben Leute nun auch das Beisammensein ausnutzten, ihre besonderen Kapitalisteninteressen zu fördern. Durch die Kartellbildung und den sich jetzt bemerkbar machenden Uebergang zur Trustbildung werden die letzten Hülfsmittel der kapitalistischen Produktion rasch verbraucht. Die freie Konkurrenz, die sonst als regulierender Faktor gepriesen wurde, ist in manchen Gegenden und in vielen Branchen völlig ausgeschaltet. Die letzten Ueberreste der Kleinbetriebe in diesen Branchen werden schnell zerrieben und aufgesogen. Größer und mächtiger werden die Armeen des Proletariats, die den gewaltigen Kapitalprotzen gegenüberstehen. Wohl gibt es Geplänkel, in welchen die rücksichtslosen Ausbeuter dem Arbeiter die Macht fühlen lassen, aber in der Arbeiterklasse wächst der Groll und die Erkenntnis, daß der schärfer werdende Druck nicht von ewiger Dauer sein wird.

I.

Die parlamentarische Aktion.

Auf dem internationalen Sozialistenkongreß, der vom 14. bis 20. August 1904 in Amsterdam stattfand, bildeten die Debatten über die „internationalen Regeln der sozialistischen Taktik" den Höhepunkt der Verhandlungen. Ein Teil der französischen Parteigenossen hatte in Amsterdam die Dresdener Resolution zur Verhandlung gestellt. Die deutschen Verhältnisse wurden deshalb in diesen Debatten von Freunden und Gegnern der Dresdener Resolution vielfach herangezogen. Die deutschen Verhältnisse standen damals noch frisch unter der Einwirkung des Dreimillionensieges der deutschen Sozialdemokratie vom 16. Juni 1903. Welche Folgen hat das alle Erwartungen übertreffende Anwachsen der sozialistischen Stimmen und Mandate für die Entwickelung der deutschen Verhältnisse, so lautete die vielfach und nicht zuletzt von unseren ausländischen Brüdern aufgeworfene Frage. Von den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie wurde auf diese Frage in Amsterdam bereits erwidert, daß sich vorläufig nicht viel ändern werde. Auch nach dem Dreimillionensiege habe die Sozialdemokratie, auf die am 16. Juni 1903 knapp ein Drittel der abgegebenen Stimmen gefallen seien, erst ein Fünftel der Reichstagsmandate. Außerdem ist das Deutsche Reich kein parlamentarisch regiertes Land. Deutschland hat wohl ein Parlament, aber die Regierung wird von 26 Regierungen ausgeübt, an deren Spitze der König von Preußen als deutscher Kaiser steht.

Die erste Folge des so starken Anwachsens der sozialistischen Stimmen und Mandate war, daß die bürgerlichen Parteien sich viel enger aneinander schlossen, als das früher der Fall war. Dadurch wurde es der Sozialdemokratie nach wie vor erschwert, ihren Wünschen gemäß und in Uebereinstimmung mit ihrem Programm positive Arbeit für die Arbeiterklasse zu leisten. Die vielen Anträge, welche die sozialdemokratische Fraktion zu den zur Debatte stehenden Vorlagen stellte, wurden mit geringen Ausnahmen von den bürgerlichen Parteien niedergestimmt. So wurden zum Beispiel bei Beratung der Reichs-Finanzreform, die eine Erhöhung bestehender und Einführung neuer indirekter Steuern neben der Einführung einer Reichs-Erbschaftssteuer brachte, sämtliche Anträge der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt. Da die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag in der Legislaturperiode 1903/06 die zweitstärkste Fraktion war, hatte sie dennoch eine vermehrte Gelegenheit, ihre Ansichten über alle schwebenden Fragen mit wünschenswerter Schärfe zur Geltung zu bringen. Ob ihrer Sachkenntnis und ihres Fleißes wurde von gegnerischer Seite den Rednern der sozialdemokratischen Fraktion mehrfach Anerkennung gezollt, trotzdem die bürgerlichen Parteien sich immer enger zu einem antisozialistischen Block zusammenschlossen und die Sozialdemokratie an positiver Arbeit hinderten. Scharfe Kritik übten die Redner der sozialistischen Fraktion alljährlich bei Beratung des Etats, die in Deutsch-

land eine sehr gründliche ist und bei der über alle brennenden Fragen der inneren und äußeren Politik eingehend gesprochen wird. Als Sozialdemokraten legten die Mitglieder der Fraktion schärfsten Protest ein gegen das kulturfeindliche System des Militarismus und des Marinismus, gegen die inhumane, hundertweise die Millionen verschleudernde Kolonialpolitik, gegen die arbeiter- und mittelstandsfeindliche Politik der Zölle und indirekten Steuern, gegen die die Massen schädigende Handelsvertragspolitik, die in Deutschland unter dem Einfluß der Agrarier steht, gegen die heillose Pumpwirtschaft des Deutschen Reiches, gegen den industrie-feudalen Kurs in der Sozialpolitik, gegen das Gebaren der deutschen Justiz in sehr vielen Prozessen, in denen klassenbewußte deutsche Arbeitervertreter vor den Schranken des Gerichts standen usw. usw. Selbstverständlich stimmte die sozialdemokratische Fraktion gegen die Flottenvermehrung, die unter dem neuesten Kurs in Deutschland in immer schnellerem Tempo durchgeführt werden soll, weil nach Wilhelm II. „unsere Zukunft auf dem Wasser liegen soll", ebenso wie gegen die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 10 339 Mann, die im Jahre 1905 der Reichstag beschloß. Im Ausland werden oft die patriotischen deutschen Sozialdemokraten gegen die angeblich unpatriotischen Sozialisten des jeweilig in Frage kommenden Landes von bürgerlichen Staatsmännern höchst verdächtig gelobt. Nun ist es ganz selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie nicht, wie verleumderisch von ihren Gegnern behauptet wird, das Vaterland wehrlos machen will. Die Sozialdemokratie will gerade die höchstmögliche Wehrhaftigkeit erzielen, indem sie in ihrem Programm klar fordert: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere." Weil aber die Sozialdemokratie eine auf demokratischer Grundlage beruhende Heeresorganisation will, gerade deshalb muß sie gegenüber dem heutigen Militarismus, dem Instrument der Klassenherrschaft, dem Werkzeug des persönlichen Regiments, auf alle Fälle an ihrer Parole: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen" festhalten. Die sozialdemokratische Fraktion beschränkte sich aber nicht nur darauf, an den Vorlagen der Regierung Kritik zu üben und gleichzeitig im Interesse der minderbemittelten Volksklassen Verbesserungsanträge zu stellen, sondern sie ergriff auch die Initiative, um die Regierung und die bürgerlichen Parteien in einer ganzen Reihe teils allgemeiner Kultur-, teils spezieller Arbeiterfragen vorwärts zu treiben; bei der in Deutschland herrschenden Kursrichtung nach rückwärts ein ebenso notwendiges, als schwieriges Beginnen. Diese Initiativanträge betrafen u. a.: 1. die Verbesserung des Koalitionsrechts, 2. die Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages, 3. den Erlaß eines Reichsberggesetzes, 4. die Regelung des Knappschafts-Kassenwesens, 5. die Verbesserung des Krankenversicherungsgesetzes, 6. den Erlaß eines Bauarbeiterschutzgesetzes, 7. den Erlaß eines Gesetzes zur Einrichtung von Gerichten für Streitigkeiten zwischen ländlichen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, 8. die Aufhebung der vorsintflutlichen Gesindeordnungen, 9. den Erlaß eines Wohnungsgesetzes, 10. die Aufhebung der Nahrungs- und Futtermittelzölle, 11. die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Landtage der Einzelstaaten für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts, 12. die Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungskommissionen, 13. die Erweiterung der Immunität der Abgeordneten, 14. die Aufhebung des

Majestätsbeleidigungsparagraphen, 15. die Schadenersatzpflicht der Automobilbesitzer, 16. die Verbesserung der Sonntagsruhe für die in Industrie, Gewerbe und Handel Beschäftigten usw. usw. Diese Anträge kamen zum allergrößten Teil nicht zur Beratung. Ueber die Notwendigkeit des in diesen Initiativanträgen geforderten Eingreifens der Gesetzgebung wurde bei der Etatsberatung dennoch gesprochen. Die letzten Jahre waren auf sozialpolitischem Gebiete unfruchtbar. Wie es mit der Arbeiterschutzgesetzgebung steht, ist eingehend in dem deutschen Bericht festgelegt, der zum 1. Mai 1906 von dem internationalen Bureau in Brüssel mit den Berichten aus den anderen Ländern veröffentlicht wurde und auf den wir hiermit verweisen.*) Die sozialdemokratische Fraktion hat sich nicht auf allgemein gehaltene Initiativanträge beschränkt, sondern auch ganze Gesetzentwürfe ausgearbeitet. So hat sie z. B. einen Gesetzentwurf betr. die Errichtung eines Reichsarbeitsamts, Arbeitsämter, Arbeitskammern und Einigungsämter ausgearbeitet und eingebracht. Der Entwurf wurde beraten und der Regierung, die versprochen hatte, zur Regelung dieser Materie einen Gesetzentwurf vorzulegen, zur Berücksichtigung überwiesen. Der versprochene Gesetzentwurf ist freilich noch nicht an den Reichstag gelangt.**) Die Regierung arbeitet im „Reiche des sozialen Königtums" bedeutend langsamer als wie die fälschlich als Partei der Verneinung bezeichnete Sozialdemokratie. Sie arbeitet schneller, wenn z. B. versucht werden soll, die organisierten Arbeiter mit einem Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zu strafen. Infolge der Reichstagsauflösung fiel dieses arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Gesetz unter den Tisch des Hauses. — Die scharfe, auf großes Material gestützte Kritik unserer Fraktion nötigte die überwiegende Mehrheit des Reichstags, einer sozialdemokratischen Resolution zuzustimmen, die eine eingehende Untersuchung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in der Großeisenindustrie verlangte. Die Furcht vor der Sozialdemokratie veranlaßte auch die bürgerlichen Parteien zu einer Flut von Anträgen. Diesen Anträgen von klerikaler, liberaler und konservativer Seite folgten aber keine gesetzgeberischen Taten. Schon deshalb dürften die bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie nicht den auch an sich unberechtigten Vorwurf machen, daß sie keine positive Arbeit geleistet habe.

Gänzlich isoliert ist die deutsche Sozialdemokratie im Reichstag, wenn sie die widerspruchsvolle, in Gegensätzen sich bewegende auswärtige Politik kritisiert. Aus der Zeit Bismarcks her sind die bürgerlichen Abgeordneten fast durchweg gewöhnt, alles kritiklos hinzunehmen, was die meist aus den Junkerfamilien stammenden Diplomaten geheimnisvoll zusammenbrauen. Selbst in Versammlungen der Linksliberalen ist es oft vorgekommen, daß sozialistische Diskussionsredner von dem Bureau gerügt wurden, wenn sie wagten, über Bismarcks auswärtige Politik ein kräftiges Wörtlein zu reden. Diese liberalen Bismarckanbeter haben auch gegen seine Nachfolger ihren Glauben an die Großtaten der preußisch-deutschen Diplomatie bewahrt. Weder das Chinaabenteuer noch das Marokkoabenteuer waren von bürgerlicher Seite ernsthafter Kritik ausgesetzt. Der zitatenfrohe Fürst Bülow, der

---

*) Bureau Socialiste international. Le Manifestation Internationale du 1er Mai. Bruxelles. Imprimerie Brismée. 1906.

**) Ebenso hat die Fraktion einen Gesetzentwurf zum Schutze der Heimarbeiter eingebracht.

für seine Reden oft und gern bei Bismarck Anleihen macht, hat in den Fragen der auswärtigen Politik fast stets alle bürgerlichen Parteien hinter sich. Eine Ausnahme macht nur die Handelspolitik. Hier schreien die Agrarier nach immer höherem Zollschutz für die Landwirtschaft. Es gelang dem Fürsten Bülow infolge der Zerfahrenheit der österreichischen Verhältnisse und infolge der durch den japanischen Krieg erzielten Schwächung Rußlands, trotz der Erhöhung der Getreidezölle, die der Wuchertarif von 1902 zur Folge hatte, Handelsverträge abzuschließen. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte am 22. Februar 1905 gegen diese Handelsverträge, weil sie eine erhebliche Brot- und Lebensmittelverteuerung auf 12 Jahre festlegten. Schärfsten Protest legten die sozialdemokratischen Redner Jahr für Jahr gegen das Wettkriechen vor dem russischen Zarismus ein, in dem die deutsche Diplomatie die französische womöglich zu übertreffen sucht. Auch die inneren Zustände Rußlands, die Regierungsanarchie, die Verbrechen der russischen Bureaukratie, die Judenmetzeleien in Kischinew und anderwärts, der ganze Barbarismus der offiziellen russischen Politik wurde im Deutschen Reichstag anläßlich der Besprechung der Massenausweisung von Russen an den Pranger gestellt. Dieses wirkungsvolle Kennzeichnen des halbasiatischen zaristischen Regierungssystems ließ den Fürsten Bülow jammern über eine „zügellose Kritik an den Zuständen des befreundeten Nachbarreiches". Am 19. Januar 1904 kam die sozialdemokratische Interpellation über die russische Spitzelwirtschaft in Deutschland zur Verhandlung. Gleichzeitig wurde der Reichskanzler über die Ergebnisse des Königsberger Prozesses interpelliert, in welchem deutsche Reichsangehörige unter Anklage gestellt wurden, ehe der gesetzlich notwendige Strafantrag der russischen Regierung vorlag. Von sozialdemokratischer Seite war festgestellt worden, daß russische Agenten Verbrechen verübt und andere Personen zur Verübung von Verbrechen zu bestimmen versucht hatten. Die Regierung duldete die Spitzelwirtschaft in Deutschland, deren Leitung eine Exzellenz als Oberspitzel inne hatte. Fürst Bülow beantwortete die Interpellation mit der Verlesung einer Anzahl Aktenstücke aus Bismarcks Zeit, um zu beweisen, daß auch dieser deutsche Heros dem Zarismus in ähnlicher Weise gefällig war, indem er Leo Deutsch, Mendelsohn und andere russische und polnische Flüchtlinge den Schergen des Zarismus auslieferte. Die Sozialdemokratie wollte diesen kulturwidrigen Zuständen ein Ende machen, indem sie in einer Resolution einen Gesetzentwurf zur einheitlichen Gestaltung des Fremdenrechts verlangte, durch den „insbesondere eine Zulassung von ausländischen Polizeiagenten im Deutschen Reiche verboten werden sollte". Die Mehrheit der bürgerlichen Parteien lehnte diese Resolution ab. Nur wenige Liberale stimmten dafür. Im Jahre 1905 wurde von sozialdemokratischer Seite bei der Etatsberatung verlangt, daß die zwischen Preußen und Bayern einerseits und Rußland andererseits 1885 abgeschlossenen Auslieferungsverträge gekündigt würden, weil sie allen Grundsätzen des Völkerrechts ins Gesicht schlagen. Von neuem wurde dargelegt, wie die Ausweisungswillkür auch der Reichsverfassung widerspricht. Auf die schweren Anklagen wußte der Reichskanzler nichts Stichhaltiges zu erwidern. Die Ausweisungspolitik blieb die alte, was im April 1906 eine ganze Anzahl russischer Staatsangehöriger erfahren mußte. Die sozialdemokratische Fraktion interpellierte deshalb von neuem. Der Reichskanzler lehnte die Beantwortung der Interpellation ab. Er „begründete" das damit,

daß die Handhabung der Fremdenpolizei Sache der Einzelstaaten sei. Die Interpellation wurde trotzdem verhandelt und dabei nachgewiesen, daß der bekannte Berliner Kriminalkommissar Schöne einen russischen Staatsangehörigen zum Landesverrat gegen Rußland anstiftete und auf dem Berliner Polizei-Präsidium dem Mann zu diesem Zwecke ein falscher Paß und ein falsches Zeugnis ausgestellt wurde. Diese Enthüllungen erregten ungeheures Aufsehen. Sie machten auch auf die bürgerlichen Parteien Eindruck. Aber zu einer Tat konnten diese sich nicht aufraffen. — Uebrigens wird die Ausweisungswillkür nicht nur gegen russische, sondern gegen österreichische, dänische, holländische und andere Staatsangehörige ebenfalls angewandt. Die skandalöse Ausweisung des holländischen Anarchisten Domela Nieuvenhuis wurde durch die sozialdemokratischen Redner im Reichstag scharf verurteilt, als eine Schmach, die Deutschland in der öffentlichen Meinung des Auslandes herabsetzt. — Dem Genossen Jaurès wurde durch den deutschen Botschafter in Paris, dem Fürsten Radolin, die Ausweisung angedroht, als ihn zum 9. Juli 1905 die Berliner Genossen zu einer Rede eingeladen hatten wider die Kriegstreibereien zur Zeit der Marokko-Affäre. Die Regierung des großmächtigen Deutschen Reiches duldete — diese Friedensdemonstration nicht. Die Versammlung fand in der Hasenheide trotzdem statt. 18 000 Arbeiter waren anwesend und empfingen vom Genossen Jaurès telegraphisch brüderliche Grüße. Die ungehaltene Jaurès-Rede wurde aber am selbigen Sonntagmorgen in 100 000 Exemplaren durch den „Vorwärts" verbreitet. Am 2. Juli-Sonntag des gleichen Jahres wurde den Genossen Adler-Wien, Greulich-Zürich und Todeschini verboten, in Konstanz zu reden. Diese Vorgänge wurden in der nächsten Reichstagssession durch den Parteigenossen Bebel einer scharfen Kritik unterzogen. Daß sich die deutsche Regierung in ihren Kämpfen wider die „auswärtige Politik der Hasenheide"*) mit Ruhm bedeckt hätte, wird wohl niemand behaupten können. Freilich war die Regierung zur Zeit der Marokko-Blamagen besonders empfindlich. In dem Bewußtsein, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik den Mehrheitsparteien alles bieten zu können, hatte Fürst Bülow über die Marokko-Affäre dem Reichstag in einem Weißbuch nur 27 Aktenstücke zugehen lassen, während dem französischen Parlament in einem Gelbbuche 366 Aktenstücke vorgelegt wurden. Die sozialdemokratische Fraktion verlangte die Uebersetzung dieses Gelbbuchs. Die Regierung weigerte sich, diesem Antrag stattzugeben. Die Reichstagsmehrheit ist zufriedengestellt, wenn ihr Bülow 27 bedeutungslose Brocken aus der Diplomatenküche zufallen läßt! In Anbetracht der kritiklosen Haltung der bürgerlichen Parteien ist es in der auswärtigen Politik der sozialdemokratischen Fraktion sehr schwer gemacht, ihre sozialdemokratischen Grundsätze der Völkerversöhnung und Völkerverbrüderung mit praktischem Erfolge zu vertreten.

Die wachsende Bedeutung der sozialdemokratischen Fraktion hat sich besonders in dem Erlasse des Diätengesetzes gezeigt. Bei der Gründung des Reichs hatte Bismarck sich geweigert, den Volksvertretern Diäten zuzugestehen. Er wollte damit Arbeitervertreter dem Reichstag möglichst fernhalten. Diese Spekulation schlug fehl. Die sozialdemokratische Partei zahlte ihren Abgeordneten Diäten, damit diese sich den durch

*) Gegend Berlins, in der die Jaurès-Versammlung stattfinden sollte. Mit Bezug hierauf erklärte Bülow: er lasse sich seine Politik nicht von der Hasenheide vorschreiben.

die Parlamentstätigkeit in Berlin erforderlichen Aufwand leisten konnten. Die fleißige Anteilnahme der sozialdemokratischen Fraktion an den Verhandlungen und das gewohnheitsmäßige Schwänzen vieler bürgerlicher Abgeordneten wurde nun der Regierung und den bürgerlichen Parteien im gleichen Maße unbequemer, als die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten wuchs. Nach dreißigjährigem Sträuben gab die Regierung deshalb der Reichstagsmehrheit nach und bewilligte Diäten, d. h. Anwesenheitsgelder. In fünf Monatsraten wird den Reichstagsabgeordneten die Summe von 3000 Mark ausgezahlt. Für jede versäumte Sitzung werden 20 Mark abgezogen.

II.

Die Reichstagsauflösung und die Wahlen von 1907.

Am 13. Dezember 1906 wurde das deutsche Volk durch eine der landesüblichen Plötzlichkeiten überrascht. Fürst Bülow hatte den Reichstag aufgelöst, weil eine aus Sozialdemokraten, Zentrum und Polen bestehende Mehrheit die von der Regierung für Südwestafrika geforderten 29 Millionen Mark verweigert hatte. Die nationale Phrase wurde in den höchsten Tönen gesungen. Das deutsche Vaterland sollte in Gefahr sein, weil 300 Hottentotten im Besitz von kleinkalibrigen Gewehren waren, und wie die Redensarten noch alle lauteten, mit denen man den furor teutonicus für Deutsch-Afrika zum Wahlkampf aufrief. Gegen die Sozialdemokratie und gegen das Zentrum, die Partei der deutschen Klerikalen, ging die „nationale Parole", die nicht nur bei den Reaktionären der konservativen Parteien und den Antisemiten, sondern auch bei dem Liberalismus — wirkliche bürgerliche Demokraten gibt es in Deutschland nicht mehr — aller Schattierungen begeisterten Widerhall fand.

Den Standpunkt der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik hatte unser Fraktionsredner am 1. Dezember 1906 im Reichstag wie folgt gekennzeichnet:

„Daß Kolonialpolitik getrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen. Kolonialpolitik zu treiben kann unter Umständen eine Kulturtat sein; es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird. Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik sein soll, und wie sie ist. Kommen die Vertreter kultivierter und zivilisierter Völkerschaften, wie es z. B. die europäischen Nationen und die nordamerikanische sind, zu fremden Völkern als Befreier, als Freunde und Bildner, als Helfer in der Not, um ihnen die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation zu überbringen, um sie zu Kulturmenschen zu erziehen, geschieht das in dieser edlen Absicht und in der richtigen Weise, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonisation als große Kulturmission zu unterstützen bereit sind. Wenn Sie also zu den fremden Völkerschaften als Freunde kommen, als Wohltäter, als Erzieher der Menschheit, um ihnen zu helfen, die Schätze ihres Landes, die andere sind als die unsrigen, heben zu helfen, um dadurch den Eingeborenen und der ganzen Kulturmenschheit zu nützen, dann sind wir damit einverstanden. Kommen Sie also zu ihnen als Arbeits- und Bundesgenossen, dann sind wir dabei. Aber das ist ja

bei Ihrer Kolonialpolitik nicht der Fall. Sie kommen nicht als Befreier und Erzieher, sondern als Eroberer, als Unterdrücker, als Ausbeuter. Sie kommen als Eroberer, um mit brutaler Gewalt den Eingeborenen zu rauben, Sie machen sie zu Heloten, zwingen sie in fremde Dienste zur Fron für fremde Zwecke. Das ist Ihre Kolonialpolitik! Sie nehmen das Eigentum aller, um es wenigen zu geben. Der Sozialismus will das Eigentum wenigen nehmen, um es allen zu geben. Das ist der große prinzipielle und kulturelle Unterschied zwischen Ihrer Eigentumspolitik und der sozialistischen. Sie schenken das Eigentum der Gesamtheit an Menschen, die kein anderes Recht auf dieses Eigentum haben, als daß sie zu Ihnen, der Klasse der Eroberer, gehören. Das ist Ihr einziger sogenannter Rechtstitel."

Im übrigen war es der Regierung längst unbequem, daß das Zentrum zusammen mit der starken sozialdemokratischen Fraktion eine Mehrheit bilden konnte, die in der Lage war, der Regierung Forderungen zu verweigern. Das Zentrum hat von dieser Mehrheit nach links selten Gebrauch gemacht. Das Zentrum war seit Jahren im innigsten Techtelmechtel mit der Regierung. Die Freundschaft kühlte sich erst ab, als in Kolonialfragen das Zentrum mit Enthüllungen vorging und Skandale zur öffentlichen Kenntnis brachte. Zu diesen Erörterungen hatten die katholischen Missionen in Afrika und auf den Südseeinseln dem Zentrum das Material geliefert. Das Zentrum hatte die Rolle der Oppositionspartei wieder einmal übernommen. Zum Zentrum rechnen sich infolge der geistigen Abhängigkeit von der Kirchenorganisation heute besonders in vorwiegend katholischen Gegenden noch Massen von Industrie- und Landarbeitern, denen zuliebe das Zentrum nicht reine Regierungspartei sein darf. Besonders vor den Wahlen muß also das Zentrum sich oppositionell gebärden. Nun wurde das Zentrum, das die letzten Jahre in den Reichsämtern geheimnisvoll und stillvergnügt eine Nebenregierung etabliert hatte, noch besonders vor den Kopf gestoßen durch die Berufung Dernburgs in das Kolonialamt als stellvertretender Direktor. Dernburg hatte in Kolonialfragen keine Vergangenheit. Er kam von der Börse. Im Stile der Gründerära pries er dem kritiklosen Bürgertum die herrliche wirtschaftliche Zukunft, die vielleicht einmal unsere Kolonien haben könnten. Es kam im Reichstag im Dezember 1906 zu mehreren temperamentvollen Zusammenstößen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie einerseits und der neugebackenen Börsen-Exzellenz andererseits. Das Zentrum hatte es früher im entscheidenden Moment selten an dem von der Regierung verlangten Bewilligungseifer fehlen lassen. Die Flottenpolitik des letzten Jahrzehnts bewies das ebenso deutlich als wie die Tatsache, daß seit 1885 das Zentrum nach der Aufrechnung seiner eigenen Führer über 800 Millionen Mark für die deutschen Kolonien bewilligt hatte. Diesmal, wo es sich im Verhältnis zu früheren Forderungen nur um 29 lumpige Millionen Mark handelte, wartete die Regierung die dritte Lesung, bis zu der gewöhnlich in Streitfällen der „Kuhhandel" fertig wurde, gar nicht ab, sondern löste nach der zweiten Lesung auf. Ein Beweis dafür, daß die Regierung den Bruch wollte. Die Gelegenheit war für die Regierung insofern günstig, als 1906 in Deutschland Industrie und Handel im Zeichen der Prosperität standen. Zu Krisezeiten — und die Krise war für 1908 wahrscheinlich — mußten infolge des allgemeinen Drucks der wirtschaftlichen Verhältnisse die Wahlen im Sinne der Regierung ungünstig beeinflußt werden. Die Regierung glaubte, daß sie es jetzt wagen könnte, an die

rückständigen Teile des deutschen Volkes mit dem Erfolge zu appellieren, daß diese zusammen mit den bewußt Klasseninteressen vertretenden Bourgeois eine konservativ-liberale Mehrheit schaffen würden neben der konservativ-klerikalen. Die Regierung wagte das gefährliche Spiel und sie gewann. Das hatten weite Kreise des Bürgertums nicht erwartet, sowenig wie die Sozialdemokratie. Die in bürgerlichen Organen vielfach kolportierten Behauptungen, daß die sozialdemokratische Partei auf den Gewinn von 20 Mandaten, auf eine Fraktion von 100 Abgeordneten gerechnet habe, waren falsch. In der sozialdemokratischen Partei rechnete man auf den Gewinn einer Anzahl Mandate, man war sich aber wohl bewußt, daß auch eine ganze Anzahl der 1903 so zahlreich gewonnenen Mandate mit großer Wahrscheinlichkeit verloren gingen. Man rechnete also mit keinem großen Mandatsgewinn, ebensowenig freilich mit dem großen Mandatsverlust, den die Wahlen von 1907 der Sozialdemokratie brachten. Von den 81 Mandaten, die im Jahre 1903 von der Sozialdemokratie erobert worden waren, verlor sie 1907 nicht weniger als 46. Ein Teil dieser Verluste wird erklärlich, wenn man im Auge behält, daß wir in diesen verlorenen Kreisen am 16. Juni 1903 von den Stimmen der Wahlberechtigten erhielten noch nicht 25 Proz. in 2, noch nicht 30 Proz. in 3, noch nicht 40 Proz. in 13, noch nicht 50 Proz. in 27 und in einem Falle 51 Proz. Die verlorenen Kreise durften also mit einer Ausnahme nicht zu den Kreisen gerechnet werden, die als absolut sicherer Besitzstand der Partei zu betrachten sind. Die Partei verlor Königsberg, Brandenburg, Frankfurt a. O. (allerdings bereits in einer Nachwahl 1904 schon), Randow, Stettin, Breslau-Ost, Breslau-West, Reichenbach i. Schles., Magdeburg, Halle, Zeitz, Flensburg, Ottensen, Lauenburg, Frankfurt a. M., Lennep, Elberfeld, München I, Zittau, Löbau, Dresden-Altstadt, Meißen, Pirna, Döbeln, Freiberg, Oschatz, Leipzig-Stadt, Borna, Zschopau, Annaberg, Kirchberg, Plauen, Böblingen, Eßlingen, Göppingen, Darmstadt, Rostock, Weimar, Braunschweig, Sonneberg, Altenburg (bereits in der Nachwahl 1904), Gotha, Rudolstadt, Reuß j. L., Reuß ä. L., Bremen. — Behauptet hat die Sozialdemokratie 35 Kreise. Neugewonnen wurden 8, nämlich Straßburg i. Els., Mülhausen i. Els., Offenbach, Hanau, Wiesbaden, Höchst, Duisburg und Bielefeld. Fünf dieser Kreise wurden teils durch indirekte — Stimmenthaltung — teils durch direkte Unterstützung des Zentrums gewonnen. Wenn die Sozialdemokratie und das Zentrum sich bei den Stichwahlen unterstützten, so geschah dies lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen.

Welches waren aber die Ursachen des so bedeutenden Mandatsverlustes der Sozialdemokratie? Wir haben oben schon auf die gute wirtschaftliche Konjunktur hingewiesen, die zahlreichen Wählern die Notlage nicht so fühlen ließ, in der sich unter jeder Klassenherrschaft notwendigerweise die minderbemittelten Volksklassen befinden müssen. Neben der herrschenden Prosperität sind aber eine ganze Anzahl Faktoren zu nennen, die nachweislich — hier mehr der eine, dort mehr der andere — den Mandatsverlust mitverschuldet haben. In erster Linie ist da zu nennen die stärkere Wahlbeteiligung, die hervorgerufen wurde einerseits durch den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien, andererseits durch eine speziell zur Führung des Wahlkampfes gegründete Organisation, wie den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der die volle Unterstützung der Regierungsorgane vom Reichskanzler bis zum Polizeidiener fand und dadurch der offizielle Leiter des ganzen Wahlkampfes

wurde. Dessen Gründung wieder war die Folge des Dreimillionensieges vom 16. Juni 1903. Dieser Sieg der Sozialdemokratie wirkte dahin, daß alle bürgerlichen Parteien sich enger aneinanderschlossen, einschließlich des Zentrums. Dieser Zusammenschluß machte sich zuerst fühlbar bei den Wahlprüfungen. Die bürgerliche Mehrheit trat ihre früheren Grundsätze mit Füßen und erklärte zwei Mandate für ungültig, weil von sozialistenfeindlicher Seite Wahlbeeinflussungen vorgekommen waren! Bei den Nachwahlen wurde eine beispiellose Sozialistenhetze entfaltet. Die Sozialdemokratie verlor beide Mandate. Im Reichstage hielt unterdes Fürst Bülow Sozialistentöter-Reden, in denen er den bürgerlichen Parteien immer wieder empfahl, gegen die Sozialdemokratie einig zu sein. Für 1908 waren alle Vorbereitungen getroffen, die Einigung sämtlicher bürgerlichen Parteien einschließlich des Zentrums gegen die Sozialdemokratie herbeizuführen. Dieser Plan wurde durch die plötzliche Auflösung des Reichstags im Dezember 1906 durchkreuzt. Dennoch ging im Osten Deutschlands das Zentrum schon 1907 in dem bürgerlichen Misch-Masch auf. Ebenso kamen in einer Anzahl Wahlkreise, wie z. B. Breslau, Königsberg, Gotha usw. schon für die Hauptwahl Bündnisse zwischen den Agrariern, den Konservativen und den Liberalen zustande. Die Sozialdemokratie kämpfte also nicht nur bei der Stichwahl, sondern auch schon bei der Hauptwahl vielfach gegen e i n e geschlossene reaktionäre Masse. Die Regierung gab sich die größtmögliche Mühe, die bürgerlichen Parteien soweit unter einen Hut zu bringen, daß sie sich schon bei der Hauptwahl auf e i n e n Kandidaten gegen uns vereinigten. Dabei führten die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf in einer so schamlosen Weise, wie sie ihn noch nie geführt hatten, trotzdem wir auch früher hierin keineswegs verwöhnt wurden. Hundertmal widerlegte Verleumdungen und Fälschungen wurden in Millionen von Flugblättern im ganzen Deutschen Reiche verbreitet. Von berichtigenden Darstellungen nahm die Preßmeute der bürgerlichen Parteien keine Notiz. Weder Geld noch Mühe wurde gescheut zu unserer Bekämpfung. Auch Geld hatten unsere Gegner diesmal im Gegensatz zu früher in Hülle und Fülle. Die Vertreter der Großindustrie verpflichteten sich, pro Kopf des beschäftigten Arbeiters 1 Mk. zu opfern, die Börsenleute des Großhandels zeichneten Zehntausende, beglückt darüber, daß einer ihrer Leute, Dernburg, zur Kolonialexzellenz ernannt war. Dem Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie flossen die Mittel in Fülle zu.

Auf die Tätigkeit dieses Reichsverbandes müssen wir mit einigen Worten eingehen. Denn ähnliche Organisationen werden auch in anderen Ländern entstehen, je mehr der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Volksmassen wächst und je mehr die Klassengegensätze sich zuspitzen. Nach dem 25. Januar 1907 verkündete das Mitteilungsblatt des Reichsverbandes bereits, daß ein namhafter französischer Politiker die Leitung des Verbandes „um nähere Angaben über die Geschichte und Organisation des Reichsverbandes gebeten habe zwecks Veröffentlichung in einer angesehenen Zeitschrift“. In gleicher Angelegenheit habe sich ein anderer französischer Politiker an den Vorsitzenden des Verbandes gewendet. Man will also der Arbeiter-Internationale eine Internationale der „Brunnenvergifter der öffentlichen Meinung“ entgegenstellen. Nach den Wahlen von 1903 gründeten eine Anzahl reaktionärer Politiker den Reichsverband. Dieses Institut sollte allen bürgerlichen Parteien zur Verfügung stehen. Die Prätorianer des Verbandes

brauchen keine bestimmte politische Meinung zu haben, ja sie dürfen sogar keine haben. Die Söldner des Verbandes müssen heute konservativ, morgen liberal, übermorgen klerikal und am folgenden Tage antisemitisch reden und schreiben. Bei den Ersatzwahlen lieferten die Prätorianer des Verbandes den Befähigungsnachweis der Gesinnungslosigkeit. An der Spitze des Verbandes stehen u. a. ein Generalleutnant a. D. und ein preußischer Richter. Der Reichsverband gründete im Reiche Ortsgruppen, denen nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Korporationen, wie z. B. Kriegervereine, Mittelstandsvereine, Industriellenverbände usw. beitraten. Der Verband gründete in Berlin eine Geschäftsstelle und im Reiche Filialen. Das ganze Reich wurde mit Bettelbriefen überschwemmt. Freilich brauchte der Reichsverband massenhaft Geld, denn seine Agitation ist sehr kostspielig. Der Verband gibt eine Preß-Korrespondenz heraus, die von den gemeinsten Fälschungen und Verleumdungen der Sozialdemokratie strotzt, und unentgeltlich an über 1000 Zeitungen versandt wird. Insbesondere verbreiten die kleinen Blättchen auf dem Lande das ihnen kostenlos übermittelte Gift. Auch eine Rednerschule gründete der Verband in Berlin, in welcher den Kreaturen des Verbandes antisozialistische Reden eingetrichtert werden, aus denen sie dann im Lande wie dressierte Papageien rezitieren. Leider geben sich auch einzelne Arbeiter für Judaslohn zu diesem Gewerbe her und fallen ihren Klassengenossen in den Rücken, wobei sie ihre Arbeiterqualität besonders betonen. Das Auftreten der Söldner des Verbandes ist so widerlich, daß aus Reinlichkeitsgefühl in vereinzelten Fällen selbst nationalliberale Kandidaten diese „Mitarbeiter“ von den Rockschößen schütteln. Aber nur in vereinzelten Fällen! Die übergroße Mehrheit selbst der Linksliberalen ließ sich die Mitarbeit dieser politischen Prostituierten gefallen. Der Zweck — Ergatterung eines Mandats — heiligte das Mittel. Nach der Wahl hat der „Reichslügen-Verband“, wie er in Arbeiterkreisen kurz genannt wird, über seine Tätigkeit in seinen Mitteilungen Bericht gegeben. Aus dem Bericht geht hervor, daß der Verband seine Verleumdungen in 72 Flugblättern niederlegte, von denen 50 schon vor der Auflösung fertig waren und bei den vorhergegangenen Ersatzwahlen schon verbreitet wurden. Außerdem wurden von den Ortsgruppen noch zahlreiche Flugblätter herausgegeben, die auf örtliche Verhältnisse Bezug nahmen. Die Flugblätter wurden sämtlichen bürgerlichen Parteien unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Im Wahlkampf 1907 sind vom Reichsverbande nach seinen eigenen Angaben 10 149 330 Flugblätter verbreitet worden. Ein „Handbuch für nichtsozialdemokratische Wähler“ wurde in 7500 Exemplaren abgesetzt. In diesem Handbuche waren die Lügen über die Sozialdemokratie alphabetisch „geordnet“. Von der „Wahlkorrespondenz“ des Verbandes wurden vom 27. Dezember 1906 bis 1. Februar 1907 fünfzehn Nummern herausgegeben, die der bürgerlichen Tagespresse gratis zugingen und ausgiebig benutzt wurden. Aber nicht nur schriftstellerisch und rednerisch traten die Geschäftspolitiker des Reichslügenverbandes auf. Sie gaben den bürgerlichen Parteien auch Anleitung zur Handhabung der Wahltechnik, besonders zur Organisation des Schlepperdienstes. Die Sozialdemokratie sollte durch die sogenannte Partei der Nichtwähler überwunden werden. Wenn tatsächlich eine größere Wahlbeteiligung erzielt wurde, so ist das keineswegs nur auf die Tätigkeit des Reichsverbandes zurückzuführen. Neben ihm entfaltete z. B. der angeblich

unpolitische Flottenverein besonders in der Kolonialfrage eine ähnliche Tätigkeit. Der Flottenverein hat nach seinen eigenen Angaben zirka 20 Millionen Stück Flugblätter und Broschüren verteilen lassen, in denen der koloniale „Zukunftsstaat“ unserer unrentablen Kolonien in glühenden Farben gepriesen wurde. Inzwischen ist durch die Veröffentlichung des Briefwechsels, den der Vorstand des Flottenvereins mit dem Reichskanzleramt und einer Reihe bürgerlicher Politiker führte, erwiesen, daß der Flottenverein durch Vermittelung des Reichskanzleramtes Gelder für diese Art „nationaler“ Propaganda, d. h. unerhörtester Wahlbeeinflussung, empfing. Diese Wahlmachenschaften kamen sofort nach den Wahlen zum Schrecken der Beteiligten an den Tag. Der Reichslügenverband und der Flottenverein setzten sich bis ins kleinste Dorf in den von der „sozialistischen Gefahr bedrohten“ Wahlkreisen mit allen möglichen Korporationen in Verbindung. Die Kriegervereine, die Veteranenvereine, die nationalen Turnvereine, die landwirtschaftlichen Hülfsvereine, die Schützenklubs, die freiwilligen Feuerwehren usw. wurden mit sozialistenfresserischen Flugschriften versehen, verbreiteten dieselben und suchten ihrem letzten Mitgliede das Gruseln vor der Sozialdemokratie beizubringen.

Bei den rückständigen Elementen auf dem Lande hatten sie damit vielfach Erfolg. Außerdem wurde, wie schon oben hervorgehoben, der gesamte amtliche Apparat gegen die Sozialdemokratie aufgeboten. Oft nur im Stillen, oft aber auch auf offenem Markte. Mit schlechtem Beispiel ging hierin der Reichskanzler voran, der auf Anregung des Reichslügenverbandes in seinem Silvesterbrief an den Generalleutnant a. D. von Liebert den Minderheitsparteien vom 13. Dezember gegen Sozialdemokratie, Zentrum und Polen Wahlhülfe leistete. Daß daraufhin hohe und niedere Beamte, Bischöfe, Lehrer usw. diesem Beispiel folgten, versteht sich für jeden am Rande, der die psychologische Beschaffenheit des preußisch-deutschen Beamtenstaates kennt. Der stellvertretende Kolonialdirektor Dernburg zog als Wanderredner im Lande umher und hielt den Industriellen, Börsianern und Intellektuellen Vorträge über die Zukunft unserer Kolonien. Das Bürgertum jauchzte Dernburg zu, weil er aus seinen Reihen hervorgegangen war. Dem Klassengenossen, der es unter dem Junkerregiment zur Exzellenz gebracht hatte, galt der Beifall. Es ist nicht festzustellen, inwieweit die Kolonialparole auf die Wahlentscheidung eingewirkt hat. Ebensowenig wird schlüssig bewiesen werden können, inwieweit die nationale Phrase auf die Wähler eine größere Wirkung ausübte. Auch bei jeder früheren Wahl ist die Sozialdemokratie, weil sie international ist und sein muß, als antinational verleumdet worden. Die Wahlen von 1907 haben eine gewisse Aehnlichkeit mit den Wahlen von 1887. Damals wurde der gesamte amtliche Apparat in Bewegung gesetzt, damals einigten sich die Rechtsparteien zum „Kartell der Ordnungsparteien“, weil angeblich der äußere Feind — Franzosen und Russen — Deutschland zu überfallen drohte. Diesmal galt der Kampf dem inneren Feind. Die bürgerlichen Parteien hetzten die uns fernstehenden Massen in eine sinnlose Hurrastimmung wider die Sozialdemokratie. Es ist zweifellos, daß die dergestalt betriebene Wahlmache viele Indifferente, die früher niemals zur Wahl gingen, gegen uns mobil machte, ebenso wie sie uns manche Wähler abtrieb, die bei früheren Wahlen sozialdemokratische Stimmzettel abgegeben hatten, ohne Sozialdemokraten zu sein. Die Verschärfung der Klassengegensätze, die seit dem Jahre 1903 infolge

zahlloser Kämpfe der Arbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten ist, erleichterte dieses Unterfangen. Auch hat die außerordentliche Zunahme der Gewerkschaften, die seit 1903 913 000 neue Mitglieder gewannen, früher mit uns sympathisierende Handwerksmeister gegen uns eingenommen. Diese nahmen die sozialistischen Forderungen unseres Programms mit in Kauf, weil sie in uns die einzige wirklich demokratische Partei sahen, aber sie hassen das Streiken, weil es nach ihrer Meinung ihre soziale Stellung gefährdet. Ebenso haben die Fortschritte der Arbeiterkonsumvereinsbewegung uns die Kreise der Kleinhändler vielfach abtrünnig gemacht. Die Kleinbauern, die früher zum Teil für uns stimmten, weil es ihnen öfter noch schlechter geht, als einem großen Teil der Industriearbeiter, waren diesmal mit unserem Kampf wider die Fleischverteuerung unzufrieden. Ein Teil der Intellektuellen, die den Liberalismus schon 1903 reif für das Begräbnis erachtet hatten, ließen sich durch den Dernburg-Rummel vortäuschen, daß beim deutschen Liberalismus noch ein „Johannistrieb“ möglich sei. Wohl mag es auch einzelne „Intellektuelle“ geben, denen unsere Parteidiskussionen die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels verleiden, doch ist deren Zahl für den Gesamtausfall der Wahl ohne Belang. In Arbeiterkreisen haben wir dort Stimmen verloren, wo die gelben Gewerkschaften gegen 1903 Fortschritte machten und früher indifferente Massen in bewußten Gegensatz zu uns brachten. Die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Arbeitervereine entfalteten seit 1903 eine rege sozialistenfeindliche Tätigkeit und bemühen sich, die der christlichen Tradition noch anhängenden Arbeiter einzufangen, wenn sie die ländlichen Gefilde der Junkerherrschaft fliehen und nach der Stadt oder dem Industriebezirk ziehen. Die von den Liberalen gegründeten Gewerkvereine, die in der Mitgliederzahl stagnieren, gaben im Gegensatz zu 1903 diesmal offene Parole gegen uns aus. Landarbeiter, die 1903 nach der Einführung von Isolierräumen für die Stimmabgabe an eine freie und geheime Wahl geglaubt und in den östlichen Provinzen Preußens für uns stimmten, mußten nach der Wahl von 1903 erleben, daß die Junker dennoch wußten, wie der einzelne gestimmt hatte, weil die Wahlkuverts in unzulänglichen Urnen (Suppenterrinen, Zigarrenkisten) aufeinandergeschichtet worden waren und in derselben Reihenfolge herausgenommen werden konnten, wie sie hineingelegt worden waren. Die Landarbeiter fürchten jetzt den Terrorismus der Landjunker und ihrer Adjunkten und blieben 1907 in vielen Dörfern in großer Zahl der Wahl fern oder wählten gar aus Furcht ihre natürlichen Feinde. Den Unterbeamten wurden im Reichs- und Staatsdienst Zulagen in Aussicht gestellt. Den Arbeitern in den Staatsbetrieben, deren es viele Hunderttausende gibt, wurden Gratifikationen gegeben oder in Aussicht gestellt. So wurde auch mit materiellen „Gründen“ gegen uns „gearbeitet“. Auch die russische Revolution und die Diskussion über den Massenstreik wurde versucht, gegen uns auszuschlachten. Die gesamten Gegner malten den Besitzbürgern die „Schrecken“ einer nahenden Diktatur des Proletariats an die Wand und brachten sie damit auf die Beine zum Kampfe gegen den „inneren Feind“.

Neben diesen allgemeinen Ursachen haben in einigen Gegenden auch besondere Ursachen mitgespielt. So besonders im „roten Königreich“, Sachsen, wo 1903 von dem Bürgertum in großer Zahl Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben wurden. Die Unbeliebtheit des damals

regierenden Königs, die Kronprinzessin-Affäre, die Erhöhung der Zivilliste und die gleichzeitige Erhöhung der Steuerzuschläge, der Wahlrechtsraub u. a. mehr hatten die Unzufriedenheit der sächsischen Spießbürger 1903 so gesteigert, daß sie durch Abgabe von sozialdemokratischen Stimmzetteln protestierten. Diese Elemente gingen uns begreiflicherweise wieder verloren. War doch u. a. auch eine den Mittelstandswünschen entgegenkommende Wahlrechtsreform und eine Ermäßigung der Steuerzuschläge angekündigt. In Sachsen hatten wir 1903 in einzelnen Wahlkreisen nahezu eine Verdoppelung der Stimmenzahl gegen die vorhergegangene Wahl erreicht. Diese neuen Wähler waren zum großen Teil ihrer Klassenlage nach für uns nicht dauernd zu gewinnen. In Berlin dagegen, das sich trotz der verzweifelten Anstrengungen der Gegner glänzend schlug, stiegen unsere Stimmen gegen 1903 um 83 000 Stimmen. Von den 8 Kreisen Groß-Berlins behaupteten die Gegner nur die City in der Stichwahl gegen uns, in den übrigen 7 Wahlkreisen haben wir schon in der Hauptwahl sämtliche Gegner niedergeritten.

Alles in allem konnte der Parteivorstand in seinem Aufruf an die deutschen Parteigenossen nach der Wahl mit Recht sagen, daß wir zwar geschlagen wurden, aber nicht besiegt sind. Hat doch die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen um 1/4 Million Stimmen zugenommen. Sie ist von 3 010 000 in 1903 auf rund 3 260 000 in 1907 gestiegen. Wenn wir trotzdem 38 Mandate weniger erhielten als 1903, so liegt das an der ungerechten Wahlkreisgeometrie, die die Sozialdemokratie am meisten benachteiligt, weil sie auf die Bevölkerungszunahme der Großstädte und Industriezentren keine Rücksicht nimmt. Nach dem Wahlgesetz von 1869 sollte auf je 100 000 Einwohner ein Abgeordneter gewählt werden. Die für 1869 nach diesem Grundsatz festgelegte Wahlkreiseinteilung ist noch heute dieselbe, obgleich die Bevölkerung des Deutschen Reiches von 1871 bis 1907 von 41½ Millionen Einwohner auf 61 Millionen gewachsen ist. Hätte jede abgegebene Stimme gleiche Geltung, so müßten wir statt 43 mindestens 115 Abgeordnete haben. Das Zentrum hat bei 2 183 381 Stimmen, also über 1 Million Stimmen weniger als wir, 108 Abgeordnete. Es hat also rund 2/3 unserer Stimmenzahl, aber 2½ mal soviel Mandate wie die Sozialdemokratie! Bei einer g e r e c h t e n Wahlkreiseinteilung würde sich das Verhältnis der auf die einzelnen Parteien fallenden Mandate wie folgt darstellen:

Parteien	b. d. Hauptwahl abgeg. Stimmen	Entsprechende Zahl von Mandaten	Errungene Mandate	zu viel + zu wenig —
Sozialdemokraten . . .	3 258 968	116	43	— 73
Konservative	1 070 658	38	60	+ 22
Nationalliberale . . .	1 654 738	59	56	— 3
Reichspartei	447 308	16	22	+ 6
Antisemiten	448 809	16	27	+ 11
Zentrum	2 183 381	78	108	+ 30
Freis. Vereinigung . .	243 369	9	16	+ 7
Freis. Volkspartei . . .	734 582	26	27	+ 1
Deutsche Volkspartei . .	147 933	5	6	+ 1
Polen	453 774	16	20	+ 4
Welfen, Dänen, Elsässer und andere Parteien .	510 712	18	12	— 6
Zersplittert	8 342			
	11 162 574	397	397	

Bei der Wahl am 25. Januar wurden folgende Wahlkreise mit folgender Stimmenzahl erobert:

Von den Konservativen		Von der Sozialdemokratie	
Heiligenbeil	12 148	Leipzig-Land	56 712
Guhrau	11 973	Hamburg III	65 461
Greifenberg	11 775	Berlin IV	81 039
Pr.-Holland	11 736	Berlin VI	99 560
Labiau	11 575	Niederbarnim	57 862
Sangerhausen	11 541	Teltow-Beeskow-Storkow	104 104
Angerburg	11 485	Summa	464 738
Meseritz	11 388		
Rosenberg	11 149		
Pyritz	11 261		
Militsch	10 977		
Wartenburg	10 813		
Züllichau	10 411		
Königsberg N.-M.	10 077		
Demmin	9 312		
Sternberg	8 824		
Reuß ä. L.	8 634		
Neustettin	8 543		
Dinkelsbühl	8 387		
Namslau	8 269		
Summa	210 278		

Es wurden also 20 konservative Mandate mit insgesamt 210 278 Stimmen erobert.

Und um nur 6 sozialdemokratische Mandate zu erobern, bedurfte es der Zahl von 464 738 Stimmen!

Diese Zahlen zeigen deutlich, welche Benachteiligung das vielgerühmte deutsche Reichstagswahlrecht den Arbeitern zufügt.

	1903	1907	Zunahme
Wahlberechtigte waren vorhanden	12 531 248	13 193 571	662 323
Gültige Stimmen wurden abgegegeben	9 495 587	11 262 574	1 766 987
Prozent der Wahlberechtigten	75,8	85,4	

Von den Wahlberechtigten stimmten für die Sozialdemokratie 1903: 24,02 Proz., 1907: 24,36 Proz. Unsere Stimmenzahl stieg von 3 010 771 auf 3 258 968, also um 248 197. Schätzt man die Zahl der aus den oben geschilderten Gründen verlorenen Mitläufer auf ¼ Million, so ist der tatsächliche Zuwachs an Wählern ½ Million. Die Sozialdemokratie darf mit einer solchen Stimmenzunahme zufrieden sein, denn die 3¼ Millionen Wähler, die diesmal allen Mühen der Gegner zum Trotz zu uns hielten, stehen fester zu unserer sozialistischen Sache als die 3 Millionen des 16. Juni 1903. Es ist unseren Gegnern also nicht gelungen, den Namen der Dreimillionenpartei uns streitig zu machen. ¼ Million neuer Rekruten sind uns zugeströmt und stehen kampfbereit auf der Wahlstatt, auf der wir nur einige Positionen dem Feinde räumen mußten. Auch von gegnerischer Seite wird, wenn auch widerwillig, zugegeben, daß die Massen nicht daran dachten, den Lockrufen unserer Feinde zu folgen und uns abtrünnig zu werden. So sagt z. B. in der „Antisozialdemokratischen Correspondenz" ein heute hochkonservativer sozialistischer Renegat:

„Geblieben bei der Sozialdemokratie und weiter bei ihr sind die **Arbeiter**. Die Sozialdemokratie ist heute, nach ihrer Niederlage,

mehr denn je Arbeiterpartei, Proletarierpartei. Der deutsche Arbeiterstand, soweit er politisch interessiert ist, *sieht in der Sozialdemokratie* mehr und mehr *die ihm zustehende und zukommende Vertretung.* Damit vertieft und verschärft sich aber das sozialdemokratische Problem im besonderen und das soziale Problem im allgemeinen. Der Inhalt des sozialen Problems macht doch die Frage aus: Wie ist der vierte Stand, der Arbeiterstand, der bürgerlichen Gesellschaft organisch einzugliedern und wie ist das Arbeiterheer zu einer Stütze des nationalen Staates zu erziehen? Der Lösung dieses sozialen Problems *sind wir nach den Wahlen vom 25. Januar ferner denn je.* Die Sozialdemokratie ist im jetzigen Moment *mehr als jemals* vorher Klassenpartei, *revolutionäre Proletarierpartei,* und vom proletarisch-revolutionären Standpunkte aus hat das sozialdemokratische *Dreimillionenheer erst jetzt, durch die politische Feuertaufe vom 25. Januar, revolutionären Qualitätswert erhalten,* während es nach dem Juni 1903 bestenfalls *demokratischen Quantitätswert* besaß."

Die sozialdemokratische Partei wird in den nächsten Jahren den Ausbau der Organisation in zäher Kleinarbeit durchführen, sie wird, angespornt durch die Erfahrungen der Wahl von 1907, alles daran setzen, um in allen Wahlkreisen mit den Bevölkerungsschichten, die nach ihrer Klassenlage zum Proletarier gehören, noch viel bessere Fühlung zu bekommen, als das bis jetzt der Fall war. Die Sozialdemokratie Deutschlands ist sich bewußt, daß sie mehr denn jemals die Aufgabe hat, nicht nur für die sozialistischen Ideale unablässig zu wirken, sondern auch die Fahne der Demokratie hochzuhalten. Die bürgerlichen Liberalen aller Schattierungen haben sich bei der letzten Reichstagswahl inniger als je mit den Hurrapatrioten der preußisch-deutschen Reaktionsparteien verbrüdert. Die Liberalen waren nur der Schwanz der reaktionären Parteien. Sie haben — auch das charakterisiert den deutschen Liberalismus — in den Stichwahlen *nicht weniger als 32 Mandate den Reaktionären zugeschanzt,* in denen sie zwischen einem Revolutionär und einem Sozialisten den Ausschlag geben konnten. Außerdem haben sie durch Aufstellung gemeinsamer Kandidaten schon in der Hauptwahl, besonders in Großstädten, Reaktionären zum Siege verholfen. Nicht weniger als 6 Mandate hat der Freisinn allein den Antisemiten ausgeliefert. Von einem solchen Liberalismus, der nach den Wahlen von 1907 noch weniger Einfluß im Parlament hat als früher — denn die Linke ist durch die Stichwahltaktik der Liberalen im neuen Reichstag geschwächt —, ist natürlich nichts für das Volk zu erwarten. Der Liberalismus ist der preußisch-deutschen Regierung gerade gut genug als gelegentlicher Lückenbüßer, wenn auf anderem Wege keine Mehrheit für neue Volksbelastungen zu haben ist. Der deutsche Liberalismus hat seine historische Mission längst aufgegeben. Zu dieser Sorte Liberalismus wird das klassenbewußte Proletariat niemals in ein besseres Verhältnis kommen. Es ist vielmehr die historische Aufgabe der Sozialdemokratie, die vom bürgerlichen Liberalismus schnöde vernachlässigten Aufgaben durchzuführen und den Schutt zu beseitigen, den der Feudalismus in Preußen-Deutschland auch noch im 20. Jahrhundert aufgehäuft hat.

III.

Die Wahlrechtsbewegung und die Diskussion über den politischen Massenstreik.

Nach den Wahlen von 1903 wurde in der Presse unserer Gegner die Frage einer Wahlrechtsänderung eingehend erörtert. Das deutsche Reichstagswahlrecht mit seiner himmelschreienden Wahlkreisgeometrie war den Reaktionären noch nicht reaktionär genug. Führer der Konservativen schrien nach Ausnahmegesetzen wider die klassenbewußten Arbeiter und befürworteten eine Verkürzung des Koalitionsrechts und eine Verschlechterung des Reichstagswahlrechts. Es erübrigt sich, an dieser Stelle auf die Einzelheiten der gegnerischen Projekte, die zum Teil ganz tolle Vorschläge machten, einzugehen. Zu irgendwelchen gesetzgeberischen Arbeiten verdichteten sich diese Pläne der Scharfmacher in den letzten Jahren nicht. Jedenfalls hat die Sozialdemokratie ein wachsames Auge auf das Treiben der Reaktion. Die deutsche Sozialdemokratie hat in Jena und Mannheim mit genügender Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß sie bereit ist, Angriffe auf das Reichstagswahlrecht und Angriffe auf das Koalitionsrecht mit allen geeignet erscheinenden Mitteln abzuwehren, und daß unter diesen Mitteln die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung als eines der wirksamsten Kampfmittel in Betracht komme. Differenzen, die nach den Debatten in Jena entstanden waren, wurden in Mannheim brüderlich ausgeglichen. Partei und Gewerkschaften sind sich in dieser Frage einig. Die deutsche sozialdemokratische Partei hat mit der Jenenser Resolution die Grundsätze für Deutschland bestätigt, die auf dem Amsterdamer Kongreß durch Annahme der holländischen Resolution festgelegt waren. Nach wir vor wird der absolute Generalstreik, wie er von anarchistischer Seite propagiert wird, für unausführbar gehalten. Der politische Massenstreik ist das äußerste Mittel, wenn es gilt, reaktionäre Attentate auf die Grundrechte der Arbeiterklasse abzuwehren. Der politische Massenstreik ist die ultima ratio eines stark organisierten, gut disziplinierten Arbeiterheeres. Auf dem Parteitag in Jena wurde nach eingehender Diskussion folgende Resolution Bebel mit 287 gegen 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen:

I. Bei dem Bestreben der herrschenden Klassen und Gewalten, der Arbeiterklasse einen legitimen Einfluß auf die öffentliche Ordnung der Dinge in den Gemeinwesen vorzuenthalten oder, soweit sie durch ihre Vertreter in den parlamentarischen Vertretungskörpern einen solchen bereits erlangten, diesen zu rauben und so die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich rechtlos und ohnmächtig zu machen,

erachtet es der Parteitag für geboten, auszusprechen, daß es die gebieterische Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jedem Anschlag auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten und immer wieder volle Gleichberechtigung zu fordern.

Insbesondere hat die Erfahrung gelehrt, daß die herrschenden Parteien bis tief in die bürgerliche Linke hinein Gegner des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sind, daß sie dasselbe nur dulden, aber sofort abzuschaffen oder zu verschlechtern trachten, sobald sie glauben, daß durch dasselbe ihre Herrschaft in Gefahr komme. Daher ihr Widerstand gegen eine Ausdehnung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf die Einzelstaaten (Preußen usw.) und selbst die Verschlechterung bestehender rückständiger Wahlgesetze aus Angst vor einem noch so geringen Einfluß der Arbeiterklasse in den parlamentarischen Vertretungskörpern.

Beispiele hierfür sind die Wahlrechtsräubereien durch eine herrschgierige und maßlos feige Bourgeoisie und ein borniertes Kleinbürgertum in Sachsen und in den sogenannten Republiken Hamburg und Lübeck und die Gemeindewahl-Verschlechterungen in den verschiedenen deutschen Staaten (Sachsen, Sachsen-Meiningen) und Orten (Kiel, Dresden, Chemnitz usw.) durch die Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Parteien.

In Erwägung aber, daß namentlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht die Voraussetzung für eine normale politische Fortentwickelung der Gemeinwesen ist, wie es die volle Koalitionsfreiheit für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse ist,

in weiterer Erwägung, daß die Arbeiterklasse durch ihre stetig wachsende Zahl, ihre Intelligenz und ihre Arbeit für das wirtschaftliche und soziale Leben des ganzen Volkes, sowie durch die materiellen und physischen Opfer, die sie für die militärische Verteidigung des Landes zu tragen hat, den Hauptfaktor in der modernen Gesellschaft bildet, muß sie nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Erweiterung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Vertretungskörper im Sinne des sozialdemokratischen Programms und die Sicherung der vollen Koalitionsfreiheit fordern.

Demgemäß erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte oder geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.

Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenen Falles der Parteitag

„die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung".

Damit aber die Anwendung dieses Kampfmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unausgesetzte Belehrung und Aufklärung der Massen durch die Arbeiterpresse und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig.

Diese Agitation muß die Wichtigkeit und Notwendigkeit der politischen Rechte der Arbeiterklasse, insbesondere des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und der vollen Koalitionsfreiheit darlegen, mit Hinweis auf den Klassencharakter des Staates und der Gesellschaft und den täglichen Mißbrauch, welchen die herrschenden Klassen und Gewalten durch den ausschließlichen Besitz der politischen Macht an der Arbeiterklasse verüben.

Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, wenn für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Aber jedes klassenbewußte Mitglied einer Gewerkschaft hat auch die Pflicht, sich der politischen Organisation seiner Klasse — der Sozialdemokratie — anzuschließen und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu wirken.

II. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine Broschüre herstellen zu lassen, in der die in der vorstehenden Resolution gestellten Forderungen begründet werden. Für diese Broschüre ist die Massenverbreitung in der gesamten deutschen Arbeiterklasse zu organisieren.

Anläßlich der Wahlrechtsbewegungen in Preußen, Sachsen und Hamburg war in einzelnen Parteiorganen die Frage aufgeworfen worden, ob der in der Jenaer Resolution bezeichnete „gegebene Fall" nun eingetreten sei und der politische Massenstreik in diesen Staaten zu erklären sei. Diese Frage wurde von den zuständigen Organisationen verneint. In Preußen und in Hamburg war man sich in dieser Frage einig. In Sachsen war nur eine Minorität für den politischen Massenstreik, die große Mehrheit einer zu diesem Zweck eingeladenen Konferenz der leitenden Parteigenossen verhielt sich ablehnend. Diese Verhältnisse sowie die Notwendigkeit, die Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses mit den Beschlüssen des Jenenser Parteitages in Einklang zu bringen, führte dazu, daß 1906 auf dem Parteitag in Mannheim abermals eingehend über den politischen Massenstreik diskutiert wurde. Zur Bekräftigung der Jenenser Resolution wurde mit 386 gegen 5 Stimmen folgende Resolution angenommen:

I.

Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse des Jenaer Parteitages den politischen Massenstreik betreffend und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt.

Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beschlüsse zur Nachachtung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteiorganisation, die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder zur Parteiorganisation fordern.

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.

II.

Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendige Organisationen für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt. Ein Ziel, das auch der klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also öfters in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.

Die Diskussion über den politischen Massenstreik hat zur Verurteilung der Genossin Rosa Luxemburg geführt, die wegen ihrer Rede

auf dem Jenaer Parteitag zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Sie sollte nach Ansicht der Richter zu Gewalttätigkeiten aufgereizt haben.

Aehnliche Urteile sind in Preußen-Deutschland nichts seltenes. Sie wurden aber besonders oft in der letzten Zeit gefällt, weil Staatsanwälte und Richter, den Ideengängen der sozialistischen Weltanschauung fremd, meinen, daß Hinweise auf die glorreiche russische Revolution die Wellen dieser russischen Revolution auch nach Preußen schon tragen könnten. Eine treffende Illustration dafür, wie es mit der Redefreiheit in Preußen-Deutschland im Grunde bestellt ist.

Wenn in den Wahlrechtsbewegungen der deutschen Einzelstaaten die schärfsten Kampfmittel des Proletariats noch nicht angewandt wurden, so liegt das zum Teil daran, daß die parlamentarischen Körperschaften der Einzelstaaten seit der Reichsgründung an Bedeutung verloren haben. Die Fragen der auswärtigen Politik, der Steuer- und Zollpolitik, der Militär-, Marine- und Kolonialpolitik usw. sind Reichsangelegenheit und werden im Reichstag beraten. Immerhin bleiben auch den Einzelstaaten noch namhafte Gebiete. Die Ausführung der Gewerbeaufsicht, die Berggesetzgebung, das Vereins- und Versammlungswesen, das Polizeiwesen, die Schul- und Kirchenfragen und vieles mehr werden in den Einzelstaaten gesetzgeberisch erledigt. Die deutsche Sozialdemokratie hat deshalb seit Jahrzehnten mit allen Mitteln versucht, auch auf die Politik der Einzelstaaten Einfluß zu gewinnen. In den meisten Einzelstaaten mit Erfolg. Aber im größten deutschen Staate, in Preußen, war das bislang noch nicht der Fall. In Preußen herrscht ein sogenanntes Dreiklassenwahlsystem. Maßgebend für die Klasseneinteilung ist der Geldsack. Die Reichen in der ersten und die Wohlhabenden in der zweiten Klasse sind dadurch in der Lage, die Massen der Wähler in der dritten Klasse zu majorisieren. Denn die Abgeordneten werden nicht in jeder Klasse gewählt, sondern die drei Klassen eines Wahlkreises oder richtiger gesagt die erste und zweite Klasse eines jeden Landtagswahlkreises wählen die Abgeordneten. Die dritte Klasse ist in den meisten Fällen ganz bedeutungslos. Den Beweis dafür liefert die Wahlstatistik: Für die Sozialdemokratie wurden bei den Landtagswahlen von 1903 in Preußen 1 600 000 Stimmen abgegeben, *trotzdem wurde kein einziger Abgeordneter gewählt.* Inzwischen wurde an dem verrotteten preußischen Landtagswahlrecht im preußischen Dreiklassenhause herumgeflickt. Für einige Großstädte wurde die Zahl der Abgeordneten vermehrt und eine neue Wahlkreiseinteilung getroffen. Es besteht die beste Aussicht, daß bei den Wahlen von 1908 die ersten Sozialdemokraten in das preußische Abgeordnetenhaus einziehen und dort den Junkern die Empörung des preußischen Volkes über die bestehenden Zustände direkt zum Ausdruck bringen können. Preußen ist der Hort der deutschen Reaktion. Bei einer Nachwahl, die 1906 im 3. Berliner Landtagswahlkreise stattfand, kam zum erstenmal ein Sozialdemokrat in die Stichwahl. Bei der Hauptwahl standen *112 sozialdemokratische Wahlmänner 1117 freisinnigen und 211 antisemitischen Wahlmännern gegenüber.* In der Stichwahl siegte der Freisinn mit 1370 Stimmen. Es sei bemerkt, daß die Wahlen *indirekt* sind, d. h. die Masse der Wähler wählt Wahlmänner und diese wählen den Abgeordneten. Zur speziellen Behandlung der preußischen Politik fand 1904

in Berlin ein preußischer Parteitag statt, an dem 143 preußische Delegierte teilnahmen. Für die preußische Wahlrechtsbewegung, deren Förderung den Genossen durch den preußischen Parteitag zur Pflicht gemacht war, gab die Parteileitung eine Anzahl Broschüren heraus. Am 21. Januar, 18. März und 1. Mai 1906 fanden in ganz Preußen Massendemonstrationen für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts statt. Die politische Atmosphäre war zu jener Zeit gespannt. In Rußland kämpfte das Volk wider die Despotie, in Oesterreich fanden großartige Massendemonstrationen statt für Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Als sich nun auch in Preußen die ersten Zeichen einer Wahlrechtsbewegung bemerkbar machten, gerieten weite Kreise der herrschenden Klassen in schlotternde Angst. Der preußische Parteitag hatte sich im Dezember 1904 ausdrücklich gegen Straßendemonstrationen ausgesprochen. Trotzdem sah der geängstigte Besitzbürger das Gespenst einer blutigen Revolution auf allen Gassen. Die elementare Bewegung, welche die rechtlos gemachten preußischen Staatsbürger in die Versammlungen trieb und diese zu wuchtigen Massendemonstrationen werden ließ, verfehlte ihre Wirkung auf die herrschenden Klassen nicht. Die 6 Millionen Flugblätter, die über Preußen verteilt wurden, gelangten bis ins letzte Dorf. Am Schluß der Flugblätter war zum Besuch der Versammlungen aufgefordert, die am 21. Januar stattfanden. Die Staatsgewalt hatte außerordentliche Vorbereitungen für diesen Tag, den Jahrestag der Petersburger Metzeleien, getroffen. An den Anschlagsäulen wurden zur Warnung der Bevölkerung die Aufruhr- und Landfriedensbruchparagraphen angeschlagen. Das Militär war in den Kasernen konsigniert. Die Schutzmannschaft wurde in vielen Städten neu mit Revolvern ausgerüstet, die Säbel waren frisch geschliffen worden. Banken und Industriewerken war in vielen Städten besonderer bewaffneter Schutz zugestanden worden. In den Garnisonstädten standen vielfach Eisenbahnzüge den ganzen Tag über unter Dampf, um im Bedarfsfall Truppen nach benachbarten Industrieorten ohne Garnison zu senden. Der Spießbürger glaubte: „Jetzt geht es los!" Der 21. Januar wurde zu einem Triumph sozialdemokratischer Disziplin. Die Wünsche der Scharfmacher, die glaubten, die Sozialdemokratie werde sich auf dem Straßenpflaster vor die kleinkalibrigen Gewehre locken lassen, gingen nicht in Erfüllung. Der 21. Januar bewies aufs neue, daß in keinem Lande die Zuspitzung der Klassengegensätze so vorgeschritten ist, als im Deutschen Reiche. Was in England, Frankreich, Italien, Oesterreich als etwas selbstverständliches angesehen wird, darin sieht der preußisch-deutsche Bourgeois den Beginn der Revolution. Der 21. Januar hatte auch gerichtliche Nachspiele. Aus den Zeitungsartikeln, die zu Demonstrationen aufforderten, lasen Richter und Staatsanwälte Aufreizungen zu Gewalttätigkeiten heraus. Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre wurden erkannt. Das in Preußen allgemein verteilte Flugblatt wurde zu einer treffenden Illustration preußischer Rechtsprechung. Wegen desselben Flugblattes wurde in Berlin auf Ablehnung des Verfahrens, in Elberfeld auf Freisprechung, in Stargard und Görlitz auf Verurteilung zu 1 bezw. 3 Monaten Gefängnis erkannt. Das Reichsgericht als höchste Instanz bestätigte diese 4 im schroffsten Gegensatz stehenden Urteile wider ein und dasselbe Flugblatt. Die preußische Wahlrechtsbewegung veranlaßte aber auch den

preußischen Landtag, von der bisherigen Praxis abzugehen, nach der keine Strafanträge wegen Beleidigung des Landtags gestellt wurden. Redakteure preußischer Parteiblätter mußten ins Gefängnis wandern, weil sie dem preußischen Landtag nicht diejenige Achtung entgegenbrachten, die dieser nach seiner Auffassung in Anspruch nehmen zu können glaubt. Diese Prozesse wegen Beleidigung des preußischen Abgeordnetenhauses gaben eine neue Gelegenheit, die Sinnwidrigkeit des preußischen Geldsackswahlrechts und die Taten der auf Grund eines solchen Wahlrechts gewählten Vertreter vor allem Volk ins rechte Licht zu setzen.

Hohe Wellen schlug auch die Wahlrechtsbewegung in Sachsen. Sachsen ging 1896 im Wahlrechtsraube in Norddeutschland voran, während die süddeutschen Staaten ihr Wahlrecht verbesserten. 1904 hatte die sächsische Regierung öffentlich anerkannt, daß das verschlechterte Wahlrecht, unter dem zufällig auch einmal ein sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt werden kann, unhaltbar ist. Die Regierung tat aber nichts für eine Abänderung. Deshalb kam auch nach den Landtagswahlen von 1905 die Wahlrechtsbewegung nicht zum Stillstand. Am 18. und 19. November und 3. Dezember 1905 wurden in Sachsen Massendemonstrationen veranstaltet. Die im sächsischen Volk angesammelte Erbitterung über den Wahlrechtsraub machte sich in elementarer Weise Luft. Alle Versammlungen waren überfüllt. In Leipzig, Dresden, Plauen, Wurzen, Chemnitz, Zwickau usw. kam es zu imposanten Straßendemonstrationen. In Dresden kam es zu Konflikten mit der Polizei. Die sächsische Justiz arbeitete sehr schnell. 27 Angeklagte wurden wegen zum Teil ganz geringfügiger Vergehen — Durchschreiten von Schutzmannsketten, Ausstoßen von Ausrufen, die als Beleidigung aufgefaßt wurden — zu insgesamt 20 Jahren Gefängnis verurteilt. In Leipzig wurde wegen 25 Artikeln der „Leipziger Volkszeitung“, die eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und eine Beleidigung des sächsischen Landtags enthalten sollten, ein Prozeß angestrengt und der verantwortliche Redakteur zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt. In den Worten „Klassenkampf“ und „Revolutionierung“ wurde schon ein genügender Grund zur Beunruhigung gefunden. Wenn die Richter aber finden, daß eventuell durch solche Artikel eine Stimmung hervorgerufen werden kann, die zu gewalttätigen Ausschreitungen — nach Ansichten der Richter — führen kann, so verurteilen sie. In Sachsen wie in Preußen, wo auch wegen eines einzigen Artikels auf 1 Jahr Gefängnis erkannt wurde. Im sächsischen Landtag hielt trotz des miserablen Wahlunrechts ein Sozialdemokrat seinen Einzug. Der frühere Minister von Metzsch mußte gehen. Sein Nachfolger, Graf Hohenthal, hat eine Wahlrechtsänderung zugesagt. Wie sie aussehen wird, muß die Zukunft lehren. Auf keinen Fall entspricht sie den Anforderungen der Arbeiter.

In den deutschen „Republiken“, den sogenannten „freien Städten“, hatte die Bourgeoisie seit langem Angst vor der Sozialdemokratie. Diese Angst stieg, je mehr die Zahl der Proletarier wuchs und bei Reichstagswahlen in den Hansestädten die Sozialdemokratie Siegerin wurde. In Bremen wurde ein Attentat auf das bestehende Wahlrecht noch abgeschlagen. Man begnügte sich damit, die Minderbemittelten von der Erwerbung des Bürgerrechts „abzuschrecken“, indem man die Verpflichtung zur Erwerbung des Bürgerrechts — Kostenpunkt 16,50 Mk. — für die Bürgersöhne aufhob. In Hamburg wurden von 160 Bürger-

schaftsmitgliedern nur 80 in allgemeinen Wahlen gewählt. Das war noch nicht reaktionär genug. Die Bourgeois wollten sich auf die Dauer noch größeren Einfluß sichern. Es wurde ein durch Hausbesitzer- und Notabeln-Privilegien verböses Dreiklassenwahlrecht eingeführt. Am 17. Januar 1906 wurde für nachmittag 4 Uhr, als der Bürgerausschuß sich anschickte, das Wahlrecht zu verschlechtern, eine große Anzahl Protestversammlungen einberufen. Industrie, Handel und Schiffahrt ruhten. Die durch die Wahlrechtsvorlage aufgepeitschte Bevölkerung protestierte leidenschaftlich gegen die Entrechtung. Die Polizei war mit der Beobachtung der Demonstranten beschäftigt. Diese Zeit benutzte das Hamburger Lumpenproletariat, um in dem unbewachten Schoppenstehlviertel einen Krawall zu inszenieren, bei der es u. a. zur Plünderung einer Anzahl Läden kam. In dem Schoppenstehlprozeß wurde festgestellt, daß der Krawall mit der Sozialdemokratie nichts zu tun hatte. Von 28 Angeklagten war nur einer politisch organisiert. Die Polizei benutzte den Krawall, um das Versammlungsrecht für Partei und Gewerkschaften vorübergehend zu beseitigen. Die Wahlrechtsverschlechterung wurde Gesetz. Trotzdem zogen unter dem neuen Wahlunrecht bis Anfang 1907 insgesamt 19 Sozialdemokraten in die Bürgerschaft ein. — In Lübeck wurde bereits vorher das Wahlrecht verschlechtert. 14 500 Reichstagswähler sind rechtlos. 6000 Bürger mit 1200 bis 2000 Mk. Jahreseinnahme wählen 15 Mitglieder und rund 2000 Bürger mit mehr als 2000 Mk. Einkommen wählen 105 Mitglieder! Auch die Linksliberalen machten den Wahlrechtsraub mit. Der Bourgeoisie schwinden alle Prinzipien, wenn es gilt, die Klassenherrschaft zu stützen.

Während in Norddeutschland die Bourgeoisie in Preußen, Sachsen und den sogenannten Städterepubliken das Wahlrecht verschlechterte, während Mecklenburg noch heute den Ruhm genießt, hinter Rußland und neben der Türkei als Staat ohne konstitutionelle Regierung zu rangieren, arbeiteten süddeutsche Staaten daran, das Wahlrecht zu verbessern. In Bayern und Baden wurde das Wahlrecht verbessert. Das indirekte Wahlrecht wurde beseitigt. In Bayern ist wahlberechtigt, wer 25 Jahre alt ist und seit einem Jahre Staatsangehöriger ist und Steuern bezahlt hat. Württemberg hat das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht der über 25 Jahre alten Bürger. In Stuttgart werden die 6 Abgeordneten durch den Proporz gewählt. Außerdem werden 17 Abgeordnete durch den Proporz gewählt, weswegen ganz Württemberg für das Verhältniswahlsystem nochmals in zwei Wahlkreise eingeteilt ist. Wir eroberten unter dem neuen Wahlrecht 15 Sitze gegen 7, die wir vorher hatten. Unter dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht eroberten in Baden unsere Genossen bei der ersten Wahl 12 Sitze, während sie zuletzt unter dem indirekten System nur 6 Sitze innehatten. In Hessen ist die Wahlreform seit langem auf der Tagesordnung. Wir haben zurzeit 7 Mandate inne. Insgesamt sitzen bis jetzt in Hamburg 19, Bremen 17, Württemberg 15, Bayern 12, Baden 12, Rudolstadt 7, Hessen 7, Meiningen 7, Gotha 6, Reuß j. L. 5, Oldenburg 4, Lübeck 4, Altenburg 3, Lippe 3, Weimar 3, Anhalt 2, Sachsen 1, Reuß ä. L. 1 sozialdemokratischer Vertreter in den Landesparlamenten, zusammen also 128. Im Jahre 1906 waren es 115. In den 8 Staaten, in denen wir zurzeit noch keine Vertreter im Landtag haben, wird die Wahlrechtsbewegung energisch weitergeführt werden.

IV.

Gewerkschaften und Partei.

Die deutschen Gewerkschaften erstatten einen besonderen Bericht an den Internationalen Kongreß über ihre Tätigkeit und ihr über alles Erwarten starkes Wachstum. Wir verweisen auf diesen Bericht. Gewerkschaften und Partei sind in Deutschland nicht so eng aneinander geschlossen wie z. B. in Belgien. Die reaktionäre Vereinsgesetzgebung einer ganzen Reihe deutscher Einzelstaaten — Preußen natürlich voran — hindert überhaupt die Gewerkschaften an unmittelbarer parteipolitischer Tätigkeit, da die Gewerkschaften auch Frauen und Jugendliche in ihre Organisationen aufnehmen müssen. Durch eine innige Personalunion werden dennoch Partei und Gewerkschaften — mit wenigen Ausnahmen — von demselben sozialistischen Geiste beseelt. Besonders seit dem Mannheimer Parteitag und der Ausgleichung der Differenzen in der Auslegung der Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses und des Jenaer Parteitages betreffend den politischen Massenstreik sind Partei und Gewerkschaften bestrebt, in allen Fragen, die beide Teile der klassenbewußten Arbeiterschaft betreffen, eine gemeinsame Marschroute zu finden. Die deutsche Sozialdemokratie hat von jeher die Gewerkschaftsbewegung gefördert, denn der gewerkschaftliche Kampf gegen die Bourgeoisie muß ein einheitlicher sein. In Deutschland sind neben den großen zentralisierten Berufsverbänden, die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossen sind, auch noch Lokalorganisationen vorhanden. Zur Zeit des Sozialistengesetzes war die Lokalorganisation die zweckmäßige Form der Gewerkschaftsorganisation, weil sie den Tücken des Sozialistengesetzes besser die Stirn bieten konnte. Die Lokalorganisationen waren durch das Institut der Vertrauensleute lose miteinander verbunden. Allmählich traten diese Lokalorganisationen an Mitgliederzahl und Bedeutung immer mehr hinter den mächtig wachsenden Zentralorganisationen zurück. Der Mannheimer Parteitag nahm erneut Anlaß, sich im Prinzip für die zentralisierten Organisationen auszusprechen. Es wurde folgender Antrag angenommen:

„Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, bis zum nächsten Parteitag den Versuch zu machen, in Verbindung mit der Generalkommission der Gewerkschaften diese Frage im Sinne der Lübeckschen Resolution zu regeln und geht damit über die zur Frage der lokalorganisierten Gewerkschaften gestellten Anträge zur Tagesordnung über."

Die Lübecker Resolution besagt:

Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen."

Hoffentlich gelingt es, die klassenbewußten Gewerkschaftler Deutschlands, soweit sie noch lokalorganisiert sind, von der Notwendigkeit des Uebertritts in die Zentralorganisationen zu überzeugen.

Die Maifeier wird von der Partei und den Gewerkschaften einheitlich organisiert, insofern die örtlichen Parteileitungen und die örtlichen Gewerkschaftskartelle die nötigen Vereinbarungen treffen. In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse arbeiten Partei und Gewerkschaften mit Erfolg darauf hin, daß die würdigste Form der Maifeier, die Arbeitsruhe, sich immer mehr einbürgert.

V.

Die Sozialdemokratie in den Gemeinden.

Die Zahl der Gemeinden, in denen Sozialdemokraten ihren Einzug halten, wächst in Deutschland immer mehr. Es gibt heute schon in Deutschland weit über 2000 sozialdemokratische Gemeindevertreter. In den meisten größeren Gemeinden sämtlicher Einzelstaaten werden die Interessen der Arbeiterschaft durch Sozialdemokraten vertreten. Auf dem Lande ist dieselbe Tatsache zu verzeichnen in den Gegenden, in denen die Industrie auf dem platten Lande festen Fuß gefaßt hat. Es ist hier nicht der Ort, die Vielgestaltigkeit der deutschen Gemeindeverfassungen zu erörtern. In den allerseltensten Fällen besteht ein demokratisches Gemeindewahlrecht, in fast allen deutschen Staaten sind Klassenwahlrechte in Kraft, die der Arbeiterschaft es unmöglich machen, eine Mehrheit zu erzielen. In vielen Gemeinden wurde das Gemeindewahlrecht von der Bourgeoisie noch verschlechtert, weil die Geldsacksvertreter sich auch in den Gemeinden vor der positiven, den Massen zugute kommenden Arbeit der sozialdemokratischen Gemeindepolitiker ihrer Profitinteressen wegen fürchten. In dem größten deutschen Bundesstaat, in Preußen, verhindert es schon das für die Gemeinden durch Landesgesetz festgelegte Dreiklassenwahlunrecht, daß die Sozialdemokratie maßgebenden Einfluß bekommen kann. Für die zahlreichen Gemeindevertreter ist durch die private Initiative einiger Genossen in der „Komm. Praxis“ ein Organ geschaffen worden, das über alle Fragen des Gemeindelebens belehrende Artikel brachte und zu einem sozialdemokratischen Diskussionsorgan der Gemeindepolitik wurde. Um dieses Organ sicher zu stellen und besser auszubauen, wurde es am 1. April 1906 in Parteiregie übernommen. Einige Provinzialorganisationen und Landesvertretungen liefern die „Komm. Praxis“ sämtlichen Gmeindevertretern ihres Bezirks auf Parteikosten. Auf dem Parteitag zu Bremen im Jahre 1904, woselbst sich die Sozialdemokratie abermals mit der Kommunalpolitik beschäftigte, wurde als Richtschnur für die sozialdemokratischen Gemeindevertreter zur Ergänzung des Parteiprogramms folgendes Kommunalprogramm festgesetzt:

Die Gemeinde im heutigen Staate ist ein Verwaltungskörper, der den sozialen Bedürfnissen einer an die begrenzte Lokalität gebundenen Bevölkerung dient; sie ist zugleich Hülfsorgan der staatlichen Verwaltung. In beiden Eigenschaften unterliegt sie den aus der Klassenorganisation unseres Gesellschafts- und Staatslebens mit Notwendigkeit entspringenden Bestrebungen, ihre Verwaltungstätigkeit im Interesse der herrschenden Klassen und für deren Herrschaftszwecke auszuüben. Nur durch die Aufhebung der Klassenherrschaft kann daher die demokratische Organisation der Gemeinde vollendet und die Bahn für eine Verwaltungstätigkeit frei gemacht werden, welche die Wohlfahrt aller gleichermaßen fördert. Der Umfang der kommunalen Verwaltungstätigkeit wird einerseits durch die Bedürfnisse bestimmt, welche das soziale Zusammenleben der Gemeindeangehörigen innerhalb der Gemeinde und im Rahmen der größeren Verwaltungskörper erzeugt, andererseits durch ihre lokale Gebundenheit beschränkt.

Im Gegensatz zu der heutigen im Dienste der herrschenden Klassen geschaffenen Verfassung und von ihren Interessen beherrschten Verwaltung der Gemeinde verlangt die Sozialdemokratie die Umgestaltung des kommunalen Verfassungs- und Verwaltungswesens nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Verwaltung der Gemeinde soll nur dem Gesetz und den Gerichten unterworfen sein. Daraus folgt:
   a) Bildung des Wahlkörpers nach den Grundsätzen der Einwohnergemeinde; Aufhebung aller Besitzprivilegien; Einkammersystem; Bildung der Gemeindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen.
   b) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechtes auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden; Prüfung ihrer Gesetzmäßigkeit durch die ordentlichen Gerichte; Aufhebung der die Selbstverwaltung einschränkenden Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Gemeinden.
2. Das Gemeindesteuerwesen ist in seinen Grundzügen durch Staatsgesetz zu regeln.

   Die Deckung des kommunalen Bedarfs soll erfolgen durch:
   a) Staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Wegebaues.
   b) Zuschläge zu den staatlichen Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern. Wo derartige staatliche Steuern nicht existieren, soll den Gemeinden das Recht zustehen, besondere kommunale Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern auszubilden.
   c) Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden.
3. Für die kommunale Verwaltung sind folgende Grundsätze maßgebend:
   a) Die Einrichtung und der Betrieb der für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben notwendigen Anstalten soll durch die Gemeinden selbst erfolgen. Das gilt besonders für die Betriebe, die die Benutzung kommunaler Verkehrsanstalten zur Voraussetzung haben und durch ihre Natur zu monopolistischer Ausbeutung neigen (Licht-, Kraft- und Wärmezentralen, Straßenbahnen usw.), sowie für die Einrichtungen des Volksgesundheitswesens (Reinigungswesen, der Ernährung, Förderung der Körperpflege, Bekämpfung der Krankheiten, Bestattungswesen), der Volksbildung (Bibliotheken, Lesehallen usw.), des Wohnungswesens.
   b) Das Prinzip der Unentgeltlichkeit der Benutzung ist bei allen Instituten des Volksgesundheitswesens und des Volksschulwesens durchzuführen. Im übrigen soll die Art und Höhe der Gebühren der Leistungsfähigkeit der die kommunalen Einrichtungen benützenden Volksklassen angepaßt sein.
4. Auf dem Gebiete der kommunalen Arbeiterpolitik sind folgende Forderungen an die Gemeinde zu richten:
   a) Einrichtung von Arbeitsämtern als Zentralstellen kommunaler Arbeiterpolitik mit den Aufgaben der Arbeiterstatistik, des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenfürsorge, der Auskunftserteilung und der Ueberwachung der sozialpolitischen Gebarung der Gemeindeverwaltung; Einfügung der sogenannten Lohnklausel in die Arbeits- und Lieferungsverträge der Gemeinden sowie der von ihnen konzessionierten Privatunternehmungen, und Ablehnung der Streikklausel; strenge Maßregeln, um bei Vergebung und Abnahme von Gemeindearbeiten und -Lieferungen allen Schädigungen vorzubeugen, die den Gemeindeinteressen von den Bewerbern, insbesondere durch die Ausnützung einer offiziellen Stellung in der Gemeindevertretung zugefügt werden könnte.
   b) Einsetzung von Arbeiterausschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindearbeiter, Feststellung der Arbeitsordnungen und Arbeitsbedingungen und Heranziehung der Arbeiterausschüsse und der gewerkschaftlichen Organisation der Gemeindearbeiter, Festsetzung der Löhne nach Gewerkschaftssätzen, Bildung von Lohnklassen und Lohnskalen nach Dienstzeitdauer, Achtstundentag, Ferienurlaub mit Fortdauer der

Lohnzahlung, Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, an die klagbare Rechte gegeben werden, sowie Ausdehnung der Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung auf alle Gemeindearbeiter, volle Koalitionsfreiheit für städtische Arbeiter und Beamten.

Der Parteitag fordert die sozialdemokratischen Gemeindevertreter auf, ihre kommunale Tätigkeit im Rahmen dieser Grundsätze auszuüben.

Sofern die Durchführung der vorstehenden Forderungen durch die mangelnde Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden in Frage gestellt wird, empfiehlt sich die Schaffung von Gemeindeverbänden.

Die Gemeindeschöffen, die in Thüringen, Sachsen und Hessen gewählt wurden, konnten ihr Amt nicht antreten, weil die Regierung sie nicht bestätigt, denn eine Bestätigung ist nach den Landesgesetzen der meisten Einzelstaaten erforderlich. Die hessische Regierung hat in einem Falle eine Ausnahme gemacht, als die sozialdemokratische Mehrheit der Offenbacher Stadtverordnetenversammlung einen Sozialdemokraten zum unbesoldeten Beigeordneten wählte. Die liberalen Scharfmacher wollten darob vor Wut bersten. Sie liefen in beiden hessischen Kammern gegen die Regierung Sturm. In kleineren Gemeinden hat auch das hessische Ministerium mehrfach sozialistische Schöffen nicht bestätigt.

VI.

Organisation und Agitation.

Die sozialdemokratische Organisation war früher, wie in dem Bericht der deutschen Partei an den internationalen Kongreß in Amsterdam des näheren dargelegt ist, aus Gründen der reaktionären Gesetzgebung eine lose. Die einzelnen Wahlkreise hatten an ihrer Spitze einen oder mehrere Vertrauensleute, die alljährlich nach dem Parteitag neu gewählt wurden, und die Aufgabe hatten, die Geschäfte der Partei mit dem alljährlich auf den Parteitagen neu zu wählenden Parteivorstand zu erledigen. Nachdem 1899 durch die Reichsgesetzgebung das Verbot des Inverbindungtretens politischer Vereine beseitigt worden war, machte sich das Bestreben immer mehr geltend, eine engere Fühlung zwischen den Lokalvereinen herzustellen und die Partei in der Richtung einer größeren Zentralisation neu zu gliedern. Es war der Vorschlag gemacht worden, einen einzigen sozialdemokratischen Verein über ganz Deutschland zu bilden, nach dem Muster der großen Gewerkschaften, die auch in ganz Deutschland Filialen haben, deren Arbeit einheitlich geregelt ist. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wurde eine so straffe Zentralisation aber schon in der vorbereitenden Kommission abgelehnt, in welche der Bremer Parteitag 1904 aus allen deutschen Gauen 23 Vertreter delegiert hatte, die die Aufgabe hatten, drei Monate vor dem Jenaer Parteitage einen neuen Organisationsentwurf zu veröffentlichen. Auch ein einheitlicher Beitrag über ganz Deutschland wurde abgelehnt. Dazu liegen die Verhältnisse in den einzelnen Gegenden Deutschlands zu verschieden. Dagegen wurde die Abführung eines einheitlichen Mindestbeitrages von 20 Proz. der ordentlichen Einnahmen der Wahlkreisorganisationen an die Zentralkasse beschlossen. Das neue Organisationsstatut schloß sich an die geschichtlich gewordenen Verhältnisse an. Die Organisation gliedert sich in Landes-, Bezirks- und Wahlkreisorganisationen. Die Wahlkreisorganisationen bleiben dabei in direktem Verkehr mit dem

Parteivorstand. Die wichtigsten Bestimmungen des 1905 in Jena beschlossenen Organisationsstatuts lauten:

Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, als Mitglied anzugehören hat. Erstreckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortschaften, so können in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Ortsvereine des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden, sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht in Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen.

Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Die Wahlkreise haben mindestens 20 Proz. ihrer aus den Beiträgen sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 80 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.

Die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine, deren Wahl jedesmal im Anschluß an den voraufgehenden Parteitag erfolgt, haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten Angaben über: Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an allen Orten im Einvernehmen mit den Parteiinstanzen gewählt werden.

Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf. Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.

2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern und zwei Beisitzern, die sich gegenseitig zu vertreten berechtigt sind.

Die Wahl der Vorsitzenden, des Kassierers und der Schriftführer erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband bezw. der Landesorganisation ergeben.

Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Nachdem sich immer mehr herausgestellt hatte, daß die wachsenden Arbeiten der Partei auch in den Bezirken nicht mehr im Nebenamt gemacht werden konnten, wenn diese Tätigkeit nicht leiden sollte, so stellte die Partei überall, wo dies nötig erschien, besoldete Bezirkssekretäre an. Anfangs des Jahres 1907 waren 28 solcher Bezirkssekretäre tätig, deren Arbeit der Stärkung der Organisation und der Ausbreitung der Parteipresse gewidmet war. Die Bezirkssekretäre geben den neugebildeten Filialen ihres Bezirks Anleitung in der Führung der Geschäfte und sehen von Zeit zu Zeit nach dem Rechten. Wegen Anhäufung der Arbeiten sind auch die meisten Großstädte ihrerseits dazu übergegangen, Parteisekretäre für ihre Wahlkreise anzustellen. Diese Neuorganisation der Partei hat die Partei finanziell gekräftigt. Die neuen Aufgaben, die nunmehr von der Partei auch in Angriff genommen wurden, erfordern auf der anderen Seite auch andauernd größere Geldmittel. Zu Wahlzeiten erhält die Partei neben ihren ordentlichen Einnahmen aus den Beiträgen und neben den Ueberschüssen ihrer Preßunternehmungen aus den Listensammlungen einen Teil der Mittel, die zur Bestreitung der wachsenden Verpflichtungen nötig sind. Auch bei großen gewerkschaftlichen Klassenkämpfen, wie z. B. bei dem Bergarbeiterstreik, der im Frühjahr 1905 im Ruhr-Revier ausbrach, wurden Sammlungen eingeleitet, die aus Parteikreisen 277 874,71 Mark ergaben. Für die Opfer der russischen Gewaltherrschaft wurden Listen ausgegeben, auf denen bis jetzt über 339 000 Mark eingingen, die zur Unterstützung der russischen Genossen den sozialdemokratischen Parteien des Zarenreiches zur Verfügung gestellt wurden. Auch für die Dumawahlen wurden den sozialdemokratischen Parteien des Zarenreiches 25 000 Mark gegeben. An das sozialistische internationale Bureau in Brüssel zahlt die deutsche Sozialdemokratie jährlich 2500 Frank.

Die sozialistische **Frauenbewegung** hat sich in den letzten Jahren in Deutschland außerordentlich erfreulich entwickelt. In den meisten deutschen Einzelstaaten dürfen die Frauen den sozialdemokra-

tischen Vereinen nicht angehören, sie sind politisch vollkommen rechtlos. In Preußen dürfen sie seit 3 Jahren in einem Segment wenigstens den Verhandlungen zuhören. Die sozialdemokratischen Frauen betätigen sich meist politisch in öffentlichen Versammlungen. Ihre Geschäfte besorgen weibliche Vertrauenspersonen, die alljährlich neu gewählt werden. Die Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen betrug 1904: 100, 1905: 190, 1906: 325. Neben den öffentlichen Versammlungen werden zur Ausbildung und Belehrung Diskutier- und Leseabende veranstaltet. Mit 1. Juli 1904 ist in Berlin eine besoldete Beamtin als Zentralvertrauensperson für Deutschland angestellt, Genossin Ottilie Baader, Berlin, Lindenstraße 3. Mit der Entwickelung der Frauenbewegung stieg die Zahl der Abonnenten ihres Organs, der „Gleichheit", wie folgt: 1904 11 000, 1905: 23 000, 1906: 46 000, 1907: 60 000. Die „Gleichheit" wurde besser ausgestaltet. Zur Belehrung der Frauen und zur Förderung der Erziehung der Kinder wird abwechselnd eine Frauen- und eine Kinderbeilage den Nummern der „Gleichheit" beigegeben. Auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung wurde von der sozialdemokratischen Frauenbewegung in jeder Weise gefördert. Die Dienstbotenbewegung, die früher in Deutschland eine systematische Förderung nicht erfahren hatte, breitete sich bald aus, nachdem in Nürnberg ein guter Anfang gemacht war. Endlich wurden in einigen Städten Kinderschutzkommissionen niedergesetzt.

In den letzten Jahren hat auch die Bewegung der **jugendlichen Arbeiter** in Deutschland festen Fuß gefaßt. In Süddeutschland ist der „jungen Garde" durch die freiere Vereinsgesetzgebung ein ausgedehnteres Arbeitsfeld gegeben, als in Norddeutschland. Die „junge Garde" Süddeutschlands hat im Anschluß an den Mannheimer Parteitag eine Generalversammlung abgehalten. Der Verband jugendlicher Arbeiter hat seinen Sitz in Mannheim. Zu der Generalversammlung waren 81 Genossen delegiert. Die Generalversammlung beschäftigte sich u. a. mit der Bedeutung der Alkoholfrage für die Jugend und mit dem Thema: „Die Jugend und der Militarismus." Das Organ der jugendlichen Arbeiter: „Die junge Garde" wurde nach dem Geschäftsbericht damals schon in 4000 Exemplaren gelesen. In Norddeutschland beschäftigen sich die Vereine der jugendlichen Arbeiter nicht mit Parteipolitik. Sie müssen sich auf Bildungsbestrebungen beschränken und auf den Schutz der Lehrlinge gegen die besonders krasse Art der Ausbeutung, der viele Lehrlinge ausgesetzt sind. Trotz der Beschränkung ihrer Wirkungskreise blieben die jugendlichen Arbeiter nicht von Verfolgungen frei. In Königsberg i. Pr. wurde ein jugendlicher Genosse wegen Gründung des Lehrlingsvereins zu 6 Wochen und wegen Beleidigung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der tuberkulöse junge Genosse wurde, da er nach verweigertem Strafaufschub sich nicht der Behörde stellte, am Weihnachtsabend des Jahres 1906 von der Polizei unter dem Weihnachtsbaum verhaftet und ins Gefängnis geführt.

Mit dem Thema „**Sozialismus und Volkserziehung**" hat sich der Parteitag in Mannheim beschäftigt. In der vorgelegten Resolution heißt es u. a.: „Die Partei hat die erzieherische Aufgabe der Eltern dadurch zu fördern, daß sie in ihrer Presse dem Volksschulwesen und den pädagogischen Problemen dauernd die gebührende Aufmerksamkeit schenkt und eine geeignete sozialistische Kinderliteratur schafft."

Und weiter: „Der Sozialdemokratie erwächst die Aufgabe, in steigendem Maße für die allseitige Weiterbildung ihrer Mitglieder zu

sorgen, und zwar in erster Linie für deren theoretische Schulung durch planmäßige Einführung in die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus. Als Mittel kommen in Betracht: die Gründung beziehungsweise der Ausbau von Arbeiter-Bildungsschulen, die Veranstaltung von systematisch gegliederten Vortragskursen, die Veranstaltung von Lese- und Diskussionsabenden, beziehungsweise die Ausgestaltung der Zahlabende zu solchen; die Verbreitung der Literatur des wissenschaftlichen Sozialismus; die Behandlung theoretischer Fragen in der Tagespresse.

Innerhalb der Partei ist der künstlerische Sinn zu erwecken und zu pflegen durch die Ausstattung der Festschriften und illustrierten Publikationen; durch die Herausgabe von Meisterbildern und künstlerisch wertvoller Unterhaltungsliteratur; durch die Veranstaltung von Konzerten, Vortragsabenden, gemeinschaftlichen Museumsbesuchen usw. durch einführende Vorträge und Artikel in der Tagespresse; durch eine zweckentsprechende Ausgestaltung der Feste.

Ein Bildungsausschuß von 7 Mitgliedern, dessen Vorsitzender als besoldeter Geschäftsführer mit dem Sitz in Berlin fungiert, dient als Zentralstelle für die Bildungsbestrebungen. Er stellt organisch aufgebaute Programme für Vorträge und Vortragskurse und die dazu gehörigen Literaturnachweise zusammen, erteilt Ratschläge für belehrende und künstlerische Veranstaltungen, vermittelt rednerische und künstlerische Kräfte und sucht auf andere geeignete Weise seiner Aufgabe gerecht zu werden. Der Ausschuß wird alljährlich von dem Parteivorstand und der Kontrollkommission gewählt. Die Kosten für die Geschäftsführung, die der Kontrolle des Parteivorstandes untersteht, trägt die Partei. Maßnahmen des Bildungsausschusses, die finanzielle Anforderungen an die Partei stellen, unterliegen der Genehmigung des Parteivorstandes.

Die Sozialdemokratie erachtet es als eine ebenso dringliche wie bedeutsame Pflicht, die aus der Schule entlassene proletarische Jugend mit der Weltanschauung des Sozialismus zu erfüllen und für die aktive, zielbewußte Anteilnahme am proletarischen Emanzipationskampf vorzubereiten.

Die Bestrebungen zur sozialistischen Erziehung der schulentwachsenen Jugend erhalten einen festen geistigen Mittelpunkt durch ein eigenes periodisches Organ, das methodisch in die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus einführt und neben der allgemeinen geistigen Entwickelung die Charakterbildung fördert."

Der Bildungsausschuß hat sich im September 1906 in Berlin konstituiert.

Im Herbst 1906 wurde in Berlin zur Ausbildung von Redakteuren und Parteifunktionären eine **Parteischule** eröffnet. Die Teilnehmer wurden von den Provinzialorganisationen vorgeschlagen. Aus der Vorschlagsliste wurden 30 Genossen und eine Genossin ausgewählt. Den Schülern wird von der Partei der Unterhalt und, soweit sie verheiratet sind, auch Familienunterstützung gezahlt. Der Kursus ist auf ein halbes Jahr berechnet. Der erste Kursus erlitt eine Unterbrechung, weil der Reichstag am 13. Dezember aufgelöst wurde. Nun mußten Lehrer und Schüler hinaus in den Kampf. Am 7. Februar, 2 Tage nach den Stichwahlen, nahm die Parteischule ihre Tätigkeit wieder auf. Der Unterricht dauert täglich fünf Stunden. Nachmittags finden zwei Arbeitsstunden statt. Der Sonnabendnachmittag bleibt frei. Schulfächer sind: 1. Arbeiterrecht, Sozialgesetzgebung, Gesinderecht, Verfassung. 2. Mündlicher und schriftlicher Gedankenaustausch, Zeitungstechnik.

3. Wirtschaftsgeschichte, Nationalökonomie. 4. Strafrecht, Strafprozeß, Strafvollzug. 5. Historischer Materialismus, soziale Theorien. 6. Geschichte der politischen Parteien. 7. Gewerkschaftswesen, Genossenschaftswesen und Kommunalpolitik. Es darf heute schon gesagt werden, daß Lehrer und Schüler eine Arbeitsfreude besitzen, die zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt.

Zur besseren Ausrüstung der rednerisch befähigten Genossen gibt der Parteivorstand seit dem 1. Juli 1906 eine „Sozialdemokratische Partei-Correspondenz" heraus, die an 2500 agitatorisch tätige Parteigenossen unentgeltlich geliefert wird. In dieser Correspondenz werden die Angriffe der Gegner widerlegt und alte und neue Verleumdungen, welche die Gegner wider sozialdemokratische Personen und Korporationen ausstreuen, aktenmäßig richtig gestellt. Die sozialdemokratische Waffenkammer lieferte für die spezielle Agitation, z. B. aus Anlaß der Wahlrechtsbewegungen, der preußischen Schulverpfaffungsvorlage, in besonderen Broschüren Material. Es wurde ferner eine Serie sozialdemokratischer Agitationsbroschüren herausgegeben, die Material gegen den Klassenstaat in großer Fülle enthalten. Auch eine Serie kommunalpolitischer Broschüren und eine Arbeitergesundheitsbibliothek gab der Vorwärtsverlag heraus, neben einer großen Anzahl Einzelerscheinungen. Der Umsatz der Vorwärts-Buchhandlung betrug 1903: 246 000 Mark, 1904: 347 000 Mark, 1905: 466 827 Mark, 1906: 440 283 Mark. Der Dietzsche Parteiverlag fuhr in der Herausgabe der „Internationalen Bibliothek" fort und lieferte zur theoretischen Durchbildung der Genossen eine Serie neuer wissenschaftlicher Werke des Sozialismus. Der Abonnentenstand der „Neuen Zeit", des wissenschaftlichen Organs der deutschen Sozialdemokratie, ist auf 7600 gestiegen. Eine überaus erfreuliche Entwickelung, die bezeugt, wie rege der Drang nach theoretischer Durchbildung in der Partei wuchs. Es wird Sorge getragen, daß besonders auf diesem Gebiete weiter eine eifrige Propaganda getrieben wird. Trotz guter Fortschritte sind wir noch lange nicht mit dem Stande der theoretischen Durchbildung der organisierten Genossen zufrieden. Nach dem auf dem Mannheimer Parteitag gegebenen Berichten hatte die **sozialdemokratische Presse** damals 837 790 Abonnenten, während 400 000 Genossen eingeschriebene Mitglieder der politischen Organisationen waren. Die Zahl der Abonnenten und der politischen Organisationen hat sich schon vor, vor allem aber während und nach der Reichstagswahl außerordentlich stark vermehrt. Die Parteidruckereien haben den Achtstundentag durchgeführt und auch sonst bessere Arbeitsbedingungen als selbst die anständigsten bürgerlichen Druckbetriebe. Es erscheinen in Deutschland außer der wissenschaftlichen Wochen-Revue „Neue Zeit" anfangs 1907 insgesamt 77 sozialdemokratische Zeitungen, davon 65 täglich, 1 wöchentlich 2mal, 6 wöchentlich 1mal, 2 vierzehntägig, 3 monatlich einmal. Außerdem wird die „Neue Welt" als Unterhaltungsblatt in 400 000 Exemplaren gedruckt und einer Anzahl Parteiblätter beigelegt. Ferner erscheinen 2 Witzblätter, davon der „Wahre Jakob" in einer Auflage von zurzeit 227 000 Exemplaren. Zur Agitation unter den polnischen Arbeitern wurde in Kattowitz von der sozialdemokratischen Partei ein täglich erscheinendes Organ gegründet.

Mit den **polnischen** Genossen bestanden lange Jahre Differenzen über das Verhältnis der polnischen zur deutschen Partei. Diese Differenzen über die Organisationsform sind beigelegt. Die Einigung er-

folgte auf folgender von dem deutschen Parteitag und dem Parteitag der P. P. S. in Kattowitz genehmigter Grundlage:

a) Organisation. Die polnischen Sozialdemokraten im Deutschen Reiche bilden eine selbständige Organisation, deren Aufgabe darin besteht, die Agitation und Organisation unter der polnischen Bevölkerung Deutschlands zu betreiben. Die polnische Organisation ist ein Bestandteil der Gesamtpartei Deutschlands, sie erkennt ausdrücklich das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an, desgleichen die Parteiinstanzen der deutschen Partei, einschließlich des deutschen Parteitages als oberste Parteiinstanz. Die Delegation zum deutschen Parteitage erfolgt nach den Vorschriften des deutschen Organisationsstatuts. Die Sektionsbildung innerhalb der einzelnen Parteiorte ist zulässig.

b) Presse. Die in polnischer Sprache erscheinenden Blätter unterstehen der Kontrolle des Vorstandes und des Parteitages der polnischen Organisation. Das dem deutschen Parteivorstande zustehende Recht der Kontrolle über die prinzipielle Haltung der Parteipresse — § 23 des Organisationsstatuts — bleibt unberührt. Die in Kattowitz erscheinende „Gazeta Robotnicza" ist offizielles Organ für alle im Deutschen Reiche wohnhaften polnischen Genossen. Zur Ausübung der ständigen Kontrolle sowohl der Redaktion wie der Geschäftsführung wird eine Preßkommission eingesetzt. Ein Mitglied der Preßkommission wird vom deutschen Parteivorstand ernannt.

Die Aufstellung der Reichstagskandidaturen wird auf einer Konferenz des Wahlkreises vollzogen, die von den organisierten Genossen des Wahlkreises oder deren Delegierten gebildet wird. Verständigen sich die Genossen eines Wahlkreises nicht über die Kandidatur, so haben der Vorstand der polnischen Parteiorganisation und der Vorstand der Gesamtpartei eine Verständigung herbeizuführen.

Die agitatorische und organisatorische Tätigkeit der Partei wurde von den Behörden in jeder Weise bekämpft, der Ausbreitung der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung jede mögliche Schwierigkeit bereitet und jede Gelegenheit gesucht, um uns mit den Paragraphen der Gesetze und Verordnungen Ungelegenheiten zu bereiten. Ungelegenheiten, die den einzelnen oft sehr schwer trafen. Das **Strafregister** der deutschen klassenbewußten Arbeiter weist für die letzten Berichtsjahre folgende Verurteilungen auf:

1904: 43 Jahre 2 Monate Gefängnis, 21 552 Mark Geldstrafe.

1905: 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus, 65 Jahre 7 Monate 2 Wochen Gefängnis, 15 400 Mark Geldstrafe.

1906: 2 Jahre 4 Monate Zuchthaus, 66 Jahre 1 Monat Gefängnis, 24 861 Mark Geldstrafe.

Die hohen Strafen wegen Preßvergehen und Streikvergehen sind zum Teil das Resultat der Prozesse nach den Wahlrechtsdemonstrationen, der Aufruhrprozesse, die sich an Massenaussperrungen, z. B. in Nürnberg und Breslau, anschlossen, der Prozesse von internationaler Bedeutung, wie z. B. der Königsberger Prozeß. In den Städten, in denen die Justiz besonders scharf gegen uns vorging, wie z. B. Leipzig, Breslau (wo am 19. April 1906 dem friedlich in einem Hausflur stehenden Arbeiter Biewald von einem Polizeibeamten die Hand abgehackt wurde, ohne daß der Handabhacker zu ermitteln war), Magdeburg usw., hat unsere Parteipresse und unsere Organisation besonders starke Fortschritte gemacht. Solche Urteile treffen den einzelnen Kämpfer schwer, aber sie fördern die Organisation, sie agitieren für uns und tragen dazu bei, die Partei zu kräftigen in ihren Kämpfen, die nicht ruhen werden, bis die Klassenherrschaft von dem siegreichen Sozialismus abgelöst ist.

Bericht
der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über den Stand der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.

Die Uebersicht, die wir über die Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland geben, kann den geschichtlichen Rückblick ausscheiden, weil schon frühere Berichte an die internationalen Kongresse darüber eingehende Abhandlungen enthielten.

Wir können uns um so kürzer in unserer Darstellung fassen, als vom internationalen Sekretär der Gewerkschaften jährlich zusammenfassende Berichte über die Gewerkschaftsbewegung veröffentlicht werden, die, da sie auch in französischem und englischem Text erscheinen, eine sehr ausgedehnte Verbreitung finden.

Die Gewerkschaften in Deutschland zeigen in ihrer Organisationsform kein einheitliches Gebilde. Die Organisationen teilen sich in drei große Gruppen, die in der Hauptsache nur die industrielle Arbeiterschaft umfassen. Die ländliche Arbeiterschaft ist von der gewerkschaftlichen Organisation fast unberührt geblieben. Es liegt das an den für diese Arbeitergruppe außerordentlich ungünstigen Rechtsverhältnissen, in den meisten Bundesstaaten in Deutschland ist den landwirtschaftlichen Arbeitern das Recht der Koalition nicht gegeben und die Beteiligung an Vereinen oder Bewegungen, die gemeinsam die Arbeiter zur Arbeitseinstellung oder Lohnforderungen führen wollen, unter Strafe gestellt. Nicht minder schwierig gestaltet sich die Organisation der ländlichen Arbeiter bei dem großen Einfluß, den der Großgrundbesitz in der Politik und Verwaltung besitzt; Gesetz und Recht finden dabei weniger Beachtung als die wirtschaftlichen Interessen dieser politisch protegierten Kaste. Den ländlichen Arbeitern ist es bei ihrer außerordentlich kümmerlichen Entlohnung, der starken Abhängigkeit vom Arbeitgeber, ihren festen auf längere Zeit lautenden kontraktlichen Verpflichtungen außerordentlich erschwert, politische oder wirtschaftliche Zwecke offen zu verfolgen, die im Gegensatz zu den Interessen des landwirtschaftlichen Besitzers, besonders des Großgrundbesitzers, stehen. Indes werden in nächster Zeit reger die Bemühungen einsetzen, um auch dieser so elend gestellten Arbeiterkategorie durch gewerkschaftliche Organisation helfend zur Seite zu stehen.

Ueber die Mitgliederzahl der einzelnen Gruppen der gewerkschaftlichen Organisationen gibt folgende Tabelle eine Uebersicht:

Die Entwickelung der Zentralverbände, H.-D.-Gewerkvereine und Christlichen Gewerkschaften von 1900—1906.

Jahr	Mitgliederzahl der Zentralverbände	Mitgliederzahl der H.-D. Gewerkvereine	Mitgliederzahl der Christlichen Gewerkschaften
1900	680427	91661	159770
1901	677510	96765	160772
1902	733206	102851	179799
1903	887698	110215	192607
1904	1052108	111889	207484
1905	1344803	117097	265032
1906	1689470	*)	*)

*) Die Zahlen für das Jahr 1906 waren von den Gewerkvereinen und Christlichen Gewerkschaften bei Abfassung des Berichts noch nicht bekannt.

Die freien Gewerkschaften.

Die größte Gruppe der Gewerkschaftsorganisationen umfassen die freien Gewerkschaften, die eine einheitliche, gleichmäßige Organisation über ganz Deutschland bilden. Die 65 Verbände, die die letzte Statistik aus dem Jahre 1906 aufweist, haben eine Zentralverwaltung, d. h. es wird die Organisation von einer Zentralstelle, dem Zentralvorstand, geleitet. Jeder dieser Verbände hat je nach der Ausbreitung des Berufes örtliche Verwaltungsstellen, die in enger Beziehung zum Zentralvorstand stehen. Von den Einnahmen darf nur ein bestimmter Teil für örtliche Zwecke verwendet werden, während die Haupteinnahmen in die Zentralkasse fließen, aus der die Kosten für Streiks und für Unterstützungszwecke bestritten werden. In den Städten, wo mehrere Gewerkschaften örtliche Verwaltungsstellen haben, ist in der Regel ein Gewerkschaftskartell gebildet, das den losen Zusammenschluß der örtlichen Verwaltungen herbeiführt. Diesen gliedern sich in den größeren Orten Arbeitersekretariate an, die eine unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle für die Arbeiter bilden.

Die Zentralverbände treten alle drei Jahre zu einem allgemeinen Gewerkschaftskongreß zusammen, der von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einberufen wird. Die Generalkommission der Gewerkschaften wird auf diesem Kongreß gewählt und erhält hier die Direktive für ihre Tätigkeit; sie bildet mithin die Vertretung der freien Gewerkschaften.

Zu den Aufgaben der Generalkommission gehört u. a.: die gewerkschaftliche Organisation namentlich in den Gegenden und Industrien, deren Arbeiter nicht oder nicht genügend organisiert sind, zu fördern; die von den Gewerkschaften aufgenommenen Statistiken zu bearbeiten, sowie das sonstige in den amtlichen Publikationen vorhandene Material, soweit es für die Gewerkschaftsbewegung von Bedeutung ist, zu sammeln und nutzbar zu machen. Zur Publikation dient das „Correspondenzblatt“, das wöchentlich in einer Auflage von 23 000 Exemplaren herausgegeben und unentgeltlich den in der Verwaltung tätigen Personen zugestellt wird. Ferner ist der Generalkommission das Zentral-Arbeitersekretariat angegliedert, dem die Aufgabe zufällt, die von den übrigen Landessekretariaten geführten Streitsachen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung vor dem Reichsversicherungsamt zu vertreten.

Die Ausdehnung der Gewerkschaften erforderte in den letzten Jahren die Anstellung einer immer größeren Zahl besoldeter Beamten, für deren systematische Ausbildung ein reges Bedürfnis entstand. Der Gewerkschaftskongreß in Köln, der im Jahre 1905 tagte, erteilte deshalb der Generalkommission der Gewerkschaften den Auftrag, Unterrichtskurse für die Angestellten der Gewerkschaften zu veranstalten.

Diese Unterrichtskurse sind im vorigen Jahre eingeführt, sie umfassen einen Zeitraum von 5 Wochen; während dieser Zeit sind die Angestellten von der Tätigkeit für den Verband entbunden, um ungestört an den Vorträgen teilnehmen zu können.

Als Thema für diese Kurse sind folgende aufgestellt:

Der Arbeiterschutz, Nationalökonomie, Statistik, Strafrecht, Syndykate und Kartelle, die Gewerkschaften im Ausland, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, der Arbeitsvertrag, die Arbeiterversicherung, Bankwesen und Geldverkehr, gewerkschaftliche Literatur. An diesen Kursen nehmen bis zu 50 Personen teil und sind bisher vier Kurse abgehalten worden, die ein recht befriedigendes Ergebnis zeitigten.

In den freien Gewerkschaften machte sich in den letzten Jahren eine stark hervortretende Tendenz zum Zusammenschluß in große Industrieverbände bemerkbar. Eine Anzahl kleiner Organisationen, die die Arbeiter besonderer Spezialberufe organisierte, haben sich aufgelöst und den Anschluß an größere die gesamte Industrie umfassende Verbände vollzogen. Einen Ueberblick über den Fortschritt der freien Gewerkschaften sowohl in der Mitgliederzahl als ihren finanziellen Leistungen bietet die folgende Tabelle:

Die Entwicklung der freien Gewerkschaften von 1891—1906.

Jahr	Zentralverbände	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt		Einnahmen		Ausgaben		Vermögensbestand
		insgesamt	davon weibliche	in Verbänden	Mk.	in Verbänden	Mk.	Mk.
1891	62	277 659	—	49	1 116 588	47	1 606 534	425 845
1892	56	237 094	4 355	46	2 031 922	50	1 786 271	646 415
1893	51	223 530	5 384	44	2 246 366	44	2 036 025	800 579
1894	54	246 494	5 251	41	2 685 564	44	2 135 606	1 319 295
1895	53	259 175	6 697	47	3 036 803	48	2 488 015	1 640 437
1896	51	329 230	15 265	49	3 616 444	50	3 323 713	2 323 678
1897	56	412 359	14 644	51	4 083 696	52	3 542 807	2 951 425
1898	57	493 742	13 481	57	5 508 667	57	4 279 726	4 373 313
1899	55	580 473	19 280	55	7 687 154	55	6 450 876	5 577 547
1900	58	680 427	22 844	58	9 454 075	58	8 088 021	7 745 902
1901	57	677 510	23 699	56	9 722 720	56	8 967 168	8 798 333
1902	60	733 206	28 218	60	11 097 744	60	10 005 528	10 253 559
1903	63	887 698	40 666	63	16 419 991	63	13 724 336	12 973 726
1904	63	1 052 108	48 604	63	20 190 630	63	17 738 756	16 109 903
1905	64	1 344 803	74 411	64	27 812 257	64	25 024 234	19 635 850
1906	65	1 689 470	118 808	65	41 599 351	65	36 970 757	25 307 732

Zu einem guten Teil dürfte der lebhafte Aufschwung der Organisationen auf die günstige Wirtschaftskonjunktur der letzten Jahre zurückzuführen sein, die eine etwas freiere Bewegung der Arbeiter ermöglichte. Die Unternehmer konnten sich bei allen Machtgelüsten, die Organisationen der Arbeiter zu unterdrücken, doch nicht dem Einfluß der Gewerkschaften entziehen und mußten Konzessionen machen, die in den Zeiten eines wirtschaftlichen Niederganges sicherlich schwer abgerungen wäre. Natürlich bieten auch die Organisationen bei ihrer Größe an und für sich eine belebende Tendenz des Fortschrittes. Diese Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland kündet sich auch durch die außerordentlich gesteigerten finanziellen Leistungen der Organisationen an.

Der Höhe der Beitragsleistung entsprechend sind natürlich auch die Ausgaben gestiegen, wie die voraufgegangene Tabelle es veranschaulicht. Unter den Ausgaben nehmen neben der Streikunterstützung die Kranken-, Reise-, Arbeitslosen- und Invalidenunterstützung einen großen Teil der Einnahmen in Anspruch. Wie sich die Verwendung der von den Gewerkschaften aufgebrachten Mittel für Unterstützungszwecke seit dem Jahre 1891 gestaltet hat, darüber enthält nachfolgende Tabelle eine eingehende Darstellung:

Es verausgabten die Gewerkschaften für:

Im Jahre	Rechtsschutz Mk.	Gemaßregelten-unterstützung Mk.	Reise-unterstützung Mk.	Arbeitslosen-unterstützung Mk.	Kranken-unterstützung Mk.	Invaliden-unterstützung Mk.	Beihülfe in Not- und Sterbefällen Mk.	Zusammen Mk.	Streik-unterstützung Mk.
1891	10843	14737	144338	*64290	*—	*—	*—	234208	1037789
1892	9705	236964	382607	357087	—	21972	25284	1033619	44943
1893	12542	28831	328748	220926	304648	*—	41762	936957	65356
1894	12902	14630	350455	239750	425489	*—	41744	1084970	188980
1895	15871	40307	302603	196912	454114	*—	42080	1051887	253589
1896	18349	37346	310000	243201	430038	57947	53837	1150718	844372
1897	30147	30973	289036	260316	454494	68088	64906	1197960	881758
1898	43378	39978	283267	275404	491634	79587	78419	1291667	1073290
1899	54752	55435	313391	304677	652825	91524	131484	1604088	2121918
1900	68486	97092	461028	501078	656026	113530	205459	2102699	2625642
1901	89705	198173	607127	1238197	772587	130941	194668	3231398	1878792
1902	93485	250661	709778	1593022	793878	154398	250129	3845351	1930329
1903	150721	250310	613870	1270053	944059	189442	301961	3720416	4529672
1904	206782	536209	646821	1599424	1416935	213626	621709	5241506	5869519
1905	311239	486765	712820	1991924	1920639	273960	800355	6497702	9674094
1906	342226	795178	758222	2653296	3281353	351441	1181282	9362998	13748353

* Bis zum Jahre 1897 haben stets mehrere Verbände keinen Bericht für die Statistik an die Generalkommission gesandt. Es fehlten in der Statistik 1891 9 Verbände, 1892 4, 1893 8, 1894 6, 1895 5, 1896 2 und 1897 4 Verbände. Erst vom Jahre 1898 ab haben alle Verbände Angaben für die Statistik gemacht, doch waren diese bei vielen Organisationen noch mehrere Jahre unzureichend, so daß sich die tatsächlich für Unterstützung usw. verausgabten Summen wesentlich höher stellen, als in der Statistik angegeben ist.

Die Kranken- und Invalidenunterstützung kann in den deutschen Gewerkschaften nicht in dem Umfange gepflegt werden, als es die englischen Gewerkschaften betreiben, da wir in Deutschland für diese Versicherungszweige die staatliche Zwangsversicherung der Arbeiter in besonderen Kassen haben. Wenn trotzdem die Gewerkschaft auf diese Unterstützungszweige nicht verzichtet, so geschieht es im wesentlichen deshalb, weil diese Zwangskassen so niedrige Unterstützungen bieten, daß eine Ergänzung dieser Beträge durch die Gewerkschaften von den Arbeitern sehr gerne entgegengenommen wird.

Streiks und Lohnbewegungen.

Ueber die Lohnbewegungen der deutschen Gewerkschaften kann nur bis Ende des Jahres 1905 ein Ueberblick gegeben werden, da bei Fertigstellung des Berichtes die Ergebnisse für 1906 noch nicht bearbeitet waren. Die Lohnbewegungen haben in Deutschland in den letzten drei Jahren außerordentlich zugenommen.

Mit der Erstarkung der Gewerkschaften und ihren Bestrebungen, die Lebenshaltung der Arbeiter zu bessern, ist auf der anderen Seite die Organisation der Unternehmer nicht minder angefacht. Infolgedessen haben Lohnforderungen der Arbeiter nicht selten Aussperrungen durch die Unternehmerorganisation zur Folge. Diese Aussperrungen beschränken sich nicht immer auf den Ort des Streiks, sondern ergreifen den gesamten Beruf, oder es erfolgt auf die Lohnforderung der Arbeiter eines Berufes als Antwort der Unternehmer die Aussperrung der Arbeiter verwandter Industriezweige. Die Arbeiter haben deshalb mit einem organisierten, mächtigen Widerstand besonders in der Groß-

industrie zu rechnen. Dabei stellt sich die Justiz und die Verwaltungsbehörde fast regelmäßig in den Dienst der Unternehmer.

Die Rechtslage ist für die Arbeiter bei der Inszenierung und Fortführung von Streiks eine außerordentlich ungünstige. So bedroht der § 153 der Gewerbeordnung diejenigen mit Gefängnis bis zu 3 Monaten, die durch Ehrverletzung, körperlichen Zwang, Drohung oder Verrufserklärung Arbeiter zur Teilnahme an Streiks zu bestimmen suchen. Dieses Gesetz hat vielfach die Auslegung erfahren, daß schon die harmlosesten Redewendungen gegen einen Streikbrecher als eine Ehrverletzung von deutschen Richtern angesehen werden. So genügte es, daß ein Streikender zu einem Streikbrecher die Bemerkung machte, er solle sich schämen, als Streikbrecher tätig zu sein, um ihn der Ehrverletzung für schuldig zu erklären und mit Strafe zu belegen. Es ist vorgekommen, daß Gerichte streikende Arbeiter verurteilt haben, die neben einem Streikbrecher einhergingen, um festzustellen, wo er in Arbeit tritt. Das Gericht erblickte in diesem Vorgang eine Bedrohung der Streikbrecher.

Einen noch größeren Ruhm hat sich der höchste Gerichtshof in Deutschland mit der Auslegung des Strafgesetzbuches über das Vergehen der Erpressung erworben. Unter Erpressung versteht das Strafgesetzbuch ein Vergehen, dessen sich derjenige zuschulden kommen läßt, der durch Gewalt oder Drohung sich oder anderen einen widerrechtlichen Vermögensvorteil erzwingen will. Aus dieser Bestimmung hat man bei Streiks das juristische Kunststück fertig gebracht, Arbeiter wegen Erpressung zu verurteilen, die einem Unternehmer ankündigten, wenn er die Forderungen der Arbeiter nicht bewillige, würden die Arbeiter in den Streik eintreten. Ein Versuch der Arbeiter, diese gleiche Auslegung auch gegen die Unternehmer in Anwendung zu bringen, wenn sie eine Aussperrung den Arbeitern androhen, mißlang. Hier wurde die Drohung seitens der Gerichte nicht als Erpressung angesehen. Nicht minder eifrig hat die deutsche Rechtssprechung in bezug auf den Boykott versucht, die Anwendung dieses Kampfmittels, wenn es von Arbeitern benutzt wurde, zu erschweren. So wird die Verkündung des Boykotts von verschiedenen Gerichten als grober Unfug angesehen, ein Vergehen, das nach dem Strafgesetzbuch mit Strafe bedroht wird. Unberührt von dieser Rechtssprechung ist bisher der Boykott geblieben, den die Militärbehörden gegen Gastwirte oder Unternehmerorganisationen gegen mißliebige Fabrikanten verhängen. In einigen Fällen sind auch Versuche, aus dem Boykott eine Geschäftsschädigung zu konstruieren, geglückt und die Leiter der Gewerkschaften zur Zahlung von Entschädigungsbeträgen verurteilt. Abgesehen von vielen kleinlichen Widerwärtigkeiten, mit denen die Gewerkschaften in ihren Lohnkämpfen zu rechnen haben, ergeben die hier angeführten wohl den Nachweis, wie schwierig die Stellung der Arbeiter in Deutschland ist, um erfolgreich Lohnkämpfe durchzuführen. Natürlich haben alle diese Mittel die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter nicht erlahmen lassen, vielmehr dürfen wir der deutschen „Rechtsprechung" das Verdienst nicht vorenthalten, daß sie in den Grenzen ihres Könnens mit dazu beitrug, die Arbeiter für gewerkschaftliche Kämpfe anzustacheln, denn diese Rechtssprechung hat in der deutschen Arbeiterschaft keine Einschüchterung, sondern eine sehr berechtigte Erbitterung hervorgerufen; auch in den Gleichgültigen wird das Gefühl rege, hier wird das Interesse deiner Klasse, der Arbeiterklasse, getroffen, es wird dir der Platz in der gewerkschaftlichen Organisation mit den kräftigsten Mitteln, die die Agitation zur Verfügung hat, angewiesen.

Die deutschen Arbeiter mußten in den Lohnkämpfen in diesem und dem vorigen Jahre vor allem versuchen in der Lebenshaltung der Arbeiter den Ausgleich herbeizuführen, der durch die Zollgesetzgebung und die Preistreibereien der Syndikate und Kartelle nötig wurde. Ein Gesamtbild über Umfang und Ergebnisse der Streiks gibt die folgende Tabelle:

Zahl, Umfang, Kosten und Resultat der Streiks und Aussperrungen von 1890—1905.

Jahr	Anzahl der Streiks	Zahl der beteiligten Personen	Gesamt-Ausgabe Mk.	Zahl der Streiks, über deren Ausgang berichtet wurde	Resultat dieser Streiks: Anzahl: Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolglos	Unbekannt	In Prozenten: Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolglos	Am 1. Januar noch nicht beendet
1890—99	3 772	425 142	11 402 758	3 537	1706	834	893	104	48,2	23,6	25,2	—
1900	852	115 711	2 936 030	852	375	215	217	[1] 21	44,1	25,3	25,5	19
1901	727	48 522	2 515 888	727	267	171	237	[2] 30	36,8	23,6	32,6	18
1902	861	55 713	2 237 504	802	350	156	296	[3] 29	43,6	19,5	36,9	16
1903	1 282	121 593	5 080 984	1 259	623	239	359	[4] 26	49,4	19,0	28,5	21
1904	1 625	135 957	5 551 314	1 576	878	317	349	32	55,7	20,1	22,1	49
1905	2 323	507 964	10 933 721	2 273	1219	534	477	43	53,6	23,5	21,0	50
	11 442	1 410 602	40 658 199	11 026	5418	2466	2828	285	49,3	22,4	25,7	—

Außerdem: [1] 2 Maiaussperrungen. [2] 2 Maiaussperrungen und 2 Betriebsaufgaben. [3] 12 Maiaussperrungen und 2 Betriebsaufgaben. [4] 4 Maiaussperrungen.

Die hohe Ziffer der Streiks aus dem Jahre 1905 entsteht durch den großen Streik der Bergarbeiter, an dem allein 215 000 Bergarbeiter beteiligt waren.

Teilt man die Streiks in Angriffs- und Abwehrstreiks, wie es die Erhebungen der Generalkommission seit dem Jahre 1900 getan haben, so ergibt sich als Resultat der Streiks folgende Aufstellung:

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Vollen Erfolg: Streiks: Zahl	Prozent	Beteiligte: Zahl	Prozent	Teilweiser Erfolg: Streiks: Zahl	Prozent	Beteiligte: Zahl	Prozent
Angriffsstreiks.										
1900	514	86786	237	46,1	27356	31,5	161	31,3	33088	38,1
1901	291	22761	109	37,4	6487	28,5	92	31,6	7241	31,8
1902	289	32659	117	42,4	8014	24,5	71	25,7	17556	53,7
1903	603	53763	281	46,6	17042	50,3	154	25,5	22379	41,6
1904	886	81427	509	57,4	37882	46,5	213	24,0	24428	30,0
1905	1261	333228	722	57,9	47473	14,2	307	24,6	48381	14,5
Sa.	3844	610626	1975	51,3	144254	23,6	1007	26,2	153073	25,1
Abwehrstreiks.										
1900	292	14295	122	41,7	4670	32,7	43	14,7	1350	9,6
1901	401	17301	149	37,1	4886	28,2	70	17,5	4618	26,6
1902	516	16263	225	43,6	6412	39,4	76	14,7	3835	23,6
1903	597	22067	310	51,8	9929	45,0	73	12,2	2485	11,3
1904	627	23128	337	53,7	12998	56,2	82	13,1	3774	16,3
1905	809	30679	445	56,9	18711	61,0	102	13,1	5481	17,8
Sa.	3242	123733	1588	49,0	57606	46,5	446	13,7	21543	17,4

Welchen Einfluß die Unternehmerorganisationen auf die Lohnkämpfe ausüben, darüber gibt die folgende Zusammenstellung der Aussperrungen vom Jahre 1900—1905 einen Ueberblick:

Die Aussperrungen von 1900—1905.

Jahr	Anzahl	Zahl der beteiligten Personen	Verlust an Arbeitszeit		Gesamt-Ausgabe	Resultat							Am 1. Januar noch nicht beendet
						Anzahl				In Prozenten			
			Tage	festgestellt für Beteiligte	Mk.	Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolglos	Unbekannt	Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolglos	
1900	46	14630	182866	8927	[7] 600493	16	11	12	[1] 2	34,8	24,0	26,0	3
1901	35	8460	124275	6088	[7] 283576	9	9	13	[2] 2	26,0	26,0	37,1	—
1902	56	6791	117196	4910	[7] 308023	8	8	25	[3] 3	14,3	14,3	44,4	—
1903	[4] 82	45763	1512771	32036	[7] 1798801	32	13	24	[5] 3	39,0	15,8	29,3	[6] 4
1904	[8] 112	31402	607286	35579	1870647	32	22	32	14	37,2	25,5	37,2	[9] 12
1905	253	144047	1797256	135821	4193250	52	125	57	9	21,5	51,5	23,4	10
	584	251093	4341650	223361	9054790	149	188	163	33	27,9	35,3	30,6	—

Außerdem: [1] 2 Maiaussperrungen. [2] 2 Maiaussperrungen. [3] 12 Maiaussperrungen. [4] Darunter 11 Aussperrungen, an denen 2 bis 7 Organisationen beteiligt waren. [5] 4 Maiaussperrungen. [6] Am 1. Januar 1904 waren 30 noch nicht beendet, doch sind 26, die in den ersten Tagen 1904 endeten, als abgeschlossen in der Statistik geführt. [7] Mit Ausnahme der Ausgabe der Maurer, die nicht besonders ausgewiesen ist. [8] Darunter 20 Aussperrungen, an denen mehrere Organisationen beteiligt waren. [9] Am 1. Januar waren 13 noch nicht beendet, davon ist eine, die im Januar 1905 endete, als abgeschlossen in der Statistik geführt.

Die Erfolge der Lohnbewegungen einschließlich derjenigen ohne Arbeitseinstellung berechnet die letzte Statistik vom Jahre 1905 wie folgt: In diesem Jahre hatten die Arbeiter 5659 Forderungen gestellt, davon wurden 2886 durch Verhandlungen ohne Streik erledigt. Als Ergebnis kann nach Abschluß der Bewegungen bezeichnet werden, daß von den 5659 Bewegungen 4775, d. h. 84 Proz., erfolgreich waren. Im einzelnen ergibt sich folgendes:

Es erzielten:

Arbeitszeitverkürzung 186 363 Beteiligte 696 259 Stunden pro Woche.

Lohnerhöhung 426 786 Beteiligte 885 311 Mk. pro Woche.

Lohnaufschlag für Ueberstunden 107 478 Beteiligte.

Lohnaufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit 71 632 Beteiligte.

Beseitigung bezw. Regelung der Akkordarbeit bezw. Abwehr der Beseitigung der Lohnarbeit 18 331 Beteiligte.

Verbesserung der Fabrik- usw. Ordnung bezw. Abwehr einer Verschlechterung derselben 3123 Beteiligte.

Maßregelungen wehrten ab 5386 Beteiligte.

Sonstige Vorteile erzielten bezw. Verschlechterungen wehrten ab 115 206 Beteiligte.

Korporative Arbeitsverträge wurden abgeschlossen in 1507 Fällen für 257 791 Beteiligte.

Natürlich hatten diese Erfolge auch die am Streik nicht beteiligten Arbeiter, deren Zahl sich nicht feststellen läßt.

Gewerkschaftskartelle.

Wie schon eingangs bemerkt, sind die Gewerkschaftskartelle Organisationen, die an einem Ort den Zusammenschluß der Gewerkschaften herbeiführen sollen zwecks Erfüllung bestimmter gemeinsamer Aufgaben. Als solche sind zu betrachten: Die Errichtung einer gemeinsamen Bibliothek, die Regelung des Herbergswesens und eventl. Errichtung eines Arbeitsnachweises, die Vorbereitung bei den Wahlen zum Gewerbegericht, Innungsschiedsgericht und Kaufmannsgericht, sowie Gesellenausschüssen und die Vertretungen in den Korporationen der Arbeiterversicherung. Die Zahl der Kartelle belief sich im Jahre 1905 auf 480.

Arbeitersekretariate.

Das erste Sekretariat wurde in Deutschland im Jahre 1894 in Nürnberg errichtet; im Jahre 1907 zählen wir bereits 90 derartige Institute. Ueber die Entwickelung der Sekretariate seit dem Jahre 1901 und den Umfang ihrer Tätigkeit gibt folgende Zusammenstellung eine Uebersicht:

Jahr	Zahl der Sekretariate	Gesamtzahl der Auskunftsuchenden	Von den auskunftsuchenden Personen waren Arbeitnehmer	Von den auskunftsuchenden Personen waren gewerkschaftlich organisiert	Prozentsatz der gewerkschaftlich Organisiert. zur Gesamtzahl der Auskunftsuchenden
1901	29	167 363	90 715	74 655	44,6
1902	32	195 679	121 469	97 501	49,9
1903	36	200 575	123 624	106 787	53,2
1904	48	226 260	157 168	130 208	58,0
1905	67	283 767	262 111	160 264	59,0
1906	83	365 132	345 300	228 105	63,0

Die Sekretariate erteilen an die Mitglieder der Gewerkschaften, andere auch an solche Personen, die der Gewerkschaft nicht angehören, unentgeltlich Auskunft. Nur einige erheben von Personen, die der Gewerkschaft nicht angehören, einen geringen Betrag für die Erledigung schriftlicher Arbeiten.

Auf welche Rechtsgebiete die Sekretariate ihre Auskunftserteilung erstrecken, ergibt nachfolgende Zusammenstellung:

Jahr	Arbeiterversicherung		Arbeits- u. Dienstvertrag		Bürgerliches Recht		Strafrecht		Arbeiterbewegung		Gemeinde- u. Staatsbürgerrecht		Gewerbewesen Privatversicherung		Sonstiges	
	in Sekretariaten	erteilte Auskünfte	in Sekretariaten	erteilte Auskünfte	in Sekretariaten	erteilte Auskünfte	in Sekretariaten	erteilte Auskünfte	in Sekretariaten	erteilte Auskünfte	in Sekretariaten	erteilte Auskünfte	in Sekretariaten	erteilte Auskünfte	in Sekretariaten	erteilte Auskünfte
1901	28	46 741	28	31 149	27	49 694	27	12 923	20	1 319	28	14 169	24	1959	24	13 770
1902	32	56 571	32	32 722	32	57 595	32	14 448	27	6 167	31	18 190	30	3191	28	9 043
1903	36	59 786	36	32 937	36	58 974	36	12 824	31	2 713	36	20 247	36	3464	31	11 361
1904	48	71 487	48	38 760	48	68 539	48	15 526	39	3 380	47	19 971	46	5818	29	10 253
1905	67	89 286	67	48 498	67	87 018	67	22 897	55	5 297	67	32 218	58	4704	46	5 416
1906	83	114 920	82	60 497	83	112 426	82	30 067	72	10 064	83	42 234	77	5511	71	6 542

Neben diesen Rechtsauskünften wird von den Sekretariaten die gewerkschaftliche Agitation betrieben und die meisten unterhalten eine rege Verbindung mit den Fabrikinspektoren, die durch die Arbeitersekretariate auf Mißstände in den Fabriken aufmerksam gemacht werden. In den Fabrikinspektorenberichten ist wiederholt diese Verbindung als nutzbringend und für die Arbeiter förderlich bezeichnet worden. Die Jahresberichte, die von den Sekretariaten veröffentlicht werden, enthalten ein wertvolles sozialpolitisches Material.

Die 68 Arbeitersekretariate, die im Jahre 1906 über ihre Kassenverhältnisse berichteten, verzeichnen 282 525 Mk. als Ausgabe zur Erhaltung der Institute. Diese Kosten werden zu einem großen Teil von den Gewerkschaften, zum andern von der sozialdemokratischen Partei aufgebracht; drei Sekretariate erhalten vom Staat resp. Gemeinde Subventionen.

Neben diesen Sekretariaten betreiben die Volksbureaus, die vielfach in Verbindung mit den christlichen Arbeitervereinen stehen, eine Rechtsauskunft. Diese Auskunft erfolgt hier in der Regel nicht unentgeltlich, sondern es werden von den Rechtsschutzsuchenden bestimmte Gebühren erhoben.

Gewerkvereine.

Die Gewerkvereine oder Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, wie sie nach ihren Begründern vielfach benannt werden, sind seit Jahren nicht recht vorwärts gekommen. Die Zahl ihrer Mitglieder betrug 1900 91 661, sie stieg bis zum Jahre 1905, der letzten Statistik, auf 117 097. Die Vereine sind auf zentrale Grundlage gestellt, d. h. die Hauptverwaltung geschieht von einer Zentralstelle, während die Ortsverwaltungen in gewisser Abhängigkeit von dieser sich befinden. Die Tendenz der Organisationen in wirtschaftlichen Kämpfen ist eine sehr gemäßigte, die Teilnahme an Lohnbewegungen und Streiks geschieht nur widerwillig, und in vielen Fällen wird gegenüber den anderen Arbeitern nicht einmal die Solidarität geübt, sondern ohne Rücksicht auf Lohnkämpfe die Arbeitsvermittlung betrieben. Die Organisation strebt mehr einen gütlichen Ausgleich zwischen Arbeiter- und Unternehmerinteressen an und sieht ihre Hauptaufgabe in der Pflege des Unterstützungswesens. Da in den freien Gewerkschaften das Unterstützungswesen vielfach besser geregelt ist, als in den Gewerkvereinen, so bleibt natürlich für diese Organisationen irgendein Anreizmittel für ein Mitgliederwerben nicht übrig und erklärt sich somit der Stillstand dieser Organisationen. Nach der letzten Abrechnung vom Jahre 1905 hatten diese Gewerkschaften eine Gesamteinnahme von 1 336 651 Mark, dem eine Ausgabe von 1 170 219 Mk. gegenüberstand. Unter den Ausgaben befinden sich: Verbandsorgan 133 581 Mk., Agitation 102 899 Mk., Streikunterstützung 286 643 Mk., Rechtsschutz 14 790 Mk., Reise-, Umzug- und Unfallunterstützung 67 802 Mk., Arbeitslosenunterstützung 193 746 Mk., Bildungsförderung 17 345 Mk., Ortsverband und Verbandssteuer 53 591 Mk., Inseration und Drucksachen 67 871 Mk. und Verwaltungskosten 231 951 Mk. Der Vermögensbestand der Vereine beziffert sich Ende 1905 auf 3 497 069 Mk.

Christliche Gewerkschaften.

Die christlichen Gewerkschaften sind jüngeren Datums als die beiden vorauf besprochenen Organisationsgruppen. Sie stehen in Beziehung zu den katholischen Vereinen und erfahren eine rege Förderung

durch den katholischen Klerus. Sie sind die eigentlichen Konkurrenzorganisationen gegen die freien Gewerkschaften, denen gegenüber sie besonders ihren religiösen und politisch nationalen Standpunkt betonen. Sie zeigen eine verhältnismäßig schnelle Entwickelung und verhalten sich nicht ganz ablehnend zu den Lohnkämpfen. In ihren Unterstützungseinrichtungen und auch ihrer Organisationsform haben sie sich ziemlich den freien Gewerkschaften nachgebildet. Sie bilden insofern eine Zersplitterung der Kräfte der gewerkschaftlichen Organisation, indem sie die Einheitlichkeit bei gewerkschaftlichen Kämpfen stören, entweder die Teilnahme am Streik ablehnen oder auch selbst vor Streikbrecherdiensten im gegebenen Falle nicht zurückschrecken.

Hinter den Gewerkschaften steht das Interesse der Zentrumspartei, die darauf bedacht ist, die christlichen Arbeiter von der Sozialdemokratie abzuziehen, um sie in ihrem Bannkreis zu behalten. Die Organisationen zählten im Jahre 1900 159 770 Mitglieder, im Jahre 1905 betrug die Zahl 265 032. Nach der letzten statistischen Zusammenfassung vom Jahre 1905 beziffert sich die Jahreseinnahme auf 2 674 190 Mk., die Ausgabe auf 2 423 554 Mk. Unter den Ausgaben befanden sich: Verbandsorgan 205 154 Mk., Agitation 161 393 Mk., Streik- und Gemaßregeltenunterstützung 1 000 320 Mk., Rechtsschutz 45 457 Mk., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 13 571 Mk., Sterbegeld 59 933 Mk., sonstige Unterstützungen 114 140 Mk., Bildungsförderung 11 691 Mk., Gehälter 52 423 Mk. und Verwaltungsausgaben 91 970 Mk. Der Vermögensbestand wird auf 1 523 214 Mk. angegeben.

Neben diesen christlichen Gewerkschaften, die eine selbständige Vereinsbildung sind, machen sich in einer Anzahl katholischer Vereine Bestrebungen auf Gründung sogenannter Fachabteilungen bemerkbar. In diesen Fachabteilungen sollen die Arbeiter nach Berufen zusammengehalten und vor allem von dem Beitritt in die Gewerkschaften, auch in die christlichen Gewerkschaften, ferngehalten werden. Den konservativen Elementen in der katholischen Kirche und der Zentrumspartei gefällt die Tendenz der christlichen Gewerkschaften nicht, besonders ihre Teilnahme an Lohnbewegungen wird unangenehm bemerkt. Es sind deshalb den christlichen Gewerkschaften im eigenen Lager schwere Widersacher entstanden und die einflußreichsten darunter versuchen die Arbeiter von dieser christlichen Gewerkschaftsbewegung abzuhalten, um sie in den Fachabteilungen der katholischen Vereine zu gefügigen und folgsamen Arbeitern den Unternehmern zu erziehen.

Unabhängige Vereine.

Zu dieser Gruppe Gewerkschaften sind zunächst die Lokalvereine mit ihren 27 736 Mitgliedern, die sie im Jahre 1905 hatten, zu rechnen. Diese Organisation ist in ihrer Bedeutung immer mehr zurückgedrängt. Sie wendet sich gegen die Form der Zentralorganisation und will den Lokalvereinen eine größere Selbständigkeit lassen als es die freien Gewerkschaften gestatten. In letzterer Zeit ist auch diese Gruppe insofern zu den freien Gewerkschaften in Gegensatz getreten, als sie in eine politisch scharf pointierte Stellung hineingerieten. Ihre Leiter haben sich dabei dem Anarchismus angelehnt, rund in einer Programmerklärung die parlamentarische Aktion abgelehnt, dagegen mit großer Schärfe den Generalstreik betont, mit dem sie politisch und wirtschaftlich den heutigen Klassenstaat zugrunde richten wollen. Dieses Programm hat allerdings sehr wenig Bedeutung, schon im Hinblick

auf die Zahl der dieser Organisation angehörenden Arbeiter, sowie im Hinblick darauf, daß wohl eine große Zahl der Mitglieder dieser Programmerklärung nicht zustimmen. In den Lohnkämpfen gehen diese Gewerkschaften meistens mit den freien Gewerkschaften zusammen, um am Schluß des Lohnkampfes in der Regel über den Abschluß des Lohnkampfes und die Vereinbarungen der freien Gewerkschaften zu schimpfen und sie als ungenügend, wenn nicht als einen Verrat an der Arbeiterschaft zu bezeichnen.

Die übrigen unabhängigen Vereine, die im Jahre 1905 67 675 Mitglieder zählten, sind Organisationen, die in Lohnkämpfen keine Rolle spielen. Sie befassen sich meistens nur mit Pflege des Unterstützungswesens. Eine Anzahl dieser Vereine steht den freien Gewerkschaften nahe und würden ihren Anschluß an die Generalkommission vollziehen, wenn diese nicht die Aufnahme ablehnen müßte, da es sich um Konkurrenzorganisationen schon bestehender Verbände handelte, die nach den Bestimmungen des Gewerkschaftskongresses nicht der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossen werden dürfen.

Gelbe Gewerkschaften.

Unser Bericht würde eine Lücke aufweisen, wenn wir nicht auch auf eine Erscheinung zu sprechen kämen, die in letzter Zeit eine gewisse Bedeutung erlangt hat, nämlich die Gründung der sog. gelben Gewerkschaften. Die Gründung dieser Organisationen wird von den Unternehmern in Deutschland immer systematischer betrieben. Sie hat die Aufgabe, die Arbeiter von den Gewerkschaften und damit von den Lohnkämpfen fernzuhalten. Besonders werden solche Gründungen mit einem gewissen Erfolg in der Großindustrie betrieben. Man versucht für die Vereinsgründungen, die in der Regel nur die Arbeiter eines Betriebes umfassen, in der Weise das Interesse wachzurufen, daß man diesen Arbeitern gewisse Vorteile zuwendet. Die Vereine wollen die Arbeiter bei Aussperrungen, Arbeitslosigkeit oder Not in der Familie unterstützen, Spargelder der Arbeiter sollen bis zu 6 Proz. verzinst werden. Die Differenz zwischen den durch Anlage der Gelder erzielten Zinssatz und den, den der Verein gewährt, wird von dem Unternehmer gedeckt. Nach den Bestimmungen des Statuts verliert aber der Arbeiter sofort diese Verzinsung, wenn er sich an einem Streik beteiligt oder aus dem Betrieb austritt. In gewissen Zeiträumen erhält der Sparer noch eine besondere Prämie, so daß er immer enger an den Betrieb gefesselt wird und jede Auflösung des Arbeitsverhältnisses für ihn mit der Aufgabe von unter Umständen erheblichen finanziellen Opfern verknüpft ist. Schon der Beitritt zu einer Gewerkschaft genügt, um den Arbeiter seines Anrechtes an den Betriebsverein verlustig zu erklären. In enger Verbindung mit solchen Vereinsgründungen stehen natürlich die bekannten Wohlfahrtseinrichtungen, die Gewährung von Arbeiterwohnungen, Einrichtung von Pensionskassen, die im Falle des Streiks sofort die Vertragsverhältnisse und Anrechte aufheben. Die Vereinstätigkeit und Vereinsform ist natürlich sehr verschieden. Einige veranstalten regelmäßig an patriotischen Festtagen Vergnügungen, andere dienen mehr religiösen Zwecken, immer ist ihr Streben darauf gerichtet, dem Unternehmer ein gefügiges Arbeitsmaterial zu erhalten. Von den Großindustriellen erhalten die Vereine ziemlich bedeutsame Revenuen und können diese Mittel dann zu Pensions- oder anderen Unterstützungszwecken verwenden. Immer aber kehrt in den Bestimmungen der Grundsatz wieder, daß die Teilnahme

an Streiks oder an gewerkschaftlichen Organisationen mit dem Verlust aller Anrechte des Mitgliedes endet. Es sind also hier Vereine, die die Bezeichnung Gewerkschaften nicht verdienen, sondern auf eine antigewerkschaftliche Organisation zurücklaufen. Daß solche Bestrebungen bei der Stärke der Gewerkschaftsbewegung für die Unternehmer gewisse Vorteile bieten, ist klar und deshalb auch der Eifer und die Aufwendung erheblicher Mittel, um die nötigen Mitglieder zu werben. Man hat erkannt, daß es nicht mehr möglich ist, durch strenges und rücksichtsloses Verhalten den „Herrn im Hause" aufrecht zu erhalten, deshalb versucht man sich diese Herrschaft zu erkaufen. Daß für solchen Preis auch Arbeiter zu haben sind, ist sicherlich betrübend.

In neuerer Zeit sind auch Bestrebungen laut geworden, die darauf hinzielen, einen gewissen Zusammenschluß dieser Vereine herbeizuführen, und im Mai 1907 tagte in Hamburg ein Kongreß, auf dem die Gründung eines Bundes vaterländischer Arbeitervereine zustande kam, Diese Gründung ist natürlich in der reaktionären bürgerlichen Presse mit Beifall begrüßt worden, und schließlich hat auch der Reichskanzler Fürst Bülow, dem dieser Kongreß eine Huldigung entgegenbrachte, seinen Beifall zu dieser Gründung gespendet.

Wir haben trotz dieser Vorgänge das Vertrauen zu der deutschen Arbeiterschaft, daß sie zu der ehrlosen Gesinnung, die ihnen der Bund vaterländischer Arbeitervereine zumutet, nicht herabsinken werden, sondern daß diese Gründung nur eine Wirkungsstätte bleiben wird für charakterlose Handlanger der Unternehmer und für Ehrlose, für die in der deutschen Arbeiterbewegung kein Platz ist.

Die Zahl unserer Widersacher in der deutschen Arbeiterbewegung ist somit nicht klein. Der Kampf muß nach allen Seiten hin geführt werden und wenn es uns gelang, in Anbetracht dieser Widerwärtigkeiten dennoch sowohl in der Organisation wie in unseren Lohnkämpfen einen erfreulichen Fortschritt und Aufschwung zu verzeichnen, so verdanken wir dies dem unermüdlichen Eifer und der zähen Ausdauer unserer Mitglieder, von denen wir hoffen dürfen, daß sie auch größeren Gefahren trotzen werden, als denen die uns heute drohen.

Bericht des Sekretärs der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei pro 1905/06.

Gerne komme ich der Einladung des Exekutivkomitees des internationalen sozialistischen Bureaus nach, einen Bericht über die Tätigkeit unserer Partei und der Arbeiterorganisation unseres Landes überhaupt seit dem Amsterdamer Kongreß (August 1904) zu erstatten.

Nach unseren Parteistatuten (1901) setzt sich unsere Partei zusammen aus dem Schweizerischen Grütliverein, der ältesten politischen, zentralen Arbeiterorganisation des Landes — denn sie kann 1908 das 70 jährige Jubiläum ihres Bestandes feiern —, ferner aus den kantonalen Arbeiter- und Parteiverbänden (16), den lokalen Arbeiterunionen und Verbänden, soweit sie nicht schon als Glieder eines kantonalen Arbeiter- oder Parteiverbandes der Gesamtpartei angehören (6), endlich aus einzelnen Vereinen, sofern im betreffenden Kanton oder in der betreffenden

Ortschaft kein der Gesamtpartei angehörender kantonaler oder lokaler Verband besteht. Auf Ende 1906 zählt die Partei 20 337 Mitglieder; die Zahl der Parteigenossen hat sich seit der Parteigründung eher vermindert als gehoben; glücklicherweise stimmt sie mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht überein, denn seit 1904 sind sehr viele neue Organisationen gegründet worden. Unsere komplizierten Organisationsformen, die zahlreichen sozialen Kämpfe, die großen Anstrengungen der lokalen und kantonalen Parteien auf engem Gebiete zehren die Beiträge auf, welche die Arbeiter leisten können, und so denkt man fast allerorts nicht gern daran, die wahrheitsgemäßen Zahlen anzugeben und dadurch die Bezahlung einer größeren Summe an die Landespartei zu riskieren, welche pro Jahr nur das Opfer von 20 Cents von jedem Parteigenossen verlangt. Infolgedessen ist unsere Parteiorganisation noch ein sehr loses Gebilde und sehr knapp mit Finanzmitteln ausgestattet. Das sich erfreulich entwickelnde Gewerk- und Genossenschaftswesen hat in den letzten Jahren das politische Leben in den Hintergrund gedrängt, doch mehren sich die Anzeichen für eine Aenderung der Taktik; die Erkenntnis, daß die politische Macht in einem Referendums- und Initiativstaate unsere Hauptwaffe ist im Kampfe gegen die immer frecher auftretende Reaktion, macht rasch Fortschritte. Mit der Mehrung und Festigung der lokalen und kantonalen Parteien werden wir schließlich das Fundament zu einer einflußreichen Landespartei erhalten. Uebrigens ist wohl in Betracht zu ziehen, daß wir drei Sprachgebiete haben, welche einem geschlossenen Vormarsche der Partei sehr hindernd im Wege stehen. Die Organisationsarbeit in diesen Gebieten ist sehr mühsam und trug in der letzten Zeit infolge anarchistischer Einflüsse fast keine Früchte.

Wenn das alles in Betracht gezogen wird, dann dürfen wir mit unseren Leistungen nicht ganz unzufrieden sein. Auf dem Parteitag vom 20. November 1904 wurde das vom Grütliverein wieder besetzte Vereinssekretariat zu einem Parteisekretariat erweitert. Dasselbe hat die Korrespondenzen des Grütlivereins und der Partei zu besorgen, die Jahresberichte, Eingaben an Behörden usw. abzufassen, politische Agitationen einzuleiten und den Parteiorganisationen soviel wie möglich mit aufklärenden Vorträgen zu dienen. Dieser Parteitag in Zürich genehmigte auch einmütig das neue theoretische und das Arbeitsprogramm der Partei. (Buchdruckerei des Schweiz. Grütlivereins. S. 17—20.) — Ein sehr arbeitsreiches und bewegtes Jahr war auch für uns 1905. Im Vordergrund seiner politischen Ereignisse stand der Wahlrechtsraub bei den Nationalratswahlen vom 29. Oktober. Es ist gewiß bezeichnend für unsere „freie Alpenrepublik", daß von den sechs Vertretern, welche die Arbeiterpartei im 167 Mann zählenden nationalen Parlament hatte (im Ständerat sind wir ohne jede Vertretung), vier hinausgeworfen wurden, angeblich, weil sie die Kühnheit hatten, frei und frank die Interessen des arbeitenden Volkes zu vertreten. Unsere Wahlkreiseinteilung, eigens dazu präpariert, das Wahlrecht für die Industriearbeiter illusorisch zu machen, kam dem Wahlrechtsraub prächtig zustatten. Die sozialdemokratischen Vertreter wurden verantwortlich gemacht für gewisse anarchistische Umtriebe (Antimilitaristische Liga, „direkte Aktion"), für die vielen Lohnkämpfe; die liberale kapitalistische Presse spielte das Schlagwort „der provokatischen Sprache der Arbeiterpresse" und des „anmaßenden Benehmens der sozialdemokratischen Partei und ihrer Vertreter in den Ratssälen" aus. In 24 (von 49) Wahlkreisen und 12 (von 22) Kantonen hatten wir 37 Kandidaten aufgestellt, auf welche

sich zirka 70 000 Stimmen vereinigten; wir wiesen das Anrecht auf zirka 25 Mandate ziffernmäßig nach. Glänzend marschierten die Züricher Genossen auf; im 1. Kreise (9 Mandate) stiegen die sozialdemokratischen Stimmen auf 11 000 (um zirka 4000!), der erstgewählte Bürgerliche erhielt 15 400; im 2. Kreise erhielten wir 3052, im 3. Kreise 5745 Stimmen, d. h. wir haben im Kanton Zürich das Anrecht auf 7 Sitze konstatiert. Im 4. Kreise (Berner Oberland) stieg die Stimmenzahl von 1441 auf 4258, im Emmenthal von 17 auf 548; im Oberaargau, im Seeland, Luzern, Solothurn, Tessin, Neuenburg, Genf, Appenzell, St. Gallen haben wir das Recht auf ein Mandat nachgewiesen, im Waadtland, Basel auf 2, im Kanton Bern auf 4. Im Kanton Aargau vereinigten die drei erstmals aufgestellten Kandidaten zirka 2500 Stimmen, trotzdem keine Agitationsmittel zur Verfügung standen und sogar die „unparteiische Presse" harmlose Einsendungen zugunsten der Arbeiterkandidaten zurückwies. Flott schlug sich Baselstadt, wo Dr. Brüstlein im zweiten Wahlgange glänzend durchdrang und Redakteur Frei zirka 4200 Stimmen erhielt. In St. Gallen gelang es den Liberalen, mit allen Mitteln unseren Kandidaten mit 200 Stimmen Mehr zu „schlagen"; im Kanton Solothurn kam das bestimmt erwartete Mandat durch eine Reihe von unglücklichen Umständen nicht in unsere Hand. Zu einem äußerst erbitterten Kampfe führte die Stichwahl im 7. Kreise (Luzern); die liberale Liste siegte infolge der konservativ-sozialistischen Allianz mit nur 200 Stimmen.

Der Pyrrhussieg, der auch von einem Teil der gegnerischen Presse mit gemischten Gefühlen aufgenommen wurde, brachte mächtig werbende Kraft in die Arbeiterbewegung.

Der ordentliche Parteitag im Jahre 1905 in Lausanne, anläßlich des Zentralfestes des zirka 280 Sektionen zählenden Schweizerischen Grütlivereins, diskutierte nach einem Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Lotmar über die Revision des Obligationenrechtes, behandelte ferner die im Wurfe liegende Kranken- und Unfallversicherung sowie das Fabrikgesetz, eine Reihe interner Angelegenheiten, beschloß die Einberufung von Kommunaltagen, die Diskussion der Militärfrage durch einen außerordentlichen Parteitag, welcher im Februar 1906 in Olten stattfand. Der bezügliche Beschluß lautet:

1. Die sozialdemokratische Partei der Schweiz erstrebt im Bunde mit den sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder die Abschaffung aller Kriegsmöglichkeiten und Kriegsmittel unter den zivilisierten Völkern.

2. Solange dieser Zustand nicht unter den Völkern Mitteleuropas hergestellt ist, anerkennt sie ein Volksheer mit der ausschließlichen Bestimmung der Verteidigung des Landes gegen Angriffe von außen.

3. Die Partei protestiert gegen die Verwendung von Wehrmännern bei Streiks.

Da dieser Mißbrauch in den letzten Jahren tatsächlich vorgekommen ist, verlangt sie Garantien gegen dessen Wiederholung.

Sie wird dem Projekte einer neuen Militärorganisation mit allen verfügbaren Mitteln Opposition machen, sofern diese Garantien darin nicht niedergelegt sind.

Solange ihr diese Garantien nicht gegeben sind, rät sie den Soldaten, wenn diesen befohlen wird, streikende Arbeiter anzugreifen, oder gegen sie die Waffen zu gebrauchen, den Gehorsam zu verweigern. Die sozialdemokratische Partei wird in solchen Fällen nach Möglichkeit die

finanziellen Folgen, die den einzelnen und seine Familie treffen, zu erleichtern suchen und sich zu diesem Zweck mit der gewerkschaftlichen Organisation in Verbindung setzen.

Die Partei hält dafür, daß die beste Garantie gegen die Verwendung der Truppen in Streikfällen in der unablässigen, systematischen Aufklärung der Schweizer Bürger über das Wesen der modernen Arbeiterbewegung und die ausschließliche Zweckbestimmung des Heeres, ferner in der Verstärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und damit der politischen Macht des Proletariats in Gemeinde und Staat liegt.

4. Die Partei verlangt eine auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaute Organisation des Wehrwesens, die mit den demokratischen Einrichtungen im Einklang steht und der verfassungsmäßigen Rechtsgleichheit nicht widerspricht.

Sie verlangt eine Verminderung der Militärausgaben und bekämpft alle Aufwendungen, die nicht unbedingt durch die Zwecke der Landesverteidigung geboten sind."

Unsere Vertreter im Nationalrate taten bis zu ihrer Eliminierung aus der Volksvertretung ihr möglichstes für die Arbeiterklasse. Besondere Erwähnung verdient an dieser Stelle ihr Kampf im Rate gegen das Gebaren der politischen Polizei und ihr unerschrockenes Auftreten bei Behandlung des Berichts des Handels- und Industriedepartements (1905), wo die Arbeiterführer als Hetzer und Wühler, als Schädiger der Industrie und Lähmer der Arbeitsfreudigkeit bezeichnet und die Streikandrohungen der Arbeiter mit dem Wucher (!) auf eine Stufe gestellt wurden.

Zweimal ergriff unsere Partei das Referendum gegen Landesgesetze (30 000 Unterschriften)): beim Gesetz betreffend die Nationalbank und die be—rühmte Lex Silvestrelli. Das erstere sicherte dem Privatkapital eine große Beteiligung und rückte die von uns seit 40 Jahren geforderte reine Staatsbank in weite Ferne. Letzteres bestraft die „Verherrlichung" eines anarchistischen Verbrechens, welche im Gesetze gar nicht definiert und geahndet wird mit Auslieferung der freiheitlich gesinnten Schweizer und Ausländer an die Trabanten des Bundesanwalts. Beide Referendumsbegehren kamen infolge der Gleichgültigkeit der Arbeiter in politischen Dingen nicht zustande; wir vermochten je nur 28 000 Unterschriften aufzubringen. — Eine dritte Referendumsbewegung, inszeniert vom Verband schweizerischer Konsumvereine und einiger Handelskammern, wurde von unserer Partei kräftig unterstützt. Das Volksveto kam (57 000 Unterschriften) zustande, aber in der Abstimmung unterlagen wir gegenüber einem großen Mehr. Die von uns prophezeite Lebensmittelverteuerung ist seither auf der ganzen Linie und in aller Macht eingerückt. — Unsere Partei unterstützte endlich eine von demokratischer Seite in die Hand genommene Initiative betreffend Bundesgesetzgebung über die Wasserkräfte der Schweiz, welche von zirka 110 000 Stimmberechtigten unterzeichnet wurde. — Ein Antrag der Kantone Zürich und Solothurn, betreffend Aufnahme der Gesetzgebungsinitiative in die Bundesverfassung, wurde vom Nationalrate an den Bundesrat zurückverwiesen.

Die sozialpolitische und Arbeiterschutzgesetzgebung ging den gewohnten Schneckengang. Das Samstagsgesetzlein, welches den Fabrikschluß an Samstagen und Vorabenden auf 5 Uhr festsetzt, ist die einzige wichtigere Errungenschaft der letzten Jahre. Eine Unzahl von Aus-

nahmebewilligungen durchlöchern indessen das Gesetz. In zahlreichen größeren Etablissements ist durch die Unternehmer der freie Samstagnachmittag eingeführt worden. — Betreffend Kranken- und Unfallversicherung, für welche zurzeit ein neuer, sehr magerer Entwurf vorliegt, schweben Unterhandlungen. Die längst von uns lebhaft propagierte Revision des Fabrikgesetzes will nicht vom Flecke. Rascher ging es mit einer neuen Militärorganisation, welche das Landesbudget mit einer Jahresausgabe von 45 Millionen Franken belasten wird. Da bei der Beratung die Wünsche der Arbeiterschaft unter den Tisch gewischt wurden, wird unserer Partei wohl nichts anderes übrig bleiben, als das Referendum gegen das Gesetz anzurufen. — Von den eidgenössischen Räten durchberaten ist auch das neue Zivilrechtsgesetz. Auch hier drückte man sich wieder um die Interessen der Arbeiter in Handel, Verkehr, Gewerbe, Land- und Hauswirtschaft herum und nahm wenig Notiz von den Anträgen einer Kommission der sozialdemokratischen Partei. Wenn die Revision des Obligationenrechtes und damit die Regelung des Dienstvertrages im Zivilrechtsgesetz nicht enthalten ist, wird dasselbe für unsere Partei unannehmbar sein.

In unseren kantonalen und lokalen Parteiorganisationen herrschte reges Leben. Wir haben bereits 6 täglich und 9 zwei- und dreimal pro Woche erscheinende Parteiorgane. Eine Reihe von kantonalen Arbeiterschutzgesetzen (Lehrlingsgesetze, Arbeiterinnenschutzgesetze) sind neu erlassen worden, dank der wachsamen, stets zunehmenden Vertreter der Arbeiter in den Behörden. In den Städten Zürich, Bern, Basel, Biel und zahlreichen industriellen Orten sind unsere Genossen bei Wahlen und Abstimmungen zur Mehrheit oder wenigstens derselben sehr nahe gekommen. Die Zahl der Genossen, welche in den Gemeindebehörden sitzen, nimmt zu. — Die Maßnahmen mehrerer Regierungen zugunsten des Kapitalismus im Kampfe des Proletariats um seine Existenz scheiden die Klassen immer klarer, geschaffene und vor der Tür stehende Ausnahmegesetze (Streikgesetze) werben den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Tausende von Mitgliedern.

Die 1. Mai-Feier der schweizerischen Arbeiterschaft nimmt immer größere Dimensionen an: in den Jahren 1905 und 1906 feierten zirka je 85 Orte den Weltfeiertag durch Demonstrationen, Arbeitsruhe und Referate.

Ein einheitliches Gratisflugblatt der Partei wurde jeweilen in zirka 60 000 Exemplaren verteilt. — Im Verhältnis zu den vorhandenen Mitteln wird fast überall tüchtig gearbeitet, so daß zu hoffen ist, das Erstarken der lokalen und kantonalen Verbände werde später auch der Landespartei zugute kommen. Der Parteisekretär hielt in den zwei Jahren seines Amtes 130 Vorträge, meistens auf dem Lande.

Das Gewerkschaftswesen macht große Fortschritte. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund zählt zirka 50 000 Mitglieder. Etwa 30 000 (inkl. Eisenbahn- und Verkehrsangestellte) organisierte Arbeiter stehen noch außerhalb desselben. Immerhin bleibt noch viel zu tun, da laut einer Berufsstatistik von 1000 Arbeitern erst 120 organisiert sind. 24 Gewerkschaftsorgane arbeiten für die numerische und innere Stärkung der Berufsorganisation. Ein neues Organ, „Die Vorkämpferin“, wirkt kräftig in den dichten Reihen der Arbeiterinnen. 26 ständige Gewerkschafts- und Lokalsekretäre stehen im Dienste der Arbeiterschaft. Das Unternehmertum, das fast vollzählig organisiert ist, macht verzweifelte Anstrengungen, die Macht der Organisationen zu schwächen, allerdings

mit negativem Erfolge. Die Zahl der Tarifverträge nimmt zu (besonders erwähnenswert ist der neue Einheitstarif der Buchdrucker), die Verkürzung der Arbeitszeit macht Fortschritte.

Auch das Genossenschaftswesen wächst erfreulich. Der schweizerische Konsumverband zählt zirka 150 000 Mitglieder in 230 Vereinen, das „Genossenschaftliche Volksblatt" 100 000 Leser. Der Gesamtumsatz der Zentralstelle stieg auf 10 Millionen, derjenige der Vereine auf 54 Millionen. Trotz aller Anfechtungen marschiert die genossenschaftliche Organisation vorwärts; die herrschende Teuerung, der fortwährende Raub der gewerkschaftlichen Früchte durch die Gesetzgebung leisten derselben eminent Vorschub. Und so wird schließlich durch das Zusammenwirken aller drei Organisationsformen auch unsere Hauptwaffe, die politische, erkannt und kräftig gehandhabt werden.

Auch wir im „freien" Schweizerlande, dessen „freiester" Kanton sich eine Ausweisung eines braven und mutigen sozialdemokratischen Redakteurs und eine achtmonatliche Gefängnisstrafe eines „Antimilitaristen" geleistet hat, kämpfen weiter, Schulter an Schulter mit unseren Brüdern und Schwestern, denen man gleich uns raubt „den Mai des Daseins, der Freude, des Glückes, der Kunst, des Empfindens, des Genießens". Wissen wir auch, daß es langsam vorwärts geht, daß der Unverstand der Massen immer noch wie eine ungeheure dunkle Wolke die Sonne des Sozialismus verhüllt, so hangen wir doch mit der ganzen Kraft unsers Seins am Ideal des Proletariats —, dem Menschheitsideal.

Vorwärts, national und damit international, von Stufe zu Stufe, denn es kündet sich das Morgenrot der Völker!

Biel, 8. Februar 1907. M. Fähndrich.

Bulgarien.

Die bulgarische Arbeiterpartei.

Es sei uns erlaubt, bei Beginn unseres Berichts die bekannte Tatsache anzuführen, daß die bulgarische sozialdemokratische Arbeiterpartei unter für die Entwickelung des Sozialismus sehr ungünstigen Bedingungen zu arbeiten hat. Es ist wahr, daß unser Land sich in großen Schritten in der Richtung der kapitalistischen Ordnung bewegt, aber die letztere hat noch nicht genügend schöpferische Kraft entfaltet, um einer tatkräftigen Arbeiterbevölkerung, einem derben und zahlreichen Proletariat, welches den Hebel der modernen sozialdemokratischen Bewegung bildet, Existenz zu verschaffen. Die Zahl der Fabriken ist dort noch beschränkt und diese Fabriken sind von Frauen und Kindern überflutet. Bei den Handwerkern sind die Verstreuung der Arbeiter in kleinen Werkstätten, der Mangel an beständiger Arbeit, die schlechten Löhne ebenfalls Hindernisse für die Organisation der Arbeiter und für ihre politische und proletarische Erziehung. Andererseits bildet die Spaltung der bulgarischen Sozialisten in zwei oder drei feindliche Fraktionen, die gegeneinander losgehen und sich gegenseitig diskreditieren, ein weiteres Hindernis in der sozialistischen Tätigkeit. Diese sozialistischen Streitigkeiten, wenn sie sich überdies wiederholen, üben einen betrübend schlechten Einfluß auf die wenig aufgeklärten Arbeiter aus,

denn sie verwirren und säen Unfrieden in die Gemüter. Trotz aller dieser Hindernisse und dieser ungünstigen Bedingungen haben wir einen langsamen aber beständigen Fortschritt zu verzeichnen. Unsere numerische Stellung vergrößert sich nach und nach, die Zahl unserer Gewerkschaften und Genossenschaften nimmt jedes Jahr zu und ihr Wirkungskreis vergrößert sich.

Der numerische Zuwachs der Partei. Man weiß aus unseren Berichten, daß die bulgarische sozialistische Partei auf ihrem Kongreß in Tirnovo im Jahre 1902 (vor der Spaltung) 2005 Mitglieder zählte. Eine strenge Anwendung des Reglements der Partei zu Beginn des Jahres 1903 hatte einen Niedergang auf 1700 zur Folge (2 Monate vor der Spaltung). Nach der Spaltung haben wir eine Uebergangsperiode von wenigstens einem Jahr durchgemacht, während welcher die genaue Anzahl der Anhänger einer jeden neu gebildeten Fraktion nicht genau bekannt war. Es existierten neutrale Organisationen. Es gab auch Ueberläufer in jeder Fraktion. Erst auf dem Kongreß von Stara Zagora (Ende Juli 1904) wußten wir die genaue Zahl unserer Mitglieder. 29 lokale Organisationen mit 897 beitragzahlenden Mitgliedern ließen sich vertreten. Auf dem Kongreß von Kasanlik (1905) war die Zahl der lokalen Organisationen 35 und diejenige unserer Mitglieder 952. Auf dem Kongreß zu Varna, der im August 1906 abgehalten wurde, hatte unsere Partei 36 lokale Organisationen mit 1014 beitragzahlenden Mitgliedern. Diese Zahl umfaßt nicht die Mitglieder unserer Gewerkschaften und Genossenschaften, welche, obwohl von der Partei begründet und geleitet, Organisationen mit Selbstverwaltung bilden.

Tätigkeit der Partei. Die Teilnahme der Partei an den Wahlen seit dem Kongreß von Amsterdam war sehr beschränkt gewesen, weil wir seit damals nur partielle gesetzgebende Wahlen und Gemeindewahlen gehabt haben. Bei den gesetzgebenden Wahlen haben wir einen Kandidaten in Haskovo aufgestellt, der 786 Stimmen erhielt. Unsere Beteiligung an den Gemeindewahlen beschränkte sich auf die Städte Kazarlik, Varna, Haskovo, Zamboly, Sofia, wo unsere Listen einige hundert Stimmen aufwiesen. Diese Beteiligung war in Wirklichkeit keine ernsthafte, denn wir konnten keine genügende Anzahl Kandidaten aufstellen, die den Anforderungen des Gesetzes entsprochen hätten.

Während dieser Periode hat die Partei eine intensive Propaganda unter den professionellen Arbeitern entfaltet; Lehrkurse, Turnkurse, Genossenschaften usw. Das folgende Bild der Versammlungen, die von der Partei während dieser drei letzten Jahre abgehalten wurden, zeigt ihre Tätigkeit:

	Komitee-Versammlungen	Vereins-Versammlungen	Oeffentl. Versammlungen oder Meetings
1903/04	367	316	101
1904/05	426	329	171
1905/06	478	408	163
	1271	1053	435

Soireen und Vorstellungen

1903/04	80
1904/05	124
1905/06	133
	337

Die Tätigkeit der Partei zeigte sich auch in den Kundgebungen des 1. Mai. „Der Arbeitertag" ist schon ziemlich volkstümlich unter den bulgarischen Arbeitern, die ihn durch Versammlungen, durch Soireen oder Matineen oder auch durch Umzüge in den Straßen mit roten Fahnen und Musik an der Spitze feiern. Wir hatten ähnliche Kundgebungen im vorigen Jahre am 1. Mai in Plovdiv, Rustschuk, Varna, Jamboly, Gabrono, Stara Zagora. Aber die schönste und interessanteste Kundgebung war in Sofia, an welcher sich mehr als 2500 Arbeiter beteiligten.

Noch eine andere wirksame Tätigkeit muß unserer Partei angerechnet werden. Es ist der Feldzug, welchen sie seit zwei Jahren gegen das „Gesetz über die Handwerker-Verbindungen" und für die Einsetzung einer Arbeiterschutz-Gesetzgebung führt. Man muß bemerken, daß eine solche Gesetzgebung fast gänzlich bei uns fehlt. Nach den offiziellen Angaben, nach dem Geständnis des Handelsministers selbst, bestand das Personal der mehr als 300 modernen Fabriken und Werkstätten, welche in Bulgarien seit 1904 existierten, zu Dreivierteln aus Frauen und Kindern. Ihre Arbeit, wie diejenige aller Arbeiter Bulgariens ohne Ausnahme, ist einer Ausbeutung unterworfen, die keine Grenzen hat. Durch Zahlung eines elenden Lohnes von 20—30 Centimes täglich an Kinder und 50—80 Centimes an Frauen, zwingt man diese Unglücklichen, 14, 16 und mehr Stunden unter manchmal ganz unbeschreiblichen Bedingungen zu arbeiten. Der Staat denkt nicht im geringsten daran, einzugreifen. Erst im Jahre 1904 haben sich unsere Gouverneure den Anschein gegeben, als ob sie irgend etwas zugunsten der Arbeiter tun wollten. Sie ließen durch die Nationalversammlung (Sobranje) ein „Gesetz über die Arbeit der Frauen und Kinder" abstimmen. Es war dies ein Gesetz voll sich widersprechender Bestimmungen, die einander aufhoben; aber nach allem gab es doch einige positive Resultate zum Schutze der Arbeit. Das Gesetz verbot Kindern unter 10 Jahren die Arbeit und setzte die Arbeit der Frauen auf 10 Stunden täglich herab und auf 8 Stunden für die Kinder von 10—15 Jahren. Aber bei Festlegung dieses Gesetzes hatten die Urheber nicht die geringste Absicht, es anzuwenden. Sie hatten kein besonderes Inspektorat für die Anwendung des Gesetzes und sie überließen diese wichtige Aufgabe ephemeren Komitees, die aus Bureaukraten bestanden, welche weder die Zeit noch den Wunsch hatten, ihre Aufgabe zu erfüllen. Allerdings gibt das Gesetz den Arbeiterorganisationen das Recht, einen Abgeordneten in jedem dieser Komitees zu haben, aber sie können nur sehr selten von ihrem Recht Gebrauch machen. Und als diese Arbeiterdelegierten das Gesetz in Anwendung bringen wollten, stießen sie auf schweren Widerstand, nicht allein von seiten der Arbeitgeber, sondern auch von seiten der Regierung selbst. Letztere legte das Gesetz auf falsche und direkt den Bestimmungen entgegengesetzte Weise aus und entzog den Arbeiterdelegierten das Recht, selbständig zu handeln, d. h. selbst die Fabriken und Werkstätten zu besuchen und die Uebertretung des Gesetzes festzustellen. Diese Maßnahme der Regierung kam einem Bruch des Gesetzes gleich, denn die anderen überwachenden Komiteemitglieder, die Herren Bureaukraten, wollten nichts tun, um für die Ausübung des Gesetzes Sorge zu tragen.

Die arbeiterfeindliche Politik unserer Behörden zeigte sich überdies auch in der Festsetzung und Anwendung des „Gesetzes über die Handwerkervereinigungen", ein rückständiges und unsinniges Gesetz,

welches, ohne den Arbeitgebern irgendwelchen Nutzen zu bringen, in empfindlichster Weise gegen die Arbeiter angewandt wird. Tatsächlich zwingt es sie, unter sehr hohen Geldstrafen, den Vereinigungen der Arbeitgeber beizutreten, dort Beiträge sowie eine Reihe von Abgaben zu zahlen, ohne ihnen irgendwelche Rechte zu gewähren. Die Arbeiter dürfen nicht an den Beratungen teilnehmen, sie haben kein Stimmrecht und nicht einmal eine beratende Stimme. Sie haben nur zu zahlen und ihren Arbeitgebern zu gehorchen.

Um gegen dieses höchst unbillige Gesetz zu protestieren und Gesetze zu verlangen, die den Arbeitern Schutz gewährten, setzte unsere Partei ihre ganze Kraft ein. Eine Petition, von 6000 Arbeitern unterzeichnet, wurde in der Nationalversammlung vorgelegt. In dieser Petition verlangten die Arbeiter:

1. eine Untersuchung der Arbeitsbedingungen;
2. ein die Frauen- und Kinderarbeit schützendes Gesetz;
3. ein Gesetz, welches einen wöchentlichen Ruhetag festsetzt;
4. die Einsetzung von Sachverständigen;
5. die Einrichtung unentgeltlicher Arbeitsvermittelung;
6. eine Arbeiterinspektion.

Vom 12. bis zum 25. Dezember 1905 fand in Sofia eine Arbeiterdemonstration vor der S o b r a n j e statt, eine Demonstration, an der sich mehr als 6000 Arbeiter beteiligten. Unsere Behörden wurden von dem Aufmarsche so vieler Arbeitskräfte, wie sie ihn nie vorher vermuteten, überrascht. Der Handelsminister bemühte sich, die Abordnung der Manifestanten zu beruhigen, indem er sagte, daß die Regierung die gestellten Forderungen der Arbeiter aufmerksam studiere, daß das Arbeitergesetz in seinem Lande in nächster Zeit abgeändert würde und daß bis dahin die Anwendung aufgeschoben würde, und endlich, daß das Gesetz, die Arbeit der Frauen und Kinder betreffend, mit größter Strenge angewandt werden sollte. Von allen diesen ministeriellen Versprechungen ist nur eine erfüllt worden: man erließ den Arbeitern die Verpflichtung, Beiträge zugunsten der Arbeitgeberverbindungen zu zahlen, aber man erhielt die Verpflichtung für die Arbeiter aufrecht, an diesen Vereinigungen teilzunehmen.

Im folgenden Jahre begann der Kampf aufs neue. Vom 15. bis 28. Oktober, am Tage der Eröffnung der Sobranje, gab man das Zeichen zu einer Reihe von Arbeiter-Protestversammlungen. Eine zahlreiche Abordnung von Arbeitern, welche in diesen Protestversammlungen ernannt worden war, stellte sich dem Präsidenten der Versammlung und dem verantwortlichen Minister vor, um ihnen eine Erklärung der Forderungen der bulgarischen Arbeiter vorzulegen. Die Regierung gab diesesmal ausweichende Antworten. Es war augenscheinlich, daß sie nichts tat und nichts tun wollte. Nachdem die Arbeiterdelegierten in einem Arbeitermeeting über ihre Mission Bericht erstattet hatten, veröffentlichten sie ein an die bulgarischen Arbeiter gerichtetes Manifest. Sie verkündeten das Resultat ihres Verhaltens und forderten alle Arbeiter zu einem unerbittlichen und unablässigen Kampf mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die ganze antisoziale Politik auf, bis die Forderungen der Arbeiter erfüllt würden.

Von da ab dauert der Kampf fort und verschärft sich immer mehr und mehr, denn die Regierung, weit davon entfernt, die Forderungen der Arbeiter zu gewähren, bemüht sich im Gegenteil, der Arbeiter-

bewegung Hindernisse aller Art in den Weg zu stellen. Sie hat letzthin im Strafgesetzbuch Zusätze gemacht, die durch drakonische Maßnahmen gegen die Streiks tatsächlich das Recht auf Streik aufheben.

Die gewerkschaftliche Bewegung. Trotz dieser schweren und strengen Bedingungen erwacht das bulgarische Proletariat und organisiert sich. Die gewerkschaftliche Organisation, die in Bulgarien nicht vor 1899 existierte, zählt jetzt mehr als 50 Gewerkschaften nur in der „Vereinigung der freien Gewerkschaften", welche unter dem Einfluß unserer Partei stehen. Und diese Zahl nimmt unaufhörlich zu, wie aus folgender Aufstellung ersichtlich ist:

Am	1.	August	1904	hatten	wir	22 Gewerkschaften	mit	1188 Mitgliedern,
„	1.	„	1905	„	„	32 „	„	1594 „
„	1.	„	1906	„	„	42 „	„	1970 „

Außerdem gab es zur selben Zeit 11 neu begründete Gewerkschaften mit ungefähr 500 Mitgliedern, welche sich formell an die Union anschlossen. Auf diese Weise erhöht sich die Anzahl der Gewerkschaften in diesem Jahre auf 54 mit rund 2400 oder 2500 Mitgliedern.

Der numerische Zuwachs unserer Gewerkschaften steht im gleichen Verhältnis zu ihrer Tätigkeit. Während der beiden letzten Jahre (1904/05 und 1905/06) haben wir 1545 Versammlungen von Gewerkschaftskomitees, 238 öffentliche Gewerkschaftsversammlungen und 638 öffentliche Gewerkschaftskongresse eingetragen.

Die Tätigkeit der Gewerkschaftskasse kann als Maßstab für die Lebensfähigkeit der Gewerkschaft gelten. Für die beiden schon erwähnten Jahre ergibt sich aus ihrer Tätigkeit folgendes Bild:

	Einnahmen	Ausgaben	Kassenbestand
für 1934/04	— Frank	— Frank	13 228,99 Frank
„ 1904/05	16 581,38 „	17 200,37 „	12 610,99 „
„ 1905/06	18 973,41 „	18 594,82 „	12 989,40 „
im ganzen	35 554,79 Frank	35 795,69 Frank	

Die Beiträge der Gewerkschaftsmitglieder bilden den Hauptteil der Einnahmen. Im Jahre 1904/05 stiegen sie auf 13 372,32 Frank und für 1905/06 auf 15 118,81 Frank. Der Rest stammt von Wohltätigkeitsvorstellungen, Theatervorstellungen und verschiedenen Beiträgen her. Während derselben Zeit wurden 7691,53 Frank Unterstützungen an kranke und arbeitslose Arbeiter verausgabt, und 11 605,79 Frank an Ausständige.

Die Streiks. (Arbeiterausstände.) Die Zahl der Ausstände in diesen beiden Jahren belief sich auf 46 mit 1906 Teilnehmern, darunter 22 Frauen. Diese Ausstände haben 652 Tage gedauert und 37 256 Arbeitstage und 75 996 Frank an Lohn gekostet. 23 dieser Ausstände mit 1059 Mitgliedern wurden vollständig gewonnen; 11 Ausstände mit 642 Teilnehmern endeten mit teilweisem Erfolg und 12 wurden verloren. Unter den Ausständen sind die bedeutendsten derjenige der Drucker in Sofia (264 Arbeiter), welcher 52 Tage dauerte (vom 17. Januar bis zum 10. März 1905) und der gewonnen wurde. Er hatte zum Gegenstand die Einführung eines allgemeinen Tarifs in den Druckereien von Sofia. Dann der Ausstand der Lohgerber in Sofia, der 130 Arbeiter umschloß; der Ausstand der staatlichen Arbeiter der Artilleriewerkstätten und der Eisenbahnen in Sofia, Bourgas, Varna mit 450 Beteiligten; der Ausstand begann Anfang des Jahres (1906)

und wurde bald gewonnen; der Ausstand der Schuhmacher (350 Arbeiter) von Sofia, ebenfalls nach einem heldenmütigen zweimonatlichen Kampf gewonnen (März und April 1906); der Ausstand der Lohgerber von Grabovo (60 Mann), der zu der gleichen Zeit ausbrach und auch zwei volle Monate dauerte, aber dem Widerstand der vereinigten Arbeitgeber weichen mußte; der Ausstand der Bäcker von Jamboly, ebenfalls siegreich; der Ausstand der Beamten an den elektrischen Bahnen von Sofia (180 Beteiligte), der am 3./16. August ausbrach und nach einem Kampf von 11 Tagen beendet wurde. Endlich können wir nicht stillschweigend an dem Ausstand der bulgarischen Eisenbahnarbeiter vorübergehen, obgleich er den oben erwähnten Zeitabschnitt überschreitet, denn er brach in den ersten Tagen des Jahres 1907 aus. Er stellte die bemerkenswerteste Tatsache in der bulgarischen Arbeiterbewegung dar. Am 20. Dezember (v. s.) präzise 6 Uhr abends haben 3400 Mann die Arbeit mit einem Schlage eingestellt. Diese entschlossene Tat hat alle Welt in Erstaunen gesetzt. Man kannte wohl die beklagenswerten Arbeitsbedingungen der bulgarischen Eisenbahnarbeiter, charakterisiert durch übermäßige Arbeitszeit, welche hauptsächlich aus dem ungenügenden Personal und aus den elenden Arbeitslöhnen hervorging, aber man hegte nicht die Hoffnung, bei diesen Arbeitern einen so einhelligen Mut und Geist zu finden, welcher für einen solch furchtbaren Kampf genügte, wie er sich entfaltete, und gegen einen so mächtigen Arbeitgeber, wie der Staat es war, und weil man außerdem sehr wohl wußte, daß nur ein kleiner Teil dieser Beamten Gewerkschaftsmitglieder waren. Aber das Unwahrscheinliche und Unerwartete ist Tatsache geworden. 42 Tage haben diese Tapferen den Grausamkeiten der Polizei und des Militärs standgehalten, und mit einigen wenigen Ausnahmen haben sie nicht daran gedacht, sich zu ergeben. Sie hatten die Sympathie und die Hülfe des ganzen bulgarischen Proletariats auf ihrer Seite, und der Ausstand wurde gewonnen. Die Ausständigen sind wieder aufgenommen worden. Das gerichtliche Verfahren wurde eingestellt. Die Löhne wurden erhöht und der Dienst soll künftighin von einer gemischten Kommission geregelt werden. Die hohen Beamten, die die Arbeiter quälten, sind durch andere ersetzt worden und man hat auf die Dienste der Streikbrecher verzichtet.

Trotz aller Hülfsquellen des Staates konnte die Regierung während des Ausstandes keinen regelmäßigen und genügenden Verkehr auf den bulgarischen Eisenbahnen herstellen.

Die Genossenschaftsbewegung.

Unsere Genossenschaftsbewegung ist ebenso jung wie die Gewerkschaftsbewegung. Die erste sozialistische Genossenschaft wurde im Jahre 1899 in Jamboly gegründet. Es war eine Arbeiter-Bäckereigenossenschaft mit Namen „Rabotnik" („Der Arbeiter"). Eine andere Genossenschaft war die für den Vertrieb von Spezereiwaren, mit Namen „Bratstwo" („Die Brüderliche"), die im Jahre 1900 in Kazanlik gegründet wurde. Jetzt haben wir 10 Genossenschaften, die von der Parteileitung abhängen (2 Bäckereien in Jamboly und Sofia, 2 Restaurants in Sofia und Varna und 6 Spezereiwarengeschäfte in Kazanlik, Jamboly, Stara Zagora, Haskovo, Pradavia und Dolnya Créména), die zusammen ein Kapital von rund 40 000 Frank besitzen und fast 2000 Familien umfassen.

Ihr Geschäftsumsatz ist 340 000 Frank jährlich.

Die wichtigsten sind die Genossenschaften von Kazanlik und Jamboly. Die erste konnte während der sechs Jahre ihres Bestehens einen Umsatz von 302 000 Frank aufweisen und einen Nettoprofit von 16 500 Frank, wovon ein großer Teil für die sozialistische Propaganda verwendet wurde. Außerdem hat sie eine Hülfskasse und eine Arbeiterbibliothek eingerichtet und unterhält ein großes Lokal für die Arbeiterorganisationen des Ortes.

Unsere Presse. Wir haben nur ein einziges politisches Blatt, „Rabotnitscheska-Borba" („Der Arbeiter-Kampf"), welches das Zentralorgan der Partei ist. Es erscheint zweimal wöchentlich in Sofia, unter der Leitung des Genossen Sakasoff, in 2300 Exemplaren. Wir haben auch eine politische und literarische monatliche Zeitschrift, „Novo Obchtestvo" („Die neue Gesellschaft"), die in Sofia unter der Leitung des Genossen Kristu Stantcheff erscheint. Sie besteht jetzt das zweite Jahr mit einer Auflage von 1200 Exemplaren. Unter der Leitung desselben Genossen erscheint noch in Sofia in 2000 Exemplaren eine kleine monatliche Revue, „Mlade Rabotnik" („Der junge Arbeiter"), die hauptsächlich, wie ihr Name es ja auch schon sagt, für die jugendlichen Arbeiter bestimmt ist. Die alten Revuen „Obchto Delo" und „Frond", die wir in unserem vorhergehenden Bericht erwähnt haben, sind eingestellt worden. Endlich haben wir zwei professionelle Zeitungen (Syndikats-Organe), „Bulgarsky Petchetar" („Der bulgarische Drucker"), welche zweimal monatlich in 400 Exemplaren erscheint, und „Jelesnitcharska Zachtita" („Die Verteidigung der Eisenbahnarbeiter"), die dreimal monatlich in 900 Exemplaren erscheint. Infolge der Vereinigung der Syndikate der Eisenbahnarbeiter und der Erklärung des Ausstands hörte das Blatt für einige Zeit zu erscheinen auf und wurde durch eine Zeitung für die Eisenbahnarbeiter ersetzt, „Jeleznitcharska Borba" („Der Kampf der Eisenbahnarbeiter"). In der Rubrik der Presse muß noch erwähnt werden die jährliche Ausgabe des „Rabotnitchesky Kalendar" („Der Arbeiter-Almanach", der alte „Volkstümliche Rote Almanach"), der in diesem Jahre in 15 000 Exemplaren verbreitet wurde, ebenso eine Serie von Propaganda-Broschüren und Studien, welche von der Parteibibliothek in vielen tausend Exemplaren herausgegeben und verbreitet wurden. Unter diesen letzteren sind: das Werk Kautskys: „Die Ethik und die materialistische Geschichtsauffassung"; „Die drei Revolutionen", eine Sammlung von Artikeln Kautskys, F. Mehrings und Rosa Luxemburgs; „Das kapitalistische Regiment" von Vandervelde, einige Reden von Jaurès. Endlich befindet sich unter unseren sozialistischen Schriften die Hauptarbeit des Genossen Sakasoff unter dem Titel: „Cäsarismus oder Demokratie".

Das Budget der Partei. Das Budget des Zentralkomitees betrug für 1904/05 4668,50 Frank, für 1905/06 5250 Frank und für 1906/07 7361,59 Frank. Die bedeutendsten Einnahmen sind: ein Teil (ein Drittel) der Beiträge der Mitglieder, der Ertrag vom „Arbeiter-Almanach" und die Beiträge der Genossenschaften und der Partei-Bibliothek. Das Zeitungsbudget betrug für das letzte Jahr 12 210 Frank. Dieses Zeitungsbudget wurde drei Jahre hintereinander mit einem Defizit abgeschlossen und verursachte der Partei Schulden. Aber dieses Jahr sind wir damit auf gutem Wege: Die Zeitung beginnt ihre Ausgaben selbst zu decken und die Schulden werden nach und nach abgetragen.

Unsere Beziehungen zu den anderen sozialistischen Fraktionen. Die Existenz von drei sozialistischen Fraktionen in Bulgarien veranlaßt uns, am Ende unseres Berichtes einige Worte über unsere Beziehungen zu ihnen zu sagen.

Die Spaltung der bulgarischen sozialistischen Partei erfolgte, wie man weiß, im Jahre 1903. Zwei sozialistische Fraktionen haben sich unter einem wenig seltsamen Namen gebildet, und zwar: „Tesny socialisty" (ungefähr: Minimalisten, wie in Rußland) und „Chirokÿ socialisty" (Maximalisten), oder „Engere" und „Weitgehende", und zwischen diesen beiden Fraktionen entbrannte ein brudermörderischer Kampf, und unglückseligerweise halten die Feindseligkeiten zum Nachteil der proletarischen Sache noch bis heute an. Diese Spaltung war nicht nach unserem Wunsch. Wir haben lange (besonders durch unser spezielles Blatt „Edinstvo") gegen solche Eventualitäten gekämpft und wir haben auf die verderblichen Wirkungen, welche sie für die sozialistische Sache haben würden, hingewiesen. Aber unsere Bemühungen blieben vergeblich. Die Spaltung der Partei war vorauszusehen. Unbedeutende Ansichtsverschiedenheiten, welche sich auf die Fragen der Taktik bezogen, Differenzen, welche sich hätten ausgleichen können, und die sich auch tatsächlich in sozialistischen Parteien anderer Länder ausgleichen, wurden von unseren Genossen der anderen Fraktion zu Prinzipienfragen erhoben und dienten der Spaltung als Vorwand. Zu diesem Zwecke ging man bis zur Verleumdung. Man stellte unsere sozialistische Eigenschaft in Abrede, man stellte uns als kleinbürgerliche Politiker dar, und auf dem Kongreß der anderen Fraktion in Rustschuk (1903) verstieß man uns, uns, die wir die größere Hälfte der Partei bilden!

So wurden wir dazu gezwungen, die Spaltung als eine vollendete Tatsache zu betrachten. Aber wir haben nicht aufgehört, die Einigung der sozialistischen Kräfte zu erstreben und auf dieses Ziel hinzuarbeiten, und durch unsere Propaganda und unsere Kongresse hoffen wir noch immer, daß früher oder später eine Aenderung eintreten wird. Die Ereignisse rechtfertigten unsere Hoffnungen, aber auf eine andere Weise, als wir erwartet hatten. Zwei Jahre nach der ersten sozialistischen Spaltung machte sich eine neue Spaltung auf dem gegnerischen Felde bemerkbar. Die sogenannten „Tesny"-Sozialisten teilten sich in zwei neue Fraktionen, diesesmal die „Konservativen" und die „Liberalen" genannt, und eine Wendung in der Haltung der „Liberalen" zeigte sich bald im Verhältnis zu uns. Diese begannen uns als Sozialisten zu behandeln und gaben zu, daß unsere Handlungsweise nicht von der ihrigen abwich. Unsere Beziehungen haben sich schnell gebessert und die Annäherung nimmt mit jedem Tage zu. Sie wurde außerordentlich erleichtert durch unser offenes freundschaftliches Benehmen und durch die Tagesordnung, welche in dieser Frage auf unserem Kongreß in Varna angenommen wurde. (August 1906.) Durch diese Tagesordnung bekräftigte der Kongreß die Beschlüsse unserer vorangegangenen Kongresse und bestätigte noch einmal, daß die Vereinigung der sozialdemokratischen Fraktionen eine unbedingte Notwendigkeit und Hauptbedingung für den Erfolg der proletarischen und sozialistischen Sache ist, daß eine entgegengesetzte Tätigkeit ein Verbrechen und ein Verrat am Sozialismus wäre, und er beauftragte das Zentralkomitee, dahin zu arbeiten, die sozialistischen Fraktionen einander wieder näherzubringen. Im Notfall erklärte er, daß er sich eventuell an das Internationale sozialistische Bureau wenden und es um seine guten Dienste bitten würde. Gleich-

zeitig empfahl der Kongreß „gemeinschaftliches Arbeiten mit den den sozialistischen nicht feindlichen Fraktionen". Kurze Zeit darauf wurde die Annäherung der beiden sozialistischen Fraktionen Wirklichkeit. Der Feldzug, welcher im vorigen Jahre auf Anregung unserer Partei gegen das Gesetz über die Handwerk-Verbindungen und für die Schaffung einer Arbeitergesetzgebung von neuem begonnen hatte, hat uns zu Vorberatungen mit dem Zentralkomitee der „Liberalen" geführt, und besagter Feldzug wurde zum großen Teil gemeinsame Sache. Die Deputation, die vor das Parlament und die Regierung trat, bestand aus Vertretern der beiden Fraktionen. Das Manifest der Deputation war von den beiden Zentralkomitees unterzeichnet: vom unsrigen und dem der „Liberalen". Aber einmal auf der Bahn gemeinsamen Handelns, konnten wir nicht auf halbem Wege zurückbleiben und mußten logischerweise weitergehen. Die Arbeiterbewegung hörte unter diesen Umständen auf, eine Gelegenheitsaktion zu sein und wurde ein beständiges Ringen und der Gedanke einer dauernden Vereinigung der beiden sozialistischen Fraktionen ergab sich von selbst. Wir stehen jetzt in Unterhandlungen wegen einer vollständigen Vereinigung auf Basis der internationalen sozialistischen Kongresse von Amsterdam und von London. Sicherlich gibt es unter den Liberalen noch Gegner einer sofortigen Vereinigung. Es gibt Personen, welche die Vertagung auf Grund eines geringfügigen Vorwands verlangen, zum Beispiel, daß man auf die Zustimmung der „Konservativen" warten muß. Aber es ist augenscheinlich, daß die große Mehrzahl dieser Fraktion den Gedanken der s o f o r t i g e n Vereinigung unterstützt, und wir können sagen, daß die Stunde nicht mehr fern ist, wo das bulgarische Proletariat diese glückliche Vereinigung wird begrüßen können, welche drei Viertel der organisierten bulgarischen Arbeiter zu einem proletarischen Block vereinigen wird.

Es bleibt die Fraktion der „Konservativen", die sich auf einem offenbar falschen Wege noch immer befindet. Sie fährt fort, uns und den „Liberalen" unsere sozialistischen Eigenschaften abzustreiten und sie hält es für ihre Pflicht, alle unsere Aktionen zu hindern, einschließlich der Ausstände unserer Gewerkschaften. Aber dieses arbeiterfeindliche Benehmen ist für die Arbeiterklasse selbst so empörend und so beleidigend, daß es nichts bezwecken kann. Man darf also hoffen, daß die Vereinigung der beiden Fraktionen einen wohltuenden Einfluß auf die Arbeiter haben wird, welche sich noch in den Reihen der „Konservativen" befinden, ebenso wie auf die Fraktion selbst.

Die Vereinigung der Arbeiter und sozialistischen Kräfte in Bulgarien ist um so wünschenswerter und notwendiger, als augenblicklich in unserem ganzen Lande eine grausame Reaktion wütet, welche gegen die Sozialisten und fortschreitenden Elemente gerichtet ist. Der allgemeine Ausstand der Eisenbahnarbeiter und die Demonstration der Studenten und Arbeiter gegen den Fürsten Ferdinand haben unsere Behörden in Wut gebracht und ihnen als Vorwand für eine ganze Reihe drakonischer Maßnahmen gedient. Die Eisenbahnarbeiter sind militärisch geworden, die Universität geschlossen, die Studenten vertrieben und teilweise gefangen worden, die Berufsgenossenschaft der Lehrer, die bereits 12 Jahre bestand, ist aufgelöst und ihr Kapital, das schon mehr als 100 000 Frank betrug, ist konfisziert worden. Gesetze, die immer reaktionärer werden und gegen die Lehrer, Arbeiter und Sozialisten gerichtet sind, werden jeden Tag inder Sobranje von einer blinden Majorität votiert. Durch eine Aenderung des Gesetzes, den öffentlichen Unter-

richt betreffend, untersagt man dem Lehrer, irgendwelcher politischen Partei oder einer Arbeitergewerkschaft anzugehören. Ein zweites Gesetz untersagt den Staats- und Gemeindebeamten, sich zu vereinigen und löst alle bestehenden Verbindungen auf. Ein drittes Gesetz befiehlt die Auflösung der Arbeitergewerkschaften, indem es ihnen „Umsturz bezweckende" Ziele beilegt. Endlich untersagt ein Gesetz über die Genossenschaften jede Verbindung zwischen ihnen und der Partei. Und während solche Gesetze in der Sobranje gemacht werden, wüten schwarze Banden, welche im Sold der Regierung stehen, unter dem Schutze der Polizei und des Heeres in den Städten Bulgariens und selbst in der Hauptstadt, indem sie die Lokale plündern, die Bürger niedermachen, und untersagen „manu militari" jedes Meeting, jede öffentliche Zusammenkunft. Die sozialistischen Klubs in Plovdia (Filippopolis), Stanimaka und Haskovo sind schon von den Houligans geplündert und zerstört worden.

Ein furchtbarer Kampf kündet sich für uns an, und zu diesem Kampf muß man die schnelle Vereinigung der Arbeits- und sozialistischen Kräfte herbeiwünschen.

Im Namen des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Partei.
Der Sekretär der Partei.
C. Bozvelieff.

Sofia, den 4. Februar 1907.

Serbien.

Eine eigentliche Arbeiterbewegung begann in Serbien erst mit dem Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, da die industrielle Entwickelung sich hier erst in der letzten Zeit bemerkbar machte. Eine moderne, klassenbewußte Arbeiterbewegung konnte sich nicht schnell entwickeln.

In der ersten Zeit bestanden nur einige Arbeitervereine, die aber mehr den Charakter von Bildungsvereinen an sich hatten. Als wir im Jahre 1901 einige Gewerkschaftsorganisationen ins Leben riefen, die auch alsbald ein reges Leben zeigten, was die damalige reaktionäre Regierung nicht dulden wollte, wurden von allen Seiten Anstrengungen gemacht, um die Arbeiterbewegung unmöglich zu machen. Es muß beachtet werden, daß der Anfang unserer Bewegung in die trübste politische Zeit fiel, wo das persönliche Regiment im ganzen Lande herrschte. Diese unerträgliche Reaktion rief die Demonstration am 23. März 1903 hervor, die zwar von den demokratisch gesinnten Schülern der Hochschule veranstaltet wurde, bei der jedoch die Arbeiterschaft Belgrads die eigentliche Führung übernahm. Die Regierung wollte die Demonstration mit Gewalt unterdrücken und so endete dieselbe mit Opfern: einige wurden getötet und mehrere verwundet. Nun wandte sich die Regierung gegen die schon bestehenden Organisationen und machte die größten Anstrengungen, dieselben zu zerstören und für ihre eigene schmutzige Sache zu gewinnen, was ihr aber nicht gelang.

Nach dem 23. Juni kam es zum Verfassungsbruch, und die „Arbeiter-Zeitung", die einzige Vertreterin der Arbeiterinteressen, mußte ihr Erscheinen einstellen.

Als am 29. Mai das unerträgliche Regime endete und sich damit die politischen Verhältnisse besserten, begann die Gründung von Arbeitervereinen, und zwar in Form von Arbeiter-Bildungsvereinen, sozusagen epidemisch zu werden. Die Folge davon war die Einberufung eines Arbeiterkongresses am 20. Juli 1903. Auf dem Kongreß wurde die sozialdemokratische Partei Serbiens gegründet und zugleich das Erfurter Programm angenommen. Im übrigen konnte sich der Kongreß nur mit den allernotwendigsten Fragen beschäftigen; er faßte den Beschluß, daß an den Parlamentswahlen teilgenommen werden soll, die für den 8. September angesetzt waren. Damit trat das serbische Proletariat in die internationale sozialdemokratische Bewegung ein.

Kaum hatten wir die nötigste Arbeit in den neuen Organisationen getan, als wir in den Wahlkampf eintreten mußten. Kandidaten stellten wir nur in den Orten auf, wo wir Organisationen besaßen. Trotz des Zensuswahlsystems, das nur denjenigen Arbeitern Stimmrecht einräumt, die 15 Frank Steuern bezahlen, gelang es uns doch, in Kragujewatz einen Sitz zu gewinnen. Das waren die ersten Wahlen, bei denen das serbische Proletariat selbständig politisch auftrat; 2548 Stimmen vereinigten unsere Kandidaten auf sich.

Im Jahre 1904 arbeitete die Partei daran, in allen größeren Städten Parteiorganisationen zu gründen. Dadurch verschwanden die vielen Bildungsvereine, die sich früher auch politisch betätigten.

Der zweite Kongreß, der im Jahre 1904 abgehalten wurde, befaßte sich mit verschiedenen Fragen, und zwar mit der Presse, Wahlbeteiligung und Maifeier. Zu der ersten Frage wurde eine Resolution angenommen, die der Dresdener Resolution ähnlich ist. Zur Frage der Wahlbeteiligung wurde eine Resolution angenommen, die keine Kompromisse billigt und verlangt, daß nur aus eigener Kraft der Wahlkampf geführt werden soll. Betreffs der Maifeier wurde die Resolution des Internationalen Kongresses angenommen.

Das Jahr 1905 war für uns ein Kampfjahr. Es begann mit Volksversammlungen, die für die russische Revolution Sympathieerklärungen abgaben und zugleich den Kampf gegen die Gewerbegesetzvorlage proklamierten. Inzwischen kamen die Skupschtinawahlen, die am 10. Juli 1905 stattfanden, an denen wir wieder teilnehmen mußten. In diesem Wahlkampf verloren wir zwar den Kragujewatzer Sitz, gewannen jedoch an Stimmen und eroberten zwei Sitze, und zwar einen in Belgrad und einen in Pirot. Wir erhielten 2608 Stimmen.

Nach den Wahlen wurde der Kampf gegen den Gewerbegesetzentwurf wieder mit ganzer Kraft aufgenommen. Die vielen Versammlungen nahmen eine umfassende und grundsätzliche Resolution an, die dem Parlament übersandt wurde. Als jedoch die Regierung der bürgerlichen Radikal-Demokratie trotz des einmütigen Protestes der Arbeiter diesen reaktionären Gesetzentwurf auf die Tagesordnung des Parlaments setzen wollte, antwortete die organisierte Arbeiterschaft Belgrads mit einer Demonstration. Dies veranlaßte die Regierung, den Entwurf zurückzuziehen.

Die jetzige Regierung der alt-radikalen Partei bereitet sich wieder vor, den Entwurf zum Gesetz zu erheben. Die organisierte Arbeiterschaft wird den Kampf wieder aufnehmen und alle Anstrengungen machen, dies zu verhindern.

Zum 15. Januar 1906 waren die Kommunalwahlen angesetzt. Da das Gesetz für die Stadtgemeinden das Proporz-Wahlsystem vor-

schreibt, so traten wir zum ersten Male in diesen Wahlkampf ein, und zwar in drei Gemeinden. Es wurden in Belgrad 9 Vertreter (von 45), in Kragujewatz 5 Vertreter (von 30), in Schabatz 3 Vertreter (von 30) gewählt.

Zum 11. Juni 1906 waren wieder Skupschtina-Wahlen angesetzt. Bei diesen Wahlen stellten wir in 10 Städten 15 Kandidaten auf. Leider verloren wir den Belgrader und Piroter Sitz, eroberten jedoch den Kragujewatzer Sitz von neuem. Insgesamt erhielten wir 3133 Stimmen. Gleich nach diesem Wahlkampf beschloß der Parteiausschuß, den Kampf für das allgemeine Wahlrecht aufzunehmen, und am 9. Juli 1906 erfolgte der Aufruf zu diesem Wahlrechtskampf. Derselbe wird noch weiter geführt, und wir hoffen, daß unsere Bewegung die Ketten zerbrechen wird.

* * *

Auf dem Kongreß 1905, der in Belgrad tagte, wurde beschlossen, die Maifeier durch Arbeitsruhe zu feiern, während sie bis dahin am Sonntag nach dem 1. Mai gefeiert wurde. Die erste Maifeier, die im Jahre 1906 stattfand, hat unsere Erwartungen weit übertroffen. Dadurch ist der Beweis geliefert, daß die Bewegung schon festen Boden gefaßt hat und auf dem besten Wege sich befindet.

* * *

Unsere Parlamentstätigkeit ist erst im Begriff, sich zu erweitern und auszubreiten; vorläufig ist die Partei durch einen Abgeordneten vertreten. Schon dadurch ist klar, daß wir nicht allzu große Erfolge erzielen können. Unser Tätigkeitsgebiet war bis jetzt ein begrenztes, da wir nur in den größeren Orten an den Wahlen teilgenommen haben. Dazu kommt die ungerechte Einteilung der Wahlbezirke, die Erpressungen durch die Polizei und andere Korruptionen, die in unserem Lande bei den Wahlen zutage treten und dann vor allem das Zensus-Wahlsystem, das nur sehr wenigen Arbeitern ein Wahlrecht gewährt. Alles dies hat dazu beigetragen, daß wir nur einen Vertreter nach dem Parlament haben entsenden können.

* * *

In Serbien gibt es keine soziale Gesetzgebung. Zwar findet man hin und wieder einige isolierte Gesetzesanordnungen, jedoch werden diese seitens der Regierung wenig zur Ausführung gebracht, selbst in den Stadtbetrieben nicht. Das ist aus der Unfähigkeit der versumpften reformfeindlichen bürgerlichen Parteien zu erklären. Selbst die jung-radikale Partei, die ein ziemlich demokratisches Programm angenommen hat, versuchte gar nicht, auf diesem Gebiete irgendwie reformierend zu wirken, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Wähler dieser Partei ausschließlich aus Kleinbauern und anderen Kleinschichten bestehen, also aus den konservativsten Elementen. Hauptsächlich ist bei uns der Bauer unfähig, irgend eine Reform in dieser Beziehung zu unterstützen. Im vorigen Jahr hat die jetzige Regierung *erst angefangen*, ein Arbeiter-Versicherungsgesetz auszuarbeiten. Ob dieses Projekt in Wirklichkeit das wird, was es sein soll? Wir wollen abwarten, haben jedoch Ursache, es zu bezweifeln.

Die Arbeitszeit läßt sich bei uns nicht feststellen, da keine zuverlässige Statistik vorhanden ist. Die organisierten Arbeiter erkämpften

im Durchschnitt folgende Arbeitsdauer: Zündhölzer-Arbeiter und -Arbeiterinnen 8 Stunden, Zigarrenarbeiter 8½ Stunden, Buchdrucker 8¾ Stunden, Buchbinder 9½ Stunden, Maler 9¾ Stunden, Schneider 10 Stunden, Metallarbeiter 10½ Stunden, Schuhmacher 11 Stunden, Holzarbeiter 10½ Stunden und Textilarbeiter 10 Stunden. Die Arbeitszeit wird durch Vertrag und Tarif festgesetzt, und um die volle Bedeutung dieser Tatsache hervorzuheben, wollen wir daran erinnern, daß man noch vor einigen Jahren den Arbeitern eine 16stündige Arbeitszeit aufgezwungen hatte.

Die Partei steht in vollständiger Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung; bei jeder größeren Aktion wird zusammen gekämpft und wird daran gearbeitet, die Gegenseitigkeitsverhältnisse noch enger zu verbinden.

Die Partei hat im ganzen Lande 23 Lokalorganisationen mit zusammen 1400 Mitgliedern.

* * *

Serbien ist ein wirtschaftlich stark zurückgebliebenes Land; die Industrie befindet sich erst im Werden. Außer in Belgrad, wo das Geschäftsleben ziemlich stark entwickelt ist und sich mehrere Fabriken befinden, findet man im Innern des Landes selten eine Fabrik. Alles in allem: Serbien befindet sich vor einer unzweifelhaften ökonomischen Umwälzung. Die Zukunft wird die ganze Sachlage verändern und in allernächster Zeit wird sich der Kampfboden für die Bewegung günstiger gestalten.

Die Verfolgungen von seiten der Regierung und der Polizei hören gar nicht auf. Es sind schon Versuche gemacht worden (durch Erlasse der Stadthauptmannschaften und der Regierung), uns die Streiks zu verbieten sowie die Versammlungen aufzulösen. Trotzdem die Partei seit ihrer Gründung verschiedene Schwierigkeiten zu überwinden gehabt hat und ihr nur eine kleine Zahl von Arbeitskräften zur Verfügung steht, mußte sie doch von dem einen in den anderen Kampf eintreten. Die Fackel in diesen ganzen Kämpfen war die „Arbeiter-Zeitung", die jetzt in 4600 Exemplaren verbreitet wird, und deren Weitererscheinen bereits gesichert ist. Die Partei besitzt außerdem ein Provinzorgan in Kragujewatz, „Radnik", das eine Auflage von 1600 hat. Nebenbei hat die Partei in der letzten Zeit viel in der Literatur geleistet, indem sie eine populär-wissenschaftliche Bibliothek zur Ausgabe gebracht hat.

Wenngleich die Tatsache besteht, daß Serbien kein Industriestaat ist, so ist das Arbeitsfeld für die Sozialdemokratie noch immer groß genug. In der Hoffnung, daß es uns gelingen wird, alle Schwierigkeiten zu überwinden, und daß die Partei in neue Kämpfe für die Sache des Proletariats Serbiens, für die Sache der gesamten Menschheit eintreten wird, blicken wir hoffnungsfreudig in die Zukunft.

Namens der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Serbiens:
Milan Stojanowitsch.

Bericht
über die Tätigkeit der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei in den Jahren 1904—1907.

Die Sozialdemokratie in Ungarn hat in den letzten 3 Jahren eine außerordentlich stürmische Entwickelung durchgemacht. Wenn man den Charakter dieser Entwickelung in einem Satze zusammenfassen wollte, dann könnte man sagen: Seit 1903 ist die ungarländische Sozialdemokratie aus einer kriminalpolizeilich beobachteten und gesellschaftlich geächteten „Verschwörergruppe" zu einer mächtigen, gefürchteten politischen Partei geworden, mit der alle Faktoren zu rechnen haben. Und dieses gewaltige Erstarken der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung fällt gerade in die Periode, welche das ganze politische Leben Ungarns bis ins Innerste aufwühlte, alle hergebrachten politischen und parlamentarischen Beziehungen auf den Kopf stellte und schließlich den schmählichen moralischen Zusammenbruch des scheinbar so starken und so oft angestaunten ungarischen Klassenparlaments zeitigte.

In den politischen Wirren dieser Jahre war es nicht immer leicht, die Taktik der Partei zu bestimmen. Die verschiedenen bürgerlichen Gruppen, welche einen wütenden Kampf um die Macht im Klassenparlamente miteinander führten, wandten sich nun allesamt an die ungeheure Masse des bis dahin in Rechtlosigkeit gehaltenen, mißachteten Volkes, an die arbeitenden, ausgebeuteten Millionen, um sie in den Dienst ihrer selbstsüchtigen, politischen Zwecke zu stellen. Vor, während und nach der verheerenden, über zwei Jahre anhaltenden Verfassungskrise hatte die sozialdemokratische Partei zum Leitmotiv ihres Verhaltens den folgenden Grundsatz aufgestellt: Alle Parteien, insbesondere die oppositionellen, welche große Popularität genießen und sich für die berufenen Vertreter des unzufriedenen Volkes ausgeben, sind zur offenen Stellungnahme hinsichtlich der Verwirklichung des allgemeinen, geheimen Wahlrechts zu zwingen, und jene Parteien unbarmherzig und mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen, welche sich ablehnend oder zweideutig zu dieser Frage verhalten. Diesem Grundsatze ist unsere Partei stets treu geblieben. Sie hat die Vertreter der koalierten Opposition mit allen Mitteln gezwungen, Farbe zu bekennen in der Frage des allgemeinen Wahlrechts, ihren Bemühungen ist es gelungen, diese Frage in den Mittelpunkt der Wahlagitation des politisch entscheidenden Jahres 1905 zu stellen, und der alle Welt überraschende große Sieg der koalierten Opposition ist zu einem nicht geringen Teile dem Umstande zu verdanken gewesen, daß es unserer unermüdlichen Agitation gelungen war, die Kandidaten der Opposition zur Stellungnahme für die Wahlreform zu zwingen. Die Mehrheit der gewählten Kandidaten, 214 von im ganzen 413, sahen sich genötigt, ein bindendes Versprechen hinsichtlich der Einführung des allgemeinen Wahlrechts abzugeben. Allein die koalierte Opposition wollte, nachdem sie einmal an die Majorität gelangt war, trotz ihrer den Wählern gegebenen feierlichen Zusagen vom allgemeinen Wahlrecht nichts mehr wissen. Sie gab sich mit der ewigen Diskutierung staatsrechtlicher Fragen und mit der Forderung total aussichtsloser nationalen Konzessionen ab und trieb auf diese Weise das Land dem Absolutismus entgegen. Am 19. Juni 1905 ward Baron Fejervary zum Ministerpräsidenten berufen und ein sogenanntes Uebergangsministerium

ward gegründet. Die Herrschaft dieser Regierung füllt die politisch bewegteste Periode Ungarns aus. Da die Regierung im Parlamente selbst keine Stützen hatte, wurde dasselbe vertagt und die koalierte Opposition begann den „passiven Widerstand" in den Komitaten und Munizipien, in jenen berüchtigten Organen magyarischer Lokalverwaltung, in denen einige wenige der reichsten Grundbesitzer die gesetzlich zugesicherte Majorität besitzen. Da die Häuptlinge dieser „Lokalautonomie" der Regierung gegenüber ohnmächtig waren, schütteten sie ihren Zorn über das schutzlose Proletariat aus, die Versammlungen der Arbeiter wurden regelmäßig verboten und die Gewerkschaften unaufhörlich schikaniert. Als eine Deputation von Gewerkschaftsvorständen gegen diese Gewalttaten beim Minister des Innern Kristoffy Protest erhob, da bekannte sich dieser unumwunden als Anhänger des allgemeinen, geheimen Wahlrechts und erklärte, daß die Regierung die Verwirklichung dieser Reform zum Angelpunkte, zum ganzen Zwecke ihrer Wirksamkeit gemacht habe.

Nun begann auch unsere Partei eine erhöhte fieberhafte Agitation für das allgemeine Wahlrecht im ganzen Lande. Die koalierte Opposition, die sich als die Beschützer der Konstitution gegen den Absolutismus der Regierung auszugeben liebte, war konstruiert. Die Koalition hatte die Wahl frei, ob sie sich die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft der Lande sichern wolle oder nicht; sie hatte sich bloß zur ehrlichen Verwirklichung der Wahlreform zu verpflichten und die sozialdemokratische Partei hätte ihre ganze Macht aufgeboten, um ihr zur Regierung zu verhelfen. Aber die Koalition wollte von einer offenen Stellungnahme nichts wissen. Es begann also der erbitterte Kampf unserer Partei gegen die Opposition, überall, wo sie sich zu zeigen wagten, wurde diesen „Revolutionären" die Maske vom Angesicht gerissen. Zu jener Zeit offenbarte die sozialdemokratische Partei ihre innere Kraft. Alle schmutzigen Verleumdungskünste der Patrioten blieben unwirksam, und die Arbeiterschaft der Lande blieb der Fahne des Sozialismus während all der verheerenden Kämpfe treu bis ans Ende. Wir wollen die Einzelheiten dieser nicht selten blutigen Kämpfe übergehen und wollen bloß hervorheben den am 10. November 1905 abgehaltenen außerordentlichen Parteikongreß, der die Taktik der Partei im Verfassungskampfe billigte.

Am 15. September fand jene denkwürdige Demonstration vor dem Parlamente statt, an der 100 000 Proletarier in stummer Würde teilnahmen, eine ernste Warnung für die Koalition, deren Exekutiv-Komitee sich eben wieder gegen die Wahlreform ausgesprochen, daß man den ungezählten Millionen ihr Recht nicht lange ungestraft vorenthalten könne. Am 19. Dezember ward das Parlament unter dem wirkungslosen Proteste der koalierten Opposition vertagt und gleichzeitig veröffentlichte Minister des Innern Kristoffy den Gesetzentwurf zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Nach dem Mißtrauensvotum des Abgeordneten- und des Magnatenhauses dankte die Regierung ab; die Demission ward aber vom König nicht angenommen. Am 19. Februar 1907 wurde das Parlament unter der totalen Gleichgültigkeit des Volkes aufgelöst.

In den ersten Tagen des April des vorigen Jahres erwartete alle Welt den „Ausbruch des offenen Absolutismus". Das Land erwartete zwar „mit patriotischer Entrüstung" die Möglichkeit der Nichteinberufung

des Parlaments, sah aber doch mit verhältnismäßig ruhiger Ergebung der kommenden Herrschaft des Absolutismus entgegen. Einige Blätter wollten gar schon das Manifest kennen, welches „die schrecklichen neuen Zustände" verkünden sollte. Da tauchten plötzlich die Nachrichten von den Friedensverhandlungen auf. Der Friedensplan wurde bekannt. Die Führer der Koalition fuhren einzeln nach Wien und kehrten von dort (am 9. April) nur noch als wirkliche Minister zurück.

Die Grundlage der Entwirrung war die, daß die Koalition und ihre Regierung eine „Uebergangs"-Herrschaft etablierte. Sie mußte alle Forderungen ausschalten, die dringendsten Staatsnotwendigkeiten votieren: nämlich die Budgets der beiden Jahre und *die Wahlreform sofort verwirklichen*. Die Reform mußte möglichst auf Grund des Kristoffyschen Entwurfes verwirklicht werden, *aber das Wahlrecht durfte unter keinen Umständen eingeschränkter sein als das von der Fejervary-Regierung proponierte*.

Daß dieser Pakt tatsächlich die Grundlage der Entwirrung war, das beweist die nach den allgemeinen Wahlen am 22. Mai 1906 vor den Mitgliedern beider Parlamentshäuser gehaltene Thronrede. Der diesbezügliche Teil der königlichen Thronrede lautet:

> „Hinsichtlich der zeitgemäßen Fortentwickelung unseres verfassungsmäßigen Lebens wird es die wichtigste Aufgabe unserer Regierung sein, *die politischen Rechte auf alle Schichten der Gesellschaft zu erweitern* und so die Gesamtheit der Nation in die Schanzen des politischen Lebens einzuführen. Zu diesem Zwecke sind die auf *die freie Ausübung des allgemeinen Wahlrechts bezüglichen Gesetzentwürfe* sowohl im Einklange mit den zeitgemäßen Forderungen der demokratischen Idee, als auch unter Wahrung des nationalen Charakters des ungarischen Staates auszuarbeiten.
>
> Dies sind, geehrte Herren, Magnaten und Abgeordnete, jene Aufgaben, denen sich unsere Regierung unterzogen hat; sie hat sich derselben in dem Sinne unterzogen, daß dies in erster Reihe und unbedingt zu lösende Fragen sind, deren Lösung durch das Aufkommen anderer Fragen weder vereitelt, noch auch verzögert werden kann."

Die Thronrede erwähnt unter den unaufschiebbaren Fragen außer dem allgemeinen Wahlrecht noch die Festsetzung des ordentlichen Staatsvoranschlages, die Bewilligung des ordentlichen Rekrutenkontingents und die Festsetzung der gemeinsamen Ausgaben.

Jedermann empfing diese Wendung der Ereignisse mit der größten Befriedigung.

Die sozialdemokratische Partei konnte dies Ereignis mit besonders großer Genugtuung begrüßen. Bezeugte doch gerade das, was sich ereignete, aufs glänzendste die Richtigkeit ihrer Taktik. Auch das Ausland war mit dieser Lösung zufrieden.

Wenn wir also auch Ursache hatten, mit der neuen Lage zufrieden zu sein, konnten wir infolge unzähliger Umstände keinen Augenblick lang Vertrauen in die neue Regierung setzen. Unser Vertrauen setzten wir einzig und allein in die Kraft der klassenbewußten Arbeiterschaft. Wir sahen die Notwendigkeit erbitterter Kämpfe mit Sicherheit voraus.

Es begannen die *Abgeordnetenwahlen des Jahres 1906*. Unsere Partei stand vor der Aufgabe, durch eine mächtige

Agitation Einfluß auf die Wahlen zu gewinnen. Wir haben diese Agitation in dem Bewußtsein betrieben, daß es das neue Abgeordnetenhaus sein werde, dem die Verwirklichung des allgemeinen geheimen Wahlrechtes obliege.

Unsere Partei hat in 101 Wahlbezirken des Landes Kandidaten aufgestellt. Unser Manifest, welches sowohl bezüglich der konkreten politischen Lage, als auch hinsichtlich des sozialdemokratischen Parteiprogramms ausführliche Aufklärung gab, erschien unter dem Titel: „An das Volk Ungarns!" in vier Sprachen und in mehr als einer halben Million Exemplaren. Wir haben in Tausenden von Wahl- und Volksversammlungen die unerschütterlichen Wahrheiten der sozialdemokratischen Partei verbreitet. Bei den Hauptwahlen durfte sich kein einziger bürgerlicher Kandidat gegen die Notwendigkeit der sofortigen Einführung des allgemeinen Wahlrechts erklären, bei den Stichwahlen aber haben unsere Genossen in vielen Orten jenen Kandidaten zum Siege verholfen, aus deren Reden sich folgern ließ, daß ihre Treue zum allgemeinen, geheimen Wahlrecht über allem Zweifel stand.

Gewählt wurden fast überall jene Kandidaten, welche ein offizielles Empfehlungsschreiben des „Führers der Nation" Franz Kossuth vorweisen konnten, so daß man das auf Grund solcher „Wahlen" entstandene Parlament sehr treffend als ein ernanntes bezeichnet hat.

Das so entstandene Parlament und die Regierung verrieten Tag für Tag deutlicher ihre wahren Absichten. In den gelegentlichen Reden einzelner Minister und in den Spalten der Regierungsblätter tat sich immer deutlicher kund, daß man das allgemeine Wahlrecht verfälschen, oder aber ganz begraben wolle.

Die am 3. Juni 1906 abgehaltene Landes-Parteikonferenz und der am 4. und 5. Juni stattgehabte Parteikongreß erklärte durch eine einstimmige Resolution entschieden, daß sie zum Schutze der Vereins- und Versammlungsfreiheit auch nicht zurückschrecken werde, die mächtige Waffe des politischen Massenstreiks in Anspruch zu nehmen.

Ebenso wird die ungarländische organisierte Arbeiterschaft dieses Kampfesmittel anwenden, wenn sie sich überzeugt, daß das Klassenparlament das allgemeine Wahlrecht nicht verwirklichen wolle.

Das entschiedene Auftreten der organisierten Arbeiterschaft berührte die Koalitionsregierung um so unangenehmer, als es dadurch offenbar wurde, daß die ernstliche Verhinderung des von der Koalitionsherrschaft geplanten Volksbetrugs nur von der zurzeit allein bedeutsamen, politisch geschulten und disziplinierten Arbeiterklasse zu erwarten ist. Das ist die Erklärung für jene Verleumdungs- und Lügenkampagne, welche gegen die Sozialdemokratie in Szene gesetzt und seit Monaten sowohl in der im Koalitionssolde stehenden Presse, als auch im Parlament erörtert wurde.

Diese Taktik aber, die Verleumdungen der Presse und des Klassenparlaments vermochten nicht jenen Prozeß der Ernüchterung aufzuhalten, welchen die ruhmlose Rolle der Koalition im Gefolge hatte. Obschon noch niemals eine Regierung die Fütterungen und Bestechungen in ähnlichem Maßstabe betrieben, steigt die Zahl der Unzufriedenen und Ernüchterten zusehends. Das Land ist im Reinen damit, daß an der Schwelle riesiger politischer und wirtschaftlicher Um-

wälzungen ein total ohnmächtiger politischer Interessenbund die Staatsgewalt usurpiert.

Die Koalition tat übrigens alles, um das neue System bei allen anständigen Leuten alsbald gründlich verhaßt zu machen. In der Regierung machte sich die grenzenlose offene Reaktion tagtäglich mehr breit. Bald leugnete die Regierung gar nicht mehr, daß sie sich um nichts anderes, als die Interessen der Großgrundbesitzer kümmere. Der „Justiz"minister der nationalen Regierung konfiszierte ungeniert die Arbeiterpresse. Am 11. Juli 1906 richtete der Abgeordnete Brody eine Interpellation an den Justizminister wegen der Konfiskation des Feldarbeiterblattes „Vilagszabadsag". Herr Polony ließ nun alles Schamgefühl beiseite und erklärte offen, daß „seine Staatsanwälte" Tag und Nacht ihre Pflicht erfüllen werden, wenn es das „Interesse des Landes" erfordern werde. Dies sagte derselbe Polony, der erst vor wenigen Monaten erklärt hatte, daß die Trabanten-Regierung „aus der Welt gestampft werden müsse", weil sie die Presse gemaßregelt habe. Jeder anständige Mensch empfing die Erklärung Polonys mit Abscheu.

Das Abgeordnetenhaus nahm — mit wenigen Ausnahmen — die skandalöse Antwort des Ministers mit tobendem Beifall zur Kenntnis.

Im Laufe des Monats Oktober hielt unsere Partei in mehr als 100 Städten des Landes Volksversammlungen mit der Tagesordnung: Die Sozialpolitik der Regierung und das allgemeine, geheime Wahlrecht ab. Auf Grund der Beschlüsse dieser Volksversammlungen wurden aus mehr als 100 Städten Petitionen an das Abgeordnetenhaus eingereicht.

In diesen Petitionen protestierten die Versammlungsteilnehmer gegen jenen Rechtsraub der Koalition, wonach das Krankenversicherungsgesetz, vom Volke „Almosengesetz" getauft, die Arbeiter ihrer Zweidrittelmehrheit in den Krankenkassen beraubte und ihnen bloß die paritätische Vertretung ließ. Außerdem erklärten die Petitionierenden, daß die Frage des allgemeinen Wahlrechts nicht mehr verschoben werden könne und daß hierfür die Verantwortlichkeit die Regierung tragen müsse.

Unterdessen ging das Wahlrecht seinen Siegesmarsch — allerdings in Oesterreich! Hier streckte die Frage der Volksrechte zwei Regierungen nieder, besiegte ganz andere Schwierigkeiten, als sich dem allgemeinen Wahlrecht in Ungarn entgegenstellen. Der Widerstand des Herrenhauses wurde gebrochen, bis schließlich in der Nacht des 21. Dezember 1906 auch das österreichische Herrenhaus das allgemeine, geheime Wahlrecht mit großer Mehrheit annahm. Währenddem aber Oesterreich mit dieser gewaltigen Schöpfung seiner Existenz eine neue Grundlage gibt, operieren die Beschützer der ungarischen nationalen Verfassung mit lügnerischen Phrasen weiter. Tausendmal haben sie erklärt, daß die Verwirklichung der Wahlreform ihr Hauptprogrammpunkt sei, und doch suchen sie immerwährend nach Mitteln, die Reform zu unterdrücken oder wenigstens zu verfälschen. Sie deklamieren von Verfassungsgarantien und seit ihrer Herrschaft ist all ihr Bestreben dahin gerichtet, das Land zu einem einzigen großen Gefängnis zu verwandeln.

Die Macht der zum Selbstbewußtsein erwachten organisierten Arbeiterklasse muß gebrochen werden. Das ist ihr uneingestandenes Ziel und Motto.

Noch niemals haben die Panduren der ungarischen Verwaltung freier wüten können als unter der „neuen Aera". Noch niemals haben unsere Organisationen unter der Wut des „Betyarismus" so viel zu leiden gehabt wie jetzt. Und noch niemals sind die Schlagworte der Freiheit unverschämter mißbraucht worden, als von der Koalitionsherrschaft. Am 9. November 1906 gab der Minister des Innern der neuen Aera, „der Freund der Freiheit", eine Verordnung heraus, welche die Gründung von Provinzgruppen der Landesverbände „regelte". In der Tat etablierten die Provinzpaschas daraufhin eine wahre Schreckensherrschaft. Die Gründung von Fachgruppen wird nicht zur Kenntnis genommen und seit Jahren bestehende Gruppen werden „auf Grund der neuen Verordnung" massenhaft aufgelöst.

Außer dem „Almosengesetze" hat die neue Regierung auch noch andere „sozialpolitische" Maßnahmen getroffen. Sie ist im Begriffe, den Gesetzentwurf für das landwirtschaftliche Gesinde im Parlamente verabschieden zu lassen, ein Gesetz, welches das Prügelrecht des Grundbesitzes sanktioniert und überhaupt die „gute alte Zeit" der Leibeigenschaft vollständig herzustellen sucht. Bei der Verhandlung dieses Entwurfs offenbarte die Parlamentsmajorität erst recht ihren agrarischen Charakter, indem sie die Grundbesitzer der letzten Pflichten gegenüber dem Gesinde enthob, dagegen aber den Streikparagraphen und ähnliche zur Niederhaltung des Gesindes bestimmte Strafbestimmungen bedeutend verschärfte. Auch die Eisenbahnvorlage, welche nichts anderes bezweckt, als den Eisenbahnarbeitern das Streikrecht zu rauben, wird sehr bald Gesetz sein. Gegen beide Vorlagen hat unsere Partei eine intensive Agitation im ganzen Lande betrieben.

Heute hat die Regierung den aufsteigenden Ast ihrer Entwickelung bereits überschritten. Da sie sich noch immer sträubt, die Wahlreform ehrlich in die Wege zu leiten, so ist nunmehr das „Fortwursteln" zum einzigen Zweck des Regierens geworden. Nach dem Zusammentritt des auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählten österreichischen Parlaments muß ihre Stellung aber vollends unhaltbar werden. Das politische Leben Ungarns ist abermals in eine Periode der Krisen eingetreten, aus der nur noch das allgemeine, geheime Wahlrecht hinausführen kann. Bei dieser Entwickelung stehen der sozialdemokratischen Partei Ungarns eine wichtige Rolle und große Kämpfe bevor, denen sie sich aber, wie wir zuversichtlich hoffen, in vollem Maße gewachsen zeigen wird.

Die Entwickelung der Parteiorganisationen und der Gewerkschaften.

In Ungarn gibt es, dank der rückschrittlichen Gesetzgebung, eigentliche politische Arbeiterorganisationen überhaupt fast gar nicht. Aber die auf moderner Basis stehenden Gewerkschaften gehören allesamt zur sozialdemokratischen Partei und zahlen die Parteisteuer nach der Zahl ihrer Mitglieder. So läßt sich der numerische Zuwachs der sozialdemokratischen Parteimitglieder durch den Fortschritt in der Mitgliederzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ausdrücken.

Die außerordentlich große Entwickelung der ungarländischen Arbeiterbewegung läßt sich durch die folgenden Zahlen deutlich veranschaulichen.

Es gab in modernen Gewerkschaften organisierte industrielle Arbeiter am

31. Dezember des Jahres	Mitglieder	Prozentsatz sämtlicher industriellen Arbeiter
1901	9 999	2,39
1902	15 270	3,65
1903	41 138	9,84
1904	53 169	12,72
1905	71 173	15,07
1906	129 332	30,94

Außer den Organisationen der in industriellen Betrieben beschäftigten Arbeiter bilden die Feldarbeiterorganisationen ein wichtiges Reservoir der sozialdemokratischen Partei. Die Feldarbeiterorganisationen sind in Ungarn noch sehr jung, erst Ende des Jahres 1905 wurden die Statuten des Verbandes genehmigt. Und trotz aller denkbaren Verfolgungen seitens der Agrarier und der Verwaltungsorgane hat die Organisation ganz erstaunliche Fortschritte gemacht: Heute zählt sie ungefähr 50 000 Mitglieder und zirka 600 Ortsgruppen.

Den Aufschwung, den die sozialdemokratische Partei in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte, veranschaulichen am besten die Einnahmen der Partei. Im Jahre vom 31. März 1904 bis 31. März 1905 betrugen die Gesamteinnahmen der Partei 193 735 Kronen. Am 1. April 1905 wurde das magyarische Zentralorgan der Partei „Nepszava" in ein Tageblatt verwandelt und so lassen sich die gesamten Einnahmen der folgenden Jahre mit denen der Vorjahre nicht gut vergleichen. Diese betrugen im Jahre vom 31. März 1905 bis 31. März 1906 258 000 Kronen, im Jahre vom 31. März 1906 bis 31. März 1907 sogar rund 361 000 Kronen!

An Parteisteuern wurden eingezahlt im Jahre 1904—1905 3535 Kronen, im Jahre 1905—1906 rund 13 000 Kronen, im Jahre 1906—1907 aber rund 27 000 Kronen! Der Fortschritt ist also ein gewaltiger.

Zum Zwecke des Ausbaues der Organisationen und zur besseren Agitation wurden in den bedeutendsten Provinzzentren nach und nach Parteisekretariate gegründet. Solcher provinziellen Parteisekretariate gibt es jetzt etwa 15, welche eine überaus segensreiche Tätigkeit entfalten. Das ganze Land ist in Agitationskreise, diese in Komitate aufgeteilt, welche alle in ihrem Gebiete befindlichen Ortsgruppen zusammenfassen.

In Ungarn ist die sozialdemokratische Partei nicht nach Nationalitäten gesondert; es gibt bloß einen zentralen Parteikongreß und eine zentrale Parteileitung. Um aber eine intensivere Agitation unter der nichtmagyarischen Arbeiterschaft möglich zu machen, wurden im Jahre 1906 nationale Landesorganisationskomitees gegründet, denen immer wichtigere Aufgaben zufallen werden. Die deutschen Sozialdemokraten Ungarns, denen eine große Rolle in der Gesamtbewegung zufällt, halten im Juni 1907 eine Landeskonferenz ab. Die Tendenz, die Agitation und die Organisation immer mehr nach nationalen Gesichtspunkten zu dezentralisieren, ist nicht zu verkennen und sie wird zweifellos auch immer deutlicher durchsetzen.

Die Parteipresse, welche nicht minder stetige Fortschritte aufweist, besteht aus folgenden Blättern:

„Nepszava“, ungarisches Zentralorgan, erscheint täglich.

„Volksstimme“, deutsches Zentralorgan, erscheint wöchentlich.

„Szocializmus“, wissenschaftliche Zeitschrift, erscheint monatlich zweimal.

„Nagyvaradi Munkas-Ujsag“, erscheint wöchentlich einmal.

„Munkas“, Pecs, erscheint wöchentlich einmal.
einmal.

„Kolozsvari Munkas“, Kolozsvar, erscheint monatlich einmal.

„Testveriseg“, Szombathely, erscheint wöchentlich einmal.

„Westungarische Volksstimme“, Pozsony, erscheint wöchentlich einmal.

„Volkswille“, Temesvar, erscheint wöchentlich zweimal.

„Slovenske Robotnicke Noviny“ und „Napred“ (slovakisch), Pozsony, erscheinen monatlich einmal.

„Adverul“ (rumänisch), Lugos, erscheint wöchentlich einmal.

„Narodni Glas“ (serbisch), Nagybecskerek, erscheint wöchentlich einmal.

Budapest, 8. Juni 1907.

Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei Ungarns.
Eugen Horwitz, Sekretär.

Die tschecho-slawische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich.

Die Zeit nach dem Amsterdamer Kongreß nützte die tschecho-slawische sozialdemokratische Arbeiterpartei für das Proletariat in der ausgiebigsten Weise aus. Sie errang in unermüdlicher Ausdauer in letzterer Zeit bedeutende Fortschritte sowohl in politischer, als auch in wirtschaftlicher und sozialer Richtung.

Diese Fortschritte sind um so höher anzuschlagen, als der Kampf der tschechischen Arbeiter viel schwieriger ist, als der seiner glücklicheren Brüder anderer Nationen, deren sozialer Kampf vereinfachter und klarer ist. Der tschechische Arbeiter ringt mit der Bourgeoisie und deren Regierung nicht nur für seine demokratische und soziale Freiheit, sondern er muß auch noch für seine primitivsten Menschenrechte kämpfen.

Die tschechische Arbeiterschaft führt ihren Kampf gegen drei Hauptfronten. Sie muß nicht nur für die bürgerliche Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit, sondern auch für die nationale Gleichheit kämpfen, um sich im öffentlichen Leben überhaupt Geltung zu verschaffen. Ihr gegenüber steht ein von Fremden beherrschtes Staatswesen, und ein Arbeitgeber, welcher nicht nur sein wirtschaftlicher Ausbeuter und politischer Bedrücker, sondern auch sein nationaler Gegner ist, welcher von ihm unnachsichtlich verlangt, ihm nicht nur alle seine physischen und geistigen Fähigkeiten, sondern auch seine Nationalität zu opfern. Der deutsche und jüdische Arbeitgeber spricht dem tschechischen Arbeiter das Recht ab, in seiner Sprache zu reden und die Kinder in seiner Muttersprache zu erziehen.

Gegen diese vollkommene Versklavung wehrt sich naturgemäß der tschechische klassenbewußte Arbeiter, wofür er von seinen Ausbeutern und sonstigen Feinden als national, ja als Chauvinist gebrandmarkt wird, welchen Schimpf ihm beinahe die gesamte deutsche Presse nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande nachsagt.

Aus dieser falschen Voraussetzung resultiert dann nicht nur eine totale Verkennung der sozialdemokratischen Bewegung unter den tschechischen Arbeitern, sondern eine direkte Gehässigkeit, ja sogar Feindschaft ihnen gegenüber auch unter sonst fortschrittlichen Leuten. Von den tschechischen Arbeitern würde man also demnach fordern, sich mit dem Eintritte in die sozialdemokratische Organisation und damit in die Internationale aller Rechte auf nationale Gleichberechtigung und aller ihrer nationaler Kultur zu begeben und auf sich die kulturellen Verbindlichkeiten eines anderen Volkes zu übernehmen, und zwar eines Volkes, gegen dessen Bedrückung jahrhundertelang das ganze tschechische Volk einen harten Kampf führt. Diesen den sozialdemokratischen Grundprinzipien direkt zuwiderlaufenden Standpunkt bekämpft die tschechische Sozialdemokratie in der unerschütterlichen Ueberzeugung, daß der Sozialismus niemandem das Recht auf ungehinderte Entwickelung in jeder Richtung benimmt. Dieser Standpunkt ist doch die beste Wehr des gemeinsamen sozialistischen Programmes, dessen erster Satz lautet: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung.“ — Weiter wird dort gesagt: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei; sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung . . . sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.“

Sind diese Grundsätze ernstlich gemeint, verbinden sie die tschechische Sozialdemokratie direkt zu energischer Abwehr gegen die Kapitalisten und deren Staat, welche den Arbeiter total versklaven, indem sie zu seiner wirtschaftlichen und politischen noch die nationale und kulturelle Bedrückung beigesellen.

Trotz aller dieser außergewöhnlichen Ungunst der Verhältnisse gelang es der tschechischen Sozialdemokratie durch unerschütterliche Arbeit der letzten drei Jahre, in politischen und gewerkschaftlichen Organisationen derart zu festigen, daß sie endlich in den Lauf der politischen Begebenheiten mitbestimmend eingreifen und von der österreichischen Regierung das allgemeine und gleiche Wahlrecht erzwingen konnte.

Am 23. Juli 1905 fand in Prag eine gemeinsame Landeskonferenz der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie behufs Beratung eines energischen Vorstoßes zur Erringung des allgemeinen Wahlrechtes für den böhmischen Landtag statt. Diese Konferenz, welche den politischen Massenstreik beschloß, falls der berechtigten Forderung der Arbeiter nicht entsprochen wird, begeisterte in kurzer Zeit das gesamte Proletariat nicht nur in Böhmen, sondern zündete auch in Mähren und von da in allen österreichischen Ländern.

Unter dem Drucke einer großartigen Agitation des Proletariats sprach sich am 6. Oktober 1905 das österreichische Abgeordnetenhaus für das allgemeine Wahlrecht aus.

Am 10. Oktober 1905 trat der böhmische Landtag zusammen, und an diesem Tage vollführte die Arbeiterschaft Prags und Umgebung einen eintägigen politischen Massenstreik und zog, über 100 000 Teilnehmer stark, mit roten Fahnen vor den Landtag, um dort ihre bürgerlichen Rechte zu reklamieren. Der von den Arbeitern entsendeten Deputation wurde versprochen, daß ihre Wünsche an maßgebender Stelle vorgebracht werden. Dieser erste politische Massenstreik war insofern erfolgreich, als die Regierung, welche ursprünglich die Angliederung einer vierten, allgemeinen Kurie mit 18 Mandaten zu dem böhmischen Privilegien-Landtag beabsichtigte, die Zahl der Mandate schleunigst auf 36 erhöhte. Der Landtag wurde jedoch in seiner Tätigkeit von der deutsch-bürgerlichen Obstruktion gelähmt.

Nach Prag folgten Brünn und andere Städte. In Brünn wurde eine neue Kurien-Wahlordnung, welche den Arbeitern von 151 bloß 20 Mandate, und dies noch dazu in einer allgemeinen Kurie, einräumt, unter dem Schutze eines ganzen ausgerückten Armeekorps beschlossen.

Inzwischen wurden Vorbereitungen zur Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes in den Reichsrat gemacht. Die Agitation wuchs in ungeahnte Dimensionen.

Als am Schluß des Oktobers 1905 der Gesamtparteitag der Sozialdemokratie in Oesterreich zusammentrat, langte dort die Kunde vom Sieg der russischen Revolution an. Der Parteitag, ohnedies unter dem Eindrucke des Wahlrechtskampfes stehend, nahm diese Nachricht mit ungeheurem Jubel auf, wurde abgebrochen und die Delegierten eilten sofort in ihre Heimat, um dort den politischen Massenstreik zur Erkämpfung des gleichen Wahlrechtes vorzubereiten. Die österreichische Regierung erklärte kurz zuvor nach der Rede des ungarischen Ministers Kristoffy nämlich, welcher sagte, Ungarn sei nur durch die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes zu konsolidieren, daß dies nicht angehe, da die Einführung des gleichen Wahlrechtes in Ungarn auch dessen Durchführung in Oestereich zur Folge haben müßte. Und dies werde die Regierung nicht zugeben.

Nach dem Parteitage fand in Wien in den „Sophien-Sälen" eine große Volksversammlung statt, in welcher die Vertreter aller Nationen in Oesterreich für ein energisches Vorgehen zur Erkämpfung des Wahlrechtes sprachen. Nach der Versammlung fand ein Demonstrationszug statt, welcher ein blutiges Ende hatte. Als der Demonstrationszug vor die Hofburg anlangte, unternahm die Polizei zu Roß und zu Fuß einen blutigen Angriff auf das wehrlose Volk. Ueber 50 Demonstranten wurden verwundet.

Gegen diesen feigen Ueberfall protestierte die Arbeiterschaft in Prag in einer massenhaft besuchten Versammlung auf der „Schützeninsel". Nach der Versammlung überfiel die Polizei die heimkehrenden Versammlungsteilnehmer und richtete ein förmliches Blutbad an. Tags darauf, Sonntag, den 5. November, fand eine großartige Demonstration am Wenzelsplatze mit roten Fahnen statt, welche ohne jede Störung verlief. Die heimkehrenden Arbeiter wurden jedoch wieder von der Polizei am Graben mit Säbelhieben und Revolverschüssen attackiert, wobei es einen Toten, über 400 Verwundete und mehr als 600 Verhaftete gab. Nach dieser blutigen Attacke stellte sich das gesamte Bürgertum auf Seite der Arbeiter. Alle Theatervorstellungen, Konzerte und sonstigen Belustigungen wurden Sonntags zum Zeichen des Protestes sofort sistiert, die Schulen wurden geschlossen, um dem

nach Prag schleunigst einberufenen Armeekorps Unterkunft zu geben, die Gassen Prags, von Infanterie- und Kavallerieabteilungen fortwährend durchzogen, machten den Eindruck, als wäre ein wirklicher Bürgerkrieg ausgebrochen. Die Arbeiter ließen sich jedoch durch das alles nicht einschüchtern, die Erregung wuchs im Gegenteil immer mehr und mehr. Fortwährend kam es zu Reibereien mit der Polizei und Verhaftungen. Erst Montagabend, als die Exekutive der sozialdemokratischen Partei mittelst eines an den Straßenecken angeschlagenen Aufrufes die Arbeiter aufforderte, die Demonstrationen einzustellen, da ihr Zweck vollkommen erreicht sei, wurde die Ruhe wieder hergestellt.

Die eingetretene Ruhe wurde zur Gründung neuer Parteiorganisationen und zu Vorbereitungen des politischen Massenstreiks am Tage der Einberufung des Reichsrates ausgenützt.

Die Regierung trat den Rückzug an. Sie ließ gleich nach der blutigen Demonstration am 4. November durch ihre Presse verkünden, daß die Frage des gleichen Wahlrechtes eifrigst studiert wird. Nach den Prager Demonstrationen wurde in den Regierungsblättern geschrieben, daß die Regierung am Tage des Zusammentritts des Parlaments hinsichtlich des gleichen Wahlrechts eine bindende Erklärung abgeben wird.

Endlich rückte der 28. November an. Dieser historische Tag wird für immer ein Gedenkstein der sozialdemokratischen Bewegung in Oesterreich bleiben, und wird Zeugnis ablegen von ihrer geistigen Reife und Kraft. Ganz Oesterreich erdröhnte unter dem ehernen Schritt der Arbeitermassen; besonders in Böhmen war der politische Massenstreik bis ins kleinste Detail durchgeführt, — die tschechische Sozialdemokratie riß auch das gesamte Bürgertum mit. Es waren nicht nur alle Werkstätten, Fabriken und Geschäfte, sondern auch alle Gasthäuser und Caféhäuser geschlossen; in den Apotheken waren nur die Inspektionen. Dem Massenstreik schloß sich auch das landwirtschaftliche Proletariat an; auf allen Gütern ruhte die Arbeit. Während der Demonstration wurde die Bedeutung des gleichen Wahlrechts vom Balkone des Prager Rathauses erörtert und zugleich der Sieg der russischen Revolution gefeiert. Es war ein vollkommener politischer Massenstreik, wie er wohl in solcher Vollständigkeit zum ersten Male in der modernen Arbeiterbewegung vorkommt.

Währenddem die Hunderttausende vor dem Wiener Parlamente vorbeidefilierten, erklärte der Ministerpräsident Gautsch namens der Regierung, daß am Schlusse des Februar 1906 eine Regierungsvorlage im Sinne des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes vorgelegt werden wird. Am 23. Februar 1906 wurde die Vorlage auch eingebracht und nach langen Kämpfen im Dezember desselben Jahres im Parlamente fertiggestellt. Die Wahlreform gibt zwar nicht das vollkommene gleiche Wahlrecht, sie bedeutet ein großes Unrecht in nationaler und sozialer Beziehung (durchschnittlich entfällt für ganz Oesterreich ein Abgeordneter auf 49 676 Einwohner, bei den Deutschen aber schon auf 39 363, wogegen bei den Tschechen erst auf 55 658), das Wahlrecht ist weiter an eine einjährige Seßhaftigkeit gebunden und schließt die Frauen überhaupt vom Wahlrecht aus. Trotz alledem bedeutet die Wahlreform einen großen Fortschritt gegenüber dem alten Wahlrecht: sie beseitigt die Privilegien des Feudaladels und der Kapitalisten, und befreit Oesterreich von der Kurienschande. Nun ist es an den Arbeitern, das gleiche Wahlrecht auch in den Landtagen und Gemeinden zu erobern.

Neben dem Wahlrechtskampf entfaltete die Partei eine große Agitation gegen die neue Erhöhung des Zolltarifes und dessen Folge: die Verteuerung der Lebensmittel. Durch diesen Kampf gelang es ihr auch, andere Bevölkerungsschichten mitzureißen.

In sozialpolitischer Hinsicht wurde insofern ein kleiner Vorteil erreicht, als dem langjährigen Rufen der Arbeiter nach einer zeitgemäßen Reform der Kranken- und Unfallversicherung und deren Ergänzung durch die Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung zufolge, die Regierung im Dezember 1904 ein Programm über die Reform und Ausbau der Arbeiterversicherung dem Parlament vorlegte. Es bedeutet gerade nicht viel, aber die Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiter werden im neuen Parlament schon Sorge tragen, diese wichtige Sache vorwärts zu treiben.

Die Partei arbeitete auch sonst unermüdlich. Die Kapitalisten suchen aus Furcht vor dem siegreichen Vordringen des Proletariats Schutz in den Armen der römischen Klerikalen. Sie liefern ihnen allmählich die Schule ganz aus. Gegen die Verklerikalisierung der Schule inszenierte die Partei eine derartig wirksame Agitation, daß die Verordnung, nach welcher den Kindern der obligate Besuch der Kirchen und religiösen Uebungen zur Pflicht gemacht wird und deren unbotmäßige Eltern gestraft werden sollten, widerrufen werden mußte. Die höchst notwendige Reform unseres veralteten Eherechtes wollten die Klerikalen mit einer rührigen Agitation, namentlich unter den Frauen, gleich im Keime ersticken, was ihnen jedoch nicht gelang. Auch diese Gelegenheit nützte unsere Partei weidlich aus, unter die breiten Massen des Volkes fortschrittliche Grundsätze zu verbreiten.

Wie tief der Sozialismus bereits das tschechische Volk durchdrungen hat, davon legen ein beredtes Zeugnis die im November vorigen Jahres stattgefundenen Landtagswahlen in dem verklerikalisierten Mähren ab. Bei der ersten Wahl wurden in der allgemeinen Kurie von den tschechischen Sozialdemokraten 79 964 Stimmen gegen 131 687 Stimmen sämtlicher tschechischen bürgerlichen Parteien abgegeben und 5 Abgeordnete erwählt. Bei den Stichwahlen wurden bloß in acht von vierzehn Wahlkreisen für die Sozialdemokraten 79 985 Stimmen abgegeben.

In Böhmen errangen die tschechischen Sozialdemokraten bei Nachwahlen in privilegierten Kurien große Minoritäten und verhinderten die Wahl von ausgesprochenen Reaktionären. Auch bei den Wahlen in die Gemeindevertretungen, in denen die Arbeiter bis jetzt vom Wahlrechte ausgeschlossen sind, wächst die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen. In vielen Landgemeinden gelang es unseren Genossen, die dritten Wahlkörper zu erobern.

Bei den Wahlen in die Arbeiterinstitutionen, und zwar in die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalten, Krankenkassen und Gewerbegerichte, siegen durchweg die sozialdemokratischen Kandidaten. Und so kann mit Fug und Recht behauptet werden, daß nur die Sozialdemokratie die berufene Vertreterin der tschechischen Arbeiterschaft ist.

Diesen großen geistigen Aufschwung nützte die Partei zur Stärkung ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen weidlich aus. Während wir im Jahre 1904 442 politische Organisationen besaßen, haben wir deren jetzt 1517 mit mehr als 100 000 Mitgliedern, welche regelmäßig ihrer Parteipflicht Genüge leisten.

Vereine auf sozialdemokratischer Basis hat die Partei: politische 73, gewerkschaftliche (58 Organisationen mit 1351 Ortsgruppen und Zahlstellen), Bildungs-, Unterstützungs- und Sportvereine 268, Turnvereine 124, zusammen mit zirka 140 000 Mitgliedern.

Die Entwickelung der gewerkschaftlichen Organisationen speziell zeigt folgendes Bild. Es waren:

	Gewerkschaftlich Organisierte	In Bildungs- und sonstigen Vereinen	Zusammen
im Jahre 1897 . . .	5 230	1872	7 102
„ „ 1898 . . .	8 284	5503	13 787
„ „ 1899 . . .	11 744	8012	19 756
„ „ 1900 . . .	13 146	9587	22 723
„ „ 1901 . . .	13 820	8935	22 755
„ „ 1902 . . .	12 948	8074	21 022
„ „ 1903 . . .	15 188	5731	20 919
„ „ 1904 . . .	17 078	4104	21 182
„ „ 1905 . . .	25 790	3721	29 511
„ „ 1906 . . .	58 514	2457	60 971

Die gewerkschaftlichen Organisationen verzeichnen einen Zuwachs von 100 Proz.

Dies sind nur jene Mitglieder, welche der tschechischen Gewerkschaftskommission in Prag angehören, — ein größerer Teil der tschechischen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gehört der Wiener Gewerkschaftskommission an. Die tschechische Gewerkschaftskommission hat 16 Sekretariate und Lokalvertrauensmänner, welche die Agitation und Organisation unter den tschechischen Arbeitern besorgen. Im Jahre 1906 beschickten sie 1087 Vorträge und Konferenzen; in 2251 Fällen wurde unentgeltlicher juristischer Rat erteilt, in 119 Fällen unentgeltlicher Rechtsbeistand gewährt. Außerdem besorgte die Kommission und deren Sekretariate 720 Klagen gegen die Arbeiterunfallversicherungsanstalt in Böhmen. Die tschechische Gewerkschaftskommission intervenierte in 97 Lohnstreitigkeiten, wovon 64 für die Arbeiter günstig erledigt wurden.

Die Frauenbewegung weist in letzter Zeit auch einen Fortschritt auf, doch ist dieser verhältnismäßig nicht so groß wie jener der Männer. Die Frauen bilden weder politisch noch gewerkschaftlich gesonderte Organisationen. Bei den großen Demonstrationen halfen sie tapfer mit, auch bei der jetzt angehenden Wahlbewegung betätigten sich die Frauen sehr lebhaft, trotz ihrer politischen Rechtlosigkeit. Die Organisation der Dienstmädchen macht erfreuliche Fortschritte.

Die Organisation der sozialistischen Jugend schreitet rüstig vorwärts. Sie hat zwar einen selbständigen Zentral-Agitationsausschuß und bildet lokale Sektionen, doch unterliegt sie sonst vollkommen der Leitung der tschechischen Sozialdemokratie. Sie hat auch ein eigenes Organ. In erster Reihe wird eine Reform der Lehrlingsschulen (Verlegung des Abendunterrichtes in die Tagesstunden) erstrebt. Weiter wird eine planmäßige Agitation gegen den Militarismus geführt. Die Jugend geht zumeist unter Führung der Sozialisten nicht mehr betrunken unter wüstem Lärm und Raufereien zu den Assentierungen, sondern demonstrativ in Traueranzügen auf schwarzen Trauerwagen. Die übliche Musikbegleitung spielt Trauermärsche, was eine ungeheure

Sensation hervorruft und agitatorisch ungemein wirkt. Die Behörden verbieten zwar und verfolgen auch diese Demonstrationen, doch läßt sich die Jugend nicht abschrecken, in dieser wirksamen Weise gegen den Militarismus zu demonstrieren.

Die Arbeiter-Turnvereine bilden einen gesonderten Teil der sozialistischen Jugend; zurzeit sind deren 124 mit 7440 Mitgliedern. Sie besitzen ein selbständiges Preßorgan.

Der klassenbewußten Armee des tschechischen Proletariats wurde ein neues Korps angegliedert, und zwar die landwirtschaftliche Arbeiterschaft. Ihre Organisation zählt schon mehrere Tausende und hat auch schon ihr eigenes Blatt. Die wütende Agitation der Agrarier gegen die Sozialdemokratie drängt die landwirtschaftlichen Arbeiter immer mehr in unser Lager.

Wie intensiv die tschechischen Genossen überall arbeiteten, darüber einige Zahlen: In den letzten zwei Jahren (1905 und 1906) veranstalteten sie in Böhmen 22 038 Meetings, öffentliche Volksversammlungen, öffentliche und Vereinsvorträge, in Mähren 6268, in Schlesien 346, in Niederösterreich 109, zusammen also 30 660 Versammlungen, von denen 318 verboten oder aufgelöst wurden.

Diese intensive Parteitätigkeit hatte auch eine große Persekution zur Folge. In den genannten Ländern wurden 3159 tschechische Sozialdemokraten behördlich belangt und von diesen 2748 verurteilt zu Kerker und Arrest in der Dauer von 102 Jahren, 9 Monaten und 29 Tagen; die Geldstrafen betrugen 8806 Kronen.

Die Parteipresse hat sich auch sehr entwickelt. Es bestehen 18 politische Blätter, von denen drei täglich, die anderen wöchentlich zwei- oder einmal erscheinen. Fachblätter hat die Partei 30, eine wissenschaftliche Revue, je ein illustriertes belletristisches, humoristisches, antiklerikales und ein Turner-Fachblatt. Die politischen Blätter wurden in der angeführten Periode 186-, die Fach- und anderen Blätter 26 mal konfisziert.

Die Redakteure wurden in 55 Fällen verfolgt und in 31 Fällen zu Freiheitsstrafen in der Dauer von 6 Monaten und 27 Tagen und 785,38 Kronen Geldstrafen verurteilt.

Der Parteiverlag gab in dieser Zeit Bücher und Broschüren in einer Gesamtauflage von 349 930 Exemplaren heraus, wovon 134 250 Kalender waren.

Die tschecho-slawische Arbeiterpartei legt diesen Bericht der sozialistischen Internationale mit der Versicherung vor, daß sie mit dem Aufgebot aller Kräfte die Emanzipation des Proletariats betrieb. Sie unterließ keine Gelegenheit, die Prinzipien des Sozialismus zu vertreten und die Interessen des klassenbewußten Proletariats wahrzunehmen und zu verfechten, wie es ihr das Programm der internationalen Sozialdemokratie gebietet.

Prag, im Februar 1907.

Anton Nemec. Franz Soukup.

* *
*

Nachtrag.

Der Ausfall der Wahl.

Die tschecho-slawische Sozialdemokratie trat in den Wahlkampf außerordentlich gut gerüstet. Was sie auf dem Weihnachtskongresse 1906 in Prag verheißen hatte, das hat sie auch gehalten. Sie hatte in 1517 politischen Organisationen 99 098 Mitglieder und in 1953 Gewerkschaftsgruppen mehr denn 130 000 Mitglieder aufzuweisen, deren Tätigkeit durch 51 politische und gewerkschaftliche Blätter unterstützt wurde. 100 000 sozialdemokratische Agitatoren traten mit einem Schlage auf den Kampfplatz. Die Wahlen fielen denn auch für die tschecho-slawische Sozialdemokratie günstig aus. Wenn wir von den für die deutschen Sozialdemokraten namentlich in Wien und im nördlichen Böhmen von tschechischen Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen absehen, so wurden auf die in allen 108 tschechischen Wahlbezirken aufgestellten tschechischen Sozialdemokraten insgesamt 399 287 Stimmen vereinigt und 24 Wahlbezirke für die tschechische Sozialdemokratie erobert. Hiervon entfielen auf Böhmen 277 520 Stimmen und 17 Mandate, auf Mähren 101 524 Stimmen und fünf Mandate, auf Schlesien 20 243 Stimmen und zwei Mandate. Im ersten Wahlgange eroberten die tschechischen Sozialdemokraten 22 Mandate und kamen in 52 Stichwahlen, von denen sie nur 2 eroberten. Dieser verhältnismäßig kleine Erfolg bei den Stichwahlen ist die Folge der Haltung der Partei, welche jedes Kompromiß auf das entschiedenste ablehnte, wodurch der Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien erfolgte. Nur eine Losung wurde für die Stichwahlen ausgegeben: Ueberall und unter allen Umständen gegen die Klerikalen. Das „freisinnige“ Bürgertum liierte sich ungescheut mit den Klerikalen unter der Devise: Alles gegen die Sozialdemokraten. Die Partei ist vollkommen zufrieden mit diesem Resultate.

Der Wahlrechtskampf und der Wahlkampf hatten naturgemäß alle Kräfte der Partei absorbiert. Allgemein herrscht in der Partei die Anschauung, daß jetzt das Hauptgewicht auf die Aufklärungsarbeit in der Organisation zu legen sein wird.

Bericht
der polnischen Sozialdemokratie in Oesterreich.
(P. P. S. D.)

Die sozialistische Bewegung unter der polnischen Bevölkerung Galiziens einschließlich des Herzogtums Teschen (Ostschlesien) stand in der Berichtszeit unter dem Einfluß zweier gewaltiger historischer Ereignisse: der Revolution im Zarenreiche und des Kampfes um die Wahlreform in Oesterreich.

Die revolutionären Kämpfe, die im Laufe des Jahres 1905 in Rußland und Russisch-Polen ausbrachen, fanden bei uns ein kräftiges Echo. Wir hielten dreißig öffentliche (die verbotenen nicht mitgerechnet) und Hunderte von vertraulichen Versammlungen ab, deren ausschließliche Tagesordnung die Revolution im Zarenreiche bildete. Einige Male veranstalteten wir Straßendemonstrationen, so im Februar 1905 auf dem Ringplatz in Krakau; während dieser letzteren Demonstration wurde ein Porträt des Zaren öffentlich vernichtet und verbrannt. Die Polizei stürzte hierauf gegen die Demonstranten und verletzte mit blanker Waffe etwa 12 Personen, der Polizeikommissar wurde dabei geohrfeigt. Abgesehen

von den Demonstrationen suchten wir aber auch in unserer Agitationsliteratur den breiten Volksmassen die Bedeutung der Revolution jenseits der Grenze klar zu machen. Ferner sammelten wir Geld, um den Kriegsfonds unserer Brüder in Russisch-Polen zu stärken. In der Presse und im Parlament waren wir bemüht, die Asylfreiheit, welche die Flüchtlinge von drüben auf unserem Boden genossen, gegen alle reaktionären Anschläge zu sichern.

In dem Kampf um das allgemeine, gleiche Wahlrecht zum österreichischen Reichsrat hat die polnische Sozialdemokratie vollauf ihren Mann gestellt. Wir haben in dieser Sache über 300 große Volksversammlungen abgehalten, viele davon unter freiem Himmel und auch mit Demonstrationszügen verbunden, dann Tausende von kleinen und § 2-Versammlungen. An dem gesamtösterreichischen Generalstreik (28. November 1905) beteiligten sich auch bei uns alle größeren Städte und Industriezentren, sowie viele Kleinstädte; auf den Marktplätzen wehte die rote Fahne. In Krakau, Lemberg, Przemysl, Stanislau, Jaroslau war der Streik im strengsten Wortsinne ein allgemeiner; es feierten nicht nur Fabriken und Werkstätten, sondern auch sämtliche Läden, Wirtshäuser, Kaffeehäuser, dazu Tramway und Droschken, ja in Krakau blieb selbst das Theater geschlossen. Nur auf speziellen Wunsch der Partei versahen die Eisenbahner sowie die städtischen Gas- und Elektrizitätsarbeiter auch an jenem Tage ihren Dienst, da wir nicht all unser Pulver auf einmal verschießen wollten.

Bekanntlich kündigte am Nachmittag jenes Tages die Regierung die Einbringung einer Wahlreformvorlage an. Damit war aber der Kampf noch keineswegs zu Ende, am wenigsten in Galizien. Unsere Adelskonservativen und ihre klerikal-demagogischen Handlanger machten die gewaltigsten Anstrengungen, um das Landvolk gegen die in Vorbereitung befindliche Wahlreform mobil zu machen. Wir nahmen die Herausforderung an und gingen selbst aufs Land, bis in die entlegensten Dörfer. In Tausenden von Landgemeinden wiederholte sich nun, was sich vorher in den Städten abgespielt hatte. Die elementar losbrechende Erbitterung des armen, hungernden, auf jeden Schritt schikanierten und gequälten Landvolkes gegen Junker, Bureaukraten und Hetzpfaffen trug uns wie eine Flutwelle in die Höhe. Vielfach unterstützt von der kleinbäuerlich-demokratischen „Polnischen Volkspartei", veranlaßten wir Bauern, Häusler und Landarbeiter zur Absendung ganzer Wagenladungen voll Petitionen zugunsten des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Nicht minder energisch und erfolgreich, wie im rein polnischen Westen, wurde die Landagitation zugunsten der Wahlreform auch in Ostgalizien betrieben. Wir und unsere wackeren ruthenischen Genossen fanden dort Verbündete nicht bloß an den ruthenischen Radikalen, sondern selbst an den ruthenischen Nationalisten, die als Mitglieder eines Bauernvolkes in der Wegräumung der Adelsprivilegien auch ihren Vorteil erblickten.

Heute ernten wir die Früchte dieser Mühen. Wir haben über 30 Kandidaten aufgestellt und hoffen, einige Mandate schon diesmal zu erobern. Daneben dürften zwei, vielleicht auch drei ruthenische Genossen gewählt werden.

Aber keinen Augenblick geben wir uns der Täuschung hin, als ob die Demokratisierung des Zentralparlaments an sich schon ausreichend wäre zur Demokratisierung des gesamten öffentlichen Lebens. Mit nicht geringerem Nachdruck, wie den Kampf um die Reichsratswahlreform,

führten wir den Kampf um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum galizischen Landtag. Im Oktober 1905 veranstalteten wir in ganz Galizien öffentliche Versammlungen zugunsten dieser für uns unendlich wichtigen Forderung; den Reigen führten die am Sitz des Landtags, in Lemberg, wohnhaften Genossen. Um das arbeitende Volk dieser Stadt zu der Hauptaktion vorzubereiten, wurden nicht weniger als 86 vertrauliche und 13 öffentliche Versammlungen abgehalten; am Tage der Landtagseröffnung, dem 13. Oktober, veranstalteten wir dann in Lemberg einen halbtägigen Generalstreik, der auf das vollkommenste gelang. Vom Morgen bis zum Mittag war nicht ein Laden offen, nicht ein Tramwaywagen verkehrte, nicht eine Droschke war zu haben. Die frisch aus der Provinz eingetroffenen gräflichen und freiherrlichen Abgeordneten mußten sich zu Fuß vom Bahnhof nach dem Sitzungssaal begeben. Und während die Stadt einen so ungewohnten Anblick bot, zogen 20 000 Genossen in geschlossenem Demonstrationszug durch die Straßen nach dem Landtagsgebäude, wo eine Deputation der Arbeiter aus 18 Städten bei dem Landmarschall (Präsident des Landtages) vorsprach. Die Deputation, in deren Namen Abgeordneter Daszyński und unser verdienstvoller ruthenischer Genosse Nikolaus Hankiewicz das Wort führten, überreichte dem Landtag eine Petition zugunsten der Wahlreform. Einen Monat später, am 23. November 1905, fand vor dem Landtagsgebäude eine gewaltige Demonstration statt, während welcher die rote Fahne entfaltet wurde und die Genossen Diamand und Hudec von der polnischen und Genosse Simon Wityk von der ruthenischen Sozialdemokratie auf der Straße Reden hielten; gleichzeitig wurden drinnen von der Galerie des Landtags Tausende von Zetteln mit der Inschrift: „Wir fordern das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!“ in den Sitzungssaal geworfen, und ein Genosse hielt von der Galerie herab eine kurze, leidenschaftliche Ansprache. Im Lemberger Gemeinderat aber brachte Genosse Hudec den Antrag ein, den Landtag zur Einbringung der Wahlreform aufzufordern, was einstimmig beschlossen wurde. Auch seither haben wir nicht aufgehört, die Notwendigkeit einer Landtagswahlreform in Wort und Schrift unablässig zu betonen. Diese unsere Bemühungen sind keineswegs erfolglos geblieben. Während der kurzen diesjährigen Frühjahrssession des galizischen Landtags wurde daselbst eine Reihe von Anträgen auf Erweiterung des Wahlrechts eingebracht. Der weitestgehende unter diesen Anträgen ist jener der Polnischen Volkspartei (unsere Partei hat bis jetzt keinen Vertreter im Landtag), welcher das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle volljährigen Männer ohne jede Einschränkung fordert. Während der Herbstsession dürfte die Entscheidung fallen.

Weniger greifbar ist bis jetzt der Erfolg unserer Agitation für eine Reform des Gemeindewahlrechts, die uns gleichfalls bitter nottut. Der plutokratische Charakter dieses Wahlrechts ist schuld daran, daß wir bis jetzt erst in drei Städten, Krakau, Lemberg und Gorlice, je einen Genossen im Gemeinderat sitzen haben.

Die Eroberung der Krankenkassen durch unsere Partei macht alljährlich weitere Fortschritte. Auch die Gewerbegerichte in Krakau und Lemberg befinden sich in unseren Händen.

Unsere politische Presse besteht aus folgenden Zeitschriften:

„Naprzod“ („Vorwärts“), erscheint täglich in Krakau;

„Glos“ („Stimme“), erscheint täglich in Lemberg;

„Robotnik ślązki" („Der schlesische Arbeiter"), erscheint wöchentlich in Tetschen;

„Prawo Ludu" („Volksrecht"), Agitationsblatt für das Landvolk, erscheint wöchentlich in Krakau;

„Jüdische Volksstimme" (in jüdischer Sprache), erscheint wöchentlich in Lemberg.

Als Beilage zum „Naprzód" erscheint monatlich einmal die Frauenzeitschrift „Robotnica" („Die Arbeiterin").

Von der Broschürenserie „Latarnia" („Die Laterne") geben wir alljährlich 9—10 weitere Hefte in einer Durchschnittsauflage von 8000 Stück heraus. Diese Heftchen werden zu 6 Heller das Stück verkauft.

An sonstigen Broschüren und Büchern geben wir jährlich gegen 70 000 Exemplare heraus, dazu kommen gegen 60 000 Ansichtspostkarten und Porträts. Wir legen Wert nicht nur auf inhaltliche Gediegenheit unserer Parteischriften, sondern auch auf einen würdigen künstlerischen Schmuck.

Unsere Gewerkschaftsbewegung, deren Verknüpfung mit der politischen Bewegung eine sehr innige ist, blüht immer kräftiger auf, wobei das kleine, aber dichtbevölkerte und hochindustrielle Ostschlesien voranschreitet. Am 1. Mai betrug die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten in Galizien und Ostschlesien rund 20 600; davon entfallen auf die Bergarbeiter (hauptsächlich in Schlesien) in runder Zahl 10 400, auf die Eisenbahner 4000, auf die Metallarbeiter über 1000, dann folgen die Buchdrucker, die Holzarbeiter, die Bauarbeiter und die Schneider. Seither hat die Organisation wieder vielfach rasche Fortschritte gemacht, so beispielsweise unter den Fabrikwebern von Biala und den Bergarbeitern im Bezirk Chrzanow.

In der Berichtszeit hat eine Reihe lokaler Streiks in einzelnen Städten stattgefunden, die mit verschwindenden Ausnahmen, sei es einen vollständigen, sei es einen teilweisen Erfolg erzielten. In einigen Fällen gelang es auch, eine Lohnbewegung mit beträchtlichem Erfolg zu Ende zu führen, ohne daß ein Streik nötig geworden wäre. An diesen Streiks und Lohnbewegungen nahmen u. a. folgende Berufe teil: Waggonfabriksarbeiter (in Sanok), Klempner, Bauarbeiter, Ziegler, Maler, Tischler, Bildhauer, Hafner, Buchbinder, Hutmacher und Bäcker.

Unsere Gewerkschaftspresse besteht zurzeit aus 6 Zeitschriften, nämlich je einem Fachblatt für die Bergarbeiter, Eisenbahner, Buchdrucker, Metallarbeiter und Schneider, und einem allgemeingewerkschaftlichen Monatsbulletin „Zawodorice".

Bei der Würdigung vorstehender Angaben über die Gewerkschaftsbewegung ist in Betracht zu ziehen, daß, von Ostschlesien und den westlichsten Grenzbezirken Galiziens abgesehen, den Schauplatz unserer Tätigkeit ein noch immer sehr industriearmes Agrarland bildet. Die große Mehrzahl des arbeitenden Volkes in Galizien besteht nicht aus Industriearbeitern, sondern aus Landarbeitern, die zum Teil völlig besitzlos, in der Mehrzahl der Fälle aber Eigentümer kleiner, obendrein zerstückelter, zum Lebensunterhalt einer Familie durchaus unzureichender Landstreifen und ebendeshalb auf Lohnarbeit bei Fremden unbedingt angewiesen sind. Aus diesen Schichten rekrutieren sich jene nach vielen Zehntausenden zählenden Scharen von Wanderarbeitern, die in jedem Frühling unser Land verlassen, um westwärts zu ziehen. Die meisten von ihnen kehren früher oder später heim, und vielen von ihnen gelingt es, durch Zukauf von einigen Hektaren Landes in die Kategorie der selbständigen Kleinbauern aufzurücken; bereits sind aus ganzen Bezirken Westgaliziens die Rittergüter auf dem Wege der Parzellierung verschwunden. Aber die Lage

dieser Parzellenkäufer ist zunächst wenigstens eine recht gedrückte; viele Jahre hindurch haben sie an den wucherisch in die Höhe getriebenen Grund- und Bodenpreisen abzuzahlen. Immerhin ist die Landwirtschaft Galiziens unzweifelhaft in einem Umwandlungsprozeß begriffen, der an die Stelle eines veralteten halbfeudalen Großbetriebes einen relativ moderneren bäuerlichen Kleinbetrieb zu setzen bestrebt ist; und dieser Kleinbetrieb seinerseits bestätigt kräftig genug die Tendenz, sich vom isolierten Einzelbetrieb zur Produzentengenossenschaft empor zu entwickeln. Aber dieser Prozeß geht nicht nur unter schweren Leiden und Opfern, sondern auch ziemlich langsam vor sich; falls nicht etwa die Gesetzgebung beschleunigend eingreift, dürfte das völlige Verschwinden der Rittergüter in Westgalizien vielleicht noch gegen 50 Jahre, in Ostgalizien vielleicht noch ein Jahrhundert auf sich warten lassen. Bis dahin aber haben wir es in den Landgemeinden Galiziens mit einer Bevölkerung zu tun, die einerseits weit davon entfernt ist, ein typisches modernes Proletariat darzustellen, andererseits aber ihrer drückenden Armut wegen auch keinen hinreichenden aufnahmsfähigen Markt für die Produkte einer modernen Großindustrie bildet. Diese geringe Kaufkraft des Landvolkes ist zwar nicht die alleinige Ursache, wohl aber eine der Hauptursachen, warum es, abgesehen von dem aufblühenden Kohlendistrikt Chrzanow im äußersten Nordwesten, mit der Industrialisierung Galiziens so langsam vorwärts geht; und eben deshalb sind unserer Gewerkschaftsbewegung bis auf weiteres ziemlich bescheidene Grenzen gesteckt.

Inzwischen aber schafft der geschilderte Umwandlungsprozeß viele Zehntausende von Zwitterexistenzen, halb Zwergbauer, halb Wanderarbeiter, halb kleiner Landwirt in einem galizischen Dorfe, halb Kohlengräber in Schlesien oder Pennsylvanien oder Fleischkonservenpacker in Chicago. Eine mit solchen Elementen stark durchsetzte Landbevölkerung ist natürlich den sozialistischen Ideen nicht mehr so unzugänglich, wie die weltabgeschiedenen Bauern von ehedem; so erklärt es sich, daß insbesondere in dem westlich von Krakau gelegenen Teil Westgaliziens unsere Landagitation schon jetzt reiche Früchte trägt.

Wie in früheren Jahren, so haben wir auch in der Berichtszeit der Agitation unter dem jüdischen Proletariat rege Aufmerksamkeit gewidmet. Zwar von dem großindustriellen Proletariat Galiziens und Ostschlesiens machen die Juden nur einen verschwindend geringen Bruchteil aus; um so zahlreicher sind in den Städten und Marktflecken Galiziens (und ganz besonders Ostgaliziens) die meist in tiefem Elend dahinlebenden jüdischen Handwerksgesellen, Heimarbeiter und Handlungsgehülfen. Ein besonderes jüdisches Landeskomitee in Lemberg, welchem in den einzelnen Städten lokale Komitees unterstehen, leitet die Agitation unter diesen Arbeitern unter sorgfältiger Berücksichtigung ihrer sprachlichen und kulturellen Eigenart. Wir sind uns bewußt, in dieser Hinsicht allen berechtigten Forderungen Genüge zu tun, und nur der Unerfahrenheit und politischen Unreife einiger jüngerer jüdischer Genossen schreiben wir es zu, daß dieselben vor zwei Jahren unsere Reihen verließen, um eine selbständige „jüdische Sozialdemokratie Galiziens“ zu gründen. Ihre seitherigen bitteren Erfahrungen haben diese jungen Genossen ausreichend belehrt, daß sie trotz redlichster Absicht einen falschen Weg eingeschlagen haben; heute ist diese Sonderbewegung im Erlöschen begriffen.

Italien.

Die gewerkschaftliche Bewegung.

Zwischen dem italienischen Proletariat und demjenigen anderer Länder bestehen außer den Banden der sozialistischen Solidarität noch solche, die infolge einer eigenartigen Erscheinung der wirtschaftlichen Lage Italiens verursacht sind, nämlich durch die Auswanderung der Arbeiter.

Kürzlich stattgefundene statistische Recherchen ergaben eine jährliche zeitweilige Auswanderung von 270 000 Arbeitern nach den Ländern Mitteleuropas. Jeder dieser Auswanderer verbringt ungefähr sechs Monate im Auslande, während durchschnittlich 350 000 andere endgültig Italien verlassen, um nach überseeischen Ländern zu gehen.

Diese grandiosen Strömungen werden in einigen Jahren noch zunehmen, denn man kann vernünftigerweise nicht auf eine schnelle Verbesserung der ökonomischen Zustände, der Ursachen dieser Bewegungen, hoffen, die heute überall den ausländischen Markt beeinflussen. Auch ist die Auswanderungspolitik gerade jetzt von Hauptbedeutung für die Arbeitergewerkschaften und die Sozialdemokratie.

Aus diesem Grunde sind die Führer der italienischen Sozialdemokratie im Begriff, an die Genossen der Länder, nach welchen die italienischen Auswanderer sich begeben, einen detaillierten Bericht über die Bestrebungen und die Kräfte der gewerkschaftlichen Bewegung Italiens zu richten.

Die ersten gegenseitigen, zur Zeit der Risorgimento begründeten Hülfsvereine in der Vorgeschichte der italienischen Bewegung geben uns die Keimform unserer jetzigen beruflichen Organisationen an. 443 dieser Vereine, die durch republikanische Bestrebungen hervorgerufen wurden, tauchten von 1860 bis 1870 auf, d. h. vor dem Sturz des Einzelstaatensystems und der vollständigen Verwirklichung der nationalen Einheit. Sie tragen alle den Stempel des abgeschlossenen Lebens der Ortschaften, in denen sie entstehen, unter der unbedeutenden und ökonomisch sehr zurückgebliebenen Bevölkerung. Sie verbinden Arbeiter aller Arbeiterklassen: einfache Lohnarbeiter und Handwerker neben kleinen Ladenbesitzern.

In gewissen bedeutenderen Mittelpunkten, wo eine vorgeschrittenere industrielle Entwickelung den Arbeiter vom Werkzeug der Erzeugung trennt, verlieren die gegenseitigen Hülfsvereine rapid ihren rein defensiven Organisationscharakter bei Hülfe in Krankheitsfällen oder Altersschwäche, um die kampfesfrohe Haltung der Wortführer der Arbeiterforderungen anzunehmen. Ein Drang ähnlicher Bedürfnisse bei denen, die in früheren Jahrhunderten die Mitglieder einer Gemeinde zu einer geschlossenen Gesellschaft vereinigt haben, hat den Begründern der Vereine zur gegenseitigen Hülfe den mehr und mehr unwiderstehlichen Gedanken eingegeben, sich zwecks einer Verbrüderung zu nähern. Man sieht dann, daß Vereine, wie das Arbeiterkonsulat Mailands (Consolato operaio) oder die Handwerkerbrüderschaft von Florenz (Fratellanza artigiana) den Versuch machen, eine nationale genossenschaftliche Organisation zu begründen, und sie organisieren 77 Gesellschaften mit 4993 Mitgliedern.

Ein ähnlicher Versuch, den man Mazzini verdankt (Le Pacte de Fraternité des Sociétés ouvriéres Italiennes), „Das Verbrüderungsbündnis der italienischen Arbeitervereine", ergibt bessere

Resultate. Die von dem großen Agitator kurz vor seinem Tode im Jahre 1870 begründete Vereinigung, die ihn bis 1880 überlebte, weist einen festeren, gleichartigeren Aufbau auf und eignet sich besser dazu, gegen die Utopien des die menschlichen Interessen betreffenden Gefühls und gegen den Aberglauben der sozialen Harmonie zu kämpfen.

Der Arbeiter wird indessen von der aufblühenden Industrie fortgesetzt ausgenutzt, und die unbegrenzte Arbeitszeit und die Hungerlöhne schaffen ein günstiges Milieu für den Triumph der internationalen Propaganda und die sozialistische Idee.

Im Jahre 1874 entstand die erste nationale Arbeitervereinigung unter den Druckern; ihr folgten bald zwei andere, die der Handschuhmacher und Bäcker.

Gegen 1880 nahm die industrielle Tätigkeit zu, während die Ausdehnung des Stimmrechts auf alle Arbeiter, welche die drei ersten Klassen der Volksschule besucht haben, das Feld der politischen Tätigkeit beträchtlich erweiterte. Die Anzahl der Wählerschaft ging von einer halben Million auf 2½ Millionen Menschen über.

Die Ausstände nahmen zu und erreichten die furchtbaren Dimensionen des Ausstandes der Weber von Como und Biella, welche Abschaffung der Bestimmungen des Strafgesetzbuches gegen die Arbeiterverbindungen vorbereiteten.

Eine beträchtliche Anzahl Arbeiter Süditaliens verkündigten die Notwendigkeit des politischen und ökonomischen Krieges gegen den bürgerlichen Staat und begründeteten im Jahre 1882 die italienische Arbeiterpartei, deren Sozialismus mit anarchistischem und genossenschaftlichem Geiste getränkt war.

Die Arbeiterbewegungen begannen sich einem politischen Mittelpunkte zuzuneigen. Die Propaganda gewann die Bauernschaft für sich, besonders die im Potale. Die Handwerkerliga zeichnete sich immer stärker und innerhalb der Arbeiterpartei ab, wo sie den Grund legte für die Abwehreinrichtungen der Arbeiter, die für die Periode 1890 bis 1900 charakteristisch ist: die Arbeitskammern (Camere del Lavore). Solche Verbindungen von lokalen Gewerkschaften und von Sektionen, gemischt mit Arbeitern verschiedener Industrien, nach dem Muster der Arbeitsbörse von Paris erichtet, gab es im Jahre 1891 im ganzen nur drei oder vier. Im Jahre 1893, zur Zeit ihres ersten Kongresses, konnte man deren schon 13 zählen, die 40 000 Verbündete umfaßten. Verschiedene wurden von den Gemeinden unterstützt; alle forderten von ihren Anhängern einen jährlichen Beitrag von 50 Centimes bis zu 2 Frank.

Die von Crispi geleitete Reaktion hielt im Jahre 1894 den Fortschritt der Arbeiterorganisationen auf. Die Vereine (sie waren fast alle mit der sozialistischen Partei verbündet) wurden aufgelöst und einige Kammern der Unterstützung durch die Gemeinden beraubt. Aber im Jahre 1895 nahm die Bewegung um so schneller und sicherer zu; 20 Börsen und 7 nationale Handwerkerverbände entstanden, während zirka 10 Berufszeitschriften der sozialistischen Presse zu Hülfe kommen.

Im Monat Mai 1898 brach eine neue und heftige Reaktion aus; sie warf sich plötzlich auf die politische und ökonomische Organisation, und zwar so stark, daß die Genossenschaften und die Vereine für gegenseitige Hülfe dahinwelkten, bis zu dem Augenblick, wo die siegreiche Parlamentsobstruktion im Jahre 1900 eine Politik der Anerkennung des Vereins-, Versammlungs- und Streikrechts vorschrieb. In diesen

letzten 10 Jahren hat sich die proletarische Organisation besonders auf beruflichem Gebiete entwickelt. Arbeiter und Bauern haben sich zu Verbindungen, Arbeitskammern, Provinzial-, Bezirks- und nationalen Arbeiterverbänden gruppiert. Im Jahre 1902 entsandte Italien zur Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Stuttgart die Vertreter von 500 000 gewerkschaftlich organisierten Italienern.

Die Ausstände in der Industrie oder in der Landwirtschaft betrugen in der Zeit von 1860—1880 jährlich 35, im Jahre 1881 45, 1882 49, 1883 76 und im Jahre 1901 1671. Fast immer endeten sie mit einem Siege der proletarischen Organisation, der die unvorbereitete bürgerliche Klasse keinen Widerstand leistete. 80 Arbeitskammern wurden begründet sowie auch zahlreiche Handwerkerverbände. Das Industriewesen der nördlichen Provinzen eroberte teilweise einige südliche Provinzen. Bald genügten die Arbeitskammern mit ihren lokalen Einrichtungen nicht mehr für die Leitung der Politik der Arbeitergewerkschaft; die Industrien wurden national und die nationalen Handwerkerverbände vermehrten sich. Kammern und Verbände stritten in Italien auch um Kompetenzfragen. Der italienische Verband der Arbeitskammern, der nach der Konferenz von Stuttgart in ein zentrales Sekretariat der Abwehr umgewandelt wurde (Secretariato Centrale Resistenza), wurde das gemeinsame Heim der Kammern und der Handwerkerverbände.

Mittlerweile entstanden Konflikte, die meistenteils durch den Widerhall der innerlichen Mißhelligkeiten bei der sozialistischen Partei verursacht wurden; während diesen führte die Gewerkschaftsorganisation die Bewegung. Und andererseits organisiert sich die kapitalistische Klasse von neuem stark zum Angriff und zur Verteidigung. Lock-outs traten an die Stelle der Ausstände und Niederlagen folgten auf die Siege von 1901/1902.

Im Jahre 1903/04 gelang es den Kapitalisten, einen großen Teil der in den zwei vorhergehenden Jahren vollbrachten Arbeit zu zerstören, des goldenen Zeitalters der italienischen Arbeiterbewegung.

Der Generalstreik im September 1904, dieser großartige Protest gegen die den Polizeiagenten und den Offizieren der Armee für ihre heftigen Unterdrückungen der Arbeiterbewegungen bewilligte Straflosigkeit, hat neben der bewundernswürdigen Einmütigkeit der Volksbegeisterung die Schwäche eines Proletariats bewiesen, das noch nicht fähig ist, die Arbeit des langsamen, regelmäßigen und hartnäckigen Eindringens zu vollführen, die die Eroberung der ökonomischen und politischen Macht fordert.

Ein erster Kongreß der Kammern und Verbände, der im Januar des Jahres 1904 in Genua abgehalten wurde, war im Grunde nur eine Reihe von Streitigkeiten zwischen den Reformisten und den von Anarchisten und Republikanern unterstützten Revolutionären. Er wurde tatsächlich aufgelöst, nachdem er zwei sich völlig widersprechende Wünsche über den obersten Arbeiterrat und den Generalstreik geäußert hatte und ohne einen leitenden Rat für das Zentralsekretariat der Abwehr ernennen zu können, der von da ab jeden Einfluß verlor und dem es sogar nicht möglich war, die Statistik der im Jahre 1906 organisierten Arbeiterkräfte abzufassen. Von da ab hörten sogar alle seine Beziehungen zu dem internationalen Sekretariat der Arbeitergewerkschaften auf.

Heute blühen wir glücklicherweise von neuem auf. In den ökonomischen Organisationen sind die Gegensätze unter sozialistischen Schulen

weniger heftig und der Antisyndikalismus hat sich auf dem Kongreß der sozialistischen Partei und auf dem in Mailand von den ökonomischen Organisationen des Proletariats vom 29. September bis zum 1. Oktober desselben Jahres behauptet.

Aus diesem Arbeiterkongreß ist an Stelle des Zentralen Sekretariats der Abwehr die Allgemeine Arbeiter-Federation hervorgegangen, der im Laufe einiger Monate mehr als 150 000 Arbeiter beigetreten sind.

Es ist unmöglich, genau die um die Federation gruppierten Kräfte zu berechnen; aber ihr Bestehen ist von da an gesichert, und die kleine Zahl der Verbindungen, die der Minorität auf dem Kongreß von Mailand treu geblieben ist, hat übrigens schon beschlossen, der neuen Organisation beizutreten.

Die Federation hat eine Nationalkomitee und einen in Turin residierenden Rat (Corso Siccardi 12), der aus Sozialisten besteht, die auf den politischen Kongressen zugunsten der Reformisten oder Integralisten gestimmt haben. Sein wöchentliches Organ, „La Confederazione del Lavoro", wird von dem ehemaligen Arbeiterabgeordneten Rinaldo Rigola geleitet.

Langsam, aber beständig, vervollständigen sich die Kräfte der gewerkschaftlichen Organisation in Italien, auch die Zahl der Ziele, die sie sich als Klassenorganisation gesteckt hat, vermehrt sich.

Ganz zuletzt hat sich ein Einverständnis zwischen der Allgemeinen Arbeiter-Federation, dem Nationalen Verband der Genossenschaften und dem Italienischen Verband der Gesellschaften für gegenseitige Hülfe gebildet, das als Gegenstand die Propaganda zugunsten der Ziele, die diesen drei ursprünglichen Formen der proletarischen Bewegung gemeinsam sind. Von den neun Leitern des Verbandes der Genossenschaften, der 1379 Genossenschaften für Produktion und Konsum umfaßt, sind sieben Sozialisten; der Verband der Gesellschaften für gegenseitige Hülfe, der 867 Gesellschaften umfaßt, ist auch in den Händen von Sozialisten, Republikanern und Demokraten. Ohne Zweifel wird man nicht lange auf diese Kräfte wie auf wahrhaft sozialistische Kämpfer rechnen dürfen, und man muß gestehen, daß die wichtigsten genossenschaftlichen Verbände in Genua, Reggio-Emilia, Turin, Livorno sich nicht auf dem Boden des Klassenkampfes gestellt haben. Die beiden täglichen sozialistischen Zeitungen von Genua und Reggio-Emilia werden von den Genossenschaften unterhalten und der sozialistische Geist belebte die grandiose Genossenschafts-Arbeiter-Glaserei, die am Tage nach einer rohen Schlacht der Glasarbeiter gegen die „Gewerkschaft" ihrer Herren begründet wurde und die heute fünf große Genossenschaftshäuser, 1338 Mitglieder und ein Grundkapital von 450 000 Frank hat.

Die italienische genossenschaftliche Organisation hat zwei charakteristische Merkmale, die ihr durch die Mitwirkung der Arbeiter unter den Tagelöhnern (braccianti) und durch die Kollektiv-Verpachtungen verschafft wurden, Verbände, dank denen die Landarbeiter sich in verbündete Produzenten zur gemeinschaftlichen Ausbeutung des in Pacht genommenen Bodens verwandeln. Diese beiden genossenschaftlichen Verbände bilden den Mittelpunkt der sozialistischen Bewegung in einer gewissen Anzahl von Provinzen, wo die Wahlkreise seit damals im Besitze der sozialdemokratischen Partei sind.

Unsere Tabelle der gewerkschaftlichen Organisation, wie man sie in Italien in den Arbeitskammern und den nationalen Handwerkerverbänden sehen kann, ist nach den Angaben des nationalen Arbeiter-

Bureaus und denjenigen, die wir selbst eiligst sammeln konnten, da die Statistik der Allgemeinen Arbeiter-Federation nicht vor Ende des Jahres herausgegeben werden darf.

Aber man kann nicht die ganze proletarische Bewegung Italiens beurteilen, wenn man nicht die Bestrebungen in Betracht zieht, welche die Organisation der Angestellten hat, der Politik der Arbeitergewerkschaft zu folgen. So z. B. haben „l'Unione Magistrale Nazionale" (der nationale Verband der Lehrer und Lehrerinnen Italiens), der 35 000 Mitglieder zählt und dessen Verwaltungsrat zum großen Teil aus Sozialisten besteht, sowie auch die Federation der Angestellten wiederholt ihre Sympathie für die Arbeiterbewegung bezeugt.

Das Fehlen der Statistiken hindert uns, eine ausführliche Tabelle über den finanziellen Stand dieser Organisationen herauszugeben, deren Bücher bis in diesen letzten Jahren sehr schlecht geführt wurden.

Nach einer Durchsicht der im Jahre 1903 der Arbeitskammer zu Mailand, der bedeutendsten Italiens, vorgelegten Bilanzen, ist der Stand der Einnahmen und Ausgaben der 48 Gewerkschaften, die zu dieser Einrichtung gehören und 20 413 Mitglieder vertreten, folgender:

Einnahmen . . .	328 056,30	Frank
Ausgaben . . .	326 247,76	„

verteilt wie folgt:

Beiträge zu professionellen Vorträgen und allgemeine Ausgaben für die Propaganda	853,60	Frank
Unterstützungen: Arbeitslosigkeit	41 244,16	„
„ Streiks	33 340,33	„
„ Sympathiestreiks	21 579,12	„
„ Krankheit	72 013,60	„
„ Reise	1 568,94	„

Achtzehn nationale Verbände, die 107 210 Mitglieder zählen, haben ein Budget von im ganzen 890 381 Frank Einnahmen und 716 186 Frank Ausgaben. In dieser Gesamtsumme betragen die Einnahmen der Verbandsgenossenschaft der Flaschenarbeiter 430 152 Frank und die Ausgaben 403 128 Frank.

Es steht fest, daß die Summe der Gewerkschaftsbeiträge in Italien viel niedriger ist als in Deutschland oder in England. Auch können die italienischen Gewerkschaften nicht immer lange Ausstände aushalten oder angemessen ihre Propaganda oder den Dienst ihrer professionellen Presse organisieren.

Im Durchschnitt bewilligen die Arbeitergewerkschaften (Arbeitskammern, nationalen Verbände oder lokalen Vereine) nicht mehr als 1600 Frank jährlich pro Person, die gewöhnlich zusammen die drei Aemter des Sekretärs, Chefredakteurs und Propagandaleiters versehen. Aber man muß nicht vergessen, daß das italienische Proletariat wenig an die methodische Arbeit gewöhnt ist, und daß sie außerdem schlecht bezahlt wird.

Die letzten Recherchen der Generaldirektion der Statistik haben den heutigen Durchschnitt der Stundenlöhne in verschiedenen Industrien von 1871 bis 1903 festgestellt:

1871 . .	0,171	Frank
1880 . .	0,221	„
1890 . .	0,253	„
1900 . .	0,260	„
1903 . .	0,265	„

Eine viel gründlichere Untersuchung, die im Jahre 1903 in Mailand von der **Umanitaria** vorgenommen wurde, hat bewiesen, daß von den 280 519 von der Mailändischen Gesellschaft gezählten Arbeitern 165 305 tatsächlich beschäftigt waren. Da 122 397 von ihnen ihren Lohn angegeben hatten, hat man feststellen können, daß 71,45 Proz. der gezählten männlichen Arbeiter: 62 201 Personen 1 bis 3 Frank täglich erhielten, während 91,31 Proz. der Frauen: 41 389 Arbeiterinnen einen zwischen 1 Frank und 1,50 Frank schwankenden Tagelohn erhielten.

Wenn man nach diesen Angaben die Verdienste der 48 867 der Untersuchung unterworfenen Arbeiterfamilien berechnet, findet man, daß 33 625 von ihnen (71,74 Proz.) einen jährlichen Verdienst von 721 bis 1825 Frank haben; die 125 809 Personen, aus denen sie bestehen, sind 75,10 Proz. der Gesamtheit, die einen Verdienst unter 1 Frank täglich haben; die 55 744 Personen, die den Rest des Prozentsatzes bilden (24,90 Proz.) verdienen von 1,20 bis 1,50 Frank täglich.

Keine gewerkschaftliche Organisation hat sichtbare Beziehungen zu der politischen Partei, aber die professionelle Presse, die ungefähr 50 Zeitungen besitzt, von denen die meisten rein sozialistische Tendenz haben, ist fast gänzlich in den Händen von Sozialisten, sowie die Arbeitskammern und die bedeutendsten Verbände. Kleinere Arbeiterverbände werden von Republikanern oder Anarchisten geleitet; aber ihre Tendenzen sind durchaus nicht in den meisten Kammern oder Arbeiterverbänden vertreten. Die Führer des Allgemeinen Arbeiterverbandes nehmen an den Versammlungen der sozialistischen Parteileitung teil. Vollständige Solidarität besteht in den großen Bewegungen zugunsten der Steuerreform, in der Durchführung sozialer Gesetze, dem Antimilitarismus und dem Antiklerikalismus.

Die dargestellten Tatsachen beweisen, daß sich im Innern der gewerkschaftlichen Bewegung ein sozialistisches Bewußtsein entwickelt, dessen Ausdehnung und Lebensfähigkeit ohne Zweifel mit der Zahl der die Macht habenden Proletarier zunehmen werden.

Gleichwie die Ereignisse anderswo sind, versuchen die italienischen Arbeiterorganisationen besondere Vorkehrungen zu treffen, um ihre offensiven und defensiven Kräfte zu vermehren. Darum haben auch verschiedene Arbeitskammern Stellenvermittelungsbureaus errichtet, die seit einigen Monaten mit dem Zentralbureau der Arbeitskammer von Mailand in Verbindung stehen und stark von der **Umanitaria**, einer sozialen Hülfseinrichtung, unterstützt werden, die von einem Schüler Owens begründet und mit 13 Millionen beschenkt wurde, und die heute fast gänzlich von Sozialisten verwaltet wird. Die „Umanitaria“ unterstützt auch die gewerkschaftlichen Kassen für Arbeitslose, indem sie 50 Proz. zu den eingezahlten Beiträgen zugibt. Sie unterhält auch ein Arbeitsbureau, über welches die gewerkschaftliche Organisation auch das Recht der Kontrolle hat, und mit dem ein Uebersetzungs- und Auskunftsbureau verknüpft ist, das dazu dient, die Beziehungen der italienischen Arbeiterklasse zu den transalpinen gewerkschaftlichen Organisationen zu vermehren. Sie hat endlich auch ein Bureau für zeitweise Auswanderung begründet, deren Rat von den Arbeitergewerkschaften ernannt ist, die direkt interessiert sind und beständig zu denen der Länder in Beziehung stehen, nach denen sich die Auswanderer begeben. (Consorzi per la difesa delle Emigrazione temporanea.)

In einigen großen Industriezentren hat die Arbeiterorganisation Auskunfts- und Hülfsbureaus für die Opfer bei Arbeitsunfällen errichtet.

Dies ist die Entwickelung und so sind die jetzigen Kräfte der ökonomischen Organisation des italienischen Proletariats belehrt durch schwere Erfahrungen und durch Vergleich der ihrigen mit denen anderer, vervollkommnen die italienischen Arbeiter ihre Widerstandsfähigkeit der bürgerlichen Klasse gegenüber und flößen ihren gewerkschaftlichen Eroberungen einen lebendigen politischen Geist ein. Aber wenn sie in die Fußstapfen der Sozialisten nach der vollständigen ökonomischen Organisation zuschreiten, so geschieht das dadurch, daß sie sich in gleicher Entfernung von der törichten Eingenommenheit für die „direkte Handlung" und von der Abhängigkeit einer politischen Partei halten.

Rom, April 1907. Angiola Cabrini, Berichterstatter.

* * *

Arbeitskammern 1907.

Zahl der Kammern	89
„ „ Abteilungen (Verbände)	2 657
„ „ Mitglieder	365 054

Federationen 1907.

1.	Bergarbeiter	14	2 065
2.	Marmorschneider	24	1 735
3.	Metallarbeiter	110	26 855
4.	Chemische Industrien	5	652
5.	Tonarbeiter	27	1 352
6.	Flaschenarbeiter	6	900
7.	Glasarbeiter	11	147
8.	Glasschleifer	17	1 010
9.	Bauarbeiter	468	33 211
10.	Gasarbeiter	41	3 847
11.	Holzarbeiter	75	3 308
12.	Buchbinder	141	11 221
13.	Lithographen	10	1 000
14.	Weber und Färber	49	5 566
15.	Fellarbeiter	19	1 453
16.	Schuhmacher	58	1 900
17.	Hutmacher	37	3 590
18.	Bäcker	100	7 243
19.	Friseure	14	621
20.	Krankenwärter	54	3 300
21.	Ital. Gewerkschaft d. Eisenbahnbeamten	1050	40 000
22.	Hafenarbeiter	26	6 580
23.	Seearbeiter	24	20 462
24.	Beamte	54	8 412
25.	Erdarbeiter (Nationaler Verband, der 11 Provinzialvereine umfaßt)	—	74 509
		2452	230 931

Von den 228 447 organisierten Arbeitern sind ungefähr 180 000, die alle ebenfalls den Arbeitskammern angehören. Andererseits ist eine große Anzahl der Mitglieder von Arbeitskammern noch nicht in Handwerkerverbänden organisiert. Der letzte Kongreß der Arbeiterorganisationen hat für das Prinzip der zeitweiligen Zugehörigkeit zu einem Verband und zur lokalen Arbeitskammer gestimmt.

Bericht
der armenischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisation (im Kaukasus) an das internationale sozialistische Bureau über ihre Tätigkeit in den letzten Jahren.

Uebersetzt von Bolt.

Das politische Schicksal und die Bedingungen der sozialistischen Propaganda jeder zielbewußten Arbeiterpartei sind ungemein schwer in derjenigen Gegend, wo es eine solche despotische Staatsmacht verwaltet, wie die russische und wo solche halbbarbarischen Zustände herrschen wie im Kaukasus.

Die organisierte Arbeiterbewegung im Kaukasus und speziell unter den Armeniern ist eine neue Erscheinung. Die schwache ökonomische Entwickelung und der langsame kulturelle Fortschritt einerseits, die starke armenisch-nationalistische Bewegung andererseits, haben es stets verhindert, in dem armenischen Proletariat eine organisierte Arbeiterbewegung herauszubilden. Die Zukunftsträumereien der armenischen Bourgeoisie bezüglich der Befreiung des türkischen Armeniens durch den Aufstand und die europäische „weitherzige" Diplomatie haben das Fühlen und Denken des armenischen Proletariats gefesselt und dasselbe im Zaume gehalten, an eigene Interessen zu denken und für dieselben zu kämpfen.

Aber der Eintritt und der weitere Vormarsch des Sozialismus kann nur verzögert, nicht aber aufgehalten werden. Trotz allen unüberwindbaren Schwierigkeiten ist es der armenischen Sozialdemokratie gelungen, in den letzten Jahren (seit 1904) einen festen Boden in den Industriestädten des Kaukasus, besonders in Baku, zu schaffen und den besten und bewußten Teil des armenischen Proletariats zu organisieren.

Worin besteht nun die Physiognomie und konkrete Tätigkeit, die reale Kraftäußerung der armenischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisation? Das sei in kurzen Zügen erwähnt.

Das Programm.

Die erste Konferenz der armenischen Sozialdemokratie im Jahre 1905 erweiterte und bestätigte das Organisationsprogramm, das in seinen ökonomisch-politischen Forderungen genau dasselbe wie das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands ist. Einige Punkte unseres Programms sind dem deutschen sozialdemokratischen Programm entnommen.

Das Organisationssystem.

Die armenische Sozialdemokratie hat genau dasselbe Organisationssystem wie der jüdische Arbeiterbund, die polnische sozialdemokratische Partei (P. S. D.) und die lettische Sozialdemokratie; d. h. diejenigen Einheiten, die nach der theoretischen Ueberlegung und praktischen Zweckmäßigkeit jahrelang fordern, daß das Proletariat des gesamten russischen Reiches nicht auf einer straff zentralistischen, sondern auf einer breiten demokratischen Grundlage organisiert sein muß, und zwar so, daß das Proletariat jeder Nation nur in dem Maße einheitlich und selbständig auf dem nationalen Boden organisiert sein muß, in

welchem die ganze soziale Struktur und die Klassenverhältnisse einer Nation sich von der anderen unterscheiden. Dann erst sollen sich die nationalen Organisationseinheiten des gesamten Proletariats in einer großen Partei — in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands — fest vereinigen, um den allgemeinen politisch-wirtschaftlichen Klassenkampf zusammen zu führen. Aber die russische Sozialdemokratie wollte lange Zeit davon nichts hören und wissen. Erst im Jahre 1906, auf dem sogenannten IV. Vereinigungskongreß, hat sie die eiserne Notwendigkeit erkannt, die wesentlichen Punkte des oben genannten Organisationssystems anzunehmen, wodurch der jüdische Arbeiterbund, die polnische sozialdemokratische Partei und die lettische Sozialdemokratie als einheitliche Organisationsglieder in die Partei eingetreten sind. Der armenischen Sozialdemokratie ist leider diesmal dasselbe Schicksal nicht zu teil geworden, doch hofft sie aber, in der nächsten Zukunft mit denselben prinzipiellen Bedingungen*) in die Partei einzutreten.

Das Organisationsstatut.

1. Mitgliedschaft. Mitglied der armenischen Sozialdemokratie ist jeder, der das Programm der Organisation anerkennt, sich der Parteidisziplin unterwirft und durch Tätigkeit (ideell und finanziell) die Organisation regelmäßig unterstützt.

2. Die höchste gesetzgebende Instanz der Organisation ist der Parteitag, der vom Zentralkomitee jedes Jahr einberufen wird. Die Delegierten des Parteitags werden von der organisierten Arbeiterschaft auf demokratischer Grundlage gewählt.

3. Das Zentralkomitee wird vom Parteitag gewählt und ist in den Grenzen seiner Direktiven das höchste Organ der ganzen Organisation. Das Zentralkomitee übernimmt die allgemeine Leitung von einem Parteitag bis zum nächsten, es kontrolliert die Durchführung der Parteitagsbeschlüsse, es hat die Vertretung im Verkehr mit den anderen sozialistischen Organisationen, es verfügt über die Zentralkasse und leitet das Zentralorgan.

4. In großen Arbeiterstädten hat die Organisation ihre Lokalkomitees, deren Aufgabe in der Organisierung und Leitung des lokalen Proletariats besteht. Zu diesem Zwecke organisiert jedes Lokalkomitee Agitatoren- und Propagandistengruppen, veranstaltet Vorträge und Diskussionen, gibt Flugblätter und Proklamationen heraus, organisiert ferner Streiks und Demonstrationen, die ja in Rußland gewöhnliche Erscheinungen sind, leitet dieselben und unterstützt sie finanziell.

5. Die armenische sozialdemokratische Organisation hat ein ausländisches Komitee, das als ihr Vertreter im Auslande gilt, in Verkehr mit dem internationalen sozialistischen Bureau tritt und eine Reihe verschiedener Parteipflichten übernimmt.

Die politische Klassenerziehung des armenischen Proletariats.

Die wichtigste Aufgabe der armenischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisation hat stets darin bestanden, mit planmäßiger Belehrung und Aufklärung das Proletariat zum Klassenbewußtsein und zur sozialistischen Ueberzeugung zu bringen. Abgesehen von polizeilichen Hindernissen gegen jede sozialistische Propaganda, hat die armenische Sozialdemokratie noch sehr viele Feinde und Gegner in der

*) Neue Zeit", XXV. Jahrg., Nr. 3, S. 103: „Vereinigungsstatut".

beschränkten armenischen Wirklichkeit. Die nationalistischen Parteien, namentlich die stärkste von allen diesen, die sogenannte „Daschnakzutün" („Föderation"), wollten während des armenisch-tatarischen blutigen Bürgerkrieges jede Existenzmöglichkeit der sozialistischen Bewegung mit Gewalt und Umtrieben (nicht minder barbarisch und ekelhaft wie die polizeiliche Schikane) völlig abschaffen. Die armenische Sozialdemokratie aber hat nicht nur diese schwierige historische Probe zu bestehen gewußt, sondern auch ihre Ehrenrolle festzuhalten den Mut gehabt. Sie hat nicht nur die infolge der Metzelei arbeitslos gewordenen Proletarier durch Sammlungen und Schenkungen finanziell unterstützt, sondern sie hat auch ihre Aufklärungsmission in der armenischen Arbeiterschaft, mitunter auch in der tatarischen, unerschrocken fortgesetzt. Und unter solchen Umständen hat die junge armenische sozialdemokratische Bewegung binnen drei Jahren ungefähr 3000 Arbeiter organisiert — der bewußteste und kampfbereiteste Teil des armenischen Proletariats überhaupt.

Die Mittel, wodurch die armenische Sozialdemokratie das organisierte Proletariat zu erziehen, zu belehren, aufzuklären und zum politisch-revolutionären Kampf zu führen verstanden hat, sind ganz verschiedene. Es sind z. B.: 1. Planmäßige Propaganda in kleinen Gruppen. 2. Proklamationen über wichtige politische Fragen. 3. Agitation in großen Massenversammlungen. 4. Populäre Broschüren.

Die Massenversammlungen haben in den letzten Jahren eine große Bedeutung gezeigt, besonders in den großen Bewegungen, wie z. B. der 1. Mai, allgemeinen Streiks und verschiedenen politischen Aktionen; solche Massenversammlungen haben in allen Industriestädten stattgefunden. In Baku allein hat das lokale Komitee der armenischen sozialdemokratischen Organisation nur im Jahre 1906, besonders während des Dumawahlkampfes, 217 Massenversammlungen veranstaltet, an denen sich etwa 24 440 Arbeiter beteiligt haben. Man hat da die wichtigsten Tagesfragen behandelt, z. B. über die Reichsduma, über den politischen Streik, über den armenisch-tatarischen Bürgerkrieg, über die internationale Solidarität des Proletariats usw. Es sind außerdem in demselben Jahre sehr viele Diskussions- und Vortragsabende veranstaltet worden (allein in Baku hat das lokale Komitee 23 Diskussionen gehabt, an denen sich 2445 Arbeiter beteiligt haben), wo die sozialdemokratischen Redner mit den bürgerlichen Parteien abgerechnet haben. Es sind da verschiedene Themata behandelt worden, so z. B.: „Die armenischen nationalistischen Parteien „Daschnakzutün" und „Hutschakisten", „Die Frage der politischen Föderation in Rußland", „Die Arbeiterbewegung und die armenische Sozialdemokratie", „Die armenisch-tatarische Metzelei und die polizeiliche Provokation der Regierung", „Der ökonomische Materialismus" usw.

Die Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaftsbewegung ist überhaupt in Rußland und besonders im Kaukasus eine neue Erscheinung. Wohl sind auch früher elementare Ausbrüche in verschiedenen Industriezweigen und Werkstätten vorgekommen, aber einen programmatischen ökonomischen Kampf mit sozialistischem Bewußtsein und Leitung haben die sozialdemokratischen Organisationen Rußlands nur in den letzten Jahren zu verzeichnen.

Die armenische sozialdemokratische Organisation hat in vielen Städten (in Baku, Batum, Alexandropol usw.) ihre gewerkschaftlichen Organisationen. Im ganzen verfügt sie über 2000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Das Hauptmittel des wirtschaftlichen Kampfes ist der Arbeiterstreik gewesen, dessen Heimat im Kaukasus immer die reiche Industriestadt Baku ist. Das lokale Komitee von Baku hat im Jahre 1906 über 30 Arbeiterstreiks veranstaltet, die im ganzen 200 Tage gedauert haben und die fast alle den Sieg davongetragen haben.

Die Teilnahme der armenischen sozialdemokratischen Organisation an den internationalen sozialistischen Beratungen.

Die armenische sozialdemokratische Organisation hat ihre Vertreter in der allgemeinen Rigaer Konferenz der sozialdemokratischen Organisationen Rußlands (1905), in der Genfer Konferenz derselben Organisationen, in den Beratungen des internationalen sozialistischen Bureaus (1906), in der internationalen parlamentarischen Konferenz zu London (1906) gehabt.

Presse und Literatur.

Von Anfang an hat die armenische sozialdemokratische Organisation große Aufmerksamkeit auf die Presse und Literatur gewandt, als das wichtigste Mittel zur planmäßigen Erziehung und Belehrung des Proletariats auf dem wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gebiete. Außer den grundlegenden sozialistischen Problemen sind die brennenden Tagesfragen über den revolutionären Kampf gegen die absolutistische Herrschaft und die nationalistischen Bestrebungen der armenischen Bourgeoisie das Behandlungs- und Erörterungsmaterial der Presse und Literatur gewesen.

Das erste offizielle Organ der armenischen sozialdemokratischen Organisation ist der „Sozialist" gewesen (1904—1906, anfangs in Baku, nachher in Genf), nachher die Wochenschrift „Kiank" („Leben") und ihre Fortsetzung bis jetzt „Dzain" („Stimme"), beide in Tiflis. In der nächsten Zukunft wird die Tageszeitung der Organisation — „Banwor" („Arbeiter") — in Baku erscheinen. Die Broschürenliteratur, meistenteils Uebersetzungen aus den deutschen sozialistischen Werken, findet eine Massenverbreitung unter den Arbeitern sowohl wie unter anderen Volksklassen. Bis jetzt sind über 20 Broschüren erschienen, teils im Auslande, teils in Rußland.

Im Laufe ihrer Tätigkeit hat die armenische Sozialdemokratie finanzielle Unterstützung erhalten: von dem internationalen sozialistischen Bureau und von der deutschen Sozialdemokratie.

Das ist das Charakterbild der armenischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisation in kurzen Zügen. Selbstverständlich ist es hier unmöglich, das ganze reale Bild der Organisation und alle Seiten ihrer Tätigkeit erschöpfend darzustellen.

Uebersetzt und mit Stempel bestätigt vom ausländischen Komitee der armenischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisation.

S. Kagramanian.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei Finnlands.

In dem im Jahre 1904 erschienenen Berichte des Sekretariats ist die Arbeiterbewegung Finnlands bis zum Ende des Jahres 1902 beschrieben worden. Seit jener Zeit hat die Bewegung unter sehr schwierigen Verhältnissen gewirkt. Die Partei nahm auf dem Kongreß 1903 den Namen „Die sozialdemokratische Partei Finnlands“ und zugleich ein neues Programm an. Dies enthält einen prinzipiellen Teil, der nach den Grundsätzen der internationalen Sozialdemokratie gebaut ist, einen besonderen Teil für allgemeine Kleinforderungen, einen für kommunale, einen für Arbeiterschutz und einen für Bodenreform. Der prinzipielle Teil wurde bald nach dem Erscheinen von der finnischen Preßverwaltung konfisziert. Die noch damals herrschende präventive Zensur gestattete es nur bisweilen, die Benennung „Sozialdemokratische Partei“ in den legalen Zeitungen zu drucken, aber in langen Zeiten war das ganz und gar verboten. Auch die Publizierung anderer sozialdemokratischer Forderungen war sehr schwierig. Die Preßbeamten befahlen z. B., daß man sich hüten solle, Zitate aus den Werken von Marx, Engels und Lassalle in Arbeiterzeitungen zu publizieren! Die Arbeiterversammlungen waren unter polizeilicher Aufsicht. Wenn daselbst etwas gegen die Regierung behauptet wurde, mischte sich die Polizei ein. Eine erhebliche Anzahl der tüchtigsten Parteigenossen mußten in Untersuchungshaft und Gefängnissen oft wochenlang bleiben. Durch polizeiliche Maßnahmen versuchte man auch die Tätigkeit der legalen gewerkschaftlichen Arbeitervereine zu beschränken. Für eine Zeit wurde folgender polizeilicher Befehl erlassen: nicht einmal die statutarischen gewerkschaftlichen Vereine haben Versammlungsrecht ohne polizeiliche Erlaubnis.

Zur Zeit jener Bobrikoffschen Unterdrückungsperiode war unsere Partei noch zu schwach. Die Zahl der zahlenden Mitglieder war zu Beginn des Jahres 1903 nur 8300, am Schlusse des Jahres jedoch 13 513. Die Parteitätigkeit wurde wegen der geringen Mitgliederzahl auf die Aufklärung der Massen gerichtet. Die Partei war ja mehr der Macht bedürftig. Sie versuchte, die legalen, obwohl sehr beschränkten Agitationsmöglichkeiten zu bewahren und zu benutzen. Darum war die Politik der Partei der Regierung gegenüber vorsichtig. Nur einige Seiten des Programms waren hauptsächlich Gegenstand der täglichen Parteitätigkeit. Man hatte die Freiheit, für die meisten Kleinforderungen des Programms Propaganda zu machen. Den politischen Klassenkampf konnte man öffentlich nur gegen einen Teil der finnländischen Bourgeoisie führen. Jene Wirkungsfelder boten jedoch reichliche Ursachen, um mit ihrer Hülfe demokratische Anschauungen und ökonomische Mißstände der Gesellschaft den Arbeitern anschaulich zu machen. Besonders taugte die mittelalterliche, aber damals noch bestehende „Vertretung der vier Stände Finnlands“ (der Landtag) zum Objekt des politischen Klassenkampfs. Das erste Viertel des Landtags — „Die Ritterschaft und der Adel“ — war als Ueberbleibsel der vergangenen Unterdrückungsform vom Volke sehr verhaßt. Das zweite Viertel repräsentierte hauptsächlich nur die Interessen der Geistlichen. Das dritte nur die der Gutsbesitzer. Das vierte bestand aus den Abgeordneten der reichsten Bewohner der Städte. Die Anzahl der städ-

tischen Wahlberechtigten war in den letzten Jahren zirka 7,2 Proz. von der Bewohnerzahl; aber die Besitzenden hatten Stimmrecht nach Steuereinheiten, die Reichsten in einigen Städten 10 Stimmen jeder für sich, in einigen noch mehr; dagegen waren Soldaten, Matrosen, Taglöhner, Diener und überhaupt Arbeiter ganz ohne Stimmrecht, so daß in Wirklichkeit zirka 2 Proz. von der Bewohnerzahl der Städte den Ausgang der Wahlen bestimmen konnten. Der Gewählte vertritt bisweilen nur 100, im Einzelfall nur 17 Wähler!

Unsere Partei benutzte mit aller Energie solche unerhörten Ungerechtigkeiten. Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht wurde von Jahr zu Jahr mit immer größerer Schärfe geführt. Die Agitation war teils mündlich, teils schriftlich. Zu bestimmten Zeiten organisierte die Partei große Versammlungen gleichzeitig überall da in Finnland, wo es nur Parteigenossen gab. So immer zum 1. Mai. Wo noch zu viel Schnee war oder die Luftverhältnisse ungünstige waren, dort versammelte man sich in Lokalen. Wo hingegen der Frühling milder war, fanden die Demonstrationen unter freiem Himmel statt. Das Programm für die Maiversammlung war gewöhnlich vom Parteivorstand bestimmt. Gewöhnlich hat man Reden über internationale Arbeiterbewegung, Achtstundentag, Stimmrecht und oft auch über die Alkoholfrage gehalten. Jedoch ist der erste Sonntag im Juni der allgemeine Demonstrationstag unserer Partei gewesen. Dann haben sich die Parteigenossen und große Mengen von Mitläufern in den Städten auf Märkten und Straßen, auf dem Lande auch in den entferntesten Dörfern versammelt und in die Reihen der Demonstrierenden mit Fahnen und Musik gestellt. Die feierlichen Züge ziehen langsam und demonstrierend durch die Hauptstraßen der Städte, vorbei an Kirchen, Beamten- und Gutsbesitzerhäuser auf dem Lande, nach den vorher bestimmten und mit roten Schleifen geschmückten Versammlungsplätzen. Dort werden die Demonstrationsreden gehalten, dort demonstriert und singt man und freut sich des schönen Frühlings und der guten Ideen. Wenn etwas sehr Wichtiges am politischen Horizont erscheint, demonstriert man, besonders in größeren Städten, auch dann auf Märkten und Straßen. Unsere Partei hat relativ oft solche Demonstrationen veranstaltet. Die Absichten derselben sind, die Aufmerksamkeit des noch unpolitischen Teils der Bevölkerung auf politische Ereignisse zu ziehen und zugleich wegen der Mißbräuche der Gewalt der Herrschenden zu protestieren. So hat man in Helsinki (Helsingfors) auch Gewalttaten der finnisch-russischen Polizei selbst vor dem Polizeihaus bekämpft. Was die oben genannte Stimmrechtsbewegung betrifft, so hat die demonstrative Taktik unserer Partei gute Früchte gezeitigt: die Zahl der Gegner der Ständevertretung ist relativ rasch gestiegen.

Ueber das Verhalten zu jener Vertretung sind in unserer Partei scharfe Differenzen vorhanden gewesen. Die Mehrheit der bürgerlichen Mitglieder des Landtags verteidigte zu einer Zeit die Rechte der finnländischen Bourgeoisie gegen Gewalttaten der Bobrikoffschen Regierung. Einige von jenen Rechten waren auch für die Arbeiter nützlich. Deshalb war ein Teil unserer Parteigenossen der Meinung, die Sozialdemokratie solle in Verbindung mit der oppositionellen Bourgeoisie die Regierung bekämpfen, an den Wahlen des Landtags teilnehmen — und die Bürgerlichen sollten Erlaubnis haben, auch Sozialdemokraten in den Landtag zu wählen. Der andere Teil unserer Partei behauptete, die „Vertretung der vier Stände“ könne nicht verschiedene Klassen des Volkes

an sich fesseln, deshalb könne der Landtag nur zu schwach die Regierung bekämpfen, und sei auch in dieser Hinsicht von geringem Wert, woraus folge, daß man in Finnland sobald als möglich eine demokratische Volksvertretung schaffen solle, und erst nachdem dies gelungen, hätte man eine solche Basis, auf der die parlamentarische Oppositionspolitik mit denkbar größtem Nachdruck geführt werden könne und diese Politik zugleich die Unterstützung der Majorität des Volkes bekomme. Jene großen Gegensätze wurden heftig und lebhaft auf dem außerordentlichen Parteitag in Helsingfors 1904 behandelt. Der Parteitag beschloß — zum ersten Male in Finnland — daß die Sozialdemokratie Finnlands in allen Gegenden eine einheitliche, von dem Kongreß selbst bestimmte Wahltaktik befolgen sollte. Die Sozialdemokratie nehme an den Wahlen teil, nur wenn es in Finnland eine solche stimmberechtigte bürgerliche Partei gäbe, die sich vor den Wahlen verbände für das allgemeine Stimmrecht, zwei Stände von den vier betreffenden zu stimmen. Dieser Beschluß war eigentlich gegen die ganze Bourgeoisie gerichtet. Man wußte ja im voraus, daß es damals in Finnland nicht einmal eine halb so demokratische bürgerliche Fraktion gäbe. Und es war wirklich so. Die Bürgerlichen wollten noch nicht soviel der Demokratie opfern! Im Lichte des Parteibeschlusses konnte man nachher den großen Mangel an demokratischer Gesinnung der Bürgerlichen dem ganzen Volke verständlich machen. Daß unsere Partei keine Aussicht hatte selbständig an den Wahlen teilzunehmen, war die Folge des Beschlusses des Parteitages, der die Sozialdemokratie verpflichtete, Wahlstreik zu machen, und zwar so vollständig, daß kein Sozialdemokrat stimmen noch gewählt werden dürfe! Der Wahlstreik wurde auch beinah allgemein durchgeführt. Nur eine kleine Minorität beschloß, an den Wahlen teilzunehmen, und einige Parteigenossen stellten sich als Kandidaten. Mit Stimmen der Bürgerlichen wurden vier Sozialdemokraten in den Landtag gewählt. Aber dessenungeachtet wirkte der Wahlstreik sehr aufklärend. Der Klassencharakter des Landtages wurde dadurch vor Hunderttausenden begreiflich, zugleich vermehrte sich die Anzahl der für demokratische Ideen kämpfenden Parteigenossen. Beim Beginn des Jahres 1904 war die Anzahl der zahlenden Mitglieder 16 610, unter diesen befanden sich 3895 Frauen und noch neue Tausende waren schon in den Kampf getreten.

Das ganze Jahr 1905 war noch immer ein Jahr des erbittersten Stimmrechtskampfes. Der Eifer des Proletariats war entzückend. Auch in der nordischen Kälte Finnlands hielt man in hunderten Gegenden gewaltige Demonstrationen. Einige ungenügende Vorschläge „zur Demokratisierung“ zweier Stände waren von der Regierung dem Landtage vorgelegt. Der Landtag zeigte weder Lust die Vorschläge anzunehmen, noch Mut, dieselben zu verwerfen. Auch den Zeitpunkt der Entscheidung versuchten die Bürgerlichen zu verheimlichen. Erst im April nahte der Tag. Die sozialdemokratischen Arbeiter auf dem Lande hatten die Absicht, sich am Entscheidungstag nach Helsingfors zu begeben, „um das Stimmrecht zu erobern“, aber man bekam nur in einigen Orten zur rechten Zeit Nachricht, in anderen zu spät. Nur kleinere Scharen konnten nach Helsingfors reisen. Aber die Arbeiterschaft Helsingfors verließ ihre Arbeitsstellen. Zirka 30 000 Demonstranten versammelten sich auf den Straßen um das Ständehaus, worin die drei nichtadeligen Stände gerade über die Stimmrechtsvorschläge diskutierten. Sechs Stunden warteten die unermüdlichen Reihen der Arbeiter

am Abend des 14. April und nach dem Abend im nächtlichen Dunkel. Zwei von den Ständen hatten in einigen Punkten Nachgiebigkeit gezeigt, zwei beschlossen, die ganze Frage ungelöst zu verschieben. Die erwünschte Reform war vernichtet. Die Entrüstung der Wartenden war ungeheuer; ebenso auch in der übrigen Arbeiterschaft Finnlands. Der 14. April wurde der „Schamtag" genannt.

Die Sozialdemokraten in Helsingfors hatten schon vor dem Stimmrechtsbeschluß des Landtages gedroht und auch den Ständen bekannt gemacht, daß sie, im Falle die gesetzliche Demokratisierung des Landtages nicht gelinge, eine neue Taktik propagieren werden. Man forderte, daß das Volk selbst vermittelst allgemeinen und gleichen Stimmrechts Repräsentanten wähle. Die so Gewählten sollten sich als neue, Grundgesetze gebende Nationalversammlung konstituieren, um für Finnland eine neue Verfassung auszuarbeiten. Das neue Volksparlament sollte nach den Prinzipien des allgemeinen, direkten und gleichen Stimmrechts und Einkammersystems konstruiert werden. Diese neue Richtung wurde von verschiedenen und zahlreichen Arbeiterversammlungen mit Enthusiasmus angenommen. Sie gewann mehr und mehr Anhänger. Man erwartete schon, wenn die russischen Verhältnisse es gestatten würden, den Plan zu verwirklichen. Es war ja wahrscheinlich, daß die russische Freiheitsbewegung auch für die Sozialdemokratie Finnlands gute Gelegenheiten mit sich bringe. Die Streikbewegungen in den Ostseeprovinzen und anderswo in Rußland wirkten auch in Finnland entzündend. Das in jahrelangen Kämpfen bedrohte aber noch nicht müde Proletariat wünschte etwas Positives zu ergreifen. Der Streik war unvermeidlich und begann schon am 30. Oktober in Helsingfors, gleichzeitig und bald nachher in allen volkreichen Gegenden Finnlands. Auch die Besitzenden waren, ein Teil zwar zögernd und widerstrebend, mit in den Kampf getreten. Aber überall bekam die Sozialdemokratie die führende Stellung. Unsere Organisationen und die in denselben geschulten Arbeiter waren für die Bewegung von großem Nutzen. Im Laufe des Streiks bildeten wir in Helsingfors eine förmliche Streikregierung. Die Administration war geteilt. Es gab eine besondere Eisenbahnverwaltung, Handel- und Industrieverwaltung, Polizeiverwaltung, gerade im früheren Haus der Bobrikoffschen und in den Streiktagen abgeschafften Polizei. Die Ordnung war in allen Verwaltungsgebieten gut. In den Streiktagen stellte der führende Streikausschuß besondere Forderungen auf. Diese waren: Persönliche Unverletzbarkeit, vollkommene Rede-, Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, Abschaffung des Bobrikoffschen Beamtentums und des damaligen Senats und Verwirklichung der Repräsentationsform. Mit größtem Nachdruck forderte die Sozialdemokratie, daß die konstituierende Nationalversammlung, wie oben gesagt, berufen werde. Die Mitglieder der bürgerlichen Parteien gaben feierliche Gelöbnisse. Alle geforderten Freiheiten solle man bekommen, wie sie nur die Arbeiter wünschten. Man war willens, auch das allgemeine Stimmrecht zu geloben. Aber an der Frage über die Einberufung der konstituierenden Versammlung scheiterten die Ansichten. Eine von den bürgerlichen Fraktionen ging in dem Maße darauf ein, daß zuerst der Landtag einberufen werden sollte, um den Beschluß zu fassen, daß er seine Befugnisse der konstituierenden Versammlung übergebe und sich auflöse. Die auf diese Weise hervorgebrachte Versammlung sei die sogenannte gesetzliche Nationalversammlung. Die während der Streiktage mächtigste bürgerliche Fraktion forderte aber,

daß der Landtag gemäß der alten Landtagsordnung wieder einmal sich versammeln solle, die erforderlichen Gesetze für die neue Volksvertretung Finnlands gebe und zuerst dadurch sich selbst auflöse. Ueber jene verschiedenen Vorschläge entstanden heftige Streitigkeiten zwischen den einheimischen Parteien. Straßenkämpfe waren schon nahe. Unsere Partei wollte zu keinem Preise den russischen Behörden Veranlassung geben, sich als „Friedensstifter" in den Streit zu mischen. Der Streik wurde feierlich am 6. November beendet. — Schon während der Streiktage war das bekannte kaiserliche Manifest — vom 4. November — proklamiert. Dasselbe enthält große Gelöbnisse. Die oben genannten Freiheiten waren zugestanden, die Einberufung des Landtages gesichert! Die präventive Zensur wurde wirklich aufgehoben. Man genoß im Anfang in erfreulichem Maße Preßfreiheit. Der vorige Senat war ja zum Abgehen verurteilt und es herrschte noch keine neue „starke" Regierung. Aber die Sozialdemokratie hatte kein Vertrauen zu dieser Rosenzeit. Sie rüstete sich, um im Falle einer Aenderung in einen neuen Streik eintreten zu können.

Der Parteitag wurde einberufen und tagte in Tampere. Er beschloß, auch unter den neuen Verhältnissen die Vertretung der vier Stände zu boykottieren. Kein Sozialdemokrat dürfe wählen, keiner gewählt werden! Im Falle der Aufhebung sollte man so nachdrücklich wie möglich streiken. Nach dem Kongreß gründete die Parteileitung einen Zentralausschuß, der die Vorbereitungen für diesen eventuellen Streik zu besorgen hatte. Subkomitees wurden in allen Gegenden, wo es irgend Sozialdemokraten gab, gegründet. Die während des Nationalstreiks entstandene „rote Garde" wurde noch immer beibehalten und verstärkt. Die Garde hatte zahlreiche Abteilungen in den Städten und auch auf dem Lande. Ihre Mitglieder waren zum Teil militärisch geübt, aber ohne Waffen. Besonders erschreckten die Uebungen der Garde die Bourgeoisie der Hauptstadt, obwohl die Sozialdemokratie mit der Garde nur die Absicht hatte, die Ordnung unter dem geplanten Streik zu schützen. Die Wirkung der Garde und die der Streikvorbereitungen waren von Nutzen. Die Besitzenden sahen ein, daß sie durch Nachgiebigkeit das Volk beruhigen müssen. Sie nahmen den damaligen Sekretär unserer Partei, J. K. Kari, in die neue Regierung. Seitens der Regierung wurde ein Repräsentationsausschuß gebildet und auch in diesen Ausschuß drei Mitglieder der sozialdemokratischen Partei gewählt. Der Ausschuß machte Vorschläge zu den neuen Parlamentsgesetzen. Der Landtag begann seine Sitzungen schon im Dezember und wartete auf jene Vorschläge. Im Volke herrschte noch immer großes Mißtrauen. Aus dem politischen Wirrwarr zog die Sozialdemokratie immer neue Kräfte zu sich. Am Ende des Jahres 1905 war die Mitgliederzahl unserer Partei schon 45 298, darunter 9577 Frauen, und noch weitere Zehntausende sympathisierten mit der Sozialdemokratie. Seitens dieser Partei wurde ein Kongreß einberufen, um über die Streikvorbereitungen zu diskutieren und nähere Aktionsbeschlüsse zu fassen. Der Kongreß tagte in Helsinki. Es waren über 200 000 Personen durch Delegierte vertreten! Das war sehr großartig in einem Lande von 2 800 000 Einwohnern. Gerade in den ersten Tagen des Jahres 1906 stimmte der Kongreß für den geplanten Streik und machte genaue Streikreglements. Die Bourgeoisie war entrüstet. Die Befürchtung, daß die Sozialdemokratie zu viel Anhänger gewinne, war in den Aeußerungen der bürgerlichen Zeitungen zu merken. Es war gerade deshalb notwendig, doch

zuletzt ein wenig auf die demokratischen Forderungen des Volkes einzugehen. Die Stützen der Ständevertretung verschwanden. Die Verteidiger des Zweikammersystems wurden zögernd. Der Widerstand gegen das allgemeine Stimmrecht wurde nachgiebiger.

Die Vorschläge des Repräsentationsausschusses mußten zuletzt ans Tageslicht gezogen werden. Sie waren auf wenigstens zum Teil demokratischen Grundlagen aufgebaut, obwohl sie auch viel Mißstände enthielten. Die Vorschläge wurden, zwar mit einigen Beschränkungen zugunsten der oberen Klassen, von der Regierung angenommen und dem Landtage vorgelegt. Die Sozialdemokratie veranstaltete dann wieder gewaltige Straßendemonstrationen vor dem Ständehaus. Der Landtag nahm eilig und beinahe unverändert den Vorschlag des Senats an. Dies geschah am 29. Mai. Am 20. Juli wurde der Beschluß des Landtages in Petersburg bestätigt. Die neuen Gesetze traten am 1. Oktober 1906 in Kraft.

Nach dem neuen Gesetz ist das Stimmrecht nicht vollständig allgemein. Einige Gruppen von Besitzlosen bleiben noch immer ohne dasselbe. Aber die Anzahl der Stimmberechtigten ist jedoch sehr ansehnlich, nach den jetzigen Wahllisten 1 399 421. Das Land ist in 16 Wahlkreise eingeteilt. Die Anzahl der Repräsentanten beträgt 200. In 15 Wahlkreisen werden 199 Repräsentanten durch proportionelle Wahlen gewählt.

Im Oktober 1906 war der vierte Parteitag der Sozialdemokratie Finnlands im hohen Norden, in der Stadt Oulu. 462 Vereine mit zirka 70 000 Mitgliedern waren vertreten. Der Parteitag nahm neue Organisationsstatuten an. Nach diesen sollen die politischen Organisationen sich den politischen Wahlkreisen anpassen. Das erste Wahlprogramm wurde aufgebaut. Es enthält Forderungen von großer Bedeutung: Erweiterung der Rechte des neuen Parlaments, das kommunale Stimmrecht, Schutzgesetze für Arbeiter, Versicherungsgesetze, Reformierung des Steuersystems und des Schulwesens und verschiedene Bodenreformen. — Das Verhalten zu den bürgerlichen Parteien wurde auch diesmal diskutiert. Der Kongreß beschloß, daß die Sozialdemokratie keine Wahlbündnisse mit den bürgerlichen Parteien schließen dürfe. Das proportionelle Wahlsystem enthält ja vollständige Voraussetzungen selbständiger Parteitätigkeit. — Eine Ministerfrage bekam die Partei, da J. K. Kari von Kaiser Nikolaus II. in den Senat berufen wurde. Der Parteitag beschloß: Mitglieder der Partei, welche ohne Zustimmung des Parteitages Mitglieder der bürgerlichen Regierung geworden sind, treten dadurch aus der sozialdemokratischen Partei aus. Diese allgemeine Bestimmung ist besonders betreffend Senator Kari aufzufassen, weil er in eine solche, außerhalb aller parlamentarischen Verantwortlichkeit stehende Ratskammer, wie der finnländische Senat, eingetreten ist. — Kari wurde aus der Partei ausgeschieden. Ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist auch nicht — bestimmte der Parteitag — berechtigt, Mitglied der Redaktion einer bürgerlichen Zeitung zu sein oder an der wesentlichen Redaktionsarbeit teilzunehmen. — In bezug auf die russischen Verhältnisse wurde auf dem Parteitag behauptet: da die Partei begreift, daß das innere Selbstbestimmungsrecht Finnlands nicht gesichert ist und keine Garantien für regelmäßige Fortsetzung der ungestörten Gesetzgebung gibt, fühlt die Partei sich verpflichtet, solidarisch mit der russischen Freiheitsbewegung zu sein, jedoch in jedem einzelnen Falle die verschiedenen Aktionsmöglichkeiten, betreffend Durchführung der voll-

ständigen Demokratie in Finnland, beachtend. — Die Taktik, jene einzelnen Fälle betreffend, wird vom sozialdemokratischen Parteirat näher bestimmt. — Einige Mitglieder der „roten Garde“ wurden in der von russischem Militär besetzten Festung **Wiborg** unter den Mitgliedern der in dieser Festung geschehenen Militärrevolten betroffen. Der Senat benutzte diese Scheinursache und befahl, daß alle Abteilungen der „roten Garde aufgelöst werden sollten. Der Beschluß des Senats wurde als grobe Verletzung der Vereinsfreiheit aufgefaßt. Nach dem Beschluß des Parteitages wurden jedoch sämtliche Abteilungen der Garde ohne weitere Gewaltmaßnahmen der Regierung aufgelöst. — Die Sprachenfrage hat seit Jahren große Bedeutung im politischen Leben Finnlands. Es gibt hier finnisch, schwedisch und auch russisch Sprechende. Früher war die schwedische die Sprache der herrschenden Klassen und die finnische hart unterdrückt. Nach langjährigen Kämpfen ist auch die finnische zur Amts- und Schulsprache erhoben worden. Jetzt existiert auch eine relativ sehr mächtige Kapitalistenklasse, die der finnischen Sprachpartei zugehört. Die finnischen und schwedischen Unterdrücker benutzen seit den letzten Jahren die Sprachfrage als Kampfmittel, um die schwedisch und die finnisch sprechenden Arbeiter gegeneinander zu hetzen und dadurch den gemeinsamen Klassenkampf des in Finnland wohnenden Proletariats wenigstens zum Teil unmöglich zu machen. Die Sozialdemokratie hat versucht, solche Absichten zu vernichten. Der Parteitag hat in seiner Resolution folgende Ansichten verbreitet: Die Entwickelung der finnischen Sprache und ihre Erhebung zur Schul-, Literatur- und Amtssprache ist ein bedeutender Faktor im kulturellen, moralischen und ökonomischen Gedeihen der finnisch sprechenden Arbeiterschaft und wird das auch in Zukunft sein, weshalb die weitere Entwickelung dieser Sprache und der mit derselben erscheinenden Kultur befürwortet und verbreitet werden soll. Die schwedische Sprache ist aber ebenfalls unvermeidlich für allseitige Hebung der schwedischen Bevölkerung Finnlands und noch dazu von großer Bedeutung für das Verbreiten der abendländischen Kultur und speziell auch der sozialdemokratischen Ideen. In bezug hierauf erklärte der Kongreß, daß er die weitere Entwickelung der schwedischen Sprache und Kultur in Finnland für wünschenswert hält. — Bezüglich der russischen Sprache erklärte der Parteitag: Die russische Sprache ist nicht zu hassen, obwohl es Unterdrücker gibt, welche russisch sprechen. Die Entwickelung und der Gebrauch dieser Sprache mag auch in Finnland gestattet sein. Die in russischer Sprache zum Ausdruck kommende und freiheitliche Ideen enthaltende Kultur mag auch in Finnland verbreitet und bekannt werden. Mit dem russischen Proletariat soll eine solche gemeinsame und brüderliche Tätigkeit angeknüpft werden, wie die Sozialdemokratie es voraussetzt. — Zum Schluß richtet die genannte Resolution die Aufmerksamkeit darauf, daß nur das Gedeihen der internationalen Sozialdemokratie und die dadurch verursachte Verbrüderung der Völker die Rechte der Sprachen und Nationalitäten schützen werden.

Auch ein Teil der Landarbeiterschaft hat an den Kämpfen der Sozialdemokratie teilgenommen. Die Landarbeiterschaft besteht aus Kleinbauern, Pächtern, Dienern, Tagelöhnern u. a. Unter den Pächtern sind die sogenannten Torppare die zahlreichsten. Im Jahre 1901 gab es 67 083 solche Pächter. Sie müssen außerordentlich belastende Pachtzinsen bezahlen, sind jedoch auf ihrem Boden und in ihren Häusern sehr unsicher. Ein Beispiel: Im Juni des vorigen Jahres wurden auf Befehl eines einzigen Barons 78 Torppare ihrer Aecker, Wiesen und

Häuser verlustig — infolge des Urteils des finnischen Gerichts! Im Januar dieses Jahres kamen die Vollstrecker der gesetzlichen Gerechtigkeit, zerschlugen Türen, Fenster und auch Oefen in den Häusern der Torppare, um die armen Leute, unter denen sich auch Alte und Kranke befanden, zu zwingen, in der Januarkälte unter freiem Himmel zuzubringen. Solche Zustände und solche Brutalität der Behörden haben bewirkt, daß die Torppare teils Mitglieder unserer Partei sind, teils sehr nahe zu uns stehen. Mit Hülfe unserer Partei hielten die Torppare ihren ersten Kongreß in Tampere 1906 ab. Es waren zirka 400 Teilnehmer versammelt, welche zirka 50000 Torppare repräsentierten. Der Kongreß verfaßte ein Programm zur Leitung der Torpparebewegung. Dieses ist unter der Bezeichnung „Torpparеprogramm" bekannt. Ein sozialdemokratischer Zentralausschuß steht jetzt an der Spitze der Torpparebewegung.

Von den übrigen Gegenständen wäre noch vieles zu erwähnen. Die Aufklärungsarbeit ist erweitert worden. Auf Kosten der Partei hat man sogenannte „Vorlesungskurse" abgehalten. Der letzte dauerte 13 Tage. Er hatte zirka 160 Zuhörer — „Schüler" — und 5 Vorlesungen täglich. An den Abenden fanden Redeübungen statt. In den Vorträgen wurden das neue Wahlgesetz, die Beziehungen der Volksvertretung und der Regierung, das Steuersystem Finnlands, das politische und kommunale Stimmrecht, die Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze, die Bodenreformfrage und die Programme der bürgerlichen Parteien behandelt.

Für Agitation hat die Partei 3 auf 5 Jahre engagierte Redner und die sozialdemokratischen Wahlkreisorganisationen wenigstens jede einen für sich.

Die Proletarierinnen sind im „Verband der sozialdemokratischen Frauen in Finnland" vereinigt und besorgen zum Teil auch die Agitation unter den Arbeiterinnen.

Arbeiterkinder hat man auch in Vereine eingeführt. Die Kinder gehören dem s. g. „Idealverband" zu. Sie bekommen in den Versammlungen ihres Bundes Unterricht, der soviel als möglich sozialdemokratisch sein soll.

Die Produktion der sozialdemokratischen Literatur ist schon erwähnenswert. Der Parteivorstand hat in den Jahren 1905 und 1906 Kleinschriften herausgegeben dazu Protokolle und statistische Publikationen. Einige von Arbeitern selbst gebildete und in ihrem Besitz befindliche Aktiengesellschaften und genossenschaftliche Unternehmungen geben übersetzte und andere sozialdemokratische Bücher heraus.

Die sozialdemokratischen Zeitungen sind auch von Aktien- und genossenschaftlichen Gesellschaften der Arbeiter herausgegeben. Die Partei verleiht solcher Zeitung, die nach Grundsätzen der Partei redigiert ist, den Namen „Parteizeitung", und kann auch denselben zurücknehmen. Die Parteipresse hat sich in den vorhergegangenen Jahren in erfreulichem Maße entwickelt. Die im Jahre 1895 gegründete erste Arbeiterzeitung Finnlands — Työmies — hat sich aus einem kleinen Wochenblatt zu einem relativ großen, sechsmal wöchentlich erscheinenden poltischen Organ ausgewachsen. Die Auflage, jetzt 20000, ist die größte der in finnischer Sprache erscheinenden Tageszeitungen. Im Jahre 1902 hatten wir nur eine sechsmal wöchentlich und 2 dreimal wöchentlich erscheinende Zeitungen. Im Januar 1907 erschienen 5 Zeitungen sechsmal, 8 Zeitungen dreimal und 3 Zeitungen zweimal wöchentlich. Eine wissenschaftliche Zeitschrift kommt monat-

lich heraus, das Organ der Arbeiterinnen wöchentlich und die Spaßzeitung zweimal im Monat. Alle diese Zeitungen sind in finnischer Sprache geschrieben. Der schwedische „Arbetare" erscheint dreimal wöchentlich. Im Jahre 1902 kamen zirka 63 500 sozialdemokratische Zeitungsexemplare wöchentlich heraus, im Januar 1907 zirka 445 000.

Die Anzahl der Parteivereine betrug im Januar 1907 schon 848. Die finnisch sprechenden Sozialdemokraten sind Mitglieder ihres Nationalverbandes „Työläisliitto", die schwedisch sprechenden ihrer nationalen Organisation „Svenska Arbetareförbundet" und die russischen Arbeiter haben schon einige Vereine. Die Parteivereine besitzen zahlreiche Häuser, Bibliotheken und Lesesäle. Im Jahre 1905 hatten die Vereine 47 eigene Häuser, in den Bibiliotheken 14 693 Bände, in den Lesesälen 766 einheimische und 17 ausländische Zeitungen und Zeitschriften. Die Einnahmen sämtlicher Parteivereine betrugen 599 678 Fmk., die Ausgaben 522 665 Fmk., das Eigentum 778 115 Fmk. Gesangvereine gab es 43, Musikkapellen 27, Redegesellschaften 74, Turniervereine 36 und Theater 5.

Frauenvereine gab es im Jahre 1905 43, Jugendvereine 3. Seitdem haben die sozialdemokratischen Ideen auch unter der Jugend mehr Boden gefunden. In Tampere war neulich der erste Kongreß der sozialdemokratischen Jugend Finnlands, und dort wurde auch ein Jugendverband gebildet.

In Kommunalverwaltungen hatte die Partei im Jahre 1906 nur 81 Vertreter. Das kommunale Stimmrecht ist sehr begrenzt. In den Städten haben die Reichsten bis 25 Stimmen jeder für sich, die Armen gar keine. In der Hauptstadt z. B. können die Arbeiter selbständig keinen einzigen Vertreter wählen.

Auch in den Landtag des Jahres 1906 wählten die Bürgerlichen ohne Zustimmung und wider Willen unserer Partei drei Sozialdemokraten. Am 15. und 16. März des Jahres 1907 nimmt unsere Partei zum erstenmal an den politischen Wahlen teil und hat Kandidaten in allen proportionellen Wahlkreisen aufgestellt.

Die internationalen Beziehungen unserer Partei sind die gewöhnlichen. Im sozialistischen internationalen Bureau hat sie zwei Vertreter. Die schwedische Sozialdemokratie war auf unserem Parteitag vertreten. In den Jahren 1905 und 1906 haben russische, lettische und estnische Emigranten öfter als früher Finnland besucht. Für die Emigranten hat der Parteivorstand Geld vom internationalen sozialistischen Bureau und von den deutschen Genossen bekommen. Die Summe betrug 11 491,12 Fmk. In Finnland hat der Vorstand Geldsammlungen veranstaltet. Auch eine Anzahl Finnländer, welche aus politischen Gründen in Not geraten waren, haben Hülfe bekommen. Bis zum Februar 1907 sind 22 758,30 Fmk. aus den genannten ausländischen und in Finnland gesammelten Mitteln zum Reise-, Speise- und Wohnungsgeld verwendet worden.

Aus diesem Bericht geht hervor, daß unsere Partei in den letzten Jahren sehr rasch — relativ zu rasch — gewachsen ist. Die Hauptursache lag natürlich in ökonomischen Mißständen, aber auch zu erheblichem Teil in vorhergegangenen kulturellen und politischen Verhältnissen. Die finnländische Bourgeoisie ist in jenen Zeiten noch relativ unentwickelt und ihre soziale Kultur auf niederer Stufe gewesen. Sie hat es noch nicht verstanden wie die in sozialer Hinsicht besser geschulte Bourgeoisie anderer Länder mit allen zugänglichen Mitteln die Sozial-

demokratie zu bekämpfen, obwohl sie auch den guten Willen dazu hat. Lange Jahre hindurch hat sie z. B. erlaubt, die Sozialdemokratie beinahe ohne Nebenbuhler an der Spitze der demokratischen Bewegung marschieren zu lassen. Die demokratisch Gesinnten haben nur zwischen Sozialdemokratie und Oligarchie zu wählen gehabt. Die Bourgeoisie aber hat aus ihren Fehlern gelernt. Sie hat sich besser in Fraktionen geteilt. Einige bürgerliche Fraktionen bekämpfen jetzt die Sozialdemokratie mit relativ weitgehenden Reformprogrammen und ziehen auch Arbeiter in ihre Vereine. Andere sind öffentliche Unterdrücker. Besonders verfolgen diese sozialdemokratische Zeitungen. Das finnische Gericht kann für kleine Sünden und auch für beweisbare Tatsachen sozialdemokratische Redakteure mit hohen Geldstrafen belegen. Ein einziges Urteil kann der Arbeiterzeitung 500—1000 Fmk. Schaden bringen. Und die gewöhnlichsten Aeußerungen des Klassenkampfes sind hier — verbrecherisch. Gibt man einem den Namen „Streikbrecher", so muß man seine Frechhet mit einer Geldstrafe büßen, obwohl der so Genannte wirklich Streikbrecher ist. In entsprechender Weise herrscht die finnische Reaktion auch schon auf anderen Gebieten und ist in naher Verbindung mit der russischen Bureaukratie. Auch die einmal oppositionelle Bourgeoisie ist schon zum Teil monarchisch gesinnt und knüpft sich mehr und mehr der Regierungsmacht an, um mit deren Hülfe ein Gegengewicht gegen die „zu demokratische" neue Volksvertretung zu schaffen. Jene zweideutige Politik der Bourgeoisie, die unterdrückende Reaktion einerseits und noch mehr die Scheinreformerei andererseits, erschwert das weitere Wachsen der Sozialdemokratie. Man kann nicht voraussagen, ob die Sozialdemokratie Finnlands in den nächsten Jahren was die Zahl ihrer Mitglieder anbetrifft einen Fortgang, Stillstand oder Rückgang erleben wird. Aber die sozialdemokratische Gesinnung wird im Volke vertieft und dadurch die innere Festigkeit der Partei größer, das ist wahrscheinlich und garantiert gute Hoffnungen für die Zukunft.

Edvard Walpas.

Chile.

Bericht über die sozialistische Arbeiterbewegung.

In Chile, wo am 20. März 1887 eine Arbeiterpartei unter dem Namen „Demokratische Partei" gegründet wurde, wußte man bis vor wenigen Jahren nichts von der Existenz eines internationalen sozialistischen Bureaus; aus verschiedenen Ursachen wurden keine Beziehungen zu diesem angeknüpft. Heute jedoch erscheint es der demokratischen Partei in Chile wünschenswert, in die Gemeinschaft des internationalen Sozialismus einzutreten.

Das Programm der Partei wurde in einer Nummer der Zeitschrift „El Proletario" veröffentlicht, die der Bibliothek des Bureaus zugeht. Daß diese Statuten in bezug auf den Klassenkampf nicht ganz klar und modern abgefaßt sind, hat seine Ursache darin, daß die Partei innerhalb einer konservativen Umgebung von den chilenischen Proletariern gegründet wurde, deren geistige Fähigkeiten, gerade wegen der Umgebung, in der sie lebten, nichts besseres schaffen konnten. Man muß sich auch vor Augen halten, daß Chile eine demokratische Verfassung mit folgenden Grundgesetzen hat:

Preßfreiheit. Die Preßvergehen werden von Geschworenen abgeurteilt, die von den Parteien ausgelost werden.

Versammlungs- und Vereinsfreiheit ohne vorhergehende Meldepflicht.

Direkte Wahl der Deputierten, Senatoren und städtischen Behörden. Des weiteren ist die Bewilligung des Budgets, der Einnahmen und Ausgaben der Städte, sowie die übrigen Fragen, welche die Gesamtheit des Volkes berühren, von der Entscheidung in den Wählerversammlungen abhängig.

Alle diese Faktoren bewirken, daß sich die Ausbreitung der richtigen Auffassung des Klassenkampfes etwas verzögert.

Die demokratische Partei hat ihr Generalsekretariat in Santiago in Chile im Volkshause (Rue Prat 485); dort befindet sich auch die Redaktion ihres offiziellen Organs „La Reforma", an dessen Gründung ich beteiligt war. Damals mußte ich aus Chile nach Argentinien fliehen, denn ich war wegen „politischen Vergehens" zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, und man hielt es gerade zu dieser Zeit für unzweckmäßig, daß ich meine Freiheit opfere.

Einige rückschauende Betrachtungen über die Demokratie in diesem Lande scheinen mir nicht überflüssig zu sein.

Francisco Bilbao war der erste, der um das Jahr 1850 in der Presse und in Versammlungen Gleichheitsgedanken verbreitete und soziale Reformen predigte, die so liberal waren, als sie in der gegebenen Zeit und Umgebung sein konnten. Bilbao gründete zur Verbreitung seiner Grundsätze eine Gesellschaft, die Société d'Egalité. Er wurde verfolgt, mit dem Kirchenbanne belegt, als Gotteslästerer zu Geldstrafen verurteilt — und doch glaubte er an Gott! — zuletzt verbannt. Vorher noch hatte ihn die Jury zu einer Geldstrafe von 1000 Pesos (damals etwas mehr als 5000 Frank) verurteilt, die vom Volke durch Straßensammlungen hereingebracht wurden.

Dreißig Jahre später ernteten einige Arbeiter und Intellektuelle den von Bilbao ausgestreuten Samen; zur Ausführung ihres sozialen Reformwerkes taten sie sich als Ecole républicaine zusammen und gaben die Zeitschrift „La raison" heraus.

Im Jahre 1887 wurde in der Hauptstadt die demokratische Partei gegründet. Sie zählte damals 60 Mitglieder. Sofort bezeichnete die bürgerliche Presse die Gründer der Partei als Verbrecher und Anarchisten.

Dieser kleine Kern von tapferen Männern unternahm manchen großen Feldzug, um die öffentliche Meinung zu erregen und brachte soziale Fragen, die Bezug auf die Bedürfnisse des Volkes hatten, in Volksversammlungen zur Sprache.

Dank ihrer Anstrengungen wurde das Gesetz über die Nationalgarde in einem mehr demokratischen Sinne erneuert.

Kurz nachher erhöhte die Straßenbahngesellschaft den Tarif der zweiten Klasse von 2½ auf 3 Centaros. Die Partei hielt es für ihre Pflicht, eine Preiserhöhung der Beförderungsmittel der Arbeiterschaft zu bekämpfen. Sie erregte die öffentliche Meinung, das Volk kam auf ihren Ruf herbei. Große Protestmeetings wurden veranstaltet, Bürgerausschüsse traten bei der Direktion und der städtischen Behörde dafür ein, daß der Tarif auf seine frühere Höhe gebracht werde.

Die Vermittelung war aber zwecklos. Am 29. April 1888 berief die Partei ein neues Protestmeeting. Doch das Volk konnte seinen Zorn

nicht mehr unterdrücken; es verbreitete sich in alle Vorstädte und verbrannte nahezu ein Viertel der Tramwaywagen während der Fahrt. Einige Tage später bewilligte die Gesellschaft die verlangte Preisreduktion. Die 15 Ausschußmitglieder der Partei wurden verhaftet, 7 blieben 43 Tage im Gefängnis. Dann entließ man sie, da unterdessen die Verfolgungen eingestellt wurden.

Während der Verbrennung der Tramwaywagen kam es zu Zusammenstößen zwischen Militär, Polizei und Volk, und es gab zahlreiche Verwundete.

Die Partei setzte mit größerem Eifer als je zuvor ihr Propagandawerk fort; die Proletarier kamen zu Hunderten in ihre Organisationen.

Zur Zeit der Revolution im Jahre 1891 hatte die Partei ihren ersten Mißerfolg. Sie teilte sich in zwei Fraktionen; die eine hielt zur Regierung, die andere erklärte sich nur aus revolutionärem Geiste für die Revolution, obwohl sie größtenteils dem Bürgertum angehörte. Die Revolution kostete mehr als 10 000 Bürgern das Leben und die Partei löste sich auf. Aber bald darauf begann das Werk der Reorganisation und wurde mit Ausdauer und Energie geführt.

Im Jahre 1894 hatte die Partei ihren ersten Erfolg in der Politik. Es war die Wahl des Advokaten Angel Guarello in Valparaiso, eines ausgezeichneten Sozialisten, der zum ersten Male vorschlug, den Namen der Partei durch das Beiwort sozialistisch statt demokratisch zu ändern. Im Jahre 1897 wurde Guarello wiedergewählt. Im selben Jahre trug die Arbeiterpartei einen herrlichen Sieg davon, da Artemio Gutierrez bei den Wahlen triumphierte; er wurde mehrere Male wiedergewählt und hat seit neun Jahren seinen Sitz in der Kammer inne.

Die Partei hatte also 2 Abgeordnete. Zugleich besetzte sie 5 Mandate im Munizipalrate von Valparaiso, wodurch sie dort die Majorität erhielt. Sie bewahrte ihre Uebermacht durch 3 Jahre und gründete 5 demokratische Schulen, die tatkräftige Ausgangspunkte für die Propaganda wurden.

Artemio Gutierrez wurde in Santiago im Jahre 1900 wiedergewählt, aber Guarello fiel in Valparaiso infolge eines Zwiespalts in der Partei. Hingegen verhalf die Partei in Conception, einer Stadt im Süden von Chile, dem Bürger Malaquas Concha zum Siege, der den Entwurf der allgemeinen Heerespflicht eifrig bekämpfte und beinahe zu Falle brachte. Die Partei hatte also ständig zwei Abgeordnete.

Im Jahre 1901 erhielten wir infolge einer Ergänzungswahl den dritten Deputierten, den Arzt Francisco Landa, der in Santiago gewählt wurde.

Im Jahre 1903 schickte die Wahlkommission Artemio Gutierrez für Santiago in die Kammer, Malaquas für Conception und Angel Guarello für Valparaiso, wo er sein Mandat wiedererobert hatte und wo die Demokraten neuerdings mit 5 Mitgliedern die Majorität im Munizipalrate besaßen.

Im Jahre 1906 brachte die Partei 6 Kandidaten zum Siege, in Antofagasta, Valparaiso, Conception, Malleco, Cautin und Valdivia. Aber dem Bürgertum gelang es durch Hinterlist und Bestechung, die Wahl in Antofagasta, Malleco und Cautin für ungültig erklären zu lassen und bürgerliche Kandidaten an Stelle der Gewählten zu setzen. Die Zahl der gewählten

Munizipalräte stieg diesmal auf 80, und in 5 oder 6 Städten besaßen die Demokraten die absolute Majorität und konnten ohne die anderen Parteien regieren. Bei den Wahlen im Jahre 1903 hatten wir ungefähr 12 000 Stimmen, im Jahre 1906 18 000. Chile hat ungefähr 4 Millionen Einwohner.

Die Partei zählt mehr als 100 Ortsgruppen in ebensovielen, über das ganze Land verstreuten Ortschaften.

Wir haben folgende Tages- und Wochenschriften, von denen ich einige Exemplare schicke mit dem Wunsche, sie auf den Zeitungstischen in Stuttgart auszulegen:

Täglich erscheinend:

La Reforma in Santiago,
La Vanguardia (Die Vorhut) in Antofagasta,
La Industria in Conception,
La Voz del Obrero (Arbeiterstimme) in Taltal.

2 tägig erscheinend:

El Puebla Obrero (Das Arbeitervolk) in Iquique.

Halbwöchentlich:

La Justicia in Talcahuano,
El Proletario in Tocopella.

Wöchentlich:

La Razon in Ovalle,
La Libertad Social in Antofagasta,
La Alborada (Die Morgenröte), eine Frauenzeitschrift, in Santiago,
El Trabajo (Die Arbeit) in Coquimbo,
La Defensa in Vina del Mar,
El Deber (Die Pflicht) in Channaral.

Diese Zeitungen geben im allgemeinen ein getreues Bild der geistigen Kultur in der großen Masse der Arbeiterschaft. Die Druckereien sind Eigentum der Arbeitervereinigungen.

Außer den erwähnten Zeitungen haben wir noch folgende regelmäßig erscheinende Revuen:

Tierra y Libertad (Boden und Freiheit) in Casablanca,
El Trabajo (Die Arbeit), 188 Seiten, in Iquique,
El Defensor (Der Anwalt), 45 Seiten, in Taltal,
La Defensa (Die Verteidigung), 32 Seiten, in Coramel,
Democracia in Nueva-Imperial,
La Estrella (Der Stern) in San Xavier,
La Rejeneracion (Die Wiedergeburt) in Rengo,
La Discusion in Chillon.

Seit 6 bis 8 Jahren besteht in der Partei eine Gruppe, die ihren Namen ändern und offiziell die Taktik und die Prinzipien der Sozialdemokratie annehmen will.

Diese Gruppe gewinnt von Tag zu Tag an Einfluß und alles berechtigt zu der Hoffnung, daß sie sich in Kürze durchsetzen wird.

Die Anarchisten machen bei uns wenig Fortschritte. Sie haben weder eine ständige Zeitung noch eine lebensfähige Organisation.

Ich wünschte, daß das internationale Bureau dem Parteisekretariat in Chile die Grundlagen und Bedingungen zur Angliederung an die

---

internationale sozialdemokratische Partei schicken möge. Es ist wahrscheinlich, daß auf dem zweitnächsten internationalen Kongresse die demokratische Partei von Chile vertreten sein wird.

Ich halte es nicht für zweckmäßig, hier auf die Details der Ein- und Auswanderungsfrage einzugehen, die auf der Tagesordnung des Stuttgarter Kongresses steht. Ich meinerseits schließe mich ohne Vorbehalt dem an, was Ihnen Fariña de Puenta Arenas in seinem Briefe vom 8. Januar vorigen Jahres geschrieben hat, der im Sekretariatsberichte vom Februar/März abgedruckt ist.

Ich habe vom September bis April 1906 fast die ganze Republik bereist; ich konnte feststellen, daß überall Hände im Ueberfluß sind, besonders im Norden (Bergbau- und Salpetergegend) und in den großen zentral gelegenen Städten. Außerdem wandern große Mengen von Arbeitern freiwillig aus Argentinien, Bolivien und Peru ein, besonders zu Zeiten, wo bei uns bessere Arbeitsgelegenheit ist.

Die Kapitalisten in Chile unternehmen nichts, wozu Handarbeit notwendig wäre.

Unsere Bürgerschaft liebt es nicht, sich unmittelbar an Handel und Industrie zu beteiligen, sondern zieht Börsenspekulationen und Wuchergeschäfte vor.

Oeffentliche Arbeiten sind wenig zahlreich und erfordern keine fremde Arbeitskraft.

Eben jetzt ist der Arbeiterkongreß damit beschäftigt, eine Statistik über die Wanderungen der Arbeiterschaft auszuarbeiten, die für jedes Gewerbe angibt, ob Ueberfluß oder Mangel an Arbeitskraft besteht, um so die Wanderbewegungen der Arbeiter zu erleichtern und zu regeln.

Das Geld ist jetzt in Chile stark entwertet. Ein Peso (Piaster) hat gewöhnlich den Wert von 13 Pence (etwas mehr als 1 Mk.), so daß ein Arbeiter, der 3 Pesos im Tag verdient, nur den Wert von 39 Pence (3 Mk. 25 Pf.) erhält. Der mittlere Wert des Taglohnes schwankt zwischen 3 bis 5 Pesos, was zur Lebenshaltung durchaus ungenügend ist.

Es ist wahr, daß der Arbeiter in Chile dem Alkoholgenusse ergeben ist; aber das Fortschreiten der Arbeiterorganisationen hat eine auffallende Verminderung dieses Lasters zur Folge. Dies wird besonders fühlbar in größeren Orten, wo die Arbeitervereine eine intensivere Tätigkeit ausüben.

Ich halte es für eine Aufgabe der Internationale, gegen die Versuche der Regierung, fremde Arbeitskraft ins Land zu ziehen, Stellung zu nehmen.

Man muß noch einen Faktor in Rechnung ziehen; das ist der Mangel an Leuten für den Polizeidienst, die Armee und die Kriegsmarine. Seit 4—5 Jahren ist es infolge von Menschenmangel unmöglich, Marine und Heer auf ihrem Personenstand zu erhalten. Die Arbeiter weigern sich, in die Kaserne zu gehen, die einen — und deren sind viele — als bewußte Gegner des Militarismus, die anderen aus wirtschaftlichen Gründen; der Soldat erhält monatlich nur 25 chilenische Piaster.*)

*) In der „Vanguardia“ steht folgendes Telegramm aus Buenos-Aires vom 20. März d. J.: Santiago de Chile, 14. März: Man betrachtet die Vorgänge bei der letzten Rekrutierung der 20jährigen als einen wahren Bankerott. Kaum 20 Proz. des Kontingents sind in die Kasernen eingerückt.

In bezug auf die Polizei sind die Verhältnisse in allen Orten, besonders da, wo die Arbeiterbewegung stärker ist, noch viel ungünstiger. Es gibt Städte, z. B. Antofagasta, Tocopilla u. a., wo ich mich selbst überzeugen konnte, daß es unmöglich ist, mehr als ein Drittel der zur Aufrechterhaltung des Polizeidienstes nötigen Polizeiagenten zu bekommen. Beständig werden Kommissäre ausgeschickt, um Unkundige für den Polizeidienst anzuwerben; aber kaum ist es ihnen gelungen, einige zu finden, so reißt die Desertion neue Lücken, die nicht mehr gefüllt werden können. Ein Ueberfluß an Arbeitskraft würde in Chile nur dazu dienen, dem Kapitalismus Reserven, dem Bürgertum Militär zu verschaffen.

Die Arbeiterschaft befindet sich jetzt in einer Periode der Organisation und Erziehung und ist dabei, feste Grundlagen für ihre politischen und gewerkschaftlichen Körperschaften sowie für ihre große Presse zu schaffen. Sie kann das gegenwärtig tun, ohne größeren Hindernissen zu begegnen, weil das Bürgertum im Augenblick kein Mittel hat, das geeignet wäre, sie stärker auszubeuten.

Es ist leicht begreiflich, daß das Auftreten fremder Arbeitskraft auf dem Markte diese Emanzipationsbewegung aufhalten und lähmen würde, indem sie dem Bürgertum Elemente zur Ausbeutung zuführt.

Es ist also Pflicht der Internationale, an dem Befreiungswerke der chilenischen Arbeiter mitzuwirken, indem sie die Einwanderung nach Chile, die die Regierung hervorruft, so viel als möglich verhindert.

Es ist notwendig, die Arbeiterpresse in Europa und Asien mit diesen Tatsachen bekannt zu machen. Besonders in Asien sucht die Regierung Hände anzuwerben; sie hat offen erklärt, daß sie vor allem Wert auf die Einwanderung aus China und Japan legt, weil Arbeiter aus diesen Ländern unterwürfiger und billiger sind.

Im Mai 1907. Luis E. Recabarren, Sekretär,
Defensa 888, Buenos Aires.

Groß-Britannien.

Generalbericht der nationalen Sektion Groß-Britanniens.

Gemäß dem Beschlusse der britischen Sektion des internationalen Kongresses in Amsterdam im Jahre 1904 haben sich die Delegierten der verschiedenen Organisationen, die an dem genannten Kongreß teilgenommen haben, im April 1905 in London versammelt. In dieser Versammlung wurde die Bildung eines britischen Komitees beschlossen, dessen Aufgabe es sein sollte, sich mit dem internationalen Kongreß und allen darauf bezüglichen Angelegenheiten zu befassen.

Die endgültige Konstituierung der Sektion fand im Juli 1905 statt. Diese bestand aus den Delegierten folgender Vereinigungen: The Social-Democratic Federation (Die sozialdemokratische Federation), The Independent Labour Party (Die unabhängige Arbeiterpartei), The Labour Representation-Committee (Das Komitee für Arbeitervertretung), jetzt Labour Party (Arbeiterpartei), The Fabian Society (Fabier), The Dockers Union (Verband der Dockarbeiter), The Gazworker's Union (Verband der Gasarbeiter), The Steel Smelters Union (Verband der Hüttenarbeiter); die beiden englischen Delegierten beim Bureau in Brüssel waren kraft dieses Amtes der Sektion angeschlossen.

Seither war die Sektion die offizielle Vermittlerin zwischen den sozialdemokratischen Organisationen Englands und dem Brüsseler Bureau.

In dieser Eigenschaft hat sie an der Festsetzung der Versammlungen des Bureaus teilgenommen und die Instruktionen für die Delegierten Britanniens ausgearbeitet.

Im August 1906 hat die Sektion anläßlich der Auflösung der ersten russischen Duma ein Manifest herausgegeben und zur Unterstützung der russischen Bewegung aufgefordert. Der Ertrag der Sammlungen wurde dem Internationalen Bureau nach Brüssel geschickt.

Die Sektion wird in England die Mandate der britischen Delegierten für den Stuttgarter Kongreß prüfen.

Es folgen nun die Tätigkeitsberichte der der Sektion angegliederten Organisationen.

J. Green,
Sekretär der britischen nationalen Sektion.

Im Juni 1907.

* * *

Die „Social-Democratic Federation".

Seit dem internationalen sozialistischen Kongreß, der im Jahre 1904 in Amsterdam abgehalten wurde, hat sich die sozialdemokratische Föderation ohne Unterlaß mit der sozialistischen Propaganda und Organisation in Großbritannien befaßt. Neue Sektionen wurden gegründet, neue Gruppen unserer Organisation angegliedert, so daß sich ihre Zahl gegenwärtig auf 194 beläuft. Es bestehen drei Sektionen in Südafrika: am Kap, in Durban und in Ladysmith. Die Zahl der propagandistischen Versammlungen, die wöchentlich stattfinden, hat zugenommen; noch immer besteht die Schwierigkeit nicht darin, die Versammlungen zu veranstalten, sondern genügend Redner für die stets wachsenden Ansprüche zu gewinnen.

Die Mitglieder, die bei den verschiedenen lokalen Wahlen seit dem letzten internationalen Kongreß kandidiert haben, vereinigten auf sich 166 440 Stimmen. 76 Sitze wurden gewonnen, 10 verloren. Eine der bezeichnendsten Tatsachen der letzten lokalen Wahlen, besonders in London, war die starke Neigung der beiden bürgerlichen Parteien, sich gegen die Sozialisten zu vereinigen; dies hatte den Erfolg, daß die Zahl unserer gewohnten Gewinne sich verringerte und wir einige beklagenswerte Verluste erlitten. Doch bei so vielen Gelegenheiten haben schon die Reaktionäre beider Lager ihre besten Kräfte gegen uns aufgewendet, daß wir glauben, sie werden im nächsten November nicht mit dem gleichen Erfolge die indifferenten Wähler gegen uns vereinigen können.

Die außerordentlich hohen Kosten der Wahlkämpfe für das Parlament in den vereinigten Königreichen haben uns bei den Wahlen 1906 nicht erlaubt, den Kampf um mehr als 8 Mandate aufzunehmen. Die Gesamtzahl der Stimmen unserer Mitglieder betrug 29 810; in South-West Ham wurde Genosse Will Thorne gewählt. Wenn wir diese Zahl mit der Anzahl der Stimmen, die unsere Kandidaten in früheren Wahlen erhielten, vergleichen, können wir eine große Zunahme konstatieren, und die mittlere Stimmenzahl für jeden Kandidaten ist gleichfalls gestiegen.

Im Jahre 1895 stellten wir 4 Kandidaten auf, die 3730 Stimmen, im Mittel 932 erhielten. Im Jahre 1900 bekamen unsere beiden

Kandidaten 6903 Stimmen. Bei dieser Gelegenheit traten wir direkt gegen die Konservativen auf. Im Jahre 1906 erhielten die Mitglieder der S. D. F. 29 810 Stimmen, im Mittel 3726, obwohl damals Genosse Will Thorne der einzige Kandidat war, der nicht gegen zwei Gegner kämpfen mußte. Wir bedauern aufs tiefste, daß es unserem Genossen Hyndman nicht geglückt ist, Burney für die Sozialdemokratie zu erobern, um so mehr, als er dem Siege sehr nahe war.

Die parlamentarischen Wahlen haben uns eine Lehre gebracht. Sie beweisen, daß der Kampf der Kandidaten der sozialistischen oder der Arbeiterpartei (Labour Party) nach zwei Fronten gegen die Repräsentanten der bürgerlichen Parteien nicht so verzweifelt ist, wie manche unter uns geglaubt haben. Die Resultate, die wir erlangt, die Siege, die die Arbeiterpartei durch die Genossen G. N. Barnes in Glasgow und F. W. Fowelt in Bradfort erkämpft hat, stellen das unbestreitbar fest.

Eine andere wichtige und kennzeichnende Tatsache, die aus den Wahlen hervorgeht, ist die, daß unter gleichen oder ähnlichen Verhältnissen die sozialistischen Kandidaten, die offen als Sozialdemokraten aufgestellt wurden und als solche in ihrem Kreis bekannt waren, die gleiche Stimmenzahl erhielten, wie die, die nur als Vertreter der Arbeiterschaft aufgestellt waren.

Die Frage der staatlichen Fürsorge für Kinder und Arbeitslose hat ganz besonders unsere Aufmerksamkeit auf sich gezogen. In den letzten Jahren ist das öffentliche Interesse mächtig auf die Frage der physischen Degeneration gelenkt worden; man sieht endlich ein, daß wir Sozialdemokraten im allgemeinen nur die Sprache des gesunden Menschenverstandes reden, wenn wir unaufhörlich betonen, daß es töricht und unnütz ist, das Gehirn der Kinder bearbeiten zu wollen, solange der Magen leer ist. Im ganzen Lande wurden Meetings veranstaltet, besonders gelegentlich der verschiedenen Entwürfe von Erziehungsgesetzen (bills of education), die dem Haus der Gemeinen vorgelegt wurden — von Gesetzen, die in Wirklichkeit wenig mit der Erziehung zu tun hatten. Im Jahre 1905 berief die S. D. F. in Uebereinstimmung mit dem parlamentarischen Komitee der Trade Unions und dem London Trade Council eine beachtenswerte Konferenz der Delegierten der Trade Unions und der sozialistischen Gruppen in die Guildhall in der Londoner City.

Das Prinzip, daß der Staat für den Unterhalt der Kinder sorgen solle, wurde in dieser Konferenz von den anwesenden 250 Delegierten mit erdrückender Mehrheit angenommen. Nichts beweist besser die Notwendigkeit der Propaganda für die radikalsten Maßregeln in diesem klassischen Lande der Transaktionen, als die Tatsache, daß es genügt, eine fortgeschrittene Maßnahme zu rechtfertigen, um eine minder fortgeschrittene populär zu machen.

Durch unsere Forderung der vollständigen staatlichen Kinderfürsorge hat der Gedanke, daß die Kinder von Staats wegen ernährt werden sollen, große Fortschritte gemacht. Es wurde anerkannt, daß der Staat in gleichem Maße wie die Eltern für die Erziehung der künftigen Staatsbürger verantwortlich ist.

In der Arbeitslosen-Frage haben wir allein und gemeinsam mit den Trade-Unions eine mächtige Agitation ins Leben gerufen zugunsten des Vorschlags, die Verwendung der Arbeitslosen zur Bodenbearbeitung und zu öffentlichen Arbeiten zu organisieren.

Unser Verlangen, das Parlament im Jahre 1904 zu einer besonderen Herbstsession einzuberufen, wurde von einer Anzahl lokaler Verwaltungskörper unterstützt, die einsahen, daß neben den lokalen Maßnahmen, die sie für die Arbeitslosen ergreifen konnten, eine Aktion auf nationalem Maßstab eine gebieterische Forderung sei.

Das Gesetz über die Arbeitslosen (Unemployed Workmen bill) verdankt — wenn es auch der Kritik viele Angriffspunkte gibt — sein Dasein nur der sozialdemokratischen Agitation in der Frage der Arbeitslosigkeit, ebenso das Gesetz über die Schulküchen (Provision of Meals for Children) der sozialistischen Agitation zugunsten der staatlichen Kindererhaltung.

Die S. D. F. hat ihr möglichstes getan, um die Instruktionen des Internationalen Kongresses und des Internationalen Bureaus in bezug auf die Maifeier und die Veranstaltung von Versammlungen zugunsten unserer Brüder in Rußland auszuführen. Durch das Vorgehen unseres Genossen Will Thorne haben wir einen beträchtlichen Einfluß ausgeübt, um den Besuch der englischen Flotte in Kronstadt zu verhindern, der gewiß stattgefunden hätte, wenn unser imperialistischer und liberaler Sekretär der äußeren Angelegenheiten, Sir Edward Grey, seine eigenen Absichten hätte ausführen können. Als neuerlich von einem ähnlichen Besuch die Rede war, stellte kürzlich Genosse Will Thorne eine Anfrage an die Regierung, und man beeilte sich, die Absicht, eine britische Flotte nach Rußland zu schicken, abzuleugnen. Aber wir wissen, daß Sir Edward Grey lebhaft eine Verständigung mit der russischen Autokratie wünscht, und diese freundschaftliche Politik unserer liberalen Regierung gegenüber dem schlimmsten und grausamsten Despotismus, den die Welt je gesehen hat, zeigt, welcher Wert dem berühmten Ausruf des Sir Henry Campbell-Bannerman tatsächlich zukommt: „Die Duma ist tot, es lebe die Duma!" Deshalb sind wir aus innerstem Herzen glücklich, daß wir unseren russischen Genossen, die zu einem Kongreß nach London gekommen sind, ein wenig behülflich sein konnten.

Die entsetzliche Strafe von fünf Jahren Gefängnis, die anläßlich der Unruhen im Hafen von Portsmouth über den Heizer Moody verhängt wurde, gab uns den Anlaß, eine Agitation zugunsten der Abschaffung der Kriegsgerichte in Friedenszeiten ins Leben zu rufen. Die Vorschläge, die vom Staatssekretär des Krieges, Mr. Haldane, im Hinblick auf die „Reform der Armee" gemacht wurden, gaben uns Gelegenheit, nochmals für die Aufhebung unserer Militärgesetze und für die Schaffung einer Volkswehr und obligatorischer militärischer Ausbildung an Stelle unseres gegenwärtigen stehenden Heeres einzutreten. Der Versuch Haldanes, die Hülfskräfte bei Aufrechterhaltung der freiwilligen Rekrutierung in Militär umzuwandeln, ist im voraus aussichtslos; und sein Scheitern wird der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht die Wege ebnen. Der einzige Schutz jedoch gegen die Einführung der allgemeinen Heerespflicht mit all den Uebeln, die unseren Freunden auf dem Kontinent so wohlbekannt sind, ist die allgemeine militärische Ausbildung bei Aufhebung des Militärgesetzes.

Entsprechend unserer Initiative hat Will Thorne zu dem militärischen Projekt des Mr. Haldane eine Reihe von Amendements vorgeschlagen, welche die Einführung einer Volkswehr bezwecken. Das Hauptamendement wurde nicht in Beratung gezogen unter dem Vorwande, daß es die Grundlagen der vom Kriegsminister unterbreiteten „Armeereform" gänzlich verändert hätte.

Hier dürften einige Worte über die Einheit der Sozialdemokratie und über unsere Beziehungen zur Arbeiterpartei (Labour Party) am Platze sein. Die S. D. F. hat in den letzten zehn Jahren ihr möglichstes getan, um eine Vereinigung der sozialistischen Kräfte des ganzen Landes zu erreichen. So oft seit dem Amsterdamer Kongreß die Frage der Einigung mit Bezug auf die unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party) gestellt wurde, bekamen wir die Antwort: „Schließt Euch dem Komitee der Arbeitervertreter an und die Einheit der Sozialdemokratie ist da!" Wir meinen deshalb, daß es nötig ist, an dieser Stelle auseinanderzusetzen, warum wir nicht glauben, daß die Einigung auf diese Weise verwirklicht werden kann, und warum wir als Organisation es abgelehnt haben, uns neuerdings der Labour Party anzuschließen.

Die L. P. ist keine sozialistische Partei, obwohl einige der tatkräftigsten Trade-Unionisten, die ihr angehören, und eine Anzahl ihrer hervorragendsten Vertreter im Hause der Gemeinen Sozialisten sind. Die Angliederung an eine Partei, die nur ganz unabhängig von allen politischen Parteien Englands ist, die es aber ablehnt, sich auf irgendein Programm festzulegen, die in ihren Reihen nichtsozialistische Mitglieder hat, die weder der Ausdehnung der obligatorischen Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr, noch dem Achtstundentag, noch der Laienschule freundlich gegenübersteht — die Angliederung an eine solche Partei kann nach unserer Meinung nicht die Grundlage der Verständigung schaffen für die Gründung einer geeinigten sozialistischen Partei.

Und nun die L. P. selbst!

Das wachsende Verlangen der Arbeiter, sich in ihrem politischen Auftreten von den bürgerlichen politischen Parteien unabhängig zu machen, hat in ihrer höchst freundschaftlichen Haltung gegen die L. P. ihren Ausdruck gefunden — was gegenüber der früheren Stellungnahme der organisierten Arbeiter zur Politik einen beträchtlichen und ermutigenden Fortschritt bedeutet. Trotzdem halten wir es für klüger, wenn die S. D. F. als Organisation außerhalb dieser Partei bleibt. Wir sind überzeugt, daß, wenn wir ihr angehören würden, wir in die Lage kämen, Personen und Maßregeln zu unterstützen, die wir als Sozialisten vielleicht pflichtgemäß bekämpfen müßten. Gegen diese Anschauungsweise hat man häufig eingewendet, daß wir weit mehr Einfluß auf die Politik nehmen könnten, wenn wir die Kritik, die wir für notwendig erachten, im Innern der Partei, statt außerhalb derselben entfalten würden. Wir wollen aber als Sozialisten nicht Gefahr laufen, in prinzipiellen oder bedeutsamen Fragen in der Minorität zu bleiben innerhalb einer Gruppe, die eine große Anzahl von Nichtsozialisten umfaßt; denn das Gefühl der Loyalität gegen die Mehrzahl unserer Kollegen würde uns sozusagen zwingen, Entscheidungen gutzuheißen, die im Widerspruch zu unseren sozialistischen Anschauungen und Pflichten stehen. Wir könnten Fälle anführen, in welchen unsere freundschaftliche Kritik, öffentlich und außerhalb der Partei laut geworden, eine weit größere Wirkung erzielt hat, als wenn sie innerhalb derselben ausgesprochen und der Abstimmung unterworfen worden wäre.

Die Neigung zum Kompromiß — ein charakteristisches Merkmal der englischen Politik — erfordert, daß hier mehr als anderwärts die allerschärfste sozialistische Kritik in allen Fragen von sozialer oder politischer Bedeutung geübt werde.

Wir haben so oft gesehen, daß unsere Forderungen nach Jahren der Arbeit und der Agitation von anderen aufgenommen wurden, nachdem sie populär geworden waren, daß wir immer das Verschwinden des sozialistischen Geistes fürchten müßten, der allein die getroffenen Maßnahmen für die arbeitenden Klassen nutzbringend gestaltet, obgleich der Buchstabe immer aufrecht bleibt.

Wir als der älteste sozialistische Organismus Englands glauben, für die Sache der internationalen Sozialdemokratie auf unserer Insel nur das zu tun, was auf nationalem Boden das beste ist, indem wir stets den Sozialismus unverrückt über alle politischen Vorteile, über jeden Opportunismus setzen und zugleich keine Gelegenheit versäumen, tätigen Anteil an dem politischen Leben des ganzen Volkes zu nehmen; stets halten wir uns gegenwärtig, daß es unsere Pflicht ist, durch unseren Rat und unseren Einfluß die Arbeiter unseren sozialistischen Zielen zuzuführen, ihrer Tätigkeit und ihren Bestrebungen nicht fernzubleiben, wie sehr auch diese Tätigkeit und diese Bestrebungen, verglichen mit denen der Arbeiter anderer Länder, uns zurückgeblieben scheinen.

Das Exekutiv-Komitee der S. D. F.
H. W. Lee, Sekretär.

* * *

Die unabhängige Arbeiterpartei.
(Independent Labour Party.)

Die J. L. P. wurde als nationale britische Organisation im Januar 1893 gegründet; zur Zeit des Internationalen Kongresses in Amsterdam im Jahre 1904 umfaßte sie 250 Ortsgruppen, einen Vertreter im Parlament und 300 Vertreter in den lokalen Verwaltungskörperschaften Großbritanniens.

Seither hat die Partei große Fortschritte gemacht; sie zählt heute 7 Mitglieder im Parlament, 845 in den lokalen Verwaltungskörpern und nahezu 600 aktive Ortsgruppen.

Ein Abteilung für die Presse und Publikationen wurde gegründet, der „Labour Leader" als offizielles wöchentlich erscheinendes Organ der Partei gewonnen.

Die Einnahmen und Ausgaben dieser Periode sind im gleichen Verhältnisse gewachsen.

Einnahmen und Ausgaben des Zentralbureaus der J. L. P.

	Einnahmen:	Ausgaben:
1904/5	£ 1303 (26 060 Mk.)	£ 1087 (21 740 Mk.)
1905/6	£ 4253 (85 060 „)	£ 4469 (89 380 „)
1906/7	£ 9220 (184 400 „)	£ 7000 (140 000 „)

Die Zahlen geben nur die Einnahmen und Ausgaben des Zentralbureaus und enthalten weder die Einnahmen und Ausgaben des offiziellen Parteiorgans noch die der Lokalsektionen.

Die J. L. P. war mit der L. P. (früher Komitee der Arbeitervertreter) seit deren Gründung im Jahre 1900 verbündet.

Die L. P. zählt 30 Mitglieder im Haus der Gemeinen; von diesen waren offizielle Kandidaten der J. L. P.:

J. Ramsay Mac Donald,
J. Keir Hardie,
Philip Snowden,
J. R. Clynes,
F. W. Jowett,
James Parker,
T. Summerbell.

Außerdem gehören mehrere Mitglieder der L. P. im Parlament der J. L. P. an, obwohl ihre Kandidaturen von den Trade-Unions aufgestellt wurden.

Wir geben hier die Rechnungslegung des Parlaments und Wahlfonds für die letzten zwei Jahre:

	Einnahmen:	Ausgaben:
1905/6	£ 2369 (47 380 Mk.)	£ 2748 (54 960 Mk.)
1906/7	£ 3165 (62 700 „)	£ 3448 (68 960 „)

Hier die Aufzählung der Mitglieder der J. L. P., die den lokalen Verwaltungen Großbritanniens angehören:

Mitglieder der Grafschaftsräte (County Councils)	23
„ „ Stadträte (Town Councils)	242
„ „ Stadtvertretungen (Urban Councils)	170
„ „ Landvertretungen (Rural Councils)	25
„ „ Polizeiausschüsse (Boards of Guardians)	241
„ „ Pfarrgemeinden (Parish Councils)	102
„ „ Schulräte (School Boards)	22
Wahlschöffen (Elective Auditors)	20
	845

Zusammen mit den Fabiern hat die J. L. P. ein Auskunftsbureau, das seinen Mitgliedern und allen, die es in Anspruch nehmen, Auskünfte über administrative Fragen und anderes erteilt.

Die Abteilung für Buchhandel der J. L. P., die für die Herausgabe propagandistischer Bücher, Schriften und Manifeste bestimmt ist, weist folgende Fortschritte in ihrem Umsatze auf:

1904/5	£ 650	(13 000 Mk.)
1905/6	£ 1202	(24 040 „)
1906/7	£ 2230	(44 600 „)

Im Verlaufe des letzten Jahres wurden 18 neue Broschüren, mehr als eine Million Manifeste und zwei neue Bände der „Sozialistischen Bibliothek“ herausgegeben.

Der Erfolg unserer „Sozialistischen Bibliothek“ hat mehrere private Herausgeber zur Nachahmung veranlaßt, so daß es jetzt mehrere billige Ausgaben von Büchern über Sozialismus und Sozialreform gibt.

Ungefähr 65 000 Meetings werden jährlich in zahlreichen Städten von den Lokalsektionen in ihren eigenen Lokalen oder im Freien veranstaltet. Außerdem besitzen die Ortsgruppen Buchhandlungen zum Verkaufe der Propagandaschriften auf den Märkten. Diese haben sich als eines unserer besten Agitationsmittel bewährt.

Wir haben ferner eine Abteilung für das Organisationswesen und für die Distriktkomitees geschaffen, um die Organisation praktischer zu gestalten. Der letzte Kongreß der Partei hat eine Vorlage über die

Verwendung von Genossen, Männern und Frauen, in der Agitation gutgeheißen. Die Genossen sollen von den Distriktkomitees angestellt werden, vorbehaltlich der Zustimmung des nationalen Administrativkomitees, das ermächtigt ist, eine Geldzulage zu bewilligen. Gemäß diesem Projekt wurden am 1. Juni 1907 15 Agitatoren ernannt, deren Zahl noch vermehrt werden soll.

Während der letzten drei Jahre hat die Partei sich stets sehr eingehend mit der Bewegung zugunsten der Arbeitslosen beschäftigt. Im Parlamente und in den Munizipalräten haben unsere Mitglieder eine mächtige Agitation für das „Recht auf Arbeit" entfaltet. Der Parteikongreß hat heuer einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Der Kongreß nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, daß ein Gesetzentwurf zur Sicherung des Rechtes auf Arbeit im Parlamente von der L. P. eingebracht werden wird. Er spricht die Hoffnung aus, daß man alle Anstrengungen machen wird, um diesem Gesetzentwurf die Annahme zu sichern. Er erklärt sich der Bildung eines Nationaldepartements geneigt, das, genügend ausgestattet und mit den notwendigen finanziellen Hülfsquellen versehen, das Problem der Arbeitslosigkeit in vollem Umfange studieren kann, und zwar in dem Sinne, daß jedem Arbeiter eine nutzbringende und derart bezahlte Arbeit, daß er davon leben kann, erreichbar ist; die nötigen Mittel zur Heranziehung derselben zur Ackerbestellung und allen anderen Arten der Feldarbeit sollen angewendet werden."

Die Schulküchen und noch andere Maßnahmen wurden von unseren Mitgliedern im Parlament und von der Agitation unserer Sektionen im ganzen Lande unterstützt.

Seit dem Amsterdamer Kongreß ist die Emanzipationsbewegung der Frauen in England fortgeschritten. Die Mitglieder der J. L. P. sind an dieser Bewegung stark beteiligt. Man glaubt, daß diese Bewegung aus der Position, die sie erlangt hat, nicht mehr verdrängt werden kann und daß die Abschaffung der Inferiorität der Frau vor dem Gesetze nur eine Frage der nächsten Zeit ist.

Zum Schlusse dieses Berichtes muß gesagt werden, daß die J. L. P. es für ein wesentliches Erfordernis der Sache des Sozialismus und der Arbeiterschaft in Großbritannien ansieht, ihre gegenwärtige Organisation, ihre Ziele und ihre Politik beizubehalten.

Francis Johnson, Sekretär.
23 Bride Lane, Fleetstreet, London G. C.

* * *

Die Fabier. (F. S.)

Die eigentümliche Geschichte der Politik in England hat eine Form des Sozialismus und eine Gesellschaft, die diese Form verkörpert, ins Leben gerufen, der man nichts Aehnliches in einem anderen Lande zur Seite stellen kann.

Unsere alte, wenn auch unvollständige politische Freiheit und die frühzeitige Entwickelung dieses Landes des modernen Industrialismus, haben die Entstehung reiner Klassenorganisationen in der Arbeiterschaft hervorgerufen, insbesondere die Genossenschaften und die Trade-Unions, für die letzteren sogar eine gewisse direkte politische

Macht infolge des Eintritts ihrer Führer ins Parlament. Diese Organisationen waren zu einer beträchtlichen Entwickelung gelangt, noch ehe die Idee des modernen Sozialismus von Deutschland aus den Geist der Führer der Arbeiterklasse durchdrungen hatte, die, nebenbei bemerkt, nach dem Mißlingen der Versuche Owens in die vollste Reaktion zurückgesunken waren. Während also auf dem ganzen Kontinent die Arbeiterklasse durch den Sozialismus in die Politik eintrat und ihren ersten politischen Ausdruck im Sozialismus fand, fand dieser und findet noch heute in England seine heftigsten Gegner, nicht nur unter den Kapitalisten und Aristokraten, sondern unter den Führern der reinen Klassenorganisationen der Arbeiterschaft, die zwar in höchstem Maße Klassenbewußtsein haben, aber deshalb keineswegs dem Sozialismus zuneigen.

Wenn die Arbeiterklasse in dieser Frage uneinig ist, sind es die liberalen und selbst die konservativen Politiker ebenso. Von den zwei besten kürzlich erschienenen Arbeiten, die die sozialistischen Gesetzentwürfe aufs wärmste befürworten, ist die eine von M. L. Chiozza Money verfaßt, dem liberalen Parlamentsmitglied für Paddington, das andere von Sir John Girt, der bis vor ungefähr einem Jahre der toryistische Vertreter der Universität Cambridge war.

Daraus erklärt sich, daß die F. S., eine sozialistische Gruppe, die sich ursprünglich nur zu Bildungs- und Propagandazwecken zusammengeschlossen und bis jetzt prinzipiell abgelehnt hat, durch politische Stellungnahme ihre Mitglieder zu binden, sich nicht nur seit ihrer Gründung im Jahre 1884 — also noch vor der Gründung der anderen rein sozialistischen Gruppen in England — erhalten hat, sondern daß in den letzten Jahren ihre Mitgliederzahl, ihr Einfluß und ihre Tätigkeit rasch gewachsen sind; und nichts spricht dafür, daß sie an Bedeutung verloren hat, seit der Sozialismus ein Faktor in der Politik geworden ist.

Das große Werk der Gesellschaft war die Heranbildung erst ihrer Mitglieder, dann anderer. Es ist ihr eine Genugtuung, daß der Sozialismus, wie kürzlich eines der jüngsten und bestbekannten Mitglieder erklärt hat, vor 25 Jahren und später nicht rein als Evangelium verkündet wurde. Der Sozialismus ist eine Verheißung, die fortschreitet und sich verändert, je klarer wir erkennen, was wir tun müssen, um unser Ziel zu erreichen, je vollständiger wir das soziale Ideal verwirklichen, die erstrebten Veränderungen und wirtschaftlichen Modifikationen realisieren, die uns den neuen sozialen Formen nähern sollen.

Die Geschichte und das Fortschreiten jenes Sozialismus, der in England durch die F. S. repräsentiert wird, kommt also in der gradweisen Entwickelung der sozialistischen Entwickelung und in den kleinen Erfolgen der Anwendung des Sozialismus auf einzelne Probleme weit besser zum Ausdrucke als in der Anführung der Mitgliederzahl oder der Wahlerfolge.

Unsere Mitglieder haben unter der Flagge anderer Parteien an den Kämpfen der politischen Parteien teilgenommen. Die F. S. war an der Bildung der L. P. im Jahre 1900 beteiligt und zählt heute zu ihren Mitgliedern den Führer dieser Partei im Unterhause, den Präsidenten ihres Exekutivkomitees und drei andere Parteimitglieder im Parlament, während vier liberale Abgeordnete ihr angehören. Dazu muß bemerkt werden, daß niemand in die F. S. aufgenommen

wird, der nicht die „Basis“ unterzeichnet, die im Umriß, aber energisch die Gedanken des Sozialismus verkündet, und der nicht gestattet, daß sein Namen als der eines Bewerbers um Aufnahme in die Mitgliedschaft der Gesellschaft veröffentlicht wird.

Dadurch, daß die F. S. keine politische Partei ist, kann sie bei der Kritik der anderen Parteien und in ihren eigenen Entwürfen von einem rein sozialistischen Standpunkte aus vorgehen. Sie braucht sich nicht mit der Wahlarbeit abzugeben und kann sich Zeit zum Nachdenken nehmen, ehe sie sich über die laufenden Fragen der Politik ausspricht. Dieser Entschluß, Entscheidungen nur auf Grund prinzipieller sozialistischer Erforschung und Beleuchtung der Tatsachen zu fassen, ohne uns darum zu kümmern, ob dieser Entschluß unseren Freunden oder unseren Gegnern zum Nachteil gereicht, hat uns häufig in Konflikt mit jenen gebracht, die sich mehr von den Stürmen politischer Leidenschaft leiten lassen und die sich zur Tat entschließen, bevor sie Zeit fanden, die Grundsätze, die sie führen sollten, zu prüfen.

Eine Besonderheit der F. S. ist, daß sie vorwiegend in der Mittelklasse wurzelt. Die Arbeiterklasse war immer willkommen; ein großer Teil der Mitglieder der F. S. besteht aus den Leitern der Trade-Unions und anderen Arbeitern. Aber ihre Führer, die große Masse der Mitglieder und ihre Methoden wurden immer der Mittelklasse entnommen, und niemals war man versucht, es anders zu machen. Tatsächlich handelt es sich um eine Organisation, deren Ziel es ist, die Bildung und die administrativen Kenntnisse der höheren Klassen dem Proletariat zugänglich zu machen.

Um die Klassenfrage in England richtig zu würdigen, darf man nicht vergessen, daß hier infolge des Rechts der Erstgeburt die Klassenunterschiede weit weniger scharf sind, als in Deutschland.

Die jüngeren Söhne des englischen Adels sind Bürgerliche; nach 1—2 Generationen sind sie in der Mittelklasse völlig aufgegangen. Es gibt keine Klasse in England, sei sie noch so arm, in der man nicht Nachkommen vornehmer Familien findet, und keine noch so aristokratische Klasse, daß nicht das Volk durch die Macht des Geldes in sie eindringen könnte. Ein Land, in welchem jeder gesellschaftliche Ansprüche macht, kann in der politischen Praxis weit demokratischer sein, als ein Land, dessen Proletariat in der Forderung nach Gleichheit mit einer Aristokratie kämpfen muß, die Privilegien fordert.

Der unerwartete, verblüffende Erfolg der L. P. bei den Parlamentswahlen im Jahre 1906 und der Triumph des Liberalismus in Distrikten, die seit Generationen unter dem Einflusse der Gutsbesitzer und der Kirche standen, wirkten überall als politischer Weckruf; insbesondere waren sie von außergewöhnlichem Interesse für den Sozialismus und erforderten einiges Studium, um ihre Bedeutung zu verstehen. Diese Bewegung wurde in bezug auf die F. S. durch die Tätigkeit eines Mitgliedes, M. H. G. Wells, mächtig unterstützt, der während der letzten beiden Jahre seine ganze Kraft darauf verwendet hat, das Wirken der Gesellschaft von Grund auf zu studieren. In seinen Arbeiten, die überall gelesen werden, hat er sich bemüht, seine Studien über die wahre Bedeutung des sozialistischen Gedankens und die Folgerungen, die sich daraus ergeben, möglichst zu vertiefen.

Die internationalen Diskussionen, die sich daran anschlossen sowie die vorerwähnte geistige Bewegung im ganzen Lande haben der Gesellschaft neuen Schwung verliehen. Die Zahl der Mitglieder der F. S.

muß den großen französischen und deutschen Organisationen lächerlich klein erscheinen. Sie erklärt sich aus dem Umstande, daß die Gesellschaft bei der Anwerbung ihrer Mitglieder anders vorgeht. Nur die, die tätige Propaganda treiben oder die Gesellschaft unmittelbar unterstützen wollen, können Mitglieder werden. Mit einem Wort, die F. S. arbeitet für den Sozialismus und nicht für die Größe der F. S. Sie behauptet, daß bis zu dem Augenblicke, wo im Parlament eine sozialistische Mehrheit sein wird, die kapitalistischen Regierungen gezwungen werden müssen, ihre Maßnahmen anzunehmen.

Die Zahl der Mitglieder ist von 730 im Jahre 1904 auf ungefähr 1400 gestiegen, die Einnahmen von 1167 £ (23 340 Mk.) auf 1320 £ (26 400 Mk.).

Dieses Wachstum hat sich nicht nur in London gezeigt. Es wurde besonders in einigen Provinzstädten, z. B. Glasgow und Manchester, bemerkt; und am bezeichnendsten vielleicht ist die Ausbreitung der Bewegung in den Universitäten, deren Besucher in England noch hauptsächlich aus den Söhnen und Töchtern wohlhabender und adeliger Familien bestehen.

So wie die F. S. sich vorwiegend aus dem Bürgertum rekrutiert, legt sie auch großen Wert auf die Organisierung der Mittelklasse und hält deren Bekehrung und Mitarbeit für eine unerläßliche Voraussetzung der sozialistischen Politik.

Die wichtigste Leistung der F. S. war und ist die Umsetzung des theoretischen Sozialismus in praktische Gesetzentwürfe oder Verwaltungspläne und sie bemüht sich, entweder die jeweilige Regierung zu ihrer Annahme zu veranlassen oder sie durch die Opposition einbringen zu lassen.

Die Arbeiten der Gesellschaft stellen sich in den Dienst der konservativen Partei ebenso wie der liberalen und der L. P.

Es ist von Interesse für die Mitglieder des Kongresses, daß Sidney Olivier, ein Mitglied der Gesellschaft, der am Internationalen Kongreß in Zürich als Sekretär der britischen Sektion teilnahm, und seit einigen Jahren in der sozialistischen Bewegung Englands eine hervorragende Stellung einnimmt, zum Gouverneur von Jamaika ernannt wurde; dies ist eine der wichtigsten Stellen im Kolonialdienst, ihre Bezüge sind größer als die der meisten Minister in England. Er wurde nach dem Freiwerden dieser Stelle ausdrücklich wegen gewisser internationaler Schwierigkeiten gewählt, deren Ursache das letzte Erdbeben bildete. Die Wahl eines verhältnismäßig jungen Mannes für diesen Posten hat in der englischen Presse den wohlwollendsten Nachhall gefunden.

* * *

Die Englische Arbeiterpartei (Labour Party).
(Komitee der Arbeitervertreter.)

Zahl der Mitglieder.

Seit dem Amsterdamer Kongreß, dem das Komitee der Arbeitervertreter beiwohnte, wurde der Name der Organisation in „Arbeiterpartei" (L. P.) umgeändert; die folgende Zusammenstellung zeigt ihre numerische Stärke seit ihrer Gründung im Jahre 1900.

Jahr	Gewerkschaften		Syndik.-Kartelle	Sozialistische Gesellschaften		Summe
	Zahl der Gruppen	Zahl der Mitglied.	Zahl der Gruppen	Zahl der Gruppen	Zahl der Mitglied.	
1900/1	41	353 070	7	3	22 861	375 931
1901/2	65	455 450	21	2	13 861	469 311
1902/3	127	847 315	49	2	13 853	861 150
1903/4	165	956 025	76	2	13 775	969 800
1904/5	158	885 270	73	2	14 730	900 000
1905/6	158	904 496	73	2	16 784	921 280
1906/7	174	974 504	83	2	20 885	997 665*)

.*) Diese letzte Summe schließt 2271 Genossenschafter ein.

Konstitution.

Da die Organisation eine föderative ist, wurde das Exekutivkomitee von den Sektionen ernannt, die auf den Jahresversammlungen vertreten sind, und nicht von der Gesamtheit der stimmberechtigten Delegierten. Die Partei setzt sich zusammen aus Gewerkschaften, sozialistischen Gesellschaften, lokalen Arbeitervereinen und Kooperativgenossenschaften.

Parlamentarische Fonds.

Da die Mitglieder des Unterhauses in England keine Diäten erhalten, hat die Partei einen Fonds geschaffen, der die materielle Existenz ihrer Vertreter sichern soll. Der Fonds wurde im Jahre 1903 gegründet und die angegliederten Gemeinschaften sollen dazu beitragen nach dem Einheitssatz von 1 Penny pro Jahr und Mitglied.

Die Einnahmen dieses Fonds waren wie folgt:

1903 £ 2260 (45 200 Mk.)
1904 £ 4536 (90 720 „)
(einschließlich der Rückstände v. J. 1903)
1905 £ 4119 (82 380 Mk.)
1906 £ 4491 (89 820 „)

Außer einer Summe von ungefähr 2500 £ (50 000 Mk.), die den Kandidaten als Beitrag zu den Wahlkosten ausgesetzt war, wurden den Mitgliedern der Partei, die einen Sitz im Parlament hatten, als Diäten ausbezahlt:

1904 £ 400 (8 000 Mk.)
1905 £ 800 (16 000 „)
1906 £ 6633 (132 660 „)

Heuer, infolge der Erfolge der Partei, die mehrere Mandate bei den Parlamentswahlen errang, beschloß der Kongreß zu Belfast (Irland), den Beitrag von 1 Penny auf 2 Pence pro Jahr und Mitglied zu erhöhen.

Parlamentarische Arbeit.

Bei der Wahl im Jahre 1900 stellte die Partei 15 Kandidaten auf, die zusammen 62 698 Stimmen erhielten; aber sie brachte nur zwei Mitglieder ins Parlament. Bei den Ergänzungswahlen wurde diese

Zahl verdoppelt. Bei der Hauptwahl im Jahre 1906 stellte die Partei 50 Kandidaten auf, hatte im ganzen 323 195 Stimmen und 30 Gewählte.

Keir Hardie, M. P., wurde im Vorjahre zum Präsidenten der Partei ernannt; sein Mandat wurde für diese Parlamentssession einstimmig erneuert. — D. F. Shakelton, M. P., ist Vizepräsident. — Sekretär J. Ramsay Mac Donald, M. P., Arthur Henderson, M. P., und G. U. Robert, M. P., sind Einpeitscher.*)

Die wichtigste parlamentarische Arbeit der Partei im Jahre 1906 war die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes, der den Trade-Unions in den industriellen Konflikten Schutz gewähren und ihre Kassen vor den Angriffen der Arbeitgeber sichern sollte. Zur Zeit, als die Partei ihren Gesetzentwurf niederlegte, wurden von der Regierung weit ungünstigere Maßnahmen vorgeschlagen; es gelang dem Einflusse der Partei, den Regierungsentwurf soweit abzuändern, daß er mit den Interessen der Arbeiterschaft übereinstimmte.

Ein anderer erfolgreicher Gesetzentwurf der Partei gestattet die Aufwendung der nötigen Mittel zur Speisung bedürftiger Schulkinder in England und Wales.

Auch die Bemühungen, den Geltungsbereich des Arbeiter-Unfallgesetzes (Workmans Kompensation Bill) auszudehnen, waren von gleichem Erfolge gekrönt.

Die Frage des parlamentarischen Verfahrens und seiner Regelung wurde studiert. Es sind Resolutionen von Parteimitgliedern von der Regierung angenommen worden, die die Einhaltung der gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen in den staatlichen Werften und Arsenalen verlangen. In folgenden Punkten sind Verhandlungen angebahnt worden: Altersversicherung, Frauenemanzipation, Arbeiterentlassungen bei Lohnkämpfen, Fabrikinspektion, die Behandlung der Eingeborenen in Natal, die chinesischen Arbeiter.

Im Verlaufe der Session des Jahres 1906 hat die Partei offiziell folgende Gesetzentwürfe eingebracht: über den Achtstundentag, die Grubenarbeit, die Einbeziehung Schottlands in das vorerwähnte Schulküchengesetz, Bestimmungen über das Wägen und Messen der Roh- und Reinprodukte aus Hüttenwerken, Zementfabriken usw., Arbeitsbedingungen in gewissen Industrien mit besonders arger Ausbeutung. Die Partei wird sich auch bemühen, dem Unterhause Resolutionen über folgende Gegenstände zur Beratung vorzulegen: die Ermächtigung lokaler Verwaltungskörper zur Erwerbung von Ackerland, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Verstaatlichung der Eisenbahnen, ein wöchentliches Lohnminimum von 30 Schilling (30 Mk.) und die Verlängerung der Schulpflicht.

Das Komitee.

---

*) Einpeitscher (Whip) nennt man diejenigen, die die Aufgabe haben, bei jeder wichtigen Diskussion oder Abstimmung im Parlament alle Vertreter ihrer Partei zusammenzurufen.

Bericht
der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs an den internationalen sozialistischen Kongreß in Stuttgart 1907.

Seit dem letzten internationalen Kongreß in Amsterdam hat die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich eine Zeit schwerer Kämpfe und großer Erfolge erlebt. Zu unserem letzten Bericht haben wir als entscheidende Frage für Oesterreich und das Proletariat in unserem Lande die Erreichung des allgemeinen Wahlrechts hingestellt. Wir führen den Kampf seit dem Jahre 1893. Durch die Wahlreform des Jahres 1897 wurde auf die alte ständische Verfassung ein Stück demokratischen Wahlrechtes aufgepfropft. Einem Parlamente von 353 Abgeordneten wurden damals 72 Mandate des allgemeinen Wahlrechtes — die 5. Kurie — angefügt. Diese 5. Kurie gab dem Proletariat allerdings die Möglichkeit, eine kleine Vertretung ins Parlament zu entsenden. Aber die Monstrosität unseres Verfassungszustandes wurde dadurch um so größer. Diese Verfassung war nicht nur ein empörendes Unrecht gegen die arbeitenden Klassen, sondern sie war eine politische Unmöglichkeit geworden. Trotzdem waren weder die Krone, noch die Regierung, am allerwenigsten die privilegierten bürgerlichen Parteien für eine Revision der Verfassung zu haben. Die Sozialdemokraten haben aber nie aufgehört, in Versammlungen, in der Presse, in Straßendemonstrationen aller Art für das Wahlrecht zu agitieren.

Im Jahre 1905 traten nun Umstände ein, die diesen Kampf zu einer Entscheidung führen konnten. In Ungarn, das mit Oesterreich durch einen für beide Teile schädlichen Vertrag verknüpft ist, kam es zu einer schweren Verfassungskrise, in deren Verlauf die Krone schließlich an das allgemeine Wahlrecht appellierte. Wichtiger aber war noch der Eintritt der russischen Revolution. Für die österreichische Sozialdemokratie war es klar, daß in dem Augenblick, wo in Rußland eine Verfassung möglich geworden war, wo in Ungarn das gleiche Wahlrecht immerhin zur Diskussion gestellt wurde, wo in Oesterreich selbst das Parlament weder vorwärts noch rückwärts konnte, die Entscheidung fallen müsse.

Der Gesamtparteitag der Sozialdemokratie in Oesterreich war Ende Oktober 1905 zusammengetreten, und seine wesentliche Aufgabe war, die Parole zum Kampf für das Wahlrecht auszugeben. Auf seiner Tagesordnung stand als wichtigster Punkt der Massenstreik. Ein merkwürdiges Zusammentreffen fügte es, daß, während der Parteitag diese Frage diskutierte, am 30. Oktober die Nachricht nach Wien kam von dem Erscheinen des Manifestes des Zaren. Diese Nachricht war das Signal dafür, sofort in den Entscheidungskampf einzutreten. Es war ein denkwürdiger Moment. Die Delegierten erhoben sich, sangen ihre Kampflieder und gelobten sich in feierlichen Erklärungen, nunmehr den Kampf bis ans Ende zu führen, koste es, was es wolle; und noch am selben Abend sammelten sich über 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in einer großartigen Demonstration vor dem Parlamente und der Hofburg. Ein stürmisches Meeting folgte dem anderen, eine Demonstration der anderen, in Wien sowohl wie in allen Provinzstädten. Vielfach kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei und der bewaffneten Macht; eine große Anzahl von Verwundeten; Proletarierblut floß in Wien und

an manch anderen Orten. Das Ministerium Gautsch, das noch vor kurzem erklärt hatte, daß das allgemeine Wahlrecht eine Unmöglichkeit sei, gab nach, und noch im Laufe des Monats November kam die erste offizielle Zusicherung, daß Neuwahlen nicht mehr stattfinden sollten, ohne daß eine Wahlreform vorausgegangen wäre.

Am 28. November 1905 trat das Parlament zusammen. Dieser Tag wurde im ganzen Reiche als Demonstrationstag für die gesamte Arbeiterschaft erklärt. In allen Industriezentren wurde gefeiert. Ueberall fanden Umzüge und Meetings statt. In Wien zog eine Viertelmillion proletarischer Männer und Frauen in geordnetem, feierlichem Zuge unter Vorantragung der roten Fahnen und ihrer Vereinsbanner vor dem Parlament vorbei. Es war ein unvergeßlicher Tag, der auf die gesamte Oeffentlichkeit in ganz Oesterreich den allergrößten Eindruck machte. Eine Deputation der Arbeiterschaft überbrachte dem Ministerpräsidenten und den Präsidenten der beiden Häuser des Reichsrates die Forderung nach der Wahlreform. Am selben Tage kündigte auch der Ministerpräsident Baron Gautsch im Abgeordnetenhause die Einbringung einer Vorlage, die das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht enthalten werde, dem Hause an. Damit war der erste große Erfolg errungen.

Aber noch sollte es lange dauern, bis der Ankündigung die Tat folgte. Erst im Februar 1906 brachte die Regierung den Gesetzentwurf ein, der, wie nicht anders zu erwarten, den prinzipiellen Forderungen der Sozialdemokratie nur zum Teile entsprach. Den Frauen wurde das Wahlrecht verweigert, die Altersgrenze auf das 24. Jahr festgesetzt und außerdem einjähriger Wohnsitz in der Gemeinde als Bedingung für das Wahlrecht aufgestellt.

Es war klar, daß auch dieser Entwurf die größten Widerstände der privilegierten Klassen hervorrufen würde. Die Junker und nicht minder die Vertreter der Bourgeoisie sträubten sich mit Händen und Füßen gegen die Einführung des gleichen Rechtes, und es blieb keine andere Taktik übrig, als sich darauf zu beschränken, das in der Vorlage Gebotene auch durchzusetzen. Obwohl die Zustimmung der Krone und der Regierung eine gewisse Bürgschaft boten, so mußte man darauf gefaßt sein, daß die Regierung dem Ansturm der Privilegierten weichen würde, wenn das Proletariat auch nur einen Augenblick sich schwach zeigen sollte. Darum wurde der Kampf unausgesetzt in ganz Oesterreich weitergeführt, und immer, wenn im Parlamente oder im Wahlreformausschuß das Werk ins Stocken kam, erreichte die Erregung des arbeitenden Volkes eine Höhe, die den Herrschenden bedrohlich genug erschien, alles aufzuwenden, die Wahlreform weiterzuführen.

Im Juni 1906 verdichtete sich der Widerstand der nationalen Parteien, die von den Junkern befehligt wurden, so sehr, daß sich die Sozialdemokratie gezwungen sah, das Mittel des Massenstreiks in ernste Aussicht zu nehmen. Es sollte zunächst ein dreitägiger allgemeiner Streik in Wien eintreten. Alle Vorbereitungen wurden bis in die Einzelheiten getroffen, und auf ein gegebenes Zeichen würde binnen 12 Stunden in diesem größten Industriezentrum des Reiches alle Arbeit geruht haben. Die Regierung war von dem Ernst der Situation vollständig unterrichtet. Die umfangreichsten militärischen Maßnahmen wurden getroffen, eine ordre de bataille für die Besetzung der Bahnhöfe, der Fabriken, der städtischen Werke war

ausgegeben, große Massen von Militär wurden in Wien zusammengezogen. Aber die Drohung genügte: Der Wahlreformausschuß nahm seine Arbeit nun mit Ernst auf, und am 21. Juli 1906, wo ein Kompromiß über die Verteilung der Mandate auf die Nationen beschlossen wurde, war die größte Schwierigkeit überwunden.

Im Herbst (1906) wurde nochmals der Versuch gemacht, die Wahlreform zu verderben. Die Wahlrechtsfeinde wollten ein Pluralwahlrecht einführen, das die Arbeiterschaft um die Früchte des Sieges gebracht hätte. Die Regierung schien zu schwanken. Auch in diesem Momente vermochte die verstärkte Energie der sozialdemokratischen Arbeit in der Presse, im Parlamente sowie auf allen Straßen der Städte Oesterreichs die Gefahr zu überwinden. Am 1. Dezember 1906 wurde die Vorlage im Abgeordnetenhause und im Januar 1907 im Herrenhause angenommen und damit das Ziel erreicht, dem die Sozialdemokratie Oesterreichs durch Jahrzehnte ihre beste Kraft geopfert hat.

Im Mai 1907 fanden die Neuwahlen statt. Ihr Ergebnis ist noch in frischer Erinnerung. Die Sozialdemokraten, die im Privilegienwahlrecht 11 Sitze inne hatten, brachten es auf 87 Mandate. Es war ein schwerer Kampf; aber die rote Fahne wurde zum Siege geführt. Von 516 Wahlbezirken wurden 87 erobert und zwar: 50 deutsche, 24 tschechische, 5 italienische, 2 ruthenische und 6 polnische Bezirke. Noch bezeichnender ist die Anzahl der sozialdemokratischen Stimmen. Die Sozialdemokratie erhielt von den im ganzen Reiche bei der Wahl abgegebenen 4 599 168 Stimmen insgesamt 1 041 948 Stimmen. Davon entfielen auf die

	Stimmen	gewählte Abgeordnete
deutschen Sozialdemokraten	511 760	50
tschechischen „	399 904	24
polnischen „	62 993	6
ruthenischen „	28 607	2
italienischen „	21 551	5
slowenischen „	13 754	—
rumänischen „	860	—
In ganz Oesterreich	1 041 948	87

Um einen Maßstab zu bieten, führen wir noch an, wie sich im deutschen Volke die abgegebenen Stimmen auf die einzelnen Parteien verteilten. Für sämtliche deutsche Parteien ist das Stimmenverhältnis folgendes:

Parteien	Stimmen	Prozente der gültigen Stimmen	Abgeordnete
Christlichsoziale	552 135	29,9	67
Sozialdemokraten . . .	511 760	27,4	50
Klerikale und Konservative	168 221	9,0	29
Deutschvolkliche	146 572	7,8	28
Deutsche Agrarier . . .	146 131	7,8	19
Deutschfortschrittliche . .	116 524	6,2	19
Freialldeutsche	71 644	3,8	13
Alldeutsche	19 767	1,0	5
Selbständige Kandidaten .	11 778	0,6	—
Andere Deutschnationale .	9 033	0,5	1
Freisoziale	5 215	0,3	1
Demokraten	1 990	0,1	1
Zusammen . . .	1 760 770	—	233

Die Sozialdemokraten stehen also im deutschen Volke in Oesterreich an zweiter Stelle. Nur die Christlichsozialen erhielten mehr Stimmen und nur wegen ihres Vorsprunges in den industriearmen klerikalen Alpenländern. In dem industriellen Nordösterreich — Böhmen, Mähren und Schlesien — sind die deutschen Sozialdemokraten überall die weitaus stärkste Partei im deutschen Volke.

Im Parlamente, wo die 87 sozialdemokratischen Abgeordneten aller Nationen Oesterreichs in einem Verbande vereinigt sind, vertritt er an Wählerzahl die größte Partei. Die großen Verbände des österreichischen Abgeordnetenhauses umfassen nämlich:

Verbände	Wählerstimmen	Abgeordnete
Sozialdemokraten	1 041 948	87
Christlichsoziale und klerikale Vereinigung	722 314	96
Tschechenklub	600 909	83
Ruthenenklub	562 142	30
Polenklub	395 630	54
Deutschnationale Verbindung .	292 703	47
Zusammen	3 624 646	397

Das sozialdemokratische Proletariat hat nunmehr im Parlamente eine seiner würdige Vertretung und damit steht es vor der Aufgabe, ihre alten Ziele mit neuen besseren Waffen zu vertreten.

* * *

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine einheitlich organisierte Partei mit gemeinsamem Programm, gemeinsamer Taktik, gemeinsamer Exekutive und gemeinsamer Parlamentsfraktion. Sie ist aber den Verhältnissen des vielsprachigen Oesterreichs gemäß gegliedert in nationale Gruppen, deren jede einen hohen Grad von Autonomie besitzt und innerhalb des gemeinsamen Programms und der gemeinsam festgesetzten Taktik volle Selbständigkeit der Organisation und Aktion besitzt. Die österreichische Sozialdemokratie stellt darum eine kleine Internationale dar, deren prinzipielle und praktische Grundlage ist: Nationale Selbständigkeit und internationale Geschlossenheit.

So umfaßt die Gesamtorganisation der österreichischen Sozialdemokratie die Organisation der deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen, slowenischen und ruthenischen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Diese unsere Organisation, die sich unter dem Drucke der wirtschaftlichen und nationalen Entwickelung als notwendig herausgestellt hat, erhielt ihre heutige Gestalt auf dem Parteitage des Jahres 1897, und sie hat sich vollständig bewährt. In einem Staate, der zerrissen wird durch nationale Kämpfe, führt das sozialdemokratische Proletariat aller Nationen seinen Klassenkampf in brüderlicher Solidarität, eng verbunden zu einer schlagfertigen Armee.

Die Selbständigkeit jeder einzelnen Organisation ist die Bürgschaft für die internationale Einigkeit und Geschlossenheit der Partei. Neben der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich ist die tschechische die weitaus stärkste an Zahl und organisatorischer Entwickelung. Sie ist auch im internationalen sozialistischen Bureau selbständig vertreten.

Ueber den gegenwärtigen Stand der deutschen Organisation wollen wir nunmehr kurz einige Daten anführen. Für die politische Organisation ist der beste Maßstab die Zahl der abgegebenen Stimmen, die bei den letzten Wahlen 511 760 erreichen. Die Organisation ist nach Wahlbezirken gegliedert und beruht auf dem System der Vertrauensmänner für jeden Wahlbezirk, sowie für jede Gemeinde. In größeren Orten bilden die einzelnen Stadtbezirke die Einheit. An der Spitze der Organisation steht die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, die auf den alle zwei Jahre stattfindenden Parteitagen gewählt wird. Diese deutsche Parteivertretung bildet mit den Parteivertretungen der Organisationen aller anderen Nationen zusammen die Gesamtexekutive, die somit einen internationalen Charakter trägt.

Ueber die Entwickelung der Presse wollen wir folgendes mitteilen: Die deutsch-österreichische Sozialdemokratie verfügt über 24 politische Parteiblätter. Davon erscheinen 2 täglich („Arbeiterzeitung" in Wien und „Arbeiterwille" in Graz), 3 dreimal wöchentlich, 7 zweimal wöchentlich, 11 einmal wöchentlich und 1 vierzehntägig. Besonders entwickelt ist die Organisation der proletarischen Frauen, die in einem Frauen-Reichskomitee ihre Spitze hat und ein Blatt, die „Arbeiterinnenzeitung" herausgibt, das von Jahr zu Jahr erfreuliche Fortschritte macht. Die Organisation der Lehrlinge gibt ein Blatt heraus: „Der jugendliche Arbeiter", und die Bewegung gibt zu guten Hoffnungen Anlaß.

Auf das engste verknüpft mit der politischen Organisation ist in Oesterreich die Gewerkschaftsorganisation. Dem Kongreß von Amsterdam konnten wir berichten, daß unsere Gewerkschaften — die Ziffern umfassen alle Organisierten ohne Unterschied der Nation — rund 180 000 Mitglieder zählen. Mit Ende 1906 ist diese Zahl auf 448 000 und heute schon auf über eine halbe Million gestiegen. Im Durchschnitt kommen auf 100 beschäftigte Arbeiter in Oesterreich 20 gewerkschaftlich organisierte. Die Gewerkschaftsorganisation verfügt über 46 deutsche Fachblätter mit einer Gesamtauflage von 290 000, 40 tschechische mit einer Gesamtauflage von 150 000, 7 polnische mit einer Gesamtauflage von 2200 Exemplaren. Ein italienisches und ein slowenisches Fachblatt haben noch Auflagen von 600 bis 700 Exemplaren. Das Nähere über unsere gewerkschaftliche Organisation ist in den alljährlich erscheinenden genauen Berichten der Gewerkschaftskommission Oesterreichs verzeichnet. Das Verhältnis der gewerkschaftlichen Bewegung zur politischen war in Oesterreich nie Gegenstand einer Schwierigkeit oder irgendwelcher Reibungen. Wenn in Stuttgart über das Verhältnis der politischen Bewegung zur gewerkschaftlichen verhandelt werden wird, werden die Delegierten aus Oesterreich in der Lage sein, über ein Muster von Eintracht und gemeinsamer Arbeit zu berichten.

* * *

Auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart werden die deutsch-österreichischen Sozialdemokraten fest verbunden mit ihren tschechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und slowenischen Kampfgenossen erscheinen. Bei aller Autonomie, die uns die Vielsprachigkeit auferlegt und die Notwendigkeit, für die einzelnen Organisationen den Kampf

innerhalb ihrer Nation und für ihre Nation zu führen, steht die kleine österreichische Internationale in brüderlicher Solidarität und begrüßt die große Internationale, die alle Proletarier aller Zungen und aller Zonen vereinigt, mit dem Wunsche, in fester Entschlossenheit rastlos den Kampf zu führen für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Die Sekretäre:

Ferdinand Skaret. Dr. Viktor Adler.

Oesterreich-Ukraine.

Die Bevölkerung, welche das Terrain der Agitation und Propaganda für unsere Partei bildet, gehört zur ukrainischen Nation, deren größerer, überwiegender Teil im Zarenreich sich befindet und das südliche Rußland in kompakter Masse bewohnt, während der kleinere Teil, man könnte sagen: ein Bruchteil derselben, zu Oesterreich gehört und in einer ebenfalls kompakten Masse den Osten von Galizien bewohnt. Unsere Partei hat eben da ihre erfolgreiche Tätigkeit entwickelt, hat hier in Galizien in breiten Volksmassen festen Fuß gefaßt und bei den letzten Wahlen in Oesterreich namhafte Siege errungen, welche einen beredten Beweis bilden, daß das ukrainische Volk, ein Volk von zirka 30 Millionen (in Rußland und Oesterreich), obwohl dasselbe ein vorwiegend bäuerliches Volk ist, der sozialistischen Idee nicht unzugänglich ist.

Im Zarenreich hat die ukrainische sozialdemokratische Arbeiterpartei (R. U. P. = Revolutionäre Ukrainische Partei), welche in engster Verbindung mit unserer Partei steht, eine fruchtbare Tätigkeit entwickelt; wir erwähnen dies, ohne uns jedoch näher über die Tätigkeit und die Errungenschaften dieser unserer Bruderpartei auszulassen, und beschränken uns auf das Gebiet der österreichischen Ukraine, auf das Gebiet unserer sozialistischen Tätigkeit und unserer Errungenschaften, welche nun im kurzen zur Begründung unserer Forderung skizziert werden soll.

Im Jahre 1897 gegründet, bildete unsere Partei eine kleine Gruppe ukrainischer Sozialisten in Lemberg; in diesem Jahre wurde das erste Blatt einer rein sozialdemokratischen Richtung — Zweiwochenblatt „Robitnyk" („Arbeiter") — herausgegeben. Nach einigen Jahren bildete sich eine größere politische Organisation, so daß im Herbste 1899 eine Konferenz von Parteiangehörigen aus verschiedenen Gegenden von Ostgalizien einberufen wurde, welche zur endgültigen Konstituierung der Partei führte. Es wurde damals beschlossen, ein von einer organisierten Partei unterstütztes Zentralorgan „Wola" („Freiheit") zu gründen, während das ehemalige Zweiwochenblatt „Robitnyk" nur von einer kleinen Gruppe herausgegeben wurde, welche nur ein Kristallisationszentrum für die erst später zu bildende Partei darstellte. Das Zentralorgan „Wola", welches seither regelmäßig herausgegeben wurde, war ein sichtbares Zeichen dafür, daß unsere Tätigkeit unter der ukrainischen Volksmasse feste Wurzeln gefaßt hat.

Bereits in einigen Jahren konnte man feste Organisations- und Agitationszentren — außer der zentralen Organisation in Lemberg — in der Provinz, auf dem flachen Lande bilden. Am 1. Januar 1903 wurde eine provinzielle Konferenz der Vertreter der Landarbeiter und

der Kleinbauern des Harazer Bezirkes sowie der demselben nächstliegenden Bezirke nach Nowe Selo einberufen, wo die Grundsteine zu einer festen, alle genannten Bezirke umfassenden politischen Parteiorganisation gelegt wurden. Es sind dieselben Gegenden, wo der Anführer der dortigen sozialistischen Bauern und Landarbeiter, Genosse Jacko Ostapczuk, der selbst ein Landwirt ist, bei den letzten Reichsratswahlen zum Abgeordneten gewählt wurde.

Außerdem hat unsere Partei auch in anderen Gegenden von Ostgalizien für ihre Grundsätze Propaganda gemacht und viele Parteigänger auf dem flachen Lande gewonnen, so daß sich in mehreren Bezirken Oasen von unseren Organisationen — durchwegs politische Organisationen — bilden konnten, infolgedessen bereits im Frühling 1903 (21. bis 23. März) auf dem ersten Parteitage in Lemberg zirka 40 Delegierte aus verschiedenen Gegenden, und zwar größtenteils Delegierte der ländlichen Organisationen, erschienen waren. Der nächste Kongreß, welcher am 13. und 14. Januar 1906 in Lemberg abgehalten wurde, zählte bereits zirka 90 Delegierte, wobei noch mehrere andere Gegenden vertreten waren.

Außer dem obengenannten Zentralblatt „Wola" (herausgegeben in zirka 2000 Exemplaren) wurde im Jahre 1906 in Czernowitz (Bukowina) das Wochenblatt „Zemla i Wola" („Boden und Freiheit") gegründet, welches überraschend große Erfolge erreichte und nicht nur unter der ländlichen ukrainischen Bevölkerung in der nordwestlichen Bukowina, sondern auch in Galizien viele Abnehmer gefunden hat, hauptsächlich wegen der geschickten, populären Redaktion, obwohl von der prinzipiellen Klarheit und Bestimmtheit niemals abgewichen wurde.

Neben diesen Zeitschriften erschien im Jahre 1905 das Lokalblatt „Czerwonyj Trapor" („Die rote Fahne") in Haraz für das Landvolk der dortigen Bezirke alle zwei Wochen, welches zirka 1000 Abnehmer zählte. Da diese Zahl im laufenden Jahre sich verdoppelte, konnte das Blatt in ein Wochenblatt umgewandelt werden.

Während der Wahlen wurden außerdem speziell für einige Wahlkreise periodische Blätter herausgegeben, und zwar: „Pidkarpatskij holos" in Drohobycz, 5 Nummern zu je 5000 Exemplaren, „Robuczyj lud" („Das arbeitende Volk") in Berezany in 5000 Exemplaren, „Wyborec" („Der Wähler") in Czernowitz in 10 000 Exemplaren.

Ohne der sehr zahlreichen größeren Aufrufe und Proklamationen Erwähnung zu tun, welche jedoch ein wichtiges Moment in unserer Agitation, besonders auf dem flachen Lande, bilden, wollen wir nur wichtigere Agitationsschriften und -Broschüren aufzählen:

1901, Daszynski: „Eine Niederlage der galizischen Schlachta" (5000 Exemplare);

1902, Diksztajn: „Wovon einer lebt?" (3000 Exemplare);

1902, Witytk: „Wie soll man streiken?" (30 000 Exemplare);

1902, Witytk: „Was ist weiter zu tun?" (4000 Exemplare);

1905, W. L.: „Ueber das allgemeine gleiche Wahlrecht" (20 000 Exemplare);

1905, Witytk: „Wie soll man bei den Streiks verfahren?" (20 000 Exemplare);

1906, Witytk: „Ueber unsere jetzigen Aufgaben" (10 000 Exemplare);

1906, Witytk: „Sonderstellung Galiziens" (5000 Exemplare);

1907, „Weselka“ („Regenbogen“), Sammlung populärer sozialpolitischer und wissenschaftlicher Aufsätze (10 Druckbogen, 5000 Exemplare);

1907, „Borotba“ („Der Kampf“), periodische Monatsschrift, bisher erschienen: Nr. 1—2, Dr. Schmeral: „Wer sind die Sozialdemokraten und was sie wollen?“ (6½ Druckbogen, 3000 Exemplare); Nr. 3, W. Lewinskyj: „Das Wesen des Sozialismus“ (2 Druckbogen, 5000 Exemplare).

Wenn sich unsere Herausgebertätigkeit auch ziemlich dürftig darstellt, so muß berücksichtigt und hervorgehoben werden, daß Galizien keine Industrie hat, daß die ukrainische Bevölkerung eine vorwiegend ländliche Bevölkerung ist, daß die Städte und Städtchen nur ein ganz kleines Prozent der ukrainischen Einwohner aufweisen, daß die ukrainischen Bauern und Landarbeiter materiell und geistig unterdrückt werden, daß in einigen Bezirken 70—80 Proz. Analphabeten auf dem flachen Lande anzutreffen sind. Und ungeachtet alles dessen hat unsere Partei, welche über so karge finanzielle Mittel verfügt, eine systematische, ununterbrochene, sich in aufsteigender Linie bewegende Tätigkeit entwickelt, Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften und periodische und populärwissenschaftliche Propagandaschriften herausgegeben und feste Organisationen sowohl in einigen Städten und Städtchen als auch auf dem flachen Lande gegründet.

Wir übergehen als etwas Selbstverständliches die rege mündliche Agitation und Propaganda; wir müssen jedoch ausdrücklich wenigstens zwei Momente in dieser Hinsicht hervorheben.

Während des Riesenstreiks der ländlichen Arbeiter und Kleinbauern im östlichen (ukrainischen) Galizien, der so großes Aufsehen in ganz Europa gemacht hat und der eine spontane Bewegung der unterdrückten Landbevölkerung bildete, hat unsere Partei in die Bewegung mächtig eingegriffen, dieselbe — da, wo wir Einfluß hatten — zu einer zielbewußten Bewegung geformt und dabei unter der Landbevölkerung großen Anhang erworben. Dasselbe wiederholte sich — obwohl in kleinerem Maßstab — während der ländlichen Streiks im Jahre 1904.

Ebenso regen Anteil hat unsere Partei in der großen Wahlreformbewegung im Jahre 1905—1906 genommen, was auch in der sozialistischen Tagespresse anderer Länder mehrmals hervorgehoben wurde. Damals wurden z. B. im Harazer Bezirk Riesenversammlungen abgehalten, wo über 30 000 Bauern und Landarbeiter sich unter der roten Fahne versammelten, um am 1. Mai den sozialistischen Rednern zuzujauchzen, wo dicht an der Grenze des Zarenreiches unter freiem Himmel Riesenmeetings veranstaltet wurden, welche unseren regierenden und herrschenden Klassen Furcht und Respekt einflößten und von denselben geduldet werden mußten.

Daß aber unsere Erfolge in der Agitation nicht nur vorübergehende waren, daß die unterdrückten Massen unsere Ideen in sich aufgenommen haben, daß die Sozialdemokratie im ukrainischen Boden feste Wurzeln gefaßt hat, das haben die letzten Wahlen augenfällig bewiesen.

Bereits im Jahre 1900, während des bereits abgeschafften Kurienwahlsystems, hat unser Kandidat Mykola Hankiewycz im Przemysler Wahlkreis der 5. Kurie auf einem Gebiet von 5 politischen Bezirken und von ein paar hunderttausend Einwohnern, trotz aller Schwindeleien und Wahlmißbräuche, fast 200 Stimmen bekommen, während der russo-

phile Kandidat nur 100 Stimmen und der von der Regierung unterstützte polnische Kandidat 500 Stimmen bekommen hat (direktes Wahlsystem).

Bei den jetzigen auf Grund des neuen Wahlrechtes durchgeführten Wahlen haben wir vier Kandidaten aufgestellt, und zwar:

1. im Städtewahlkreis Sniatyn usw. Dr. Roman Jarossewytsch;
2. im städtischen Wahlkreis Brzezany usw. Dr. Mychajlo Nowakowskij;
3. im ländlichen Wahlkreis Zbaraz usw. Jacko Ostapczuk;
4. im ländlichen Wahlkreis Drohobycz - Borislaw usw. Semen Wityk.

Die zwei ersteren sind zwar im Wahlkampfe unterlegen; es ist aber in diesen kleinen Städtchen mit einer ärmlichen, korrumpierten, kleinstädtischen Bevölkerung den Regierungsparteien nur unter Anwendung äußerster Gewalttaten und Schwindeleien gelungen, unsere Kandidaten niederzuringen. Trotzdem haben dieselben eine ansehnliche Zahl von Stimmen auf unser Programm vereint, und zwar erhielt:

1. Dr. R. Jarossewytsch 1888 Stimmen gegen 3067 des Regierungskandidaten und 2090 des Zionisten-Kandidaten;
2. Dr. M. Nowakowskij 947 Stimmen gegen 2439 des Regierungskandidaten, 804 des Volksparteilers und 1140 des Zionisten.

Dagegen haben wir in beiden ländlichen Wahlkreisen einen glänzenden Sieg davongetragen, trotzdem daß unsere Kandidaten nicht nur von der regierenden Schlachtschitzenpartei aufs äußerste bekämpft wurden, sondern auch gegen alle bürgerlichen Parteien, nationalistische, klerikale und reaktionäre, einen zähen Kampf durchzukämpfen hatten. Unter schwierigsten Umständen haben es unsere Kandidaten zustande gebracht, daß sie ungeachtet der dreimal wiederholten Wahlgänge (eine ausnahmsweise für Galizien erdachte Wahlmonstrosität!) mit einer riesigen Stimmenzahl an der Spitze der Kandidaten marschierten und schließlich — als Abgeordnete der Majorität — gewählt wurden.

3. Jacko Ostapczuk 12 300 Stimmen gegen 8729 des Regierungskandidaten und 6158 des ukrainischen Nationaldemokraten;
4. Jemen Wityk 14 343 Stimmen gegen 7192 des Regierungskandidaten, 9677 des Russophilen und 8716 des ukrainischen Nationaldemokraten.

Mit diesem Erfolg des eben von unserer Partei durchgeführten Kampfes schließen wir diesen Bericht über die Entwickelung und bisherige Tätigkeit unserer Partei.

Unsere Partei bildet ein anerkanntes Mitglied der allgemein-österreichischen Sozialdemokratie, mit der sie durch die Bande der durchgeführten Kämpfe innig verbunden ist. Sowohl auf Kongressen als auch in der Parteileitung hat unsere Partei eine ihr entsprechende Vertretung und Stimme als eine nationale Parteiorganisation im internationalen Bunde der österreichischen Sozialdemokratie.

Lemberg, 4. Juni 1907.

Für die Exekutive der ukrainischen sozialdemokratischen Partei
(in Oesterreich):

Teofil Meteu, Schriftführer. Ivan Worniak, Obmann.

Schlußbemerkungen.

Die Berichte der sozialistischen Parteien, die der neuen Internationale angeschlossen sind, wurden zunächst an das Internationale Bureau in Brüssel gesandt, das die französische Ausgabe der Berichte besorgte. Die vorliegende Ausgabe ist eine Uebersetzung der Berichte aus dem französischen ins deutsche. Nur die Berichte aus Oesterreich, aus Ungarn, aus Böhmen, aus der Ukraine, aus Polen (Galizien), aus der Schweiz, aus Finnland, aus Armenien, aus Serbien, aus Dänemark und aus Deutschland wurden in deutscher Sprache geliefert. Die französische Ausgabe ist eine zweibändige. Der 1. Band erschien Anfang Juli. Der 2. Band soll im August erscheinen. In die vorliegende deutsche Ausgabe sind alle Berichte aufgenommen, die zum äußersten Termine einer rechtzeitigen Fertigstellung in Berlin, wo die deutsche Ausgabe hergestellt wurde, eingetroffen waren. Neben den im 1. Band der französischen Ausgabe enthaltenen Berichten konnten noch aufgenommen werden: die Berichte der italienischen Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien von Oesterreich, von Polen (Galizien), der Ukraine, von Finnland und von Armenien. Hingegen konnten nicht mehr aufgenommen werden: der Bericht der italienischen Partei, der schwedischen Partei und der Sozialisten-Revolutionäre Rußlands, die, trotzdem vom Internationalen Bureau die Schlußfrist für die Berichte auf Februar festgesetzt war, erst in der ersten Julihälfte eintrafen. Der so spät eingetroffene Bericht der Sozialisten-Revolutionäre umfaßt dabei über 200 Druckseiten in der französischen Ausgabe. Die übrigen russischen sozialistischen Parteien hatten bei dem Redaktionsschluß überhaupt noch nicht geliefert, weder die sozialdemokratische Partei Rußlands, noch der Bund, noch die Letten, noch die Sozialdemokratie von Polen und Litauen. Ende Juli war nicht einmal das Internationale Bureau in Brüssel für die französische Ausgabe im Besitz dieser Berichte. Wenn die Berichte der russischen Parteien noch zeitig genug in Brüssel einlaufen sollten, sollen sie in einem Nachtragsheft auch in deutscher Sprache veröffentlicht werden. Dieses Fehlen der russischen Berichte ist besonders zu bedauern, aber unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zu ändern. Es bleibt wenigstens der eine Trost, daß das Proletariat der deutsch-sprechenden Länder täglich durch seine weitverbreitete Presse die revolutionäre Entwickelung Rußlands verfolgt und auf Grund dieser täglichen Informationen die Heldenkämpfe der russischen Arbeiterschaft ständig vor Augen hat.

Der Parteivorstand.

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer & Co.,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

H'G r

Vorwärts Buchdruckerei
Berlin SW., Lindenstr. 69